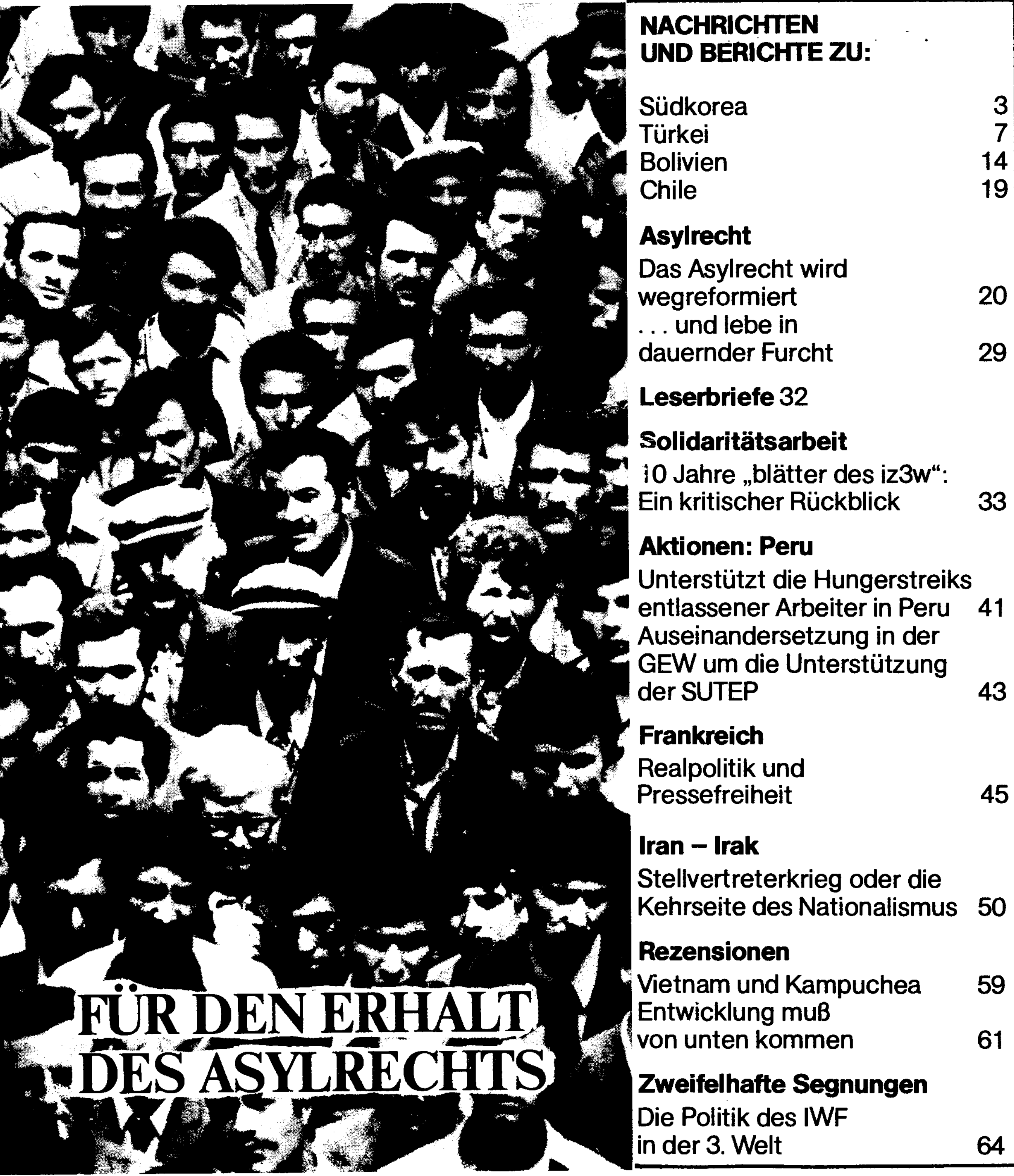
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt – iz3w



NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU:

Nr. 89 Oktober 1980 DM 4,00

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328 Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau Telefon: 0761 / 74003, Bürozeiten: Mo-Fr 10 – 12 und 15 – 18 Uhr.

Zusammengestellt von Julia Ballot, Roland Beckert, Birgitt Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Gero Erdmann, Benedikt Fehr, André Guerrini, Walter Hättig, Susanne Habicht, Stefan Helming, Hartmut Jung, Klaus Höweling, Uli Kieser, Bettina Kocher, Eugen Kohm, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Lorenz, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Götz Nagel, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Raili Salmela, Eva Schneider, Peter Schmid, Bertina Schule-Mittendorf, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beathe Thill, Georg Wacker, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.) Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Dem als Streifbandzeitung versandten Teil der Auflage liegt ein Bestellzettel bei.

Satz:
Composer-Satz-Service, Bonn, Tel. 282619
Druck:
Soak-Druck, Hannover, Tel. 176 18

Redaktionsschluß der nächsten Nummer:
14. 10. 1980

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,– DM).

Schweiz: SFR 35,– (bzw. 25,–)
Österreich: ÖS 260,– (bzw. 190,–)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,– DM (bzw. 49,–)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40)
Einzelpreis: DM / SFR 4,– //ÖS 30,–



Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

ATOMKRAFTWERKE AM ENDE ?!

Defekte Ventile verursachten hauptsächlich den Unfall von Harrisburg. In letzter Zeit werden immer häufiger Risse an wichtigen Bauteilen der Atomreaktoren festgestellt. Die Besorgnis in der Bevölkerung wächst, Harrisburg kann sich täglich bei uns wiederholen. Die Sicherheit der Atomenergie ist damit immer mehr in Frage gestellt.

Die **Arbeitsgruppe Fessenheim** der **Badisch-Elässischen Bürgerinitiativen** hat eine Broschüre zusammengestellt, die die Gefährlichkeit der Risse im französischen Kernkraftwerk Fessenheim (25 km von Freiburg entfernt!) analysiert und neue Dokumente zur internationalen Reaktor(un)sicherheit am Beispiel amerikanischer, französischer, deutscher und sowjetischer Reaktoren vorlegt.

A 4 - Broschüre, 100 Seiten mit zahlreichen Fotos und Tabellen zum Preis von 5,- DM (+ 1,- DM Porto/ ab 5 Stück gegen Rechnung zu je 4,- DM + Porto)

Bezug bei: Wolfgang Schiller-Lange, Gartenstr. 15, 7800 Freiburg

NACHRICHTEN UND BERICHTE



Südkorea

Das Volk unter Kontrolle

Als im letzten Jahr der südkoreanische Diktator Park Chun Hee erschossen wurde, wuchs bei vielen die Hoffnung, daß sich die Chance für eine demokratische Entwicklung des Landes bieten würde. Nach einigen Monaten relativer Lockerung des innenpolitischen Drucks benutzte der General Chun Doo Hwan die sich ausweitenden Studentendemonstrationen als Vorwand, im ganzen Land das Kriegsrecht zu verkünden und die Macht zu ergreifen. Er provozierte durch den brutalen Einsatz von Truppen in der Stadt Kwangju einen Volksaufstand, den er dann blutig niederschlagen ließ. Die Universitäten wurden geschlossen und Massenverhaftungen setzten ein. Inzwischen hat Chun seine Macht stabilisiert. Er ließ sich im August von einem Wahlmännergremium zum Staatspräsidenten küren und führt das Land nach eigenem Bekunden mit eiserner Faust in eine neue Ära: die Ära des demokratischen Wohlfahrtsstaates. Dies jedoch nicht, ohne die Demokratie zu „koreanisieren". Alle Bereiche des öffentlichen Lebens werden mit Säuberungskampagnen überzogen, politische Gegner mit Drohungen oder Verhaftungen und Folter zum Schweigen gebracht. Das Parlament durfte noch einmal zusammentreten, um seine Auflösung zu beschließen. In diesen Tagen wird den Bürgern eine neue Verfassung zur Zustimmung vorgelegt, die Chun für sieben Jahre die Macht sichern soll.

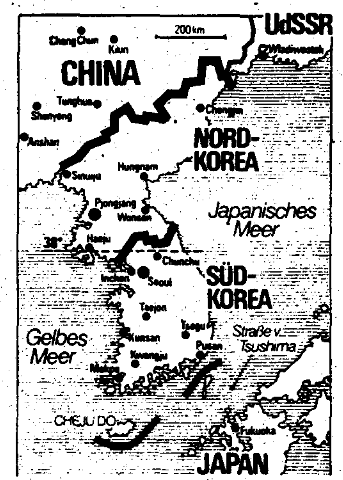
Die Verfasser des folgenden Artikels waren in diesem Sommer für längere Zeit in Südkorea. Hier einige Eindrücke aus dem Land.

Südkorea ist zum Alltag der Diktatur zurückgekehrt. In den Straßen und vor den Regierungsgebäuden stehen keine Panzer mehr. Auf den ersten Blick ist Seoul, die Hauptstadt, eine laute, hektische, überfüllte, eben normale Millionenstadt. Erst auf den zweiten Blick fallen uns die vielen Militär- und Polizeistreifen auf, die junge Leute, die wie Studenten aussehen, anhalten und Papiere und Taschen kontrollieren. In U-Bahn-Eingängen und Unterführungen stehen Polizeiposten. Fast täglich begegnen wir kleinen Trupps von Reservisten, die bewaffnet durch die Stadt ziehen und Übungen abhalten. Die Universitäten sind im August noch geschlossen. An den Toren stehen Polizeiposten, die jeder Ein- und Ausgehende passieren muß. Ein Freund zeigt uns die Yonsei Universität, eine der größten des Landes. Auf dem Uni-Sportgelände stehen Panzer. „Hier sind 1000 Soldaten stationiert", erzählt uns ein Student. Auf dem Campus patroullieren bewaffnete Soldaten in Vierergruppen. Auch Fabriken erinnern uns eher an militärische als an zivile Einrichtungen: hohe Mauern, Stacheldraht, Wachtürme und Sirenen. Dazu in einigen Fällen noch kleine Unterstände mit Schießscharten. Hin und wieder sieht man, wie Arbeiter in Reservistenuniformen auf dem Fabrikhof angetreten sind – allerdings unbewaffnet, und das wohl aus gutem Grund. Auch vor vielen öffentlichen Gebäuden sehen wir aus Sandsäcken errichtete Verteidigungsstellungen. Verläßt man Seoul in Richtung Norden (also in Richtung Grenzgebiet), muß man mehrere Militärkontrollposten passieren: Der Bus hält, ein Militärposten steigt ein, grüßt zackig, und schreitet einmal im Gang auf und ab. Der eine oder andere Fahrgast muß seinen Ausweis zeigen. Nach fünf oder zehn Kilometern wiederholt sich das Zeremoniell. Nur einmal müssen wir ein paar Minuten länger warten als üblich, weil der Posten in aller Seelenruhe vor einer großen Glasscheibe das militärische Grüßen übt, bevor er sich herabläßt, uns armseelige Zivilisten zu kontrollieren.

Jede Nacht kehrt in der Neunmillionenstadt für vier Stunden Ruhe ein; von 24 Uhr bis 4 Uhr ist Ausgangssperre. Alle großen Straßen, Kreuzungen, und Brücken werden mit Panzersperren, die tagsüber verkehrsbehindernd am Straßenrand stehen, abgesperrt. Wer ohne behördliche Genehmigung während dieser Zeit auf der Straße angetroffen wird, darf die Nacht auf der Polizeiwache verbringen. Die schon zu Zeiten Park Chung Hee's aufgebaute Hysterie gegen eine angebliche Bedrohung aus dem Norden ist für uns beklemmend und nimmt zum Teil groteske Formen an. Überall stößt man auf Plakate, die den gewissenhaften Staatsbürger dazu auffordern, spionageverdächtige Elemente der Polizei zu melden. Auf dem Lande findet man Parolen wie „Zerreißt den Mörder Kim Il Sung!"

Auf dem höchsten Berg in Seoul, dem Nam-San, ist 1977 ein moderner Aussichtsturm errichtet worden, der jedoch nie für das Publikum geöffnet werden durfte, um möglichen Spionen nicht den Blick auf Seoul zu ermöglichen. Auf Inlandsflügen werden vor dem Start die Photoapparate der Passagiere eingesammelt, um Aufnahmen aus der Luft zu verhindern. Bis vor kurzem hatten alle Fenster an der Nordseite von Hochhäusern in der City von Seoul aus Milchglasscheiben zu bestehen, damit niemand auf die Regierungsgebäude gucken konnte.

Die Sandstrände an der Ost- und Südküste sind zu großen Teilen für die Bevölkerung gesperrt. Sie sind sorgfältig geharkt. An den Küsten entlang ist in diesen Sperrgebieten eine kleine Steinmauer errichtet. Auf dieser Mauer sind in unregelmäßigen Abständen kleine, grün angestrichene Steinchen aufgetürmt. Auf unsere Frage, was das alles zu bedeuten habe, erklärt uns ein Soldat: „So kontrollieren wir, ob nordkoreanische Spione heimlich an Land gehen. Wenn ein Stein heruntergefallen ist oder wir Spuren im Sand finden, dann wissen wir Bescheid." Der Soldat, der uns zuvor erzählt hat, daß er bis vor kurzem in Seoul studiert und auch an



Demonstrationen teilgenommen hat, meint das ernst. Die Regierung nährt diese tatsächlich weit verbreitete Furcht vor dem Norden sorgfältig. Immer wieder werden Invasionstunnel im Gebiet der Demarkationslinie gefunden oder „Spionageringe" ausgehoben. Im Juli versenkte die südkoreanische Marine ein angebliches nordkoreanisches Spionageschiff. Neun Mann der Besatzung wurden getötet und einer gefangen genommen. Das Schiff wurde mittlerweile wie-

der gehoben und wird nun auf einer Wanderausstellung im ganzen Land gezeigt. Die Beweise werden der Öffentlichkeit präsentiert: Bilder von Kim Il Sung, Schreibmaschinen, Pistolen u. ä. Der angeblich gefangene Nordkoreaner ist inzwischen von Südkorea, seiner Freiheit und dem Wohlstand begeistert und berichtet auf Pressekonferenzen von dem Elend der Landsleute im Norden. Wenn wir in Gesprächen andeuten, daß wir den ganzen Spionagerummel für einen großen Schwindel halten, stoßen wir bei den meisten Koreanern auf Unverständnis.

Gelegentlich verspürt der neue Präsident, der Putschgeneral Chun, das Bedürfnis, seine Volksnähe zu demonstrieren. Er läßt sich durch Seoul chauffieren, plaudert mit Straßenfegern und Kleinhändlern und ermuntert sie zu unermüdlichem Fleiß, oder ermahnt Militärposten zu erhöhter Wachsamkeit. Ereignisse, die tags darauf breiten Raum in der Presse einnehmen und minuziös geschildert werden. Aber auch sonst verspürt das Volk seinen Präsidenten sehr viel näher als ihm lieb sein kann.

Das ganze Land wird von Säuberungskampagnen erfaßt. Ob Kirchen, Sportvereine, Behörden oder Arbeitgeberverbände, alle müssen mit der „koreanisierten Demokratie" (Chun) Bekanntschaft machen. Tausende von Beamten wurden entlassen und der Korruption beschuldigt. Korruption ist zwar in Korea weit verbreitet, doch wurde uns von vielen Fällen berichtet, in denen unter diesem Vorwand politisch mißliebige Beamte gefeuert wurden. 20 000 sogenannte „asoziale Elemente", d.h. Vorbestrafte, Arbeitslose, Leute ohne festen Wohnsitz wurden bisher in Umerziehungslager gesteckt, wo sie unter der Aufsicht von Militärs mit soldatischem Drill, Prügeln und ideologischer „Schulung" Respekt vor dem neuen Geist der Gesellschaft eingebleut bekommen. Aktive Oppositionelle wurden zum größten Teil schon im Mai, als Chun die Macht ergriff, verhaftet. Doch auch den bisher noch unbehelligten Politikern geht es an den Kragen. Die Vorsitzenden der beiden größten Parteien, Kim Young Sam und Kim Jong Pil, haben, der eine unter Hausarrest, der andere unter Korruptionsanklage, „freiwillig" ihren Rückzug aus der Politik erklärt. Das Parlament durfte noch einmal zusammentreten, Chuns neues Kabinett absegnen und sich dann selbst auflösen. Die Auflösung der noch bestehenden Parteien hat Chun bereits angekündigt.

Die Presse, Rundfunk und Fernsehen sind mittlerweile total gleichgeschaltet. Viele hundert Journalisten sind entlassen worden. Ein Taxifahrer erzählt uns, daß viele seiner Kollegen ehemalige Journalisten sind, die der Säuberung zum Opfer gefallen sind. Die Zensur ist so effektiv, daß nicht der geringste Schimmer auch nur leisester Kritik am neuen Kurs in den Massenmedien erscheint. Aus ausländischen Zeitungen ist jeder Artikel, der sich mit Korea beschäftigt, herausgeschnitten. Die Jubelpropaganda für Chun Doo Hwan erreichte einen Höhepunkt, als dieser sich im August zum Präsidenten wählen ließ. Einige Leute sagten uns: „Wir werfen den Nordkoreanern immer vor, daß sie Personenkult betreiben. Aber was jetzt bei uns passiert, ist genauso schlimm."

Der Prozeß gegen den bekanntesten Oppositionellen in Südkorea, Kim Dae Jung, über den ja auch in der deutschen Presse berichtet wurde, war von einem riesigen Propagandaspektakel begleitet. Ein schnell zusammengezimmertes Dokumentarspiel wurde im Fernsehen gesendet, in dem die angebliche kommunistische Verschwörung Kims „belegt" wurde. Fakten aus dem Prozeß erfuhr man allerdings bis auf die Anklageschriften und die Begründung für das Todesurteil natürlich nicht.

Die Koreaner, mit denen wir uns unterhalten, sind – bis auf einige Ausnahmen – sehr vorsichtig. Viele warnen uns eindringlich vor Spitzeln. Für uns erstaunlich ist aber die Deutlichkeit, mit der alle ihre Ablehnung Chun Doo Hwans bekunden. Wenn auch viele Leute sich nicht auf eingehende politische Diskussionen einlassen, so bringen sie doch ihre Trauer und Wut, oft auch ihre Resignation wegen der Ereignisse der letzten Monate zum Ausdruck. „Haben Sie gehört, was in Kwangju passiert ist?" werden wir immer wieder gefragt. In einigen Fällen begegnen wir unerwarteter Offenheit. Ein Mann sagt uns: „Wenn Sie wieder in Deutschland sind, dann helfen Sie Korea. Helfen Sie, daß Chun Doo Hwan verschwindet!" Der örtliche Polizeichef, der neben ihm sitzt, ergänzt: „Was in Kwangju passiert ist, werden die Leute hier nach Generationen noch nicht vergessen haben."

Chun läßt sich als starker Führer einer neuen Ära feiern, der unerbittlich gegen Volksschädlinge vorgehen will, dafür dem Volk aber einen demokratischen Wohlfahrtsstaat verspricht. Zur Zeit geht der Zug aber in die andere Richtung. Fabriken, die wir besichtigen konnten, produzieren garnicht oder nur teilweise; Arbeiter, die wir treffen, sind seit Monaten ohne Beschäftigung. Viele Firmen befinden sich mit ihren Lohnzahlungen Monate im Rückstand. Ein Mann zeigt uns eine Armbanduhr; die hat er von seiner Firma, einer Uhrenfabrik, als „Lohn" für den letzten Monat bekommen. Der wirtschaftliche Kurs der neuen „Regierung" ist erklärtermaßen darauf angelegt, finanzschwache Firmen bankrott gehen zu lassen.

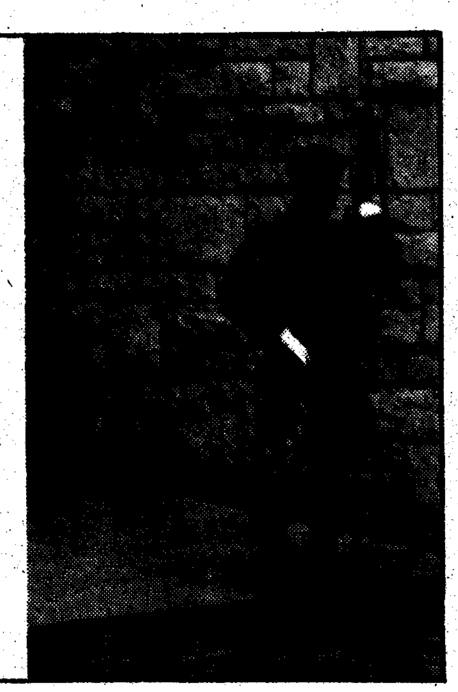
Offiziell gibt es 900 000 Arbeitslose. Tatsächlich muß man von dem Vielfachen dieser Zahl ausgehen. Unzählige Menschen versuchen, sich mit dem Verkauf aller nur denkbaren Dinge ein paar Won zu verdienen. Sie sitzen überall am Straßenrand und verkaufen Stoffpüppchen, Kaugummi, ein paar Möhren oder ähnliches. An einem schlechten Tag reicht der Verdienst gerade aus, um die Busfahrt nach Hause zu bezahlen. Wer einen festen Job hat, steht vergleichsweise gut da. Aber, ein fester Job, das bedeutet zum Beispiel folgendes: Ein Busfahrer in Seoul erzählt uns, daß seine tägliche Arbeitszeit von morgens um vier bis abends um elf dauert. Nach einem Tag Arbeit kann man dann einen Tag frei machen. Aber alle Busfahrer arbeiten praktisch im Akkord. Der Mann erzählt uns, er sei von 30 Tagen im Schnitt immer 27 gefahren, um genug Geld nach Hause zu bringen. Wir wun-



Das Volk unter Kontrolle

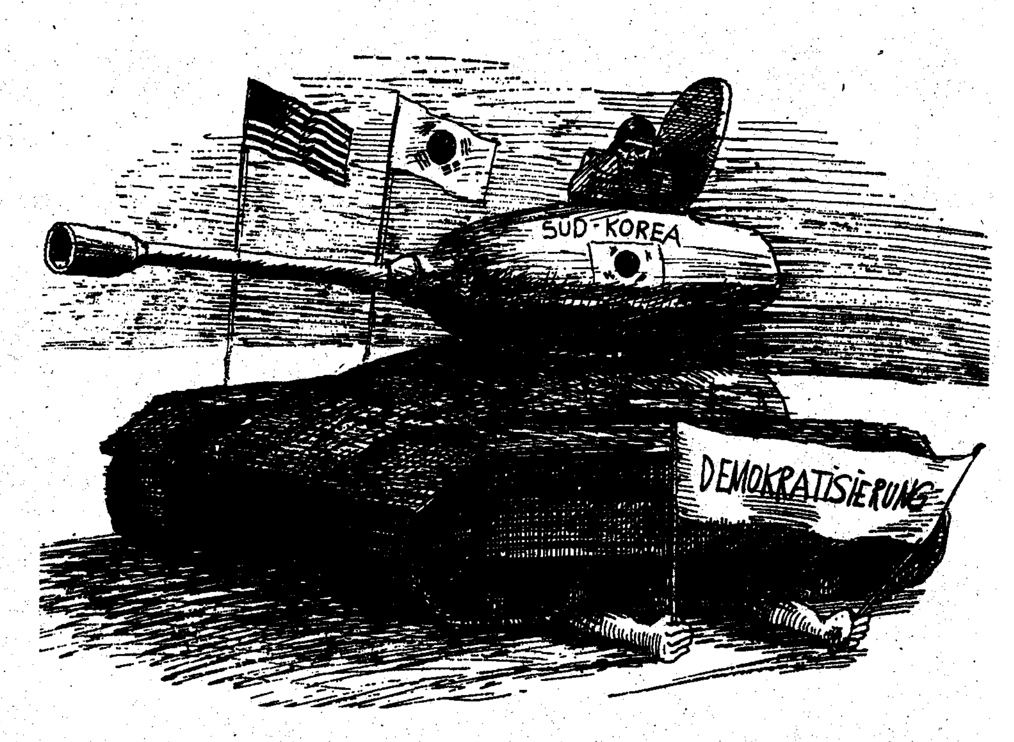
Der Diktator glaubt nicht zu Unrecht, die Lage unter Kontrolle zu haben. Dabei wird er von vielen Firmenchefs unterstützt, die von seinen Säuberungsaktionen bisher zumeist verschont blieben. Der Grund für diesen Beistand ist die prekäre Wirtschaftslage; zum ersten Mal seit Jahrzehnten gibt es in diesem Jahr kein Wachstum. Angesichts der Staatsverschuldung über 23 Milliarden Dollar, bei einer Inflation von über 30%, einer Arbeitslosenrate zwischen fünf und zehn Prozent und einer stagnierenden Industrieproduktion haben Tschuns Konjunkturhüter einen neuen Haushaltsplan vorgelegt, der unter anderem Steuererhöhungen von 34% vorsieht. Von dem um 30% erhöhten Staatshaushalt geht der Löwenanteil – 37 Prozent – in die Rüstung.

(Bad. Zeitg. v. 23.10.80)



dern uns nicht mehr, daß wir überall Leute sehen, die im Stehen, Sitzen oder Liegen versuchen, zwischendurch etwas zu schlafen. Der Durchschnittsverdienst eines Industriearbeiters betrug im August nach offiziellen Angaben etwa 400 DM pro Monat, wobei fast 50%, darunter vor allem Frauen, weniger als 300 DM verdienen. Die Preise für Nahrungsmittel liegen etwa auf dem Niveau der Bundesrepublik, zum Teil sogar darüber. Der Reispreis stieg in den letzten drei Monaten um 20%. Ein Kilo Reis kostet jetzt 2,20 DM. Im Restaurant oder bei Freunden bekommt man daher meistens Reis, der mit Gerste gemischt ist. Viele beklagen die dauernden Preissteigerungen und für den kommenden Winter befürchtet man das Schlimmste. Denn nach allen Voraussagen wird es dieses Jahr eine Mißernte geben. Das liegt zum einen an dem außergewöhnlich schlechten Wetter dieses Sommers. Aber unsere Erfahrungen auf den Dörfern, die Klagen der Bauern, machen klar, daß es noch weitere Gründe gibt. Die Landbevölkerung Südkoreas lebt fernab von Industrialisierung und – wenn auch zweifelhafter – Modernisierung. Seoul baut gerade sein U-Bahn-Netz aus, aber fünfzig Kilometer außerhalb von Seoul gehen viele Straßen in löchrige Schotterwege über. In Dörfern schämen sich die Menschen für ihre Armut. Sie fühlen sich minderwertig und verachtet, und wer es irgendwie schafft, versucht in die nächste Stadt zu kommen. Junge Leute findet man auf dem Lande kaum. Die Alten bestellen die Felder, in manchen Dörfern weniger als 1 ha pro Familie, und wissen, daß sie von den Erträgen kaum leben können. Die Regierung zwingt sie, neue, im Labor oder in anderen Ländern getestete Reissorten anzubauen. Diese Reissorten sind krankheitsanfälliger als die alten und werden auch nicht so gerne gegessen. Jeder Bauer versucht, soviel wie möglich alten Reis anzubauen. Zusätzlich mit den neuen Reissorten wird den Bauern gleich das Pflanzenschutzmittel mitgeliefert. Diese teuren Mittel werden in größeren Mengen in den Dörfern verteilt, als die Bauern tatsächlich benötigen, aber die Bauern werden gezwungen, diese Mengen abzunehmen. Die diesjährige Mißernte hat deshalb ihre Ursachen hauptsächlich darin, daß die neuen, den Bauern aufgezwungenen Reissorten vernichtet sind. Die alten, widerstandsfähigen Sorten haben den schlechten Sommer überstanden.

Besonders auf dem Land wird die vom früheren Präsidenten Park ins Leben gerufene „Neue Dorfbewegung" neu belebt. Die Bewegung verspricht den Bauern durch gegenseitige Hilfe und Hilfe des Staates einen Anschluß an die Lebensbedingungen der Städte. Tatsächlich sehen wir bestätigt, was wir bisher von Kritikern dieser Bewegung gelesen und gehört haben. Außer neuen, bunten Eternitdächern, die die Bauern auch noch selbst bezahlen müssen, berührt die Bewegung das Leben der Bauern nicht. Auch die neuen Dächer dienen hauptsächlich dazu, ausländischen Besuchern ein „hübsches" Korea zu präsentieren. Entlang der großen Verkehrswege sind diese Dächer viel zu sehen, je weiter man sich von den Schnellstraßen entfernt, desto seltener werden sie. Wir trafen einen Bauern, der uns erzählte, ein



Zuschuß für sein neues Dach aus dem Fonds der Bewegung sei abgelehnt worden, weil sein Haus zu weit von der Straße entfernt liege. So dient die „Neue Dorfbewegung" mehr dazu, Regierungspolitik, z.B. neue Reissorten, Düngemittel usw. durchzusetzen und zu verteilen. Die Bewegung wird von den Bauern offensichtlich auch als das empfunden, was sie ist: Ein Schwindel, der dazu da ist, die Bauern zu kontrollieren und ruhig zu halten. Ein örtlicher „Führer" dieser Bewegung gibt dies für uns erstaunlich offen zu: „Diese Bewegung bringt den Bauern nichts. Das Geld, das wir bekommen sollen, bleibt oben stecken und wir sehen nichts davon. Es werden neue Straßen gebaut, aber was sollen wir damit. Wir haben keine Maschinen und keine Autos"

Der Widerstand gegen die Diktatur wird von den neuen Machthabern rücksichtslos verfolgt. Tausende sind verhaftet und fast täglich gehen die Verhaftungen weiter. In den Zeitungen liest man nichts davon, aber man hört es. Jeder weiß, daß die Schergen herumlaufen und viele berichten von ihren Freunden – Journalisten, Studenten, Priester –, die verhaftet sind. Wir treffen Leute, die sich aus Angst vor der Verhaftung versteckt halten. Wir sind betroffen von dem Mut und der Kraft, den diese Leute haben. Sie sind traurig, enttäuscht, aber sie versuchen, die versprengten Freunde und Bekannten wiederzutreffen, neu anzufangen. Im Moment ist alles viel schwieriger als unter Park Chung Hee.

Das „Korea-Komitee" sammelt Geld zur Unterstützung von Demokraten in Südkorea. Das Spendenkonto ist:

Korea-Kreis Osnabrück e.V.
Stadtsparkasse Osnabrück
Kto.-Nr. 60 60 95

Hier und da treffen sich illegale Gewerkschaftsgruppen, planen Seminare und Schulungen. Studenten organisieren Treffen, drucken und verteilen Flugblätter. Die ersten Aufführungen von Maskentänzen – einer Mischung aus Theaterspiel und Volkstanz, mit der das Volk schon vor hundert Jahren Widerstand gegen Unterdrückung zum Ausdruck brachte – finden statt, auch wenn, wie wir es erfuhren, die Akteure nach der Vorführung festgenommen werden. Man hört von dieser oder jener Uni, an der sich Studenten aus Protest und Verzweiflung versuchen umzubringen. Seitdem die Universitäten im September wieder geöffnet wurden, baut die Regierung ein Überwachungs- und Spitzelsystem auf. Professoren werden zukünftig persönlich für das politische Wohlverhalten der Studenten verantwortlich gemacht. Studenten erzählen uns, das Klima an den Unis sei jetzt unerträglich. Viele träumen davon, im Ausland zu studieren. Immer wieder werden Unis geschlossen, weil sich Unruhe breit macht.

Das Land ist ruhig, tot, wenn man an das Leben, an die Begeisterung, die Hoffnung der Studenten und Demokraten im Frühling zurückdenkt. Aber bei vielen Gelegenheiten erfahren wir, daß sich Widerstand neu organisiert und ausbreitet. Es ist wichtig, über Korea nicht zur Tagesordnung überzugehen. Chon Doo Hwan läßt gerade eine neue Verfassung absegnen, nach der er sich im nächsten Jahr für sieben Jahre zum Präsidenten wählen lassen will. Noch sind die Proteste in Japan, der BRD und den USA zu vernehmen. Aber die USA, die ja am Emporkommen Chuns nicht ganz unbeteiligt waren, haben schon verlauten lassen, sie würden Chun auch weiter stützen, wenn er seine Macht demokratisch legitimiere. Nach allen Erfahrungen mit der Politik des „freien Westens" gegenüber faschistischen Militärdiktaturen in der dritten Welt muß man davon ausgehen, daß die jetzt noch hörbaren offiziellen



Korea-Diktator Chun

Proteste über kurz oder lang zugunsten wirtschaftlicher Interessen verstummen.

Chuns Weg an die Macht führte über die Leichen von Kwangju, die Verhaftung und Folterung tausender Demokraten, über Zensur und Kriegsrecht. Die „Wahlen", die er beabsichtigt, sind eine Farce, mit der er die Weltöffentlichkeit täuschen will. Deshalb ist es wichtig, auch in Zukunft nicht zur Unterdrückung in Süd-Korea zu schweigen.

Die in dem Text erwähnten Wahlen haben inzwischen stattgefunden. Über 90% der Bevölkerung haben ihre Stimme bei dieser Volksabstimmung abgegeben; über 90% der Wähler stimmten für die Annahme der neuen Verfassung. Dennoch ist die Farce dieser Wahl nicht zu übersehen. Das Südkorea-Tribunal, das am 26. 10. 1980 in Köln stattfand, sprach von 30 000 Oppositionellen, die während der „Säuberungskampagne" der letzten Wochen verhaftet worden sind. Außerdem wurden 200 Zeitschriften verboten, 600 Verlage geschlossen und mehr als 250 Journalisten entlassen, die über die Massaker von Kwangju berichtet hatten. Angesichts solch offener Repression und Verunsicherung in der Bevölkerung können die abgegebenen Stimmzettel nicht als demokratische Legitimierung Chuns und seiner Verfassung betrachtet werden. Es ist eine unter demokratischem Schein erzwungene Bestätigung der Diktatur ....

Von der Bundesregierung wird dieses Regime auch weiterhin unterstützt. Der während der Kämpfe in Kwangju unterzeichnete 28-Millionen-DM-Kredit läuft weiter. Südkoreanische Offiziere werden weiterhin in der Bundeswehr ausgebildet, „und im August dieses Jahres hielt sich eine Delegation der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau in Seoul auf, um ungeachtet der dortigen Vorgänge Möglichkeiten für weitere Kredite zu erkunden." (FR v. 25. 10. 80)

(Red.)

Algerien

SPENDENAUFRUF FÜR DIE BETROFFENEN DER ERDBEBENKATASTROPHE IN ALGERIEN

Das Erdbeben, das am 10.10. 1980 große Teile Nordalgeriens, insbesondere die Stadt El Asnam, verwüstete, traf rund 250.000 Menschen. Es hinterließ tausende von Toten, eine Unzahl Verletzte und Obdachlose.
Das Erdbebengebiet ist völlig von der Außenwelt abgeschlossen, Zufahrtswege sind zerstört, die Wasser-und Stromversorgung unterbrochen. Die Rettungsmaßnahmen und internationalen Hilfsmaßnahmen werden hierdurch sehr erschwert. Es werden medizinische Hilfsgüter wie Zelte und Decken für die Verwundeten und Obdachlosen *dringend* gebraucht. Umfangreiche internationale Hilfsaktionen sind sofort eingeleitet worden. Auch das Deutsche Rote Kreuz, die Caritas und das Diakonische Werk haben zu einer Spendenaktion aufgerufen.
Wir, die Aktion Dritte Welt Freiburg, unterstützen diese Aufrufe und bitten um Spenden auf eines der folgenden Konten:

Deutscher Caritasverband
Postscheck Karlsruhe 202

Diakonisches Werk
Postscheck Stuttgart 502

Konten des Deutschen Roten Kreuzes bei allen Banken und Sparkassen und beim Postscheckamt Köln trägt die Nr. 414141
Stichwort „Erdbeben Algerien"

Türkei

Populistische Militärjunta will die Türkei befrieden und stärker in den Westen einbinden



Das Ultimatum vom Januar 1980

„Unsere Nation kann nicht länger diejenigen dulden, die die großzügigen, in unserer Verfassung verankerten Freiheiten mißbrauchen, diejenigen, die die kommunistische ‚Internationale' anstelle unserer Nationalhymne singen, oder diejenigen, die das demokratische System durch irgendeine Art von Faschismus, Anarchie, Zerstörung und Seperatismus ersetzen wollen." (FT 13. 9. 80)

So hieß es in einer Erklärung türkischer Generäle am 1. 1. 1980, die die Politiker ultimativ aufforderte, ihre Parteistreitereien zu beenden und für stabile Verhältnisse im Land zu sorgen. Niemand zweifelte an dem großen Gewicht eines solchen Appells, waren doch schon die beiden vorangegangenen Militärputschs in der türkischen Republik vom 27. Mai 1960 und vom 12. März 1971 durch ähnliche Ultimaten angekündigt worden.

Demirel-Regierung versagt völlig

Im Oktober 1979 löste Demirel seinen Rivalen Ecevit, der eine empfindliche Wahlniederlage hatte einstecken müssen, im Amt des Ministerpräsideten ab. Da keine Partei im Parlament eine Mehrheit zustande bringen konnte, bildete er eine Minderheitsregierung der Gerechtigkeitspartei (AP), die auf die stillschweigende Unterstützung der faschistischen Nationalen Bewegungspartei (MHP) von Türkes und evt. der nationalreligiösen Nationalen Heilspartei (MSP) unter Erbakan angewiesen war. Demirels große Versprechungen, den Terror in den Straßen innerhalb von 100 Tagen zum Schweigen zu bringen, erfüllten sich nicht, wenn er auch gewisse Erfolge bei der Schließung der Versorgungslücken erzielte, was ihm kurzfristig durch Beschaffung neuer Kredite gelang.

Das Ultimatum der Generäle war darum ein unmißverständlicher Wink an Demirel, seinen innenpolitischen Kurs zu ändern und insbesondere mit Ecevits Republikanischer Volkspartei (CHP) eine große Koalition einzugehen. Für die Türkei wäre dies ein „historischer Kompromiß" der „rechten" und „linken" Mitte gewesen, um durch die Einbeziehung der unter Linksintellektuellen und Arbeitern verankerten CHP den Widerstand gegen das unpopuläre Sparprogramm des Internationalen Währungsfonds (IMF) zu schwächen und unter der Ideologie der „Sozialpartnerschaft" allmählich stabile Verhältnisse herzustellen, die wieder zu Investitionen anreizen und aus der wirtschaftlichen Stagnation herausführen können.

Wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland

Die Wirtschaftslage war und ist in der Tat katastrophal. Durch die Ölpreisteuerung sind seit 1974 die Außenhandelsdefizite der Türkei in die Höhe geschnellt und die Auslandsverschuldung sprunghaft auf schätzungsweise knapp 20 Mrd. US-Dollar gestiegen. Wegen des Devisenmangels können viele dringend benötigte Güter nicht in das Land, dessen Wirtschaftsstruktur auf viele Importe angewiesen ist, eingeführt werden. Nicht nur, daß die Bevölkerung wegen des Energiemangels stundenlang für eine Flasche Butangas anstehen muß und im Winter kaum heizen kann, auch in allen Wirtschaftsbereichen liegen große Kapazitäten brach wegen des Rohstoff- und Ersatzteilmangels. Ein türkischer Industrieller: „Die Fabriken arbeiten nur auf zwei Drittel des Vorjahresniveaus, und damals haben sie nur auf drei Viertel ihrer Kapazitäten gearbeitet." (FT 15. 9. 80)



Das Ausland ist bereit, der Türkei Kredite zu gewähren, wenn sich das Land bestimmten Bedingungen beugt. Nach langwierigen internationalen Verhandlungen, koordiniert von den deutschen Politikern Leisler-Kiep und Matthöfer, erhält die Türkei eine Wirtschaftshilfe von 3 Mrd. US-Dollar, die sich aus Geldern der 17 OECD-Staaten (1,16 Mrd. US-Dollar), des IMF (300 Mio. US-Dollar), der Weltbank (200 Mio. US-Dollar), der EG (1,5 Mrd. US-Dollar) und evtl. Saudi-Arabien zusammensetzen. Die Bedingungen für die Kredite vom IMF sind:

- Aufhebung des Streik- und Tarifrechts
- Festlegung der Löhne und Gehälter durch den Staat
- Einfrieren der Preise für landwirtschaftliche Produkte
- Abwertung der Türkischen Lira, damit der Export angeregt und der Import erschwert wird
- Erhöhung der Zinssätze zur Förderung des privaten Sparaufkommens
- Privatisierung des Staatssektors.

Diese Politik kann kurz so charakterisiert werden: Schaffung von Investitionsanreizen, indem über Reallohnsenkungen die Unternehmergewinne erhöht werden.

Militärische Bedeutung der Türkei

Mit dem Fortfallen des Iran und Afghanistans aus dem westlichen Einflußgebiet ist die geostrategische Bedeutung der Türkei, besonders als Horchposten gegenüber der UdSSR stark gestiegen.

1975, aufgrund des Waffenembargos der USA gegen die Türkei wegen der Zypernkrise kündigte die Türkei den türkisch-amerikanischen Militärvertrag, der US-Militärbasen in der Türkei garantierte. Im Oktober 1978, nach dem Ende des Embargos, wurden wieder 4 US-Stützpunkte ermöglicht. Am 9. 1. 80 (kurz nach der Regierungsübernahme Demirels und dem Ultimatum des Militärs (IZ3W, Nr. 84)), wurde ein neuer Militärvertrag ausgehandelt und 26 Stützpunkte, deren wichtigsten die Spionagestation in Sinop an der Schwarzmeerküste, in Diyabakir im Osten des Landes und der Luftwaffenstützpunkt Incirlik am Mittelmeer ist. Am 29. 3. 80 wurde mit der USA ein neues Militärabkommen unterzeichnet, in dem der USA die Benutzung von türkischen Stützpunkten garantiert wird. Die USA verpflichtete sich auch mit einer Militärunterstützung von 250 Mio. Dollar die türkischen Streitkräfte zu modernisieren. Die BRD gibt zusätzlich 600 Mio, davon 180 Mio. DM reine Militärhilfe, um die Südflanke der NATO zu stabilisieren.

Die Politik der wirtschaftlichen Unterdrückung

Demirel hielt an seinem unnachgiebigen Austeritätskurs fest. In großen Streiks wandten sich die Arbeiter gegen die Privatisierung der Staatsbetriebe, gegen Massenentlassungen, gegen die Durchdringung der Betriebsleitung mit Faschisten, gegen den Reallohnabbau, der sich seit 1979 durch die Inflationsrate von 100% verstärkte. Die wirtschaftliche Unterdrückung nahm zu, sehr subtil, aber wirksam: wenn der Durchschnittslohn eines Arbeiters 6000 T.L. (ca. 140 DM) beträgt, die Miete für eine Zwei- bis Dreizimmerwohnung ebenso hoch ist, wie kann man dann leben? Wenn selbst der Mindestlohn mit 10% Lohnsteuer belastet wird?



Demirel und Ecevit

In einem Land, in dem

75% der Bauern nur von Brot leben,
30% der Bauern in Lehmhütten schlafen,
22% der Dörfer keine Trinkwasserversorgung haben,
45% der Haushalte mit Kuhfladen heizen,
66% der Haushalte keinen Strom haben,
23% arbeitslos sind,
die Inflationsrate in diesem Jahr über 200% betragen wird,
die Exporte nicht einmal die Öleinfuhren decken,

werden 25% des Staatshaushalts für das Militär ausgegeben und 3,8% für das Gesundheitswesen.

Auf den Widerstand der Arbeiter gegen diese ökonomische Repression antwortete der Staat mit zunehmender politischer Unterdrückung. Polizei und Militär schöpfen nicht nur voll ihre Möglichkeiten in den 20 (von 67) unter Kriegsrecht stehenden Provinzen aus, sie überschreiten sie immer offener. In der Türkei wie im Ausland kann immer weniger übersehen werden, wie – ausschließlich linke – politische Gefangene gefoltert werden.

Ignoranz bei deutschen Politikern und Gerichten

Allerdings geben sich die Politiker und Gerichte in der BRD noch blind: bei der Verabschiedung der militärischen „Türkeihilfe" im Bundestag im Juni 1980 vertrauen beinahe alle Parlamentarier mit Ausnahme einiger SPD-Abgeordneter auf die Respektierung der Menschenwürde in der Türkei, trotz der von Amnesty International vorgelegten Berichte über Folterungen.

In Stuttgart wird am 30. 6. 80 der Türke Begen, der aus einem türkischen Gefängnis ausgebrochen und mit falschem Paß Ende letzten Jahres in die BRD geflüchtet war, um hier Asyl zu beantragen, an die Türkei ausgeliefert. Gründe: Gegen ihn besteht ein Haftbefehl, in dem ihm Totschlag bei einer Schießerei mit „Grauen Wölfen" vorgeworfen wird, also eine eindeutig politische Motivation. In der Türkei droht ihm wieder Folter und die Todesstrafe. Das Oberlandesgericht Stuttgart begründete: „Soweit der Verfolgte schließlich geltend macht, in türkischen Gefängnissen gefoltert worden zu sein und im Falle der Auslieferung wieder gefoltert zu werden, fehlt es an jedem glaubwürdigen Anhalt für die Richtigkeit dieser Behauptung". Dem OLG scheinen die Berichte von Amnesty International und der türkischen Anwaltskammer nicht zu genügen.

Überwiegend faschistischer Terror

Zusätzlich zu diesem staatlichen Terror wurde die Bevölkerung, und gezielt die Linke, durch den Terror der faschistischen Gruppen, hier bekannt als „Graue Wölfe", eingeschüchtert. Ali Yurtaslan, ein übergelaufener Führer des faschistischen „Idealistenvereins", ÜGD, packte aus: „Das Gefängnis war ein Rekrutierungsfeld. Wir haben in den Gefängnissen unsere Mitglieder mit Judo, Karate und Bombenherstellung ausgebildet und sie dort ideologisch unterrichtet. Wegen kleiner Delikte verurteilte MHP-Sympathisanten wurden dort zu bezahlten Killern ausgebildet. Alle Befehle kamen direkt von Alparslan Türkes. Cevat Yurdakul, Polizeipräsident von Adana, wurde von meinen Freunden ermordet. Wir haben eine Todesliste (Ölüm listesi) gehabt, die mit allen MHP-Vorstandsmitgliedern abgestimmt war." (FR 29. 8. 80)

Auch linksgerichtete Gruppen waren an der politischen Gewalt beteiligt; einige propagieren seit längerem den bewaffneten Kampf. Ihre Anschläge waren häufig Reaktionen auf faschistische Attentate. „Rechts" wie „links" fanden auch Rivalitätskämpfe mit Todesopfern statt die Mörder wurden dann häufig zu Unrecht auf der „entgegengesetzten" Seite gesucht.

Zuletzt, im Sommer 1980, gab es etwa 150 bis 200 politische Morde pro Monat. Es besteht Einigkeit darüber – auch konservative Kreise geben das zu (FT 15. 9. 80, NZZ 14./15. 9. 80) –, daß der Terror von der MHP und ihren Unterorganisationen entscheidend propagiert wurde und daß ihre Anhänger



4 Tage lang gefoltert und erst am 11. Tag dem Staatsanwalt vorgeführt, obwohl Kahraman KAYA sich freiwillig auf der Wache gemeldet hatte. " Unter den Folterern war auch der Ex-Vorsitzende des Idealistenvereins." (DEMOKRAT, 24.3.1980)

die meisten Gewalttaten ausführten. Trotzdem waren z.B. von den 236 innerhalb von 2 Wochen in Istanbul Verhafteten 224 Links-, aber nur 12 Rechtsgerichtete.

Die Ursachen liegen auf der Hand: die Demirel-Regierung war – schon seit geraumer Zeit – auf die verdeckte Unterstützung durch die MHP angewiesen. Und Polizei und Militär wie auch Behörden sind zu sehr mit Faschisten durchsetzt, als daß eine Maßnahme gegen sie verwirklicht werden könnte.

Die „Alternative Türkei-Hilfe" hat zwei Broschüren herausgegeben:
1. Faschismus in der Türkei – Graue Wölfe in der BRD (DM 2,50)
2. Folter in der Türkei – Dokumente über Folterungen, politische Inhaftierung, Haftbedingungen (DM 3,–)

Sie sind zu beziehen bei:
Kamil Taylan, Ringelstraße 10,
6000 Frankfurt 60

Eine Folge des durch den Terror undifferenziert in „Rechts" und „Links" polarisierten politischen Lebens war eine völlige Verunsicherung der Bevölkerung. Es gab kaum ein Stadtviertel, ja nicht einmal ein Laden oder ein Teehaus, das nicht klassifiziert war. Jeder, der sich öfters dort bewegte, war automatisch als Anhänger der jeweiligen Seite abgestempelt; in feindliches Gebiet traute man sich kaum, im eigenen Gebiet mußte man aus Furcht vor Attentaten der Gegenseite auf der Hut sein. Obwohl es schon 65 000 politische Gefangene gab, nahm die Gewalt ständig zu. Die politischen Kräfte zeigten sich nicht in der Lage, aus dieser Situation herauszuführen, nur dem Militär trauten viele dies zu. Das Ziel der Faschisten, daß die Bürger nach Ruhe und Ordnung und nach einem starken Mann rufen, war erreicht.

Ein unregierbares Land

In dieser verfahrenen Lage war kein Ausweg sichtbar: Den Unternehmerinteressen, die IMF-Forderungen zu erfüllen, standen die Arbeiterinteressen gegenüber und mobilisierten eine starke Gegenkraft.

Ebenfalls auf der parlamentarischen Ebene war der Karren festgefahren: Nachdem in 120 Wahlgängen noch kein neuer Staatspräsident gewählt werden konnte und Terror und wirtschaftliche Not sich in der Türkei verstärkt hatten, stellte Ecevit in der Hoffnung auf Hilfe von Erbakan einen Mißtrauensantrag gegen Demirel. Der Antrag scheiterte.

So standen sich die Parteien mit partiellen Gemeinsamkeiten gegenüber:

- AP (Demirel) will den Unternehmerinteressen dienen und das vom IMF geforderte Austeritätsprogramm auch mit Gewalt durchdrücken.
- CHP (Ecevit) ist dem Druck der Arbeiterbasis ausgesetzt, sieht aber keine machbare Alternative zum Austeritätsprogramm und vertritt somit eine weichere und behutsamere Gangart für mehr Arbeiterrechte und gegen ausländischen Einfluß.
- MSP (Erbakan) stellt sich grundsätzlich gegen die Gewerkschaften, tritt für eine Islamisierung der Gesellschaft ein und damit gegen ausländischen Einfluß.
- MHP (Türkes) ist wirtschaftlich für Demirels Austeritätskurs, politisch sorgen die Faschisten für eine Emotionalisierung der politischen Auseinandersetzung, indem sie gegen die Linke hetzen; sie predigen außerdem einen expansiven Nationalismus.

Am 5. 9. 80 erreichte die MSP erstmalig in der Geschichte der türkischen Republik die Amtsenthebung eines Ministers durch das Parlament. Außenminister Erkmen wurde auf Antrag der MSP mit Stimmen der CHP gestürzt, mit der Begründung, er sei zu prowestlich und habe nach dem Jerusalem-Beschluß der Knesset nicht die diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen (NZZ 7. 9. 80).

Die Arbeitskämpfe nahmen eine bedrohliche Entwicklung: etwa 49 000 Arbeiter in den Metall-, Glas- und Textilbranchen waren in Streik, über 43 000 davon waren der DISK angeschlossen und nur 127 dem faschistischen Gewerkschaftsverband (devrimci yol Türkei-Information, Okt. 1980). Für den September bahnte sich eine große Streikwelle an. Die Regierung hatte die Möglichkeit, Streiks auf drei Monate auszusetzen, und dies galt zu diesem Zeitpunkt für 122 000 Arbeiter aus 114 Betrieben. Schätzungsweise 300 000 Arbeiter wären bald in Ausstand getreten (FT 15. 9. 80). Auch der regierungstreue Türk-Is-Verband mußte noch am 11. 9. seinen Protest erheben, weil die Unternehmen den Arbeitern ihre Löhne in Millionenhöhe schuldeten.

Der Putsch vom 12. September 1980

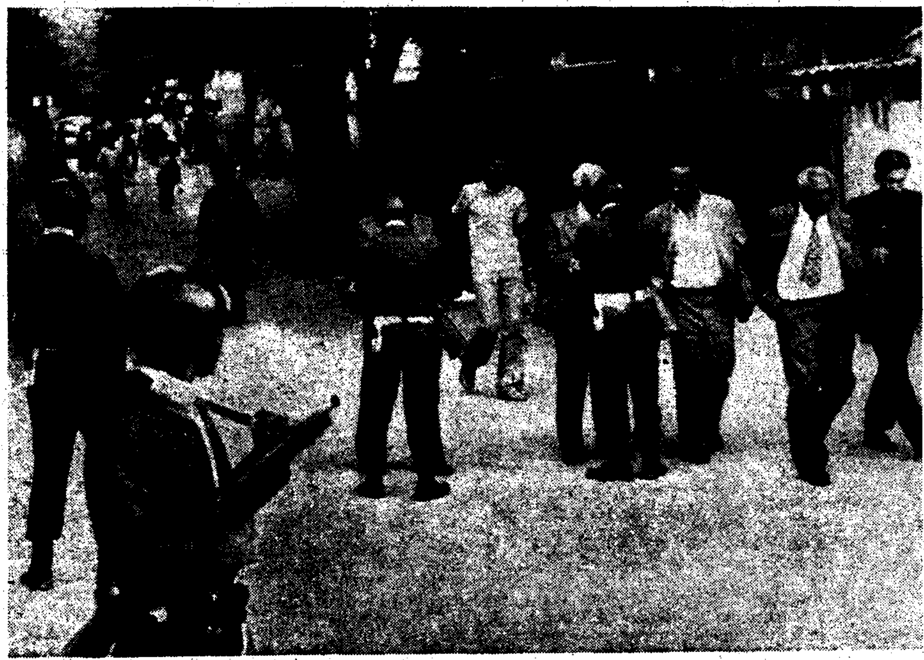
In den frühen Morgenstunden des 12. 9. erfolgte der Militärputsch. Die ersten Maßnahmen waren:

- das bisher in 20 Provinzen geltende Kriegsrecht wurde auf das ganze Land ausgedehnt;
- eine völlige Ausgangssperre wurde verhängt, die tags darauf wieder aufgehoben wurde;
- die Grenzen wurden für einige Tage dicht gemacht;
- das Parlament und die Regierung wurden aufgelöst;
- die Führer der vier großen Parteien wurden verhaftet und angeklagt; Türkes konnte zunächst untertauchen, stellte sich aber nach 2½ Tagen;
- über 200 Parlamentarier wurden verhaftet und angeklagt;
- Streiks und Aussperrungen wurden verboten;
- zwei Gewerkschaftsverbände wurden verboten, der linke DISK und der faschistische MISK; etwas später wurde – nur für wenige Tage – auch der gelbe Gewerkschaftsverband Türk-Is verboten;
- ohne jegliche Publizität lief eine breite Verhaftungswelle, die sich besonders gegen die Linke richtete.

Die Generäle versicherten dem Westen sofort, daß die Türkei ihre bisherige Außenpolitik unverändert fortsetzen würde und ihre vertraglichen Verpflichtungen innerhalb der NATO voll erfüllen würde. Das NATO-Manöver, das zu diesem Zeitpunkt in Thrakien, dem europäischen Teil der Türkei stattfand, wurde tatsächlich ohne Unterbrechung fortgeführt, lediglich sagten die Belgier kurzfristig ihre Beteiligung daran ab, angeblich aus Protest gegen den Putsch.

Die Offiziere kündigten eine neue Verfassung an, die u.a. das Wahlrecht und das Parteiengesetz umgestalten würde. Außerdem sollten die Freiheiten, die ihrer Meinung nach mißbraucht worden waren, eingeschränkt werden.

Die Putschisten bildeten eine Junta, einen „Nationalen Sicherheitsrat" der 5 wichtigsten Militärführer: neben Generalstabschef Evren gehören ihm die Oberkommandierenden der 4 Teilstreitkräfte Heer, Marine, Luftwaffe und „Jandarma" (Gendarmerie, paramilitärische Polizeitruppe) an. (NZZ 14./15. 9.)



"DAS ALLTÄGLICHE LEBEN LÄUFT GANZ NORMAL"

Evren war im In- und Ausland kein Unbekannter, sondern als ein Mann der Ausgewogenheit bekannt. In der Türkei ist er bekannt als ein „Kemalist", der der CHP nahesteht. Ecevit, als dessen persönlicher Freund er gilt, hatte ihn zum Generalstabschef ernannt. Evren genießt auch das Vertrauen der NATO, er ging oft im Pentagon ein und aus. Ein westlicher Militärattache charakterisierte ihn als Mann von Statur, Intelligenz, aufrechter Stärke, Charakter, Vorsicht und dennoch Entschlußkraft. Es sei unwahrscheinlich, daß Evren mit irgendwelchen politischen oder militärischen Fraktionen gemeinsame Sache mache. (SZ 15. 9. 80)

Nach und nach ergriffen die Militärs weitere Maßnahmen, deren Aufzählung hier unvollständig bleiben muß [1]: Sondergerichte werden wieder eingeführt; ein Erlaß erlaubt die Festnahme von Verdächtigen ohne gerichtlichen Beschluß bis zu 30 Tagen; 80 Arbeiterorganisationen wurden verboten; (SZ 19. 9.). Jegliche politische Betätigung wurde verboten.

Die Leitungen der bestreikten Betriebe wurden angewiesen, den Arbeitern einheitlich 70% mehr Lohn auszuzahlen – bei etwa 230% Inflation; die Tageszeitung „Demokrat", die die Linke zu einigen versucht hatte, wurde verboten; ebenso die faschistische Zeitung „Hergrün" – dieses Organ der MHP soll in Kürze wieder unter einem anderen Namen erscheinen; alle Bürgermeister, sie waren meist von der CHP, wurden abgesetzt.

Auch für Sittsamkeit, Sauberkeit und die nationale Ehre sorgen die Militärs (nach devrimci yol, ..., Okt. 80):

- Am 17. 9. wurden in Gültepe/Istanbul alle Blue-Jeans-tragenden Bürger verhaftet.
- Für Frauen wird eine bestimmte Rocklänge vorgeschrieben; Make-up und das Tragen von Hosen sind verboten.
- Für Männer wird das Tragen von Krawatten sowie Rasierzwang angeordnet. Außerdem wird eine bestimmte Frisur und Schnurrbart vorgeschrieben. (FR 20. 9. 80)
- Zwang zum Putzen und Überstreichen der Parolen an den Hauswänden (Cumhuriyet, 22. 9. 80).
- Nach der 3.1-Niederlage der Fußballnationalmannschaft der Türkei gegen Island in Izmir am 24. 9. wurden die Fußballspieler und ihre Trainer wegen Verletzung des Nationalstolzes angeklagt. Noch am selben Tag übernahm ein Oberst die Leitung der Mannschaft.

Widerstand gegen den Putsch regte sich kaum. Zu einem organisierten Widerstand war die zersplitterte Linke ohnehin nicht in der Lage. Der Gewerkschaftsverband DISK mit weit über einer halben Million Mitglieder hatte zwar im Falle eines Putsches einen Generalstreik versuchen wollen, war aber auf eine illegale Arbeit überhaupt nicht vorbereitet und, nachdem sich 1000 Funktionäre freiwillig den Militärs stellten, völlig handlungsunfähig (TAZ, 13. 10. 80). Einzelne Widerstandsaktionen – Attentate gegen Militärs – wurden später bekannt; Sündenböcke konnten die Behörden sofort aufweisen und zum Tode verurteilen. Sicher ist, daß weitere Aktionen stattfanden, aber wegen der Nachrichtensperre kaum bekannt wurden.



Die neue „Regierung" verfolgt Demirels Wirtschaftskurs

Die Putschisten haben sich schon sehr frühzeitig bemüht, auch die wirtschaftliche Kontinuität zu wahren. In den Ministerien führten die Unterstaatssekretäre die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung fort. Ein Triumvirat von Wirtschaftsexperten wurde schon wenige Tage nach dem Putsch benannt, um dem Vertrauen der westlichen Welt gerecht zu werden; ihr bekanntester Exponent ist Turgut Özal, früherer Vorsitzender des Unternehmerverbandes TÜSIAD und rechte Hand Demirels, in dessen Regierung er die Wirtschaftspolitik gelenkt hatte, die große Bevölkerungsschichten ins Elend trieb. Er war auch der Verhandlungspartner von Matthöfer bei der Ausarbeitung der „Türkeihilfe".

11 Tage nach dem Putsch wurde eine neue „zivile" 27-köpfige Regierung vorgestellt, die allerdings zum einen unter der Autorität des Militärs steht und somit kein unabhängiges Gremium ist (FR 17. 9. 80), und zum zweiten 6 teils kurz zuvor in den „Ruhestand" versetzte Generäle umfaßt; sie sind bezeichnenderweise u.a. der Ministerpräsident Ulusu, der Innenminister (für Polizei verantwortlich) sowie der Jugend- und Sportminister und der Erziehungsminister (zwecks Durchgreifens bei radikalen Studenten usw.). 11 der 21 Zivilisten in der „Regierung" waren bereits einmal nach den früheren Militärputschs in „überparteilichen Regierungen" gewesen (LM, 23. 9. 80).

Turgut Özal versprach eine Fortführung der – für die Unternehmer – „liberalen Politik"; gemeint sein dürfte eine Stärkung der Privatwirtschaft, die mit einer Radikalkur a la Milton Friedman wie in Chile verbunden ist. Die Senkung der Produktionskosten und des inländischen Verbrauchs, die für eine Erhöhung der Exporte notwendig sind, beinhalten auch ein Niedrighalten der Löhne. Politisch ist es darum notwendig, die Arbeiterorganisationen an die Kandarre zu nehmen. „Man bräuchte drei bis vier Jahre Bemühungen", um die Wirtschaft auf diesem Wege zu sanieren, meint Özal (LM, 13. 9. 80).

So stellen sich für die Militärdiktatur zwei Aufgaben:

1 – X'° Σ'f §∫÷→/$'∫÷° £→∓'°f÷∓∮. /πf X'°

huch ! was hat er denn ?!
Also nochmal:

So stellen sich für die Militärdiktatur zwei Aufgaben:

1. die wirtschaftliche Sanierung, für die man Fachleute, sprich Technokraten, braucht und worauf sich diesmal die aufgeklärten Putschisten nicht selbst einlassen wollen,
2. die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung und der Staatsautorität, um den Produktionsablauf zu sichern; dafür sind die Militärs kompetent.

Zum Zwecke der erhöhten Unternehmensprofite übernehmen die Technokraten die wirtschaftliche Unterdrückung, die Militärs die politische. Und damit möglichst wenig Opposition aufkommt, versucht man sich als Kraft der Mitte darzustellen.

Ungleiches Vorgehen gegen „links" und „rechts"

Die Militärjunta gibt sich den Anschein, als wolle sie gleichermaßen gegen den rechten wie linken Extremismus vorgehen. Dies würde dem Konzept einer ruhigen und stabilen „Sozialpartnerschaft" schon entsprechen, wie es der Westen gerne sähe. Von daher scheint es glaubwürdig, und die ersten Maßnahmen der Regierung waren darauf angelegt, in dem befreundeten Ausland diesen Eindruck zu erwecken. In der Wirklichkeit erweist es sich jedoch als reine Augenwischerei.

Bei den Aktionen gegen Parlamentarier sind die AP und die CHP am besten davongekommen; dabei wurden mehr Mitglieder der CHP als der AP angeklagt. Der Schlag gegen die islamischen Kräfte um die MSP dürfte dagegen ernsthafter gemeint sein, immerhin bedeutet ihr Gedankengut bezüglich einer islamischen Revolution eine Gefährdung für die Integration der Türkei in die westliche Welt, und die von der MSP erreichte Absetzung eines Außenministers, weil er zu prowestlich war, war ein Alarm. Einige Tage, nachdem Erbakan – obwohl unter Anklage – freigelassen worden war, wurde er wieder inhaftiert, als einige iranische Islamkämpfer in der Türkei eine Flugzeugentführung versucht hatten.

Das Vorgehen gegen die MHP trägt einen widersprüchlichen Charakter. Zum einen muß man davon ausgehen, daß Türkes und seine Anhänger nicht die Leute sind, auf die das westliche Kapital setzen will. Auch die Unternehmer wissen, daß der Terror, der die gesamte Gesellschaft lähmte, von den Grauen Wölfen ausging. Insofern dürfte Evren, ihr Parade-Lakai, den Rechtsextremismus bekämpfen wollen. Trotzdem dürften die Faschisten von ihnen als wesentlich kleinere Gefahr als die Linken angesehen werden, denn sie sind potentielle Bündnispartner und Helfer. Letztlich ist es wohl ausschlaggebend, daß Polizei und Militär ebenso wie die meisten Behörden mit Faschisten durchsetzt sind und deshalb kaum eine Maßnahme gegen sie greifen dürfte. Das Untertauchen von Türkes nach dem Putsch bestätigt diese Tatsache, ebenso wie in der folgenden Zeit die zahlenmäßig geringe Festnahme von Faschisten.

Gegenüber den Gewerkschaften ist die Einäugigkeit auch erkennbar. In der Türkei nennen sich sowohl die Arbeiter-, als auch die Unternehmerkoalitionen Syndikate (sendikasi); natürlich wurden nur die Arbeitersyndikate verboten. Bei dem scheinbar gleichmäßigen Vorgehen gegen rechte und linke Gewerkschaften ist nicht nur zu beachten, daß der DISK weit mehr als 500 000 Mitglieder hat, der MISK dagegen nur etwa 5000, sondern auch, daß der MISK den Unternehmern ja niemals gefährlich wurde. Insgesamt ist auch das Vorgehen der Armee gegen linke als auch gegen rechte Organisationen und Einzelpersonen gerichtet: in der 1. Oktoberwoche wurden in Izmir 766 Leute festgenommen, von denen nach Auskunft des Kriegsrechtskommandeurs nur 18 der Rechten zuzuordnen sind (TAZ, 13. 10. 80). Alle diese Festnahmen wurden lange nach dem Putsch in unseren Medien stark verschleiert, man konzentrierte sich auf das ausgewogene Vorgehen gegen die 4 großen Parteien und ihre Vorsitzenden. Im übrigen: selbst wenn es einen Befehl gäbe, wie sollte denn die Armee gegen eine rechte Organisation vor Ort vorgehen, wenn deren Führer ihre Aktion durchführen sollen? Kennzeichnend ist auch, daß weder Behörden noch Polizei und Militär von Faschisten gesäubert wurden.

Eine Ausgewogenheit zeigt die Junta auch keineswegs gegenüber der kurdischen Bevölkerung. Die Armee tritt in der Osttürkei wie eine Besatzungsarmee auf. Die Kontrollen sind dort besonders zahlreich, die Festnahmen ebenso. Allein an einem Tag hat das türkische Militär für drei kurdische Städte 1200 Verhaftungen bekanntgegeben (TAZ, 13. 10. 80). Die Putschisten unterstellen der dortigen Bevölkerung, die gegen ihre krasse Benachteiligung gekämpft hatte, Seperatismus, der die Einheit des Volkes gefährde.

Über die Gesamtzahl der Festnahmen können hier keine Aussagen gemacht werden. Die Zahlen gehen in die Tausende und erhöhen sich täglich.



Die Reaktionen auf den Putsch

In Zeitung, Rundfunk und Fernsehen wurde unverhohlen eine Genugtuung über den Putsch verbreitet. Die Spannung habe sich gelöst, die Bürger seien froh über den Eingriff der starken Männer, die nun garantieren würden, daß man sich wieder ohne Furcht auf der Straße bewegen kann. Ruhe und Ordnung kehre wieder ein. Auch die meisten türkischen Arbeitsemigranten in der BRD würden den Putsch begrüßen. Das stellte für jeden demokratisch empfindenden Menschen eine Enttäuschung dar, waren doch die Aussagen geradezu zynisch angesichts der vielen willkürlichen Verhaftungen, die schon früh klar wurden.

Diese Einstellung der Mehrheit der türkischen Bevölkerung sollte nicht unter den Tisch gekehrt werden, sie muß schon deshalb aufgearbeitet werden, weil sie eine reale Grundlage für den Kampf gegen die Militärdiktatur darstellt. Die Offiziere können sich ja tatsächlich als Retter darstellen, als Retter in einem Chaos, das die Faschisten gezielt herbeigeführt hatten, um den Ruf nach einem starken Mann zu wecken. Bis hierhin ist die Rechnung der Faschisten auch aufgegangen, nur hätten sie gerne Türkes als Retter gesehen. Und tatsächlich ist die Zahl der politischen Morde seit dem Putsch drastisch zurückgegangen. Kein Wunder, denn eben weil ihr erstes Ziel erreicht ist, haben die faschistischen Gruppierungen ihre Aktivitäten schlagartig eingestellt. Nur der kleinere Teil der politischen Gewalt, der von linken Gruppierungen ausging, ist durch den Eingriff des Militärs gestoppt worden.

Auch die Festnahmen von allen, die irgendwie als Linke gelten, haben beim Kleinbürgertum Zustimmung gefunden, nachdem die „Anarchie" (so nennt man in der Türkei den Terrorismus) in der öffentlichen Meinung meist den Linken in die Schuhe geschoben wurde. Die kleinen Bonbons an die Arbeiter – 70% Lohnerhöhung in den bestreikten Betrieben – und schöne Worte an die Bauern – Evren wiederholte Atatürks Ausspruch: „Der Bauer ist der Herr des Landes" – sollen die Junta populär machen. Evrens Überparteilichkeit ist ja auch vertrauenserweckend: der CHP-Freund Evren verfolgt haargenau die gleiche Wirtschaftspolitik wie Demirel.

Der Präsident des Arbeitgeberverbandes TISK sprach aus, was die türkischen Wirtschaftsbosse über den Putsch denken: „Die Unternehmer werden ihre Investitionen erhöhen, und die industriellen Produktionskapazitäten, die bisher besonders wegen der allgemeinen Streiks gesunken waren, werden wieder steigen, und der soziale Frieden wird wieder hergestellt." (LM, 16. 9. 80)

Schlagzeilen wie „Banken fürchten nicht um ihre Gelder" (HB 15. 9. 80) und „Türkischer Staatsstreich ‚unvermeidlich', sagen die Industriellen" (FT, 15. 9. 80) zierten die Wirtschaftszeitungen im Ausland.

Nachdem klar war, daß Außen- und Wirtschaftspolitik durch den Putsch nicht negativ, sondern im Sinne des Westens eher positiv berührt würden – und das war nach einigen Andeutungen bereits vor dem Putsch alles abgeklärt –, gab es nur vereinzelt Proteste von offizieller Stelle gegen diesen Putsch. Man beschränkte sich bestenfalls auf Appelle zur Wahrung der Demokratie und der Menschenrechte und zur baldigen Wiederherstellung des parlamentarischen Systems, forderte vielleicht noch die Freilassung der Abgeordneten der türkischen Bruderpartei.

Unter den westdeutschen Parlamentariern lehnten nur die SPD-Abgeordneten, die gegen die „Türkeihilfe" gestimmt

hatten, den Putsch ab und forderten politische Konsequenzen von der Bundesregierung. Die anderen Politiker, auf die sich teilweise demokratische Erwartungen richteten, gefielen sich mit vollständigen Verharmlosungen des Militärregimes. So nimmt es nicht Wunder, daß die Junta schon bald durch die Gewährung eines neuen Kredites durch den IMF weltweit politisch und wirtschaftlich aufgewertet wurde.

In der Bundesrepublik haben türkische und besonders kurdische Organisationen gegen den Putsch protestiert und mit Demonstrationen, Konsulatsbesetzungen, Veranstaltungen usw. auf die Situation in der Türkei aufmerksam gemacht. Doch das Echo in der demokratischen Öffentlichkeit in der BRD war bisher nicht groß. Die deutschen Gewerkschaften fürchten sich, durch eine offene Kritik am Militärregime der SPD-geführten Regierung in den Rücken zu fallen; der DGB-Kreisvorsitzende in Stuttgart sagte beispielsweise kurzfristig eine seit langem für November geplante Türkei-Solidaritätswoche ab.

Ein „kemalistischer" Putsch? *

Immer wieder wurde hervorgehoben, die Armee sei in der Türkei seit jeher ein Garant der Demokratie gewesen, sie habe stets sehr bald die Macht wieder aus den Händen gegeben. Begründet wurde dies mit ihrer „kemalistischen" Tradition. Diese Argumentation verkennt zwei Dinge:

1. Das Offizierskorps hat seine Interessenlage in den letzten 20 Jahren völlig verändert. 1960 war der Putsch u.a. auch begründet durch ein Streben nach mehr wirtschaftlicher Unabhängigkeit vom Ausland und nach mehr demokratischen Rechten, was dann z.B. seinen Ausdruck in der demokratischen Verfassung von 1961 und in der Gewährung des Streikrechts – erstmalig in der türkischen Geschichte – fand. Ab dieser Zeit jedoch wurde versucht, das Militär in das wirtschaftliche Geschehen einzubinden. Mit den Geldern der Sozialversicherung der Offiziere wurden große wirtschaftliche Projekte begonnen; OYAK, der Sozialfonds des Heeres, ist heute angeblich der zweitgrößte Konzern der Türkei, er ist durch viele Fabriken – besonders in der Automobilbranche – mit ausländischem Kapital verflochten. Die Armee muß daher zunehmend mit dem ausländischen Kapital an einem Strang ziehen. Schon der Putsch von 1971 brachte dies zum Ausdruck: hier ging es den Putschisten nicht um Gewährung von mehr Demokratie, sondern hier mußte – ebenso wie 1980 – der Unruhe in der Bevölkerung Einhalt geboten und die Wirtschaft saniert werden. Wegen des Fehlers, daß man damals zu einseitig die Linke verfolgte, war das Militär leicht bloßzustellen, und in dieser Lage solidarisierten sich große Teile der Bevölkerung mit der Linken. Deswegen ist die Taktik 1980 schillernder, nämlich populistisch.
2. Wenn man „Kemalismus" nicht näher inhaltlich bestimmt, können sich viele Kemalisten nennen. Es lassen sich aber sechs Prinzipien des Kemalismus benennen, an denen hier die Selbsteinschätzung des Militärs überprüft werden soll (nach H. Keskin: Die Türkei; Berlin 1978, S. 837):

a) Republikanismus: Die Offiziere werden tatsächlich die republikanische Staatsform verteidigen wollen und nicht etwa eine Rückkehr zum Feudalstaat anstreben.

b) Laizismus: Die Militärs treten tatsächlich vehement für die Trennung von Religion und Staat ein, sie wehren sich aufs heftigste gegen das Aufkommen islamischer Strömungen.

c) Volkstum: Die Ideologie, daß das Volk eine Einheit sei, und nicht etwa in Klassen oder Rassen gespalten sei, ist auch Grundbestandteil der Politik der Junta, gehen sie doch massiv gegen „Seperatismus" der Kurden und gegen „Klassenkampf" der Arbeiter vor.

d) revolutionäres Prinzip: die Umgestaltung der Gesellschaft muß ununterbrochen fortgesetzt und den jeweiligen neueren Rahmenbedingungen angepaßt werden; das läßt jedem, der sich als Kemalist fühlt, großen Spielraum, und insofern hat die Junta wohl auch dieses Prinzip erfüllt.

Bis hierher also kann sich Evren als perfekter Kemalist darstellen; doch wie geht es weiter?

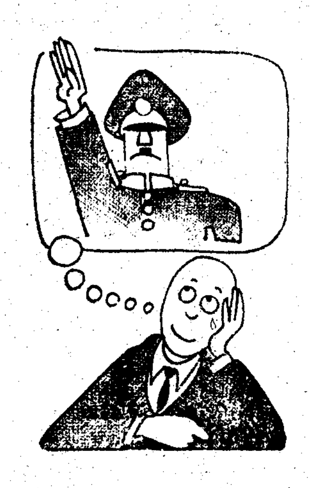
e) Nationalismus: Das eine Element dieses Prinzips, die Einheit aller in der Türkei lebenden Menschen herzustellen, soll durch eine Ideologie des Nationalgefühls oder sonst gewaltsam erfüllt werden. Das andere Element, die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit und Souveränität des Staates zu garantieren, wird mit der Anbiederung an den Westen eklatant verletzt.

f) Etatismus: Die starke Stellung staatlicher Unternehmen in der türkischen Wirtschaft, die in diesem Prinzip festgehalten ist, wird gerade durch den IMF und die vom Militär eingesetzten Wirtschaftsexperten als ein Grundübel der türkischen Wirtschaft betrachtet, das beseitigt werden muß.

Wenn nun von den sechs kemalistischen Prinzipien zwei ganz offensichtlich abgelehnt werden, wird man wohl nicht mehr von einer kemalistischen Staatsführung sprechen können.

Ist die Junta faschistisch?

In vielen Einschätzungen des Putsches wird das Militärregime als faschistisch bezeichnet. Dies ist angesichts vieler Merkmale, insbesondere der Hervorhebung der Volksgemeinschaft bei gleichzeitig unnachgiebiger Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der Kurden, verbunden mit einer Wirtschaftspolitik im Sinne des Großkapitals, naheliegend. Angesichts der Tatsache allerdings, daß in der Türkei eine ausgesprochen faschistische Partei existiert – so hat z.B. MHP-Führer Türkes in Hitler sein persönliches Vorbild –, die nun nicht an die Macht kam, wird eine genauere Analyse unerläßlich. Die führenden Militärs haben die MHP und ihre Unterorganisationen zu den Extremisten erklärt, gegen die sie u.a. vorgehen wollen, und Türkes droht von den vier Parteiführern



die härteste Strafe, da er wegen terroristischer Aktivitäten angeklagt wurde (SZ, 13. 10. 80). Welche Gründe die Putschisten hierfür haben dürften, und welche Faktoren sie am konsequenten Vorgehen hindern dürften, wurden oben diskutiert (vgl. Abs. „Ungleiches Vorgehen ...").

Hier interessiert uns nun, wo Parallelen und Unterschiede beider Richtungen liegen. Ein sorgfältigerer Umgang mit dem Wort „faschistisch" ist nicht akademisch, sondern sollte verhindern, daß der Begriff, der einer Analyse dienen soll, nicht zu einem Begriff wird, in dem man nur seine Abscheu ausdrückt. Leider mangelt es in der allgemeinen Diskussion über Militärdiktaturen überhaupt an einer genaueren Begriffsbestimmung, was sich auch in folgenden Zeilen niederschlägt.

Die Beurteilung sei hier an 10 Merkmalen des Faschismus vorgenommen:

1. Herrschaft des Großkapitals: dies trifft voll zu, obwohl es sich nicht um das inländische, sondern das ausländische Kapital handelt.
2. Privatwirtschaft: wird sehr hochgehalten; dies gipfelt allerdings im Liberalismus, während im Faschismus eher staatliche Eingriffe typisch sind. Faschismus entsteht aus dem Versagen des Liberalismus. Die türkische Militärdiktatur dagegen geht aus von einem Versagen der Staatswirtschaft.
3. Unterdrückung der Arbeiterbewegung: hier trifft die Realität voll zu.
4. Gemeinschaftsideologie: auch dieses Merkmal ist für die Türkei voll zutreffend; die Militärführer gebärden sich populistisch. Ein kleiner Unterschied allerdings ist, daß die Machthaber bei ihrem Buhlen um die Gunst der verarmten Massen keine antikapitalistischen Töne verbreiten.
5. Vorweisen von Sündenböcken: stimmt ebenfalls, besonders das Vorgehen gegen die Kurden deutet in diese Richtung.
6. Massenbasis: nachdem das demokratische System versagt hatte, wünschten sich viele Bürger, insbesondere die Kleinbourgeoisie, den Putsch herbei. Das Militärregime hat damit seine Massenbasis.
7. Führerautorität: hier wird man die weitere Entwicklung abwarten müssen; vermutlich dürfte dieses Element nicht allzu stark werden.

8. Militarismus indem die Armee als unparteiischer Retter auftreten und alle Macht in die Hand nehmen kann, wird dieses Merkmal voll erfüllt werden.

9. Terror und Aufladung von Aggressionen: dieses Kennzeichen trifft zwar für die MHP zu; sofern man das auf die Militärs übertragen kann – in der institutionalisierten Form –, so unterscheidet ihre Politik sich doch noch vom Faschismus insofern, als sie nicht mit Irrationalismus verbunden wird.

10. Nationalistischer Expansionsdrang: die MHP tritt ein für eine Ausbreitung der Türkei in Richtung Osten, um die in der Sowjetunion lebenden Türk-Völker zu befreien. Von der Militärregierung ist ähnliches nicht zu erwarten, das zeigt beispielsweise der bedingungslose Verzicht auf Gebietsansprüche in der Ägäis Mitte Oktober, der Griechenland wieder die Rückkehr zur NATO ermöglicht hat.

Es soll hier folgende Einschätzung zur Diskussion gestellt werden: Die Herrschaftsmethoden der Militärdiktatur und ihre ökonomische Funktion sind wie im Faschismus, doch sie ist vom Ausland abhängig und deshalb nicht nationalistisch, ihre Politik entbehrt des Expansionsdranges und der Aufwallung von Aggressionen.

Die Politik der Junta zielt darauf ab, durch Propagieren einer nationalen Gemeinschaftsideologie die arbeitende Bevölkerung anzuspornen, durch Unterkonsum und Mehrarbeit eine Kapitalakkumulation bei den Unternehmern zu ermöglichen, aufgrund derer der liberalistische Entwicklungsweg der westeuropäischen Länder bis in die Gegenwart angeblich kopiert werden soll, einschließlich einer „konstruktiven" Integration der (gelben) Gewerkschaften in das Wirtschaftssystem. Wegen der heutigen weltpolitischen Konstellation ist das nur möglich zusammen mit einer wirtschaftlichen und politischen Unterwerfung unter den Westen. Der Faschismus-Begriff charakterisiert die politische Herrschaft der türkischen Militärdiktatur nicht treffend.

Anmerkungen

(1) eine ausführliche Darstellung des Putsches erfolgt in: devrimci yol Türkei-Information, Nr. 5, Oktober 1980; zu beziehen bei Türkei-Information, Kajen 22, 2000 Hamburg 11.

.ebe + ih

✱ Fußnote zu „Kemalismus":

Der Kemalismus ist nach dem Gründer der türkischen Republik (1922), Kemal Atatürk, so benannte „Staatsphilosophie". Ihr Ziel ist eine wirtschaftliche und kulturelle Modernisierung nach europäischem Vorbild, bei strenger Trennung zwischen Religion (Islam) und Staat. Der 1938 gestorbene Kemal Atatürk gilt auch heute noch in der Türkei als der überragende Staatsmann. Jede Partei versucht daher, sich auf ihn und seine politischen Prinzipien zu berufen, bzw. diesen zumindest nicht offen zu widersprechen. Der Kemalismus ist somit gewissermaßen die Meßlatte, die an alle politischen Programme angelegt wird.

Was ist die „Alternative Türkeihilfe"?

Von November 1979 bis Anfang August 1980, d. h. in den ersten 8 Monaten der Demirel-Regierung fielen in der Türkei 2294 Menschen politischen Mordanschlägen zum Opfer. Allein im Monat Juli waren es 395 (das sind durchschnittlich fast 13 Menschen pro Tag). Das faschistische Mordtreiben hat nach dem Massaker von Kahramanmaras im Dezember 1978 ständig zugenommen, ist aber an vielen Orten inzwischen auf den entschiedenen Widerstand der Bevölkerung gestoßen. In der Stadt Corum wurde ein Massaker in der Art von Kahramanmaras nur dadurch verhindert, daß die Bevölkerung Barrikaden zu ihrer Verteidigung aufbaute.

Die Bundesregierung hat im Auftrage des westlichen Bündnisses 740 Mill. DM, davon 180 Mill. DM Militärhilfe gezahlt. Dadurch sollen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie jetzt in der Türkei herrschen, stabilisiert werden. Es ist fraglich, ob die Masse der Bevölkerung in irgendeiner Weise von dieser „Hilfe" profitieren wird, es sei denn, sie stehen bei Streiks oder Landbesetzungen vor den mit diesem Geld finanzierten neuen Gewehren und Panzerkanonen.

Die Alternative Türkeihilfe wurde ins Leben gerufen, um zu dokumentieren, daß die breite demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik unter Hilfe etwas anderes versteht, als Konzerne und den Militärapparat zu unterstützen. Die Alternative Türkeihilfe kann nur bestimmte Projekte mit Geldmitteln unterstützen:

- zum Beispiel mit Medikamenten für die Bewohner von Gecekondus (Slums) oder für diejenigen, die bei den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen verwundet werden,
- finanzielle Unterstützung für Hinterbliebene von ermordeten Oppositionellen,
- finanzielle Unterstützung für die Versorgung der in den Gefängnissen eingekerkerten Oppositionellen und deren Angehörigen,
- Unterstützung streikender Arbeiter.

Alle, die die Alternative Türkeihilfe unterstützen wollen, bitten wir, sich an die unten genannte Kontaktadresse zu wenden.

Kamil Taylan, Ringelstraße 10, 6000 Frankfurt 60.

FÜR EINE ALTERNATIVE TÜRKEIHILFE

Spendenkonto Jürgen Roth, Deutsche Bank, Frankfurt
Bankleitzahl 500 700 10 – Kontonummer 401 23 57/01

Bolivien

Politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen der BRD und Bolivien

Trotz verbaler Verurteilung des Putschistenregimes hat die Bundesregierung die bolivianische Militärjunta nicht nur de facto, sondern rechtsgültig anerkannt. In einem an den Hamburger Bürgermeister Klose gerichteten Rechtsgutachten stellte der FDP-Politiker und ehemalige zweite Bürgermeister von Hamburg, Rau, fest, daß die nach kurzer Unterbrechung zwecks Berichterstattung in Bonn erfolgte Wiederaufnahme der Tätigkeit des deutschen Botschafters in La Paz, die ungeschmälerte Präsenz dort sowie die andauernde Aufrechterhaltung der vollen Geschäftstätigkeit der deutschen Botschaft nach gültigem Völkerrecht als Ratifizierung der Anerkennung der Militärjunta gelte.

Die Tatsache, daß die Bundesregierung dem Antrag des Putschistenregimes nachgekommen sei und dem bolivianischen Generalkonsul in Hamburg, Emilio Sanchez, die Arbeitsbefugnis (Exequatur) am 12. 9. 80 entzogen habe, belege zudem diese „Normalisierung" der diplomatischen Beziehungen durch stillschweigende Anerkennung.

Ganz deutlich äußert sich diese Haltung durch die Aussage des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Wischnewski, der bestätigt, daß sich die Frage der Anerkennung für die Bundesregierung nicht stellt, da nur Staaten und keine Regierungen anerkannt werden.

Das Verhalten der Bundesregierung steht im eklatanten Widerspruch zu den bei verschiedenen Anlässen immer wieder vorgebrachten zahlreichen Erklärungen maßgeblicher Politiker der im Bundestag vertretenen Parteien, die ihre Solidarität mit dem Widerstand des bolivianischen Volkes gegen die faschistische Junta erklären, die entschlossene Position des Generalkonsuls Sanchez begrüßen und ihre Unterstützung – persönlicher und politischer Art – zugesagt haben, nicht zuletzt in schriftlicher Form.

Weitere Begründungen der Bundesregierung, die diplomatischen Beziehungen nicht abzubrechen, ist die Hilfe, die Asylsuchenden gewährt werden könnte, die Entwicklungshilfeprojekte sollen aus „humanitären" Gründen nicht gestoppt werden. Minister Offergeld sagt hierzu, man könnte die Situation in einem Land auch deutlich verurteilen, ohne die Beziehungen abzubrechen und sich damit jede Möglichkeit des Einflusses auf die künftige Entwicklung zu nehmen.

Im Gegensatz dazu fordert Domitila Barrios de Chungara (Bergarbeiterfrau aus Bolivien) dazu auf, dem Regime die ökonomische Unterstützung zu entziehen. „Jede Hilfe, die jetzt diesem Regime gegeben wird, wird dazu beitragen, daß dieses Regime länger im Sattel bleiben kann." Und: „Wer neutral ist, ist stummer Komplize des Völkermords."

Wirtschaftliche Interessen der BRD in Bolivien

Jose Volker Rehnelt, Geschäftsführer der Deutsch-Bolivianischen Industrie- und Handelkammer in La Paz, sagte im Dezember 1974: „Die Absicht Boliviens, den Bergbausektor beachtlich auszuweiten, deckt sich mit der Absicht der Bundesregierung, schnellstmöglich eine effektive Rohstoffsicherungspolitik durchzuführen, die der deutschen Wirtschaft eine sichere und regelmäßige Versorgung mit unerläßlichen Grundstoffen garantiert." (zitiert nach dem Informationsblatt Nr. 12 vom Sept. 79 des Informationszentrum Bolivien, Wilrijk, Belgien)

In der Tat spielt Bolivien in der Zinnerzversorgung der BRD eine wichtige Rolle; bis 1976 bezog sie ihr Zinnerz fast ausschließlich aus Bolivien. Dann stiegen die Zinnerzimporte aus Südafrika und Großbritannien an. Die Importe aus Großbritannien stammen zum großen Teil auch aus Bolivien, sind also indirekte Einkäufe bolivianischen Zinnerzes.

Selbst wenn nicht alle Importe aus England aus Bolivien stammen, kann man dennoch davon ausgehen, daß mehr als die Hälfte des in der BRD verhütteten Zinnerzes aus Bolivien stammen.

Die einzige Zinnverhüttungsanlage der BRD, die Berzelius-Metallhütten GmbH in Duisburg, ist denn auch auf die Verarbeitung des niedriggehaltigen Zinnerzes aus Bolivien spezialisiert.

Für Bolivien ist die EG der größte Abnehmer von Erzen und Metallen, wobei nur 2% der bolivianischen Exporte direkt in die BRD gehen. Die BRD ist allerdings der größte Zinnverbraucher der EG. Hauptsächlich die Konservenindustrie (Weißblech) und die Elektroindustrie (Lötstellen) brauchen viel Zinn.

Neben Zinnerz importiert die BRD auch fertiges Zinn in der einen oder anderen Form (Rohzinn, Reinzinn, Altzinn). 1978 exportierte die BRD mehr als die sechsfache Menge des aus Bolivien importierten Reinzinns. Bei den Zinnimporten besteht also keine Abhängigkeit von Bolivien.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Wirtschaftliche Zusammenarbeit wird oftmals als „staatliche Entwicklungshilfe" bezeichnet. Sie umfaßt aber nicht nur Zuwendungen (nicht rückzahlbar), sondern in viel größerem Umfange auch staatliche Kredite.

Importe der BRD aus Bolivien (1978, 44,9 Mio. DM)

Felle u. Häute 6,9%, Leder 4,2%, Strickwaren aus Wolle etc. 3,6%, Kaffee 2,4%, Baumwolle 0,6%

Holz 9,4%

Erze und Metallaschen 32,9%

Rohzinn 36%

D.h. fast 70% der Importe aus Bolivien liegen im Metall- u. Erzbereich.

Exporte der BRD nach Bolivien (1978, 134 Mio DM)

Fahrzeuge 6,8%, Müllereierzeugnisse 6,5%, Eisenwaren 4,8%, Feinmechanik u. Optik 1,8%

Elektrotechn. Erzeugnisse 8%

Chem. (Vor-) Erzeugnisse 8%

Maschinen u. Fördermittel 45%

D.h. fast die Hälfte der Exporte nach Bolivien liegt im Bergbausektor.

Kunden Boliviens (1978, in % des bol. Gesamtexports)

Verschiedene Länder

BRD 4,8%

COMECON 10,7%

Großbritannien 17,8%
Argentinien 16,6%
USA 37,2%

Die BRD ist innerhalb der EG der zweitgrößte Kunde Boliviens.

Lieferanten Boliviens (1978, in % des bol. Gesamtimports)

Verschiedene Länder

BRD 9,4%

Brasilien 9,5%

Argentinien 11,3%

Japan 16,2%

USA 27,6%

Die BRD ist innerhalb der EG der größte Lieferant Boliviens.

In Lateinamerika ist Bolivien einer der größten Empfänger staatlicher Zuschüsse und Kredite aus der BRD. Dabei wird oft bei Krediten Hand in Hand mit der deutschen Privatwirtschaft gearbeitet. Außerdem übernimmt die Bundesrepu-

blik für private Kredite und Investitionen Hermes-Bürgschaften. Ein Beispiel öffentlich-privater Zusammenarbeit im Falle Boliviens ist das Karachipampa-Projekt:

Kredite aus der BRD für Karachipampa:

Kreditanstalt für Wiederaufbau (Bund) 40 Mill. DM
Bankenkonsortium unter Führung der Deutsch-Südam. Bank 38 Mill. DM
Lieferanten-Kredite von Klöckner 65 Mill. DM
143 Mill. DM
(El Diario 24. 10. 78)

Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit liegt im Bereich Bergbau/Hüttenwesen, d.h. in dem Bereich, in dem die BRD die größten Eigeninteressen hat. Weiter gibt es einige Projekte für Straßenbau, Bewässerung, Flußregulierung, Wasserversorgung für La Paz usw. Außerdem bietet die BRD eine Zusammenarbeit im Bereich der Computertechnik an.

Wir haben für das Jahr 1980 folgende Kreditzusagen gefunden (ohne Gewähr für Vollständigkeit): Im Mai wurde unter Vorbehalt „der Permanenz eines demokratischen Regierungssystems" Kredite in der Höhe von 46 Mill. DM zugesagt (im Bergwerksbereich un in der ländlichen Entwicklung) (Presencia 10. 7. 80). Neben diesen Großprojekten nehmen sich die Projekte des Deutschen Entwicklungsdienstes mit Genossenschaften etc. recht unbedeutend aus. Darin waren unter anderem 15 Mill für die Erneuerung des Maschinenparks der COMIBOL, 10,5 Mill. für Rohstofferschließung in „Los Lipez", 4,5 Mill. für Bewässserungsprojekte auf dem Altiplano und in den Tälern sowie weitere kleinere Posten enthalten. (El Diario, 31. 5. 80)

Anfang Juli wurden 19 Mill für eine Kupfererz-Konzentrationsanlage in Corocoro bewilligt. Am 29. 8. 80 wurde zwischen der Regierung von Bolivien und einem Konsortium internationaler Banken (zu dem auch die Deutsch-Südamerikanische Bank gehört) ein Abkommen unterzeichnet, das die Stundung von in den Monate August bis Dezember fälligen Verbindlichkeiten bis zum 5. Januar 1981 vorsieht.

In welcher Weise durch Kredite und „Hilfe" Einfluß genommen werden kann, zeigt der Plan Triangular.

Plan Triangular

Der Plan erhielt seinen Namen aufgrund der drei Kreditgeber, die an der Ausarbeitung und Durchführung beteiligt waren: die Interamerikanische Entwicklungsbank, die US-Regierung und die deutsche Bundesregierung.

Das Ziel des Planes war angeblich, die staatlichen Minen zu sanieren. Diese hatten durch eine ständige Verschlechterung der „Terms of Trade" (wirtschaftliche Austauschverhältnisse) in den 50er Jahren einen desolaten Zustand erreicht. Das Ziel der Sanierung wurde nicht erreicht: Weder die Produktion, noch die Erlöse konnten nennenswert gesetigert werden, dafür erreichten die Verluste Rekordhöhe.

An die Vergabe der Kredite des Plans Triangular waren erpresserische Bedingungen geknüpft: Es wurde eine totale Kontrolle der Gewerkschaftsaktivitäten und eine Aufhebung des Vetorechts der Mineros in Minenangelegenheiten gefordert. Die Regierung Boliviens ging auf diese Bedingungen ein und verstärkte die Repression gegen die Arbeiter, die später in Massakern mündete.

Am wichtigsten war, daß über den Plan Triangular die USA und die BRD die Kontrolle über die 1952 verstaatlichten Minen erlangten. Amerikanische und deutsche Experten entfalteten ihren Einfluß von der Verwaltungszentrale der COMIBOL aus. Folgerichtig wurden diejenigen, die die Errungenschaften der Revolution von 1952 am konsequentesten verteidigten, die Gewerkschaften, bekämpft.



Deutsche Beteiligung

Von 12,73 Mill. Dollar, die im ersten Jahr ausbezahlt wurden, kamen 1,98 Mill. aus deutschen Quellen. Die Stolberg Zink AG machten eine geologische Studie in Caracoles, die Lübecker Maschinenbau AG machte die Ergänzungsstudie über die technischen Abbaumöglichkeiten. Mercedes Benz konnte Lastwagen nach Bolivien verkaufen.

Die BRD hat es zudem übernommen, im Nordwesten des Minengebietes Oruro, ein Gebiet von 1500 qkm, geologisch zu untersuchen und Karten davon anzufertigen.

Beziehungen einzelner Firmen zu Bolivien

In der Presencia vom 26. 7. 79 fanden wir folgendes:

Der Geschäftsführer der staatlichen Minengesellschaft COMIBOL kritisierte, daß die staatliche Metallschmelzgesellschaft ENAF für die Vermarktung des Zinns, das in der Metallschmelze in Vinto hergestellt wird, der Firma Metall-Chemie Handelsbesellschaft mbH in Hamburg das Monopol übertragen habe. Die Metall-Chemie erhalte 4% des Marktwertes an Provision, entgegen den wesentlich niedrigeren Provisionen für die Agenten der Londoner Börse (höchstens 1% des Marktwertes). Durch diese überhöhte Provision gehen Bolivien 5 Mill. Dollar im Jahr verloren. Außerdem bietet die Metall-Chemie das Zinn zu den niedrigsten, anstatt zu den Durchschnittskursen an. Dadurch hat Bolivien weitere Mindereinnahmen von17 Mill. Dollar pro Jahr.

Wir finden dieses Geschäftsgebahren der ENAF merkwürdig. Ist die Geschäftsführung bestochen worden, damit sie so günstige Bedingungen einräume? Hätte von daher die Metall-Chemie bei einer UDP-Regierung um ihre Pfründe bangen müßen?

Karachipampa

Eine ebenfalls recht intensive Beziehung zu Bolivien hat die Klöckner-Industrieanlagen GmbH Diusburg. Schon beim

Bau der Zinnverhüttungsanlage Vinto war sie Hauptlieferant. Sie verfügt über intensive Kontakte zur staatlichen Hüttengesellschaft ENAF und politischen Entscheidungsträgern.

So ist es sicher kein Wunder, daß die Tochterfirma von Klöckner, die belgische Klockina-Sidech, den Auftrag erhielt, ein Gutachten für eine Silber-Blei-Hütte in Karachipampa zu erstellen. Und das Ergebnis war, daß ausgerechnet nur *ein* technisches Verfahren in Frage kam, für das die Klöckner seit 1974 das Monopol für die westliche Welt hat (das sowjetische Kivcet-Verfahren). Dementsprechend erhielt Klöckner mit den belgischen Firmen Konoken und Sidech zusammen den Auftrag, obschon es das weitaus teuerste Angebot war. Der Vertrag wurde am 10. 5. 78 unterschrieben. Doch auch hinterher blieb er umstritten:

- So stellte sich heraus, das für die Anlage garnicht genug Erze vorhanden waren, um sie auszulasten. Erst durch die Erschließung des Gebietes „Los Lipez", wofür die BRD im Mai 1980 Kredite gewährte, kann die Erzversorgung gewährleistet werden.
- In der Presencia vom 9. 2. 79 wies der Ingenieur Mario Paulsen Tejada mit Zahlen aus Klöckner-Berechnungen nach: Die Anlage von Karachipampa wird nicht genug Gewinne abwerfen, um die Investitionskosten und die Zinsen wieder einzubringen. (Falls das letztere zutrifft, heißt das, daß die ganzen Gewinne aus der Silber- und Bleigewinnung schon im Voraus an die Lieferfirmen und die BRD verpfändet wären.)

Einschätzung der Wirtschaftsbeziehungen

Die direkten Wirtschaftsbeziehungen der BRD zu Bolivien sind, am bundesdeutschen Wirtschaftsvolumen gemessen, relativ gering. Bolivien hat nur eine kleine Bevölkerung, wovon der größte Teil sich sowieso nur in Selsbtversorgung das Allernötigste leisten kann und somit als Abnehmer deutscher Industrieerzeugnisse kaum in Frage kommt. Der größte Teil der Lieferungen nach Bolivien betrifft deshalb indirekt wieder deutsche Rohstoffinteressen: Maschinen für den Bergbau.



Für Bolivien hingegen ist die BRD der fünftgrößte Kunde und Lieferant. Ein Boykott würde also Bolivien wesentlich härter treffen als die BRD.

Die Direktinvestitionen sind mit 9 Mill. DM geradezu verschwindend gering. Allerdings ist mit dieser Zahl nicht alles über das Interesse deutscher Konzerne an Bolivien gesagt: Deutsche Konzerne sind zum Beispiel in Brasilien und Argentinien stark engagiert und lassen deshalb ihre Interessen nicht nur durch die deutsche, sondern auch durch die argentinische und brasilianische Regierung vertreten. Billige Energie aus Bolivien (Erdgas), große Rohstofflager (z.B. Eisenerz von El Mutun), wofür sich diese Regierungen immer wieder Liefer- und Abbauverträge sichern, die sicher auch im Interesse von VW do Brasil und anderen liegen. Allerdings läßt sich bei solch indirekten Geschäften den Konzernen schwieriger in die Karten sehen.

Ein wichtiges Gebiet, das wir nicht untersucht haben, sind die multilateralen Beziehungen (z.B. über Weltbank, Weltwährungsfonds etc.).

Kontinuität der deutschen Wirtschaftsinteressen

1961: Durch Beteiligung am Plan Triangular, der dem Ausland zu einer verstärkten Kontrolle der Rohstoffe verhilft, werden deutsche Experten und Firmen im Minensektor tätig.
Das führt dazu, daß die deutsche Wirtschaft sich anscheinend in Bolivien so sicher fühlt, daß sie sich mit ihrer Zinnerzversorgung spätestens ab '68 fast ausschließlich auf Bolivien verläßt.

Ende 60er Jahre: Dem deutschen Klöckner-Konzern gelingt es, den Auftrag für den Bau der ersten Zinnverhüttungsanlage in Bolivien zu erhalten. Dabei wird sicher die Präsenz deutscher Techniker, die dadurch geknüpften Beziehungen und das dadurch erworbene Spezialwissen über die bolivianischen Verhältnisse eine Rolle gespielt haben.
Fertigstellung des Werkes in Vinto 1971.

Mitte 70er Jahre: Bei der dadurch entstehenden totalen technologischen Abhängigkeit der staatlichen Hüttengesellschaft (ENAF), ist es sicher kein Wunder, daß ausgerechnet eine Klöckner-Tochterfirma die Ausschreibung für das Blei-Silber-Werk in Karachipampa durchgeführt und dabei der Firma Klöckner den Hauptteil des Auftrages zuschanzt. Vorgesehene Fertigstellung des Werkes: 1982. Klöckner kann dadurch ihre Stellung ausbauen und sich für kommende große Projekte profilieren (z.B. Erzabbau in El Mutun, dem größten noch nicht angestochenen Eisenerzlager der Welt). Das Karachipampa-Projekt kommt unter massiver Kreditunterstützung der Bundesregierung zustande.

1977: Als sich abzeichnet, daß die bolivianischen Zinnminen immer unergiebiger werden, begann die BRD sich auch anderswo mit Zinnerz einzudecken.

1979: Es wird bekannt, daß eine deutsche Firma in Hamburg das Monopol für Europa hat, das in Bolivien verhüttete Zinn anzubieten. Wenn die Deutschen schon die Technologie liefern, können sie doch hinterher auch das Geschäft mit der Vermarktung machen, oder?

1980 ...:Durch das praktische Monopol eines deutschen Konzerns im bolivianischen Hüttenwesen sind die deutschen Rohstiffinteressen für die Zukunft gesichert – auch der deutsche Ein fluß.

Außerdem gibt es rund 70 deutsch-bolivianische Entwicklungsprojekte, an denen 85 deutsche Experten und Entwicklungshelfer beteiligt sind. Die Gesamthöhe der deutschen Zusagen für wirtschaftliche und technische Hilfe beträgt rund 523 Mill. DM

Militärische Beziehungen

Die Bundeswehr unterhält anscheinend Beziehungen zur bolivianischen Armee, zu jener Armee, die immer wieder dazu dient, das eigene Volk blutig zu unterdrücken:

In El Diario vom 25. 8. 78 (konservative Zeitung aus La Paz) fanden wir eine Notiz folgenden Inhalts: Die deutsche und die bolivianische Luftwaffe wollen ihre Beziehungen durch ein Programm 'der technischen Zusammenarbeit und des Austauschs intensivieren. Diesen Wunsch äußerte Karl Weber, der Luftfahrt-Attache in La Paz während eines Besuchs beim Chef des bolivianischen Luftwaffenhauptquartiers. Der militärdiplomatische Beauftragte für Bolivien, Brasilien und Peru, mit Sitz in Lima (Peru), drückte bei dieser Gelegenheit den Wunsch nach einer breiten Politik gegenseitigen Einverständnisses zwischen den Streitkräften der Bundesrepublik und Boliviens aus.

Der bolivianische General Gaston Lupo seinerseits drückte sein „Gefühl der Achtung und des Respekts der deutschen Luftwaffe gegenüber" aus und spach sich für eine „größere Berbrüderung und technische Hilfe zwischen beiden Nationen" aus.

Es wurde dann hauptsächlich über ein Ausbildungsprogramm für bolivianische Offiziere verschiedener Dienstgrade in Luft- und Raum navigation in der BRD gesprochen.

Wir fragen: Wie kommt die BRD dazu, mit der Armee einer Diktatur (die Notiz stammt aus dem Ende der Banzer-Zeit) derart herzliche Gepsräche zu führen, ja, überhaupt Beziehungen zu unterhalten? Wie sind diese Beziehungen weitergeführt worden?

In der Presencia (katholisch-liberale Zeitung aus La Paz) vom 29. 4. 80 fanden wir außerdem: Die technische Universität Hannover, vertreten durch Dr. Ekkehard Jordan, unterzeichnete mit Oberst Jaime Rodriguez Alcazar, Kommandant des Militärgeographischen Instituts von Bolivien, am 24. 4. 80 ein Abkommen über technische Zusammenarbeit. Der Kommandant des Instituts hob hervor, wie wichtig es sei, daß sich Beamte der Militär-Ingenieur-Abteilung in Hannover weiterbilden können. Weiter sollen aerotriangulare Meßdaten mit Computerprogrammen aus der TU Hannover ausgewertet werden; außerdem soll Personal des Militärgeographischen Instituts im Umgang mit diesen Programmen ausgebildet werden. Das Abkommen umfaßt noch weitere wissenschaftliche Zweige.

Wie kommt eine deutsche Universität dazu, ausgerechnet zu einer Zeit, wo die Pustchabsichten des Militärs offensichtlich sind, wo Listen mit den Personen, die das Militär ermorden will, umgehen, einen Kooperationsvertrag abschließen?! Geht die Zusammenarbeit auch nach dem Putsch weiter?

Atomare Beziehungen

(La Nacion, Buenos Aires vom 6. 6. 80; Presencia vom 12. 6. 80):

Am 6. Juni 1980 unterzeichnete Bolivien mit Argentinien einen Vertrag über technische Zusammenarbeit, der u.a. den Bau eines Atomreaktors enthält. Es ist von Reaktoren verschiedener Größe die Rede, der kleinste 100 KW (sehr klein, zur Energiegewinnung uninteressant; Bombenproduktion?), der größte 10 MW.

Da Argentinien seine Atomtechnologie in der BRD einkauft, stammt das weiterverkaufte technische Wissen aus der BRD, sehr wahrscheinlich auch die eine oder andere technische Anlage. Was die Bundesregierung dazu sagt, wissen wir nicht. Es gibt aber direkt nukleare Kontakte zwischen der BRD und Bolivien:

Am 8. März 1979 teilte der deutsche Botschafter in La Paz dem bolivianischen Minister für Minen- und Metallwesen bei einem Besuch mit, daß die BRD daran interessiert sei, in Bolivien Uran zu suchen. Außerdem kündigte er in dieser Sache eine deutsche Delegation für April 79 an (Presencia vom 9. 3. 79).

Billigt die Bundesregierung, sozusagen im „Austausch" gegen Uranschürfrechte, daß die bolivianischen Militärs die Möglichkeit in die Hand bekommen, eine Atombombe zu konstruieren?

Welche Bedeutung für die bolivianische Militärjunta die Anerkennung durch die BRD hat, äußert sich auch darin, daß sie die Rückkehr des deutschen Botschafters nach La Paz publizistisch sehr stark ausnutzte. Am 13 August erschien in Presencia folgender Kommentar:

Jetzt muß ich zum Lesen des Manuskripts erst wieder die Lupe holen:

„Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Johannes von Vacano, stattete dem Präsidenten Luis Garcia Meza einen protokollarischen Besuch ab, um ihm seine Größe zu übermitteln und über Themen der Zusammenarbeit zu sprechen. Bei dieser Gelegenheit erläuterte der General Garcia Meza die bolivianische Realität und die Gründe für die Regierungsübernahme durch die Streitkräfte."

Wenn sich die Bundesregierung nicht zum Komplizen des Völkermordes machen will, muß sie sofort die diplomatischen Beziehungen zu Bolivien abbrechen und jegliche militärische und wirtschaftliche Hilfe stoppen.



BOLIVIEN-Info

5., anläßlich des Putsches vom 17. 7. 1980 veränderte Auflage, September 1980.

Selbstkostenpreis –,70 DM
Solidaritätspreis 2,– DM

zu bestellen über: Dritte-Welt-Laden Sehmilinskystr. 9, D - 2000 Hamburg, Tel. 040/280 27 29.

Reaktionen des übrigen Auslands

Bisher wurde das Regime von 26 Staaten einschließlich DDR und UdSSR anerkannt. Für die UdSSR scheinen ökonomische Interessen ausschlaggebend zu sein. Sie ist an Projekten im Hüttenwesen in der Höhe von 300 Mill. US-Dollar beteiligt.

Die USA haben ihren Botschafter abgezogen. Dies ist die offizielle Regierungspolitik der USA und betrifft nicht die nordamerikanische Privatwirtschaft, die weiterhin mit der Junta zusammenarbeitet. Z.B. haben US-Banken den Militärs die fällige Kreditrückzahlung gestundet – ein Entgegenkommen, daß sie der Regierung Gueiler nicht gewähren wollten.

Im Europaparlament wurde Mitte September eine Empfehlung an alle Regierungen verabschiedet, die beinhaltet, daß diese die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur bolivianischen Militärjunta abbrechen sollen.

Letzte Nachrichten aus Bolivien:

- In einer geheimen Pressekonferenz gibt der MIR bekannt, daß die Junta Pläne verfolgt, staatliche Firmen zugunsten von Privatunternehmen des In- und Auslandes zu reprivatisieren. Diese Pläne sollen die drei größten Unternehmen in Bolivien betreffen. An der COMIBOL (staatliche Minengesellschaft) und der YPFB (staatliche Erdölgesellschaft) soll Privatkapital beteiligt werden, und die Corporacion Boliviana de Fomento (staatliche Gesellschaft zur Planung und Förderung von Wirtschafts- und Entwicklungsprojekten) soll in ein Privatunternehmen verwandelt werden.
- Propagandalüge der Junta. Vor einiger Zeit besuchte Garcia Meza ein Bergwerk. Er ließ sich 200 Meter unter Tage bringen, arbeitete dort eine Stunde lang und diskutierte mit den Mineros. Wie hinterher bekannt wurde, waren die Mineros keine Mineros, sondern verkleidete Soldaten.
- Die Versorgungslage der Bevölkerung besonders in den Minengebieten soll immer schlechter werden.

Quellen:
El Dia aus Mexiko; Latin American Regional Reports; Latin American Weekly Report; Nachrichten für den Außenhandel; Presencia; El Diario; Bolivien-Info Nr. 5, Sept. 80, Initiativgruppe 3. Welt; ila-info Nr. 39 Okt. 80

PRESSEERKLÄRUNG

Seit dem 25. 9. 80 ist das bolivianische Generalkonsulat in Hamburg mit einer ständigen Solidaritätswache von CONADE Hamburg besetzt. Wir haben Solidaritätsbekundungen von allen im Bundestag vertretenen Parteien, von Gewerkschaften, kirchlichen und Menschenrechtsorganisationen sowie Einzelpersönlichkeiten erhalten. Die Bundesregierung hat die bolivianische Militärjunta jedoch völkerrechtlich anerkannt und nicht auf unsere Forderungen reagiert. Demgegenüber hat die parlamentarische Versammlung des Europarates am 19. 9. 80 eine Resolution einstimmig verabschiedet, in der alle Mitgliederstaaten dazu aufgerufen werden, die Militärjunta nicht anzuerkennen, ihr jede Entwicklung-, Wirtschafts- und kulturelle Hilfe zu verweigern. Angesichts dieser Tatsache sehen wir uns gezwungen, unseren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Deshalb treten wir am 22. 10. 80 gemeinsam mit Juan Emilio Sanchez, dem Generalkonsul Boliviens im Widerstand, in den Hungerstreik.

Mit diesem Hungerstreik fordern wir mit allem Nachdruck von der Bundesregierung:

1. den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der bolivianischen Militärjunta; im einzelnen:
   - O Abberufung des deutschen Botschafters in La Paz und Ausdünnung des Botschaftspersonals,
   - O Erklärung des bolivianischen Botschafters in Bonn zur persona non grata (zur unerwünschten Person),
   - O keine Zulassung des von der Junta bereits entsandten Generalkonsuls in Hamburg oder anderswo,
   - O offizielle Erklärung der Bundesregierung, daß Juan Emilio Sanchez, der diplomatische Vertreter der demokratisch gewählten Regierung Boliviens, nicht ausgeliefert wird.
2. keinerlei wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Militärjunta; im einzelnen:
   - O keine Gewährung des im Mai 1980 zugesagten 46-Millionen-Kredites an die Militärdiktatur,
   - O Kündigung der bestehenden Hermes-Bürgschaften,
   - O Einstellung jeglicher Entwicklungshilfe, solange das Militärregime in Bolivien an der Macht ist,
   - O Suspendierung aller sonstigen Verhandlungen und finanziellen Leistungen,
   - O eine offizielle Erklärung des Verteidigungsministeriums, daß keinerlei militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und den bolivianischen Streitkräften besteht.
3. sich mit Nachdruck für die Verschwundenen, politischen Gefangenen und Asylsuchenden einzusetzen; im einzelnen:
   - O Aufklärung über den Verbleib und das Schicksal der Verschwundenen,
   - O Freilassung aller politischen Gefangenen,
   - O ungehinderte Ausreise derjenigen, die aus politischen Gründen das Land verlassen müssen, und Einsatz für uneingeschränktes Asyl in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

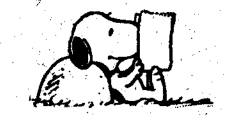
Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, Don Juan Emilio Sanchez mit einer Delegation von CONADE Hamburg zu empfangen.

Hamburg, den 22. Oktober 1980

CONADE Hamburg
c/o Generalkonsulat von Bolivien im Widerstand
Heilwegstr. 125
2000 Hamburg 20 Presseinformation täglich um 11.00 Uhr

Der Projektbereich Dritte Welt der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG) veranstaltet vom 14. – 16.11.1980 in Euskirchen ein Seminar über das Thema: „Vom Mythos des Hungers: über die Zwecklüge um den Hunger in der Dritten Welt".

Anmeldung bei:
AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1



Chile

CDU-CSU: Wissenschaft für Pinochet

„Die christlichen Demokraten in der Bundesrepublik müßten eigentlich erkennen, daß bei uns ihr ureigenstes Modell der freien Marktwirtschaft eingeführt und ein großer Erfolg wurde", äußert General Matthei, Oberbefehlshaber der chilenischen Luftwaffe und Angehöriger der Militärjunta (zit. aus „Die Welt v. 29. 9. 80). Der General spricht dabei wohl jene Gruppen innerhalb der Unionsparteien an, die sich noch immer schwertun, ihre bisherige Bruderpartei in Chile, die Democracia Christiana unter ihrem Führer Eduardo Frei einfach fallen zu lassen.

Andererseits haben die chilenischen Militärs allen Grund zum Optimismus angesichts der Tatsache, daß in immer weiteren Teilen der CDU/CSU die Sympathieentscheidung für Pinochet und gegen Frei fällt. Die Zusammenarbeit jedenfalls mit Pinochet gedeiht. Der geplante Auftritt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth z.B. auf der Hauptversammlung des Verbandes Junger Unternehmer in Baden-Baden im Herbst d.J. gemeinsam mit dem chilenischen Planungsminister ist selbst in der hiesigen Presse diskutiert worden.

Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika, Frankfurt, informiert in den folgenden Pressemitteilungen über weitere „freundschaftliche Gesten":

Vom 15. - 16. Oktober 1980 führte das „Institut für Demokratieforschung in Verbindung mit dem Lehrstuhl für Soziologie I" in Zusammenhang mit der Universität Würzburg ein Symposium durch, an dem namhafte Politiker des faschistischen Chile, sowie deren deutsche Freunde, an der Spitze der bayrische Finanzminister Max Streibel, sowie die sattsam bekannten Herren Prof. Lothar Bossle und Prof. Blumenwitz, teilnehmen. Thema des „wissenschaftlichen" Symposiums: „Die Anwendbarkeit (!!!!) der sozialen Marktwirtschaft in Industrie- und Entwicklungsstaaten".

Die „Experten" sind nicht unbekannt. Blumenwitz machte auf sich aufmerksam als Berater Pinochets, u.a. für dessen faschistische Verfassung, während Bossle seit Jahren als notorischer Faschistenfreund bekannt ist.

Wer sind die chilenischen Vertreter?

Miguel Kast, Minister für Wirtschaftsplanung, ist für die Durchsetzung der Wirtschaftstheorie von Milton Friedman – Theorie des Monetarismus – in Chile mitverantwortlich. Die Praxis dieses Wirtschaftsmodells bedeutet für die chilenischen und ausländischen Finanzkonzerne maximaler Profit in kürzester Zeit. Dieses Ziel wird erreicht durch extreme Ausbeutung auf der Grundlage permanenter und brutaler Unterdrückung, wie das Regime der Pinochet-Diktatur deutlich zeigt. Miguel Kast ist somit mitverantwortlich für:

- die Unterdrückung der Gewerkschaften und der Rechte der Arbeiter;
- die dauernde Arbeitslosigkeit für mehr als 25% der arbeitsfähigen Bevölkerung;
- eine starke Auslandsverschuldung.

Maximiano Errazuriz ist ein Vertreter des Unterdrückungsapparates der chilenischen Militärjunta. Ehemaliger Abgeordneter der Nationalen Partei (extreme Rechte in Chile bis 1973), nahm er nach dem Putsch an Verhaftungen und Folterungen von Demokraten teil. Während seiner Tätigkeit als Geheimdienstagent in der Provinz Colchagua wurde unter anderen der Stadtverordnete Segundo Correa und der Rundfunkjournalist Archibaldo Morales ermordet. Ehemalige politische Gefangene der Junta, die heute im Exil leben, versichern, daß Errazuriz an diesen Morden mitverantwortlich ist. Ab 1974 wurde er als Agent des neu geschaffenen Geheimdienstes DINA eingesetzt und war maßgeblich an der Bildung dieses Terrororgans beteiligt. Über seine Kontakte mit dem Armeeoffizier Ackerknecht wurde Errazuriz als Kulturattaché in Brüssel tätig. Damals war in Brüssel die Zentrale der DINA für Europa. Danach übernimmt er in Chile die Leitung und Kontrolle der Zeitung „La Tercera", Sprachrohr des harten Kerns des faschistischen Regimes in Chile. Außerdem unterrichtet er als Gastprofessor an der Kriegsakademie der Armee.

CDU-Stiftung finanziert Stipendien für faschistische Jugendorganisationen

50 Stipendien hat die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) an das Jugendsekretariat (secretaria de la juventud) der chilenischen Militärjunta vergeben. Den 50 auserwählten Pinochet-Zöglingen soll damit Studium und Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland bezahlt werden. Um unangenehmes Aufsehen in den Tagen vor der Bundestagswahl zu vermeiden, haben die Vertragspartner vereinbart, die Vergabe der Stipendien zunächst nicht zu veröffentlichen.

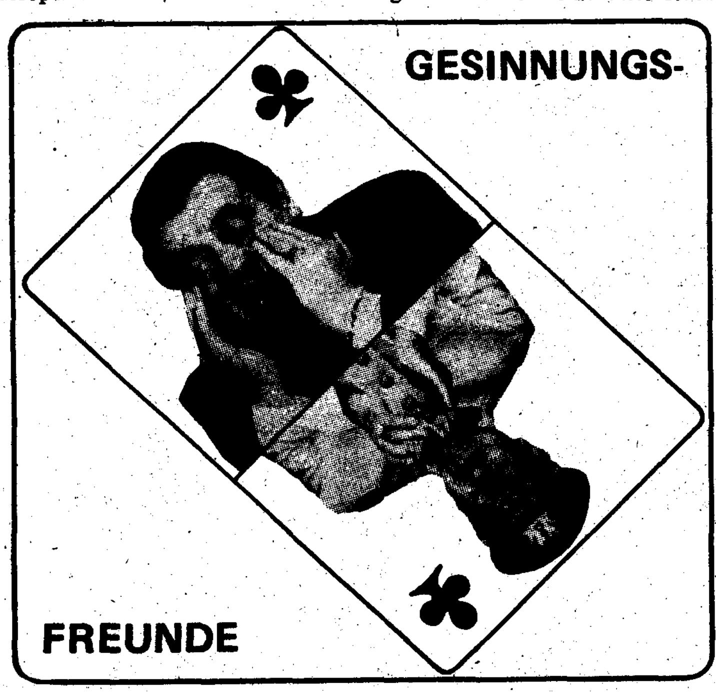
Damit fällt erneut Licht auf die Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU und der chilenischen Militärjunta. Bisher hatte sich dabei besonders die Hans-Seidel-Stiftung der CSU hervorgetan, die u.a. die Ausbildung regimetreuer Gewerkschafter in Chile finanziert und CSU-Juristen wie Prof. Heinz Blumenthal (Würzburg) für die Ausarbeitung der neuen Pinochet-Verfassung nach Chile entsandt hatte.

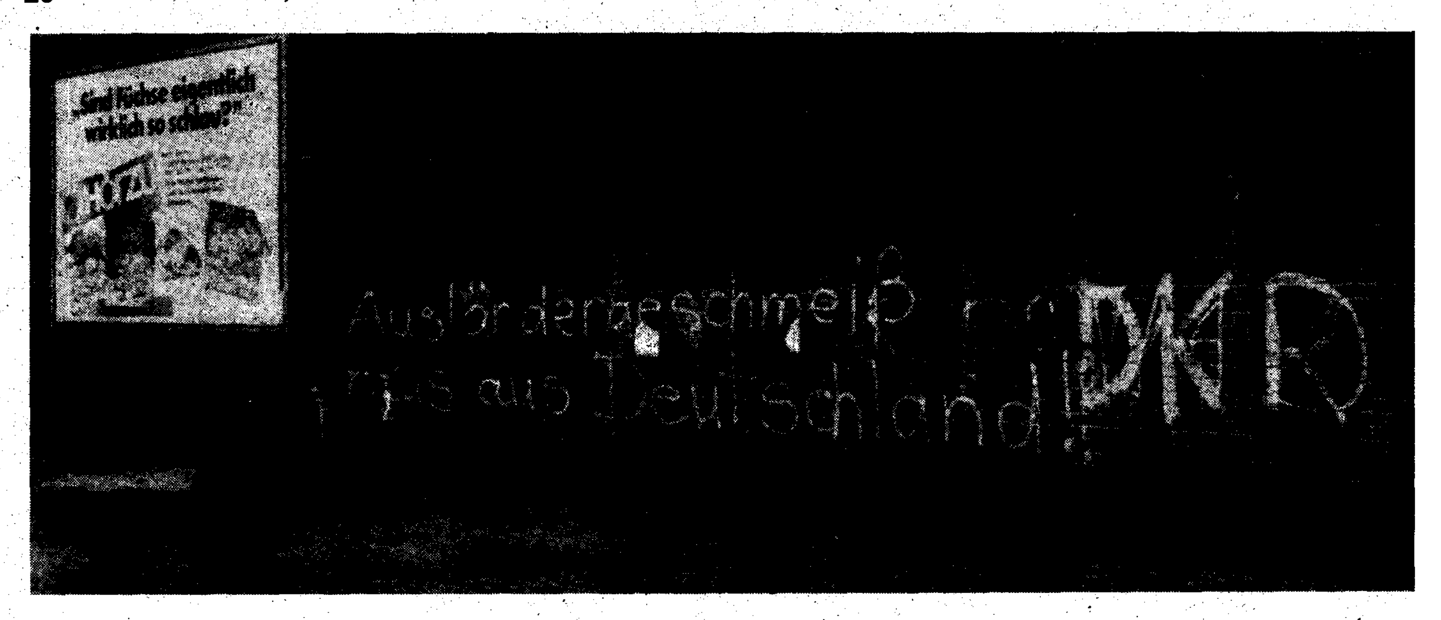
Mit den freundschaftlichen Beziehungen der CDU/CSU zu der chilenischen Diktatur fallen die Unionsparteien ihrer chilenischen Bruderpartei, Democracia Christiana, die in Chile im Untergrund kämpft, in den Rücken.

Zu einem Eklat zwischen den chilenischen Christdemokraten und der CDU war es bereits im Sommer vergangenen Jahres gekommen, als der Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Chile, Willy Otten, mit Lobeshymnen auf die Pinochet-Diktatur und deren Wirtschaftspolitik an die Öffentlichkeit trat.

Hans-Seidel-Stiftung und Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten jährlich Millionen von Mark aus dem Bundeshaushalt zur Förderung ihrer Arbeit im In- und Ausland. Im vergangenen Jahr profitierten sie zusätzlich aus der „Liquidationsmasse" des aufgelösten Geheimfonds des Bundesinnenministeriums zur „Förderung der geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Extremismus".

Steuergelder werden also von der CDU/CSU dazu benutzt, die Putschgenerale in Chile zu unterstützen.





Für den Erhalt des Asylrechts

Das Asylrecht wird wegreformiert

Die Zahlen bei den Asylanträgen steigen immens. Wurden vor 1974 jährlich etwa 5.000 Asylanträge gestellt, waren es 1976 mehr als 11.000, 1978 über 33.000 und 1979 bereits 51.000. Die Schätzungen für dieses Jahr belaufen sich auf etwa 145.000 (BZ, 3.7.). Die Ursachen für die anwachsende Zahl von Asylbewerbern in der BRD liegen in der wachsenden Repression in der Welt, aber auch in der zunehmenden Armut der Völker in der Dritten Welt. Zwischen wachsender Armut und zunehmender Repression besteht ein enger Zusammenhang.

Insgesamt gibt es 15 Millionen Flüchtlinge auf der Welt. In der BRD leben bislang 83.000 anerkannte Asylanten, d.h. bei ihnen wurde die politische Verfolgung „anerkannt". Die in den letzten zwei Jahren eingereisten Asylbewerber haben es weitaus schwerer, bei uns Schutz zu finden. Ihnen weht ein Wind der Abneigung entgegen. In unseren Medien sind sie weniger hilfesuchende und hilfsbedürftige Menschen, sie sind eine bedrohliche Masse: „Asylantenstrom überflutet Ämter" (FR, 18.4.). Verwaltungsrichter sehen durch die „Asylantenschwemme" den Rechtsschutz generell gefährdet (BZ, 27.9.). Kernige Sprüche von den „Asylantenschnorrern" (F.J. Strauß), für die es „attraktiv ist, auf Kosten der Sozialhilfe eine Reihe von Jahren ... zu leben" (hessische CDU-Fraktion, FR 8.7.) heizen die Anti-Stimmung an.

Die steigenden Ressentiments Ausländern und vor allem Asylbewerbern gegenüber, kommen in einer Emnid-Umfrage vom August 1980 zum Ausdruck: 44 % der Befragten wollten schnell die Vorschriften geändert sehen und Asylrecht nur noch in Ausnahmefällen gewährt wissen (Spiegel, 15.9.). Auf dieser Welle reiten vor allem die Alt/Neu-Faschisten in der NPD. Im Wahlkampf forderten sie offen 'Ausländer raus!'. In Freiburg wurden ihnen dafür sogar öffentliche Verkehrsmittel überlassen.

Wen wundert's, daß in diesem Klima die militante Rechte zur Tat gegen Ausländerheime schreitet: In Lörrach wurden zwei Frauen aus Eritrea durch Brandanschläge verletzt, in Hamburg zwei Vietnamesen durch Bombenanschläge getötet.

Die offiziellen Stellen verurteilen erwartungsgemäß die Attentate, wie sie auch ein Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen unter dem Motto 'Ausländer raus' nicht zulassen wollen (FR, 23.10.). Dennoch muß man fragen, ob die gegenwärtige Diskussion um die effektivsten „Abschreckungsmethoden" gegenüber Asylbewerbern die Faschisten nicht auch zu den Attentaten ermuntert hat und ob nicht bei manch anderem die täglichen Berichte über „Menschenfluten" (z.B. SZ, 15.7.) eine Ausländerfeindlichkeit gefördert haben.

Aufgabe einer demokratischen Öffentlichkeit – auch ihrer Medien – ist es, gerade bei der wachsenden Zahl von Asylbewerbern, zu diskutieren: Was müssen wir tun, um das Grundrecht auf Asyl auch Wirklichkeit werden zu lassen. Eine Voraussetzung wäre, Verständnis für die Situation der Menschen im Exil zu wecken.

Stattdessen wird das Grundrecht langsam abgewürgt.

Quellen:
BZ: Badische Zeitung
FR: Frankfurter Rundschau
SZ: Süddeutsche Zeitung
StZ: Stuttgarter Zeitung
ZRP: Zeitschrift für Rechtspolitik

Das Asylrecht in der BRD

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." Artikel 16,

Absatz 2, Satz 2 des Grundgesetzes ist knapp und eindeutig formuliert. Die BRD hat eine auf der Welt einzigartige Regelung in ihrer Verfassung: jeder politische Flüchtling hat ein *einklagbares Recht* auf Asyl.
Zwar leben auch in anderen Ländern politisch Verfolgte, doch ist deren Stellung auf der juristischen Ebene nicht so stark abgesichert. Dort wird das Asylrecht als Recht des Staates verstanden. Verfolgungsschutz wird als Gnade gewährt.

Die 'Väter des Grundgesetzes' wollten dies ausdrücklich nicht, da in unsere Verfassung die Erfahrung des deutschen Faschismus einfließen sollte. Damals mußten viele aus Deutschland fliehen, um ihr Leben retten zu können. Ohne die Aufnahmebereitschaft anderer Länder hätte der deutsche Faschismus weit mehr Opfer gefordert. Deshalb sollte nach 1949 die Bundesrepublik ein Land sein, in dem jeder Verfolgte ein Recht auf Asyl hat.
Wie bei anderen Grundrechten auch, erleben wir aber gegenwärtig eine Kluft zwischen den Idealen der Verfassung und unserer Wirklichkeit. Gerade in den letzten 2 Jahren wurde das Asylrecht ausgehöhlt.
Nachdem diese Einschränkungen 'über die Bühne gingen', fordern jetzt Mitglieder von Bundestagsparteien die Änderung des Grundgesetzes.

Die rechtliche Situation bis 1978
Bis 1978 mußten Ausländer ihren Antrag auf Asyl beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf/Bayern einreichen. Nach Antragstellung wurden sie zu einem Vorverfahren geladen, in dem sie ihre Fluchtgründe und ihre Lebenssituation darstellen konnten. Danach erfolgte das eigentliche Verfahren vor einem 3-köpfigen Anerkennungsausschuß. Der Asylbewerber konnte nochmals seine Gründe darlegen und auf ergänzende Fragen eingehen. Wurde der Asylantrag abgelehnt, konnte Widerspruch eingelegt werden, der dann nochmals vom Bundesamt in Zirndorf beschieden werden mußte.
Erst dann konnte man vor dem Verwaltungsgericht klagen. Bei erneuter Ablehnung des Asylantrags konnte man *Berufung* vor dem Oberverwaltungsgericht (auch Verwaltungsgerichtshöfe genannt) einlegen. Am Schluß blieb dann noch die *Revision* zum Bundesverwaltungsgericht in Berlin.
Während dieses gesamten Verfahrens, das teilweise bis zu vier Jahren dauerte, hatte der Asylbewerber folgende 'Privilegien': sein Aufenthalt war gesichert, d.h. er durfte nicht abgeschoben werden, er erhielt materielle Hilfe (Sozialhilfe, Kindergeld) und ihm wurde die Erwerbstätigkeit gestattet.
Aber auch nach endgültiger Ablehnung des Asylantrags mußte der Ausländer die BRD nicht verlassen. Er konnte in einem *2. Verfahrensweg* einen Antrag auf 'Aufenthaltserlaubnis' bei der Ausländerbehörde stellen. Ohne eine solche Aufenthaltserlaubnis darf sich ein Ausländer nur 3 Monate als Tourist aufhalten. Danach kann er jederzeit ausgewiesen und abgeschoben werden.
Wurde der Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung von der Ausländerbehörde abgelehnt, konnte erneut Widerspruch eingelegt und schließlich noch einmal die bereits genannten Gerichte angerufen werden.
Auch dieses Verfahren konnte bis zu vier Jahren dauern. Während dieser Zeit wurde dem Ausländer eine 'Duldungsbescheinigung' ausgestellt, d.h. er hatte zwar noch keine Aufenthaltserlaubnis, aber er durfte während des schwebenden Verfahrens auch nicht ausgewiesen und abgeschoben werden. Gegen diesen Verfahrensweg gab es bis Mitte der 70er Jahre keine Bedenken. Es ist der bei uns übliche Verwaltungsrechtsweg. Erst als die Asylanträge zunahmen, hielt man das Verfahren für zu langwierig.
Dieser bezüglich des Verfahrensweges umfangreiche Rechtsschutz sagt natürlich noch nichts über die inhaltliche Qualität der getroffenen Entscheidungen aus. Asylbewerber aus Ostblockstaaten hatten es immer relativ einfach, anerkannt zu werden, während Verfolgte aus der Dritten Welt – insbesondere aus Ländern wie Argentinien und Chile – häufig erst gar nicht ins Land gelassen werden (vgl. Kasten). So ließ zum Beispiel das Bundesverwaltungsgericht offen, ob Verfolgungen durch das faschistische Todesschwadron AAA in Argentinien einen Asylgrund darstellen.
Bisher waren manche Entscheidungen inhaltlich bedenklich. Auch zukünftige Urteile müssen wir daran messen, ob sie die politischen Realitäten richtig würdigen. Aber schon heute können wir sehen, daß die Verfahrenskürzung und die diskriminierende Behandlung der Asylbewerber das ihnen zustehende Grundrecht aushöhlen.

Maßnahmen von 1978 – erste formale Einschränkungen des Asylrechts
Wie bisher entschied über den Asylantrag der 3er-Anerkennungsausschuß. In der Praxis hat er zwar keine Verhandlungen mehr abgehalten, da aufgrund der Arbeitsüberlastung der Behörde nur noch die 'Vorprüfung' stattfand: der Asylbewerber wurde in etwa 20 Minuten 'abgefertigt', d.h. registriert, erkennungsdienstlich behandelt (3 Photos, Fingerabdrücke) und nach seinen Asylgründen gefragt. Die anschließende mündliche Verhandlung vor dem Anerkennungsausschuß stand nur noch auf dem Papier. Obwohl gesetzlich vorgesehen, entfiel somit für den Asylbewerber die Möglichkeit, seinen Fall ausführlicher darstellen und auf Rückfragen weitere Auskünfte geben zu können. Im Umlaufverfahren kamen die 3 notwendigen Unterschriften unter den Bescheid.
Dagegen konnte auch kein Widerspruch mehr eingelegt werden. Der Bewerber mußte gleich beim Verwaltungsgericht klagen.
Aber auch der weitere Rechtsweg wurde beschnitten: hatte das Verwaltungsgericht die Klage als 'offensichtlich unbegründet' zurückgewiesen, d.h. hatten die 3 Berufs- und 2 Laienrichter *einstimmig* die Klage abgewiesen, so war damit der Rechtsweg im Asylverfahren erschöpft. Eine Berufung gegen das Urteil war nicht mehr mögoich.
Diese „Fälle" (40 – 50 % aller Anträge) waren also nach dem 1. Gerichtsurteil entschieden!

Weitere Beschränkungen 1980
Um die Praxis wieder 'gesetzmäßig' zu machen, wurde schließlich 1980 das Gesetz der Praxis angepaßt: beim Bundesamt entscheidet nun ein Einzelbeamter über die Anträge. Widerspruch dagegen ist ausgeschlossen. Der Asylbewerber muß gleich vor dem Verwaltungsgericht klagen. Nach der Asylablehnung durch das 'Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge' schaltet sich aber jetzt auch gleich die Ausländerbehörde ein. Sie weist den Ausländer aus und leitet das Abschiebeverfahren ein. Gegen *beide Bescheide* kann der abgewiesene Asylbewerber aber nur noch *einmal* vor dem Verwaltungsgericht *klagen*. Ziel dieser 'Verbundsentscheidung' ist es, dem Ausländer insgesamt nur noch einmal den Weg zum Gericht zu ermöglichen. Konnte er bisher als Asylbewerber alle Instanzen durchlaufen und – falls sein Antrag abgelehnt wurde – als 'Normalausländer' mit dem Antrag auf Aufenthaltserlaubnis den gleichen Verfahrensweg nochmals beschreiten, soll dies nun nicht mehr gehen.
Der Gesetzgeber versprach sich kürzere Verfahren und damit eine schnellere Möglichkeit, den Asylanten wieder in seine Heimat abschieben zu können.
Was der Gesetzgeber aber offensichtlich vergessen hat, macht den Verwaltungsgerichten erhebliche Schwierigkeiten:

was soll sein, wenn der Ausländer die Ablehnung als Asylant anerkennt und nur gegen die Nichtgewährung von Aufenthaltsrechten klagt? Die neue 'Verbundsentscheidung' sieht einen solchen Fall nicht mehr vor. Bis in diesen gesetzlich nicht geregelten Fällen ein oberstes Gericht abschließend entscheidet, dürften noch Jahre vergehen.
In der Hektik entstand ein „Gesetzespfusch" (ein Asylrichter in Karlsruhe), der trotz seines Bremseffektes „Beschleunigungsnovelle" getauft wurde.

Eingriffe in das 'Alltagsleben'
Die oben genannten Probleme wirken sich auf das Leben des Asylbewerbers nur indirekt aus. Einschneidend treffen ihn aber folgende Neuregelungen:
in den ersten 12 Monaten seines Aufenthaltes darf er keine Arbeit mehr aufnehmen. Obwohl das Sozialgericht Hamburg diese Ministerweisung vom 18.6.1980 an die Landesarbeitsämter für rechtswidrig erklärt hat, weil der Einzelfall nicht berücksichtigt wird (FR, 21.8.), erteilen die örtlichen Arbeitsämter aufgrund dieses Erlasses keine Arbeitserlaubnis mehr.
Baden-Württemberg geht sogar noch weiter und verbietet während der Gesamtdauer des Asylverfahrens, das über mehrere Jahre gehen kann, jegliche Arbeitsaufnahme. Die Stadt Freiburg wendet den Erlaß dazu noch rückwirkend an, d.h. auch vor Verabschiedung des Regierungserlasses eingereisten Asylbewerbern wird die Arbeitserlaubnis versagt.
Aber selbst wenn ein 'normaler' Asylbewerber sich 1 Jahr in der BRD aufgehalten hat, ist ihm eine Arbeit nicht sicher. Die Arbeitsämter sollen die Arbeitserlaubnis nur für gewisse Betriebe oder Tätigkeiten ausstellen. Dies dürfen sie aber nur dann, wenn kein Deutscher oder EG-Ausländer für die betreffende Stelle vermittelbar ist.
Ähnlich wie in der Schweiz werden hier die Asylbewerber zur beliebig einsetzbaren Arbeitskraft in den Bereichen, wo es Schwierigkeiten gibt. Der Saisonarbeiter ohne Rechte ist geschaffen.
Sollte der Asylbewerber allerdings keinen Arbeitsplatz finden, muß er auch nach einem Jahr noch von Sozialhilfe leben. Als Sozialhilfeempfänger nach dem 'Bundessozialhilfegesetz' steht er einer besonderen Ausbeutung zur Verfügung: das Gesetz bietet die Möglichkeit, Sozialhilfeempfänger „regelmäßig zu öffentlichen Arbeiten heranzuziehen".
Die St dte des Kreises Herford machen davon Gebrauch und führten für die 966 im Kreisgebiet lebenden Asylbewerber eine 'öffentliche Dienstpflicht' ein (FR, 27.9.). Als Arbeitsbereiche wurden genannt: Gartenbau, Friedhöfe, Bauhof, Fuhrpark und Gewässerreinigung. Die Stadt Herford zahlt nicht einmal einen (Zusatz)-Lohn an die Dienstverpflichteten – wie es andere Städte tun – sondern beläßt es beim Sozialhilfesatz. Das 'Dienstverpflichtungsrecht' gilt auch für deutsche Staatsbürger, wird aber in der Praxis bei ihnen meist nicht angewandt.

Aufhebung des Arbeitsverbotes
80 % aller Asylbewerber verdienten bisher durch Arbeit ihren Unterhalt selbst (FR, 2.6.). Jetzt macht sie der Bund-Länder-Erlaß zu Sozialhilfeempfängern. Dem Vorurteil, 'wir füttern die von unseren Steuergeldern durch', wird die Wirklichkeit 'nachgeliefert'. Allein in Hamburg müssen durch das Arbeitsverbot zusätzlich 60 Millionen DM im Jahr aufgebracht werden (BZ. 9.7.). Der Hamburger Sozialsenator Ehlers: Das Arbeitsverbot sei wohl „das einzige, was sehr schnell ging. Es ist aber für uns sehr teuer und löst die Probleme nicht." (FR, 9.7.).
Auch der Wohnungsmarkt ist direkt vom Arbeitsverbot betroffen. Bisher fanden z.B. 60 % der Bewerber im Kreis

35 ARGENTINIER SIND INZWISCHEN EINGEREIST!
Über die Bereitschaft der Bundesregierung zur Aufnahme politisch Verfolgter aus Argentinien.

2 Jahre nach Beginn der Aktionen während der Fußballweltmeisterschaft für die Aufnahme von 500 politischen Flüchtlingen aus Argentinien, ist 59 eine Genehmigung der Einreise in die BRD erteilt worden.
35 Argentinier sind inzwischen angekommen. Von den 59 hat die Bundesregierung nach erneuter Überprüfung durch den hiesigen Verfassungsschutz 3 Argentiniern die Einreise verweigert.
9 Argentiniern, denen eine Zusage vermittelt worden ist, sind nicht ausgereist; das kann bedeuten, daß sie zu den 6.500 (off. Zahl) Verschwundenen gerechnet werden müssen.
Nachdem die BRD zugesagt hat, Flüchtlinge aufzunehmen, hat sie Kontakt mit den argentinischen Behörden aufgenommen.
Es sollte sich um die Aufnahme von Argentiniern handeln, die auf Grund ihrer politischen Haltung oder ihrer Tätigkeit vor dem Putsch in Untersuchungshaft gehalten wurden.
Das Auswärtige Amt schickte einen Beamten nach Argentinien, der aus 3000 Untersuchungsgefangenen 254 „Fälle" aussuchte.
Das Auswrätige Amt übergab die Liste dem hiesigen Innenministerium, das die Verteilung auf die einzelnen Bundesländer veranlaßte. Erst nach Zusage der Länder, eine bestimmte Anzahl von „Fällen" zu übernehmen, nahm die deutsche Botschaft in Argentinien mit den Untersuchungshäftlingen Kontakt auf.
Es ist nur ein Sozialarbeiter dafür eingesetzt. Er teilt den Häftlingen die Aufnahmebereitschaft der BRD mit. Sie erfahren zum ersten Mal davon. Innerhalb der 20minütigen Besuchszeit muß sich der Untersuchungshäftling entscheiden, ob er in die BRD ausreisen will oder nicht.
Obwohl noch nicht alle der 254 Betroffenen befragt wurden, haben schon jetzt 54 die Ausreise in die BRD abgelehnt.
Die Ausreise hängt jedoch ausschließlich von der Bereitschaft der argentinischen Behörden ab.
D.h. sie prüft, ob die Person, die dann im Ausland lebt, trotzdem eine Gefahr für das argentinische Regime bedeuten könnte. Diese Praxis hält den deutschen Verfassungsschutz nicht davon ab, jeden Einzelnen, bevor ihm die Zusage erteilt wird, nochmals zu überprüfen.
Für den Sozialarbeiter der deutschen Botschaft heißt das, alle für den Verfassungsschutz benötigten Unterlagen zusammenzusuchen. Dabei helfen ihm die argentinischen Behörden.
Dieser Vorgang dauert bis zu einem Jahr. Es ist vorgekommen, daß, als die Zusage von deutscher Seite vorlag, die argentinischen Behörden ihre damalige Zustimmung zur Ausreise wieder zurückzogen. Dies wurde so begründet: inzwischen müsse sich der Untersuchungshäftling dem Gericht zur Verfügung stellen, da die Bearbeitung der Anklage nunmehr abgeschlossen sei. Das ganze Verfahren der Aufnahme der politischen Verfolgten aus Argentinien ist somit eine willkürliche Angelegenheit. Das Verfahren ist so angelegt, daß keine Ausreise ohne die Zustimmung der argentinischen Behörden verwirklicht werden kann.

tsch



Ausländerhaft

Nordfriesland bei ihrem Arbeitgeber eine Wohnung (BZ, 9.7.). Jetzt tauchen dort Unterbringungsprobleme auf. So werden neue 'Sachzwänge' geschaffen. Haben die Leute keine Unterkunft, müssen Lager her. Das schreckt auch gleich ab.

Sammellager

Da die Sozialhilfe nicht mehr in Geld ausbezahlt, sondern in Naturalien verteilt wird, muß man die Asylbewerber an wenigen Orten konzentrieren. Erste Sammellager werden eingerichtet, weitere gefordert. So 'erzwingt' eine Maßnahme immer weitere; fehlende Arbeitserlaubnis schafft Sozialhilfefälle; Sozialhilfe wird in Naturalien gewährt, am billigsten erreicht man die Leute zur Naturalienabnahme in Sammellagern. Diese Sammellager führen aber zwangsläufig zur Vergrößerung der Asylantenproblematik.
Konflikte sind programmiert: durch die Belegung mit Asylbewerbern verschiedenster Herkunft, Rasse, Religion und Kultur entstehen bei der räumlichen Enge zwangsläufig Spannungen.

In der zentralen Anlaufstelle Baden-Württembergs, in Karlsruhe, sollen 600 Menschen (später 850) untergebracht werden. Von dortwerden sie dann weitergeleitet nach Donaueschingen (Endstufe bis 750 Plätze/ BZ, 28.8.), Konstanz (200), Rastatt (400), Horb (250), Stuttgart-Zuffenhausen (300) und ab 1981 auch Tübingen (600-700). In das Sammellager Glöppingen (400-500), das als Transitlager für Vietnamflüchtlinge dient, sollen Asylbewerber nur, soweit freie Plätze vorhanden sind. (BZ, 31.7.).

Neben der großen Zahl zusammengedrängter Menschen, die verschiedensten Kulturkreisen angehören, ist es aber auch die Lagersituation an sich, die die Asylbewerber belasten muß. Die deutliche räumliche Isolierung von der einheimischen Bevölkerun zeigt ihnen, daß sie 'am Rande stehen', daß sie nicht erwünscht sind. Sie leben in einer Ausnahmesituation: sie sind auf der Flucht; sie sind meist von ihren Familien und Freunden getrennt. Anerkennung oder Abschiebung? Ein langwieriges Verfahren seht ihnen bevor. Bis dahin: Lagerleben in einem Land, von dem sie sich Schutz oder auch 'nur' relativen Wohlstand durch Arbeit versprochen haben. Die Zustände im Lager tun ein übriges. Schon 1976 berichtete die 'Badische Zeitung' (23.12.1976) vom damaligen Landesaufnahmelager Rastatt:

„. . . defilieren vor den Eingangstüren Polizeibeamte mit Maschinenpistolen unter dem Arm, fahren Streifenwagen in kurzen Abständen die Straßen um das Gebäude ab." . . . „äußerer Anlaß eine Messerstecherei, zu der es in dem Ausländerlager zwischen Arabern und Pakistanis kam." . . . „Die Zustände in diesem Kasernengebäude sind katastrophal: 28 Männer benutzen eine Toilette, 150 zwei Kochplatten. Eine Zeitlang kam aus den Duschen nur kaltes Wasser, in einigen Toiletten steht der Urin auf dem Fußboden und in den Mülltonnen hausen die Mäuse." . . . „Dabei werden die miserablen Zustände durch das Verhalten einiger Asylanten noch verstärkt. Viele junge Männer aus islamischen Ländern sind nämlich gewohnt, daß alle schmutzigen Hausarbeiten von dienstbaren weiblichen Geistern erledigt werden. Da in den Lagern diese Geister in Gestalt von Ehefrauen und Müttern fehlen, lassen sie sich und ihre Umgebung zunehmend verkommen. Verstärkt wird diese Tendenz zur Verwahrlosung durch den Zwang zum Warten auf das Ergebnis des Asylverfahrens und die damit verbundene Unsicherheit" . . . „Jeden Tag nur essen und schlafen und schlafen und essen. . . " meint ein junger Mann aus Ghana.Seine Handbewegungen deuten Resignation an. Resignation, Verwahrlosung, Unsicherheit verbunden mit katastrophalen Wohnverhältnissen – so entsteht eine Ghettosituation, die ihrerseits der ideale Nährboden für Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß ist."

M E R K B L A T T
für Asylbewerber in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg sind neue Regelungen für Asylbewerber eingeführt worden. Mit diesen Regelungen soll einer Aushöhlung des Asylrechts durch mißbräuchliche Asylanträge vorgebeugt und dem wirklich politisch Verfolgten die Gewähr gegeben werden, daß sein Fall so schnell wie möglich mit der Anerkennung als Asylberechtigter abgeschlossen werden kann.
In den zuständigen Behörden wird in Zukunft wie folgt verfahren:
Alle Asylbewerber, die sich in Baden-Württemberg melden, werden ab sofort über die Zentrale Anlaufstelle in Karlsruhe geleitet und *in Sammelunterkünften untergebracht.* In diesen Unterkünften müssen sie sich bis zum Abschluß des Verfahrens aufhalten. Damit wird eine wesentliche Beschleunigung des Asylverfahrens ermöglicht. Bei echter politischer Verfolgung wird somit innerhalb kurzer Zeit die Asylberechtigung zuerkannt werden können.
Von den zuständigen Behörden wird den Asylbewerbern die Arbeitsaufnahme untersagt. Da bei echter politischer Verfogung die Verfahren wesentlich abgekürzt werden können, wird in Baden-Württemberg in Zukunft die Arbeitsaufnahme für die *gesamte Dauer des Asylverfahrens* untersagt.
Die Asylbewerber erhalten in den Sammelunterkünften Gemeinschaftsverpflegung. Auch der sonstige Lebensbedarf wird so weit wie möglich durch Sachleistungen gedeckt. Geldzahlungen zur Bestreitung des Unterhalts werden nicht mehr gewährt.
Der Unterhalt und die Unterbringung von Asylbewerbern stellen eine erhebliche Belastung für das Land Baden-Württemberg und die baden-württembergischen Städte und Gemeinden dar. Es wird daher erwartet, daß die Asylbewerber den Anordnungen der zuständigen Behörden nachkommen. Wenn Anordnungen der Behörden nicht befolgt werden, bringt der Asylbewerber sich selbst in Schwierigkeiten und zeigt damit, daß eine echte politische Verfolgung offensichtlich nicht vorliegt, sondern daß er mit seinem Antrag asylfremde Zwecke verfolgt. In diesen Fällen wird die Abschiebung in das Herkunftsland angeordnet werden.

Psychische Schäden dürften in diesen Lagern unvermeidbar sein. Jegliche Kasernierung hat auf Dauer diese Folge. Gleichzeitig sind die Sammellager eine Art 'Präsentierteller', auf dem sich ausländische Geheimdienste 'bedienen' können. Lebten die Asylbewerber bisher in kleineren Gemeinschaftsunterkünften oder irgendwo zur Miete, werden sie jetzt an einigen Stellen konzentriert.
Kann sich ein politisch Verfolgter da sicher fühlen? Noch heute werden die Fingerabdrücke der Asylbewerber ans Bundeskriminalamt (BKA) geschickt (BZ, 3.7.). Die guten Beziehungen des iranischen SAVAK zu bundesdeutschen Stellen sind nicht vergessen. Möglicherweise wäre – zum „Schutz" der Asylbewerber natürlich – Stacheldraht eine geeignete Abwehrmaßnahme. Vielleicht ließe sich dadurch auch eine Bürgerinitiative in Zuffenhausen/Stuttgart beruhigen, die von einem provisorischen Sammellager „Belästigungen und sogar Gefährdungen der Nachbarn nicht auszuschließen" vermochte (StZ, 16.9.).
Die politisch Verantwortlichen beklagen sich zwar über wachsende Ausländerfeindlichkeit, fördern diese aber bewußt oder unbewußt. Statt den Asylbewerber wie einen normalen Menschen arbeiten und überall wohnen zu lassen, verbieten sie es ihm und zwingen den von vornherein nicht akzeptierten Ausländer auch noch, sich als 'Faulenzer' in Sammellagern zu präsentieren, dem 'wir' Sozialhilfe geben müssen. Für viele Bundesbürger wird der zum Nichtstun verdammte Asylbewerber zum 'Schmarotzer'.
Wie 'angenehm' den Asylbewerbern ihr Leben in den Lagern gemacht wird, zeigen die weiteren Maßnahmen der baden-württembergischen Landesregierung (CDU): alle nach dem 15.9.1980 eintreffenden Asylbewerber kommen zunächst ins Aufnahmelager Karlsruhe. Bis zum Abschluß des Verfahrens dürfen sie den Stadtkreis Karlsruhe nicht verlassen. Auch Anwaltsbesuche sind ausdrücklich mit einbezogen (FR, 4.10.). Gleichzeitig wurde verfügt, daß „schulpflichtige Kinder grundsätzlich vom Schulbesuch für die Zeit des Aufenthalts in den Sammelunterkünften befreit" sind!!! (FR, 4.10.). Die allgemeine Schulpflicht ist aufgehoben. Sind Ausländerkinder generell in unserem 'klassischen Schulsystem' benachteiligt, hält die christliche Regierung Baden-Württembergs Asylantenkinder bewußt dumm. Integration will man nicht, 'Scheinasylanten' (vgl. Schlußteil des Artikels) müssen schnellstens abgeschoben werden.
Zynischerweise nimmt man sich die Kinder, um Asylbewerbern völlig deutlich zu machen: je schneller ihr geht, desto eher könnt ihr eure Kinder in der Heimat wieder in die Schule schicken (falls es dort eine gibt). Auf diese Weise wird es nie die Chance einer Verständigung zwischen Asylbewerbern und Deutschen geben.
Um jeglichen 'Anreiz' vollends auszuschalten, bekommen Asylsuchende bundesweit kein Kindergeld mehr ausbezahlt. Die Tendenz ist eindeutig: neben der 'Abschreckung' sämtlicher Asylbewerber – ob politisch verfolgt oder 'nur' aus wirtschaftlichen Gründen geflüchtet – will man auch nach innen 'befrieden': wenn die Ausländer schon da sind, dann sollen sie wenigstens in Lagern mit bis zu 750 Menschen (so geplant in Donaueschingen) hausen, nicht durch Arbeit oder ausbezahlte Sozialhilfe an unserem Wohlstand partizipieren und auch kein Kindergeld kassieren. Man wird Stimmen wie: „Wir Deutschen sollen wohl nur noch die Milchkühe sein für diese faulen Schweine, die nur in der Sonne sitzen und Däumchen drehen ..." nicht verstummen lassen können. Die oben aufgezeigten Maßnahmen produzieren und provozieren solche Stimmen verstärkt.
Neben Baden-Württemberg und Hessen befürworten derzeit noch Bayern und Niedersachsen den Auf- und Ausbau von Sammellagern (BZ, 12.7.). Nach FDP-Innenminister Baum kommen Bundessammellager erst dann, wenn die anderen Maßnahmen „nicht greifen". Darauf haben sich Bund und Länder am 27.6.1980 geeinigt (FR, 10.7.). Jetzt nach den Bundestagswahlen dürften die Diskussionen darüber erneut aufflammen.



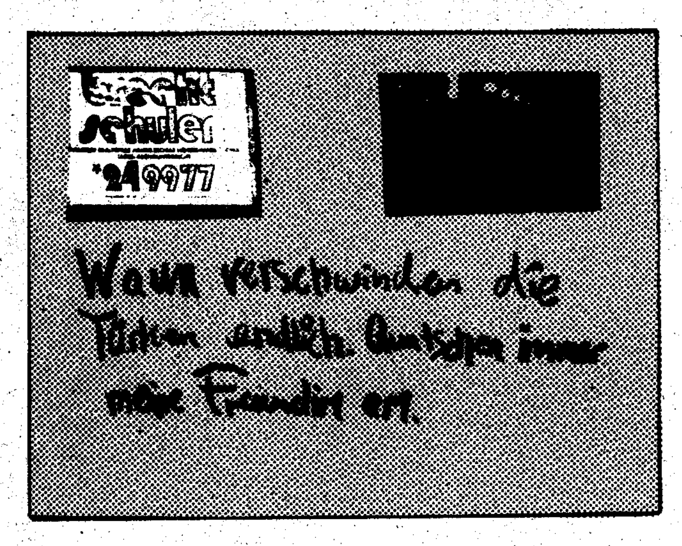
Für den Betroffenen ist die 'Rechtsgrundlage' seiner Entrechtlichung egal

Art. 16 Grundgesetz ist zwar (noch) nicht verändert, aber all die 'kleinen' Maßnahmen stellen dieses Grundrecht immer mehr in Frage. So hat auch der ab 1.10.1980 eingeführte Visumzwang direkte Folgen auf Asylbewerber aus Äthiopien, Afghanistan, Bangla Desh, Indien, Sri Lanka und der Türkei. Zwar ist der Visumzwang rechtlich für das Asylverfahren nicht von Bedeutung, weil auch ohne Sichtvermerk ein Ausländer an die Grenze kommen und Asyl beantragen kann. Aber im 'Vorfeld' wird aussortiert und abgeschreckt: das Visum wird von den deutschen Botschaften erteilt. Diese sind meist in den Städten und gut bewacht. Ein politisch Verfolgter muß sich also bis in die Botschaft durchschlagen, muß dann einige Zeit abwarten, bis das Visum erteilt ist und kann erst danach auf den Flughafen gehen und – wenn er nicht aufgehalten wird – ausreisen. Ohne ein Visum wird ihn keine Fluggesellschaft mehr befördern, da die Bundesregierung die Betriebsgenehmigungen mit der Auflage ergänzt hat, daß Passagiere nur dann im Bundesgebiet abgesetzt werden dürfen, wenn sie die vorgeschriebenen Einreise-Dokumente besitzen (FR, 27.8.).
Seit Ende März dieses Jahres so verfahren wird, sank die Zahl der Eritrea-Flüchtlinge drastisch. Gerade sie wurden aber zu über 90 % als 'politisch Verfolgte' von den Gerichten anerkannt. Die Einführung des Visumzwanges zeigt, wie auch Maßnahmen außerhalb des Asylrechts das Grundgesetz aushöhlen können. All die genannten Faktoren greifen ineinander und sind im Sinne der 'Abschreckung' erfolgreich. Die Zahlen der Asylbewerber sanken von März mit 11.747 Anträgen (Baden-Württemberg 5.020) bis August auf 6.500 (Baden-Württemberg 733) (BZ, 17.7./11.9.; FR, 5.9.).
Ob schließlich Artikel 16 Grundgesetz selbst geändert wird oder ob es 'bloß' Maßnahmen wie Visumzwang, Grenzrichter oder Wegfall der Berufungsmöglichkeit sind, all dies ist für den Betroffenen nur 'formal'. Ihm ist die 'Rechtsgrundlage' seiner Entrechtlichung gleichgültig!

Weitere Pläne zur Abschreckung und Verfahrensbeschleunigung

Zwar bleibt nach dem bisherigen Maßnahmekatalog wenig vom ursprünglichen Asyl*recht* übrig. Dennoch gibt es weitergehende Pläne. Stoltenberg und Albrecht (beide CDU) sowie der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts Sendler, treten offen für einen 'Gesetzesvorbehalt' bei Artikel 16 GG ein. Danach könnte der Gesetzgeber das Grundrecht auf Asyl legalerweise völlig ausschalten. Je nach politischer Wetterlage könnte die einfache Bundestagsmehrheit die Asylmöglichkeit erleichtern oder erschweren. Theoretisch könnte Artikel 16 GG dann so aussehen: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht, aber nur, wenn sie die freiheitlich demokratische Grundordnung immer und überall verteidigen."

Baden-Württemberg will den Asylbewerber gleich an der Grenze 'abfertigen'. Einen Asylantrag soll man nur noch nach unverzüglicher Meldung bei der Grenzbehörde stellen können. Die Grenzbehörde soll dann durch Fragen herausfinden, ob die Gründe stichhaltig sind. Wenn der Ausländer nicht bei der Grenzbehörde erscheint, oder wenn sein Antrag nach Einschätzung der Grenzbehörde „offensichtlich rechtsmißbräuchlich" oder „offensichtlich unbegründet"



ist, soll das Asylantenverfahren erst gar nicht eingeleitet werden. Ein Grenzrichter soll dann sofort entscheiden, ob die Anordnung der Grenzbehörde sofort vollzogen werden muß, also der Asylbewerber umgehend abgeschoben werden kann (FR, 12.7.). CDU-Justizminister Eyrich betont: da es noch vor dem Grenzübertritt gar nicht zu einem förmlichen Asylverfahren komme, sei mit Einführung der 'Grenzrichter' auch das Asylrecht nicht ausgehöhlt (BZ, 29.5.).

Neben den ganzen Gefahren einer Schnellentscheidung einem Beamten, die dann im Eilverfahren von einem völlig überforderten Richter 'überprüft' werden soll, verschweigt Eyrich auch die Konsequenzen seines Vorschlages.

Im Klartext sagt er nämlich: wir höhlen das Asylrecht auf keinen Fall aus, wo denken Sie hin. Wir lassen die Leute nur keinen Asylantrag stellen! Und wer keinen Antrag stellt, kann auch nicht anerkannt werden.

Aber wie schaffen wir es, daß die Asylbewerber keinen wirksamen Antrag stellen? Wir dürfen diese Leute einfach nicht ins Bundesgebiet lassen, denn: ist er nicht in der BRD, kann er auch das Asylverfahren nicht in Gang setzen. Deshalb brauchen wir an der Grenze Gebiete (z.B. Knastzellen), die zum 'Nichtstaatsgebiet' ernannt werden. Dort soll der Asylant auf den Bescheid der Grenzbehörde warten. Paßt ihm der Ablehnungsbescheid nicht, bitte schön. Wir sind ein Rechtsstaat, also muß ein Richter prüfen dürfen.

Ich schwöre dem Wohl des deutschen Volkes zu dienen . . . . : **Schaden von ihm abzuwehren** . . .
(Eid des Bundespräsidenten, Grundgesetz Art. 56)

ANGST

Ich habe A N G S T um meine Rente. Ein deutscher Rentner erhält im Durchschnitt etwa DM 830,– pro Monat, nach 15 bis 25 Jahren Beitragszahlung. Jeder Asylant kostet im Monat über DM 1.800,–. Woher kommt dieses Geld?

Ich habe A N G S T um mein Geld: denn 1980 wird Deutschland für Asylanten ü b e r DM 2,3 Milliarden (2.300 Millionen!) ausgeben! Was verdienen S i e im Jahr?

Ich habe A N G S T vor Rauschgiftkriminalität. Über 75 % der Händler sind Ausländer! Viel passieren kann ihnen bei uns nicht! Die Opfer? Fragen Sie mal die Verwandtschaft.

Ich habe A N G S T denn in Ballungszentren sind 70 % der Neugeborenen Ausländer: das ist eine 2/3 Mehrheit!

Ich habe A N G S T vor einem Ausländerwahlrecht. Wollen S i e einen „Ayatolla" als Bürgermeister Ihrer Gemeinde?

Ich habe A N G S T vor künftigen Wohnungsproblemen. Schon jetzt haben es Ausländer oft leichter als deutsche Rentner!

Ich habe A N G S T denn ein Türke, ein Afrikaner, ein Pakistaner lebt bei uns als „Asylant" besser als zuhause! Die Pakistaner, Afrikaner, Türken müßten ja dumm sein diese Gelegenheit nicht auszunützen. Und sie nützen die Chance. Wußten Sie daß ein abgelehnter Asylantrag noch k e i n Grund zur Abschiebung ist?

(aus einem Flugblatt der Bürgerinitiative: „DEUTSCHE FÜR DEUTSCHLAND")

Der Grenzrichter entscheidet im Schnellverfahren. Bei Abweisung war der Asylant nie in der BRD, müßte nicht verfplegt werden, nichts. Und ausgehöhlt hat man das Asylrecht auch nicht ...

Daß dies ernsthaft erwogene Vorschläge sind, fällt vielleicht schwer zu glauben. Doch in betreffenden Kreisen wird dieses Vorgehen diskutiert. In einer Juristenzeitschrift warnte denn auch der Rechtsberater beim Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in der BRD vor den praktischen Konsequenzen: „Sich die Bundesrepublik Deutschland als ein Land vorzustellen, das an seinen Grenzen von Haftzellen für Hunderte oder gar Tausende von Asylsuchenden umgeben ist, wäre aber ein Alptraum." (ZRP 1980, 68).

SPD-Justizminister Vogel hat das gleiche Ziel. Auch er will

Asylbewerber schnell los haben. Er will es nur auf anderem Weg erreichen. Der „Sofortvollzug" muß her, d.h. ein Asylsuchender könnte sofort abgeschoben werden, wenn es die Ausländerbehörde verfügt hat. Vom Ausland oder seiner Heimat aus könnte er dann sein Asylbegehren weiter betreiben. Ein Bonner Beamter: „Wenn der Asylsuchende wieder in seiner Heimat gelandet ist und noch eine Chance hat zu klagen, dann war die Abschiebung sicher rechtens. Wenn er aber nicht mehr klagen kann, weil er im Gefängnis ist oder inzwischen hingerichtet wurde, dann war die sofortige Abschiebung leider ein Fehlurteil." (StZ, 13.6.).



Angstfaktor „unruhige Arbeitsplatzkonkurrenten"
Türkischer Streik bei Ford, 1973

Unterschiedliche Behandlung einzelner Flüchtlingsgruppen

Nicht nur die menschliche Behandlung von Flüchtlingen aus verschiedenen Ländern ist unterschiedlich, auch die Verfahrensarten sind es.

Die Ostblockflüchtlinge werden auch bei vergeblichen Asylanträgen als einzige Flüchtlingsgruppe nicht abgeschoben. Sie dürfen als 'normale Ausländer' bei und mit uns leben. Nach CSU-Tandler sollen sie auch bei einer zukünftigen Grenzrichterregelung nicht betroffen sein.

Ostblockflüchtlinge sollen auch weiterhin dem Normalverfahren unterliegen, bei dem die CDU allerdings die Berufungsmöglichkeit vor einem Oberverwaltungsgericht gestrichen sehen möchte.

Alle übrigen Asylbewerber sollen bereits an der Grenze im 'Schnellverfahren' abgefertigt werden.

Vietnamesen

Die Bundesregierung erklärte sich zur Aufnahme von 20.000 Vietnamesen bereit, die als 'Kontingentflüchtlinge' ohne Prüfungsverfahren den Status anerkannter Asylanten bekamen.

Nunmehr ist das Kontingent von 20.000 Menschen 'voll', weshalb neue Verhandlungen des Bundes mit den Ländern anstehen. Da es eine breite Mitleidswelle gegenüber Vietnamflüchtlingen gibt – nach einem Spendenaufruf im Fernsehen für das Rettungsschiff 'Cap Anamur' gingen 2 Millionen DM ein (BZ, 12.9.) – dürfte deren Zahl weiter ansteigen. Die Bevölkerungsstimmung, die durch die 'positive' Berichterstattung der Medien weitgehend gefördert sein dürfte, drückt das Hasselmann-Zitat (CDU) gut aus: „Wenn Asylanten, dann wollen sie (die Gemeinden) ruhige Vietnamesen und keine Türken oder Pakistanis, die Unruhe in die Orte tragen könnten." (BZ, 9.7.). Vietnamesen dürften deshalb auch in Zukunft wenig Schwierigkeiten haben, in die BRD zu kommen, obwohl sie zumeist aus wirtschaftlichen Gründen geflohen sein dürften.

Türken

Weit schwerer haben es Türken, sei es als ausländische Arbeiter oder als Asylbewerber.

Seit dem 15.10.1980 braucht jeder Türke ein Visum, um überhaupt in die BRD einreisen zu können (FR, 24.7.). Wollen sie als Touristen kommen, um z.B. Verwandte zu besuchen, müssen türkische Staatsbürger inzwischen nachweisen, daß sie in der BRD Verwandte ersten oder zweiten Grades haben (FR, 22.8.).

Obwohl die Bauwirtschaft ohne Türken nicht auszukommen scheint (Stuttgarts OB Rommel) und der Bergbau neben der PKW-Herstellung einen hohen Anteil türkischer Arbeiter hat, soll auch die Zahl der schon hier lebenden Türken reduziert werden. Die Innenminister von Bund und Ländern bezeichnen 12 % aller Türken (= 60.000) als Extremisten. Beide Richtungen seien vertreten und beide gelte es auch zu bekämpfen. Daß dies äußerst einseitig geschieht, zeigen zwei Beispiele: laut niedersächsischem Verfassungsschutzbericht gibt es in ganz Niedersachsen keine 'Grauen Wölfe'. Wenn es diese faschistische Gruppe nicht gibt, bleiben nur noch 'die Linken' zum Bekämpfen übrig (FR, 5.9.). So hat denn auch der Darmstädter Polizeipräsident dem Vorsitzenden der (linken) türkischen Arbeiter-Vereinigung 'ATIF' verboten, sich in der BRD öffentlich gegen die türkische Militärregierung oder die Bundesregierung zu äußern (FR, 21.10.). SPD-Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen): „Wer glaubt, hier einen kleinen Bürgerkrieg machen zu können, fliegt raus." Es sollen zunehmend 'gewalttätige Ausländer' – vor allem wohl linke Türken – abgeschoben werden. Rau: „Wir tun auf diesem Feld mehr, als öffentlich sichtbar ist." (FR, 30.9.)

Ob es unter diesen Umständen zum vertraglich festgelegten Abbau aller Einreise- und Arbeitsbeschränkungen für Türken kommen wird, ist zweifelhaft. Ab 1987 sollten sie den Status von Mitgliedern der EG einnehmen. Über die Vertragskündigung soll schon jetzt verhandelt werden.

Auch in der Bevölkerung werden die Türken zunehmend abgelehnt. Sie gelten als „Scheinasylanten".

Obwohl in den letzten Jahren die Unruhen in der Türkei zunahmen – allein 1979 wurden über 1.000 Menschen Opfer politischer Gewalttaten – werden die Türken fast ausschließlich als „Wirtschaftsflüchtlinge" angesehen. Daran ändert auch der Mitte 1980 erfolgte Militärputsch nichts. Auch nach regierungsamtlicher Version gab und gibt es im NATO-Land Türkei keine politische Verfolgung!

Das Bundesamt in Zirndorf macht es sich denn auch sehr leicht: seit dem 9.5.1980 wird Türken nur noch ein hektographierter Zettel in die Hand gedrückt. Durch ihn erfährt der Asylbewerber, daß sein Antrag abgelehnt ist. Warum, das kann er sich aussuchen. Sämtlich denkbare Asylverweigerungsgründe sind in dem abgezogenen Text aufgeführt (FR, 24.6.). Der abgelehnte Türke kann selbst entscheiden, ob einer dieser aufgezählten Gründe auf ihn zutrifft.

Die vom Gesetz geforderte Einzelfallprüfung wird durch ein derartiges Verfahren umgangen. So nimmt es nicht wunder, daß etwa 70 % der anerkannten Flüchtlinge aus den sozialistischen Ländern Europas und aus Vietnam kommen. Der Anteil von anerkannten Türken ist gering, obwohl sie in den letzten Jahren zwischen 30 % und 70 % aller Asylanträge gestellt haben.

Daß es vielen Türken nur darum geht, in der BRD arbeiten zu können, ist auch klar. Seit Einführung des Anwerbestops 1973 gegenüber Türken sind deren Asylanträge erheblich gestiegen. Dagegen sollen sie seit Einführung des Arbeitsverbotes um über 50 % zurückgegangen sein (BZ, 14.7.). Ein Zusammenhang ist unverkennbar.

Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen, sind nicht asylberechtigt im Sinne des Grundgesetzes. Gerade weil es aber auch politische Verfolgung in der Türkei gibt, muß jeder Einzelfall genau geprüft werden. Hektographierte Zettel sind für die hiesigen Behörden eine Arbeitserleichterung, für den abgewiesenen Türken vielleicht der Anfang von Folter und Tod.

URSPRÜNGE DES ASYLRECHTS

Unser heutiges Wort Asyl geht auf den griechischen Rechtsbrauch zurück, einen Gejagten, Verfolgten, der im Heiligtum des Gottes Schutz suchte, für tabu zu erklären. Die Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Gottesortes übertrug sich auf jeden, der sich an die Götter wandte und etwa einen Tempel betrat. Die Rache der beleidigten Gottheit zog sich ein Frevler zu, wenn er einen Zufluchtsuchenden mit Gewalt vom abgegrenzten heiligen Ort, dem Asyl, entfernte oder ihn gar tötete.
Die vornehme, humane und fromme Idee des Asyls ist viel älter als die europäische Kultur. Es kommt schon im Alten Testament und noch früher bei einigen Naturvölkern vor.
In unserem Kulturkreis gewährte die Gottheit nur den schuldlos Verfolgten Schutz, während sie im Mittelmeerraum auch Menschen in die Schutzwirkung einschloß, die – egal welches – Verbrechen begangen hatten.
Neben humanitären Gründen spielten auch praktische eine Rolle: in der Fremde war man rechtlos. Man konnte also jederzeit von den Einheimischen überfallen werden. Wie sollte da 'internationaler Handel' entstehen?
Auch hier half der Asylgedanke weiter. Die Rechtlosigkeit des Fremden wurde aufgehoben.

Problem der 'Wirtschaftsflüchtlinge'

Artikel 16 Grundgesetz (GG) schützt nur vor „politischer Verfolgung". Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung ist dies „staatliche Verfolgung" oder „Verfolgung durch nichtstaatliche Gruppen und Organisationen" wobei der Staat keinen Schutz vor diesen Gruppen „gewähren kann oder will". Erst wenn der Asylsuchende glaubhaft machen kann, daß konkret er als Einzelperson solchen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt war oder nach Rückkehr sein dürfte, hat er Chancen, bei uns Asyl zu bekommen.
Nach dem Bundesverwaltungsgericht ist der Begriff politische Verfolgung weit auszulegen.
Die Grenzen zwischen politischer Verfolgung und wirtschaftlicher Not sind fließend. Die doppelte Ausbeutung von Menschen in der Dritten Welt zeigt es. Einerseits beuten die Herrschenden in diesen Ländern die verarmten Massen aus; andererseits sind die Dritte-Welt-Länder insgesamt über das Weltwirtschaftssystem Objekte der Ausbeutung durch imperialistische Staaten. Die breite Bevölkerungsmehrheit lebt deshalb zumeist unter dem Existenzminimum.
Verteilungskämpfe, die entweder mittels Kriegen oder Weltwirtschaftsordnungen geschürt werden, sind die Ursachen für die 15 Millionen Flüchtlinge auf der Welt. Auch die Bundesregierung und deutsche Konzerne schaffen durch ihr Festhalten an der bestehenden Weltwirtschaftsordnung und an einseitigen Vorteilen der imperialistischen Industriestaaten in den Entwicklungsländern täglich die Bedingungen, die viele Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.
Die Freiheit des Kapitaltransfers zum Abschöpfen der Profite aus der Dritten Welt wird propagiert, die Menschen von dort sollen aber nicht kommen können.

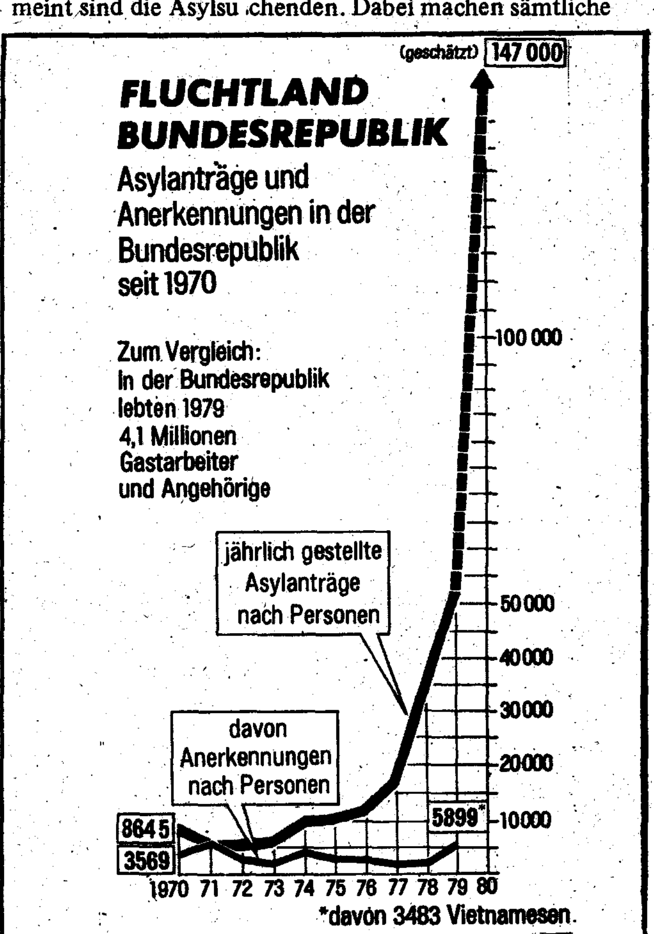
In unserem Asylrecht finden wir die alte *Trennung* wieder: *Politik und Wirtschaft* – beides hat nichts miteinander zu tun.
Die Verletzung sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Menschenrechte wiegt aber nicht weniger schwer als die Verletzung der politischen Grundfreiheiten. Deshalb wird der Schuldvorwurf „Wirtschaftsflüchtlinge" dem Problem nicht gerecht.
Gerade unsere Medien könnten viel dazu beitragen, den eben skizzierten Ursachenzusammenhang deutlich zu machen, anstatt mit ihren Berichten über die bedrohliche „Flut" die Ausländerfeindlichkeit zu fördern. Weil die Ausbeutung der Dritten Welt durch bundesdeutsche Firmen angeprangert werden müßte, dürfte auch zukünftig die Anzeigenabteilung die „redaktionelle Linie" im Auge behalten.

Werden Arbeitsplätze weggenommen?

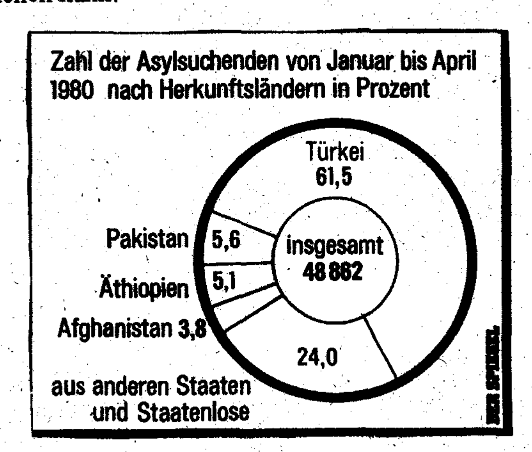
Als es einen Arbeitskräftemangel gab, wurden die Ausländer geholt. CDU-Blüm: „Eine solche Politik, die die Menschen immer dahin holt, wo Maschinen sind, würde Karl Marx noch im Grabe bestätigen". (FR, 11.9.) Er wurde.
Heute – in wirtschaftlich schwierigerer Lage – will man die Ausländer nicht mehr, weder als „Gastarbeiter" noch als „Asylanten". Arbeitsplätze Deutscher würden durch Asylanten gefährdet. Da Asylbewerber aber meist nur Arbeiten am unteren Ende der Lohnskala verrichtet haben, für die selbst andere ausländische Arbeiter kaum gefunden wurden, dürfte einem Deutschen kaum ein Arbeitsplatz „weggenommen" worden sein. Zudem gilt ja noch immer (die oben beschriebene Regelung), daß ein Asylbewerber nur dann auf eine Stelle vermittelt werden darf, wenn auf diese Stelle kein Deutscher oder EG-Ausländer vermittelbar ist.

Unbewältigbare Zahlen?

Man könne die „Schwemme" nicht bewältigen, heißt es. Gemeint sind die Asylsuchenden. Dabei machen sämtliche



Ausländer derzeit nur 7 % (= 4,1 Millionen) der bundesdeutschen Bevölkerung aus. Ihre Zahl stieg laut Innenminister Baum seit 1973/74 „kaum mehr" an (FR, 23.8.) und dies, obwohl der materielle Wohlstand in der BRD noch immer anziehend ist. Noch heute wirkt sich das Image vom 'Mercedes-Benz-Land' auf die Asylbewerberzahlen aus. In Ländern wie der Türkei weiß man, daß man vergleichsweise in der BRD relativ viel Geld in kurzer Zeit verdienen kann.



Ließ man die als Arbeitskräfte erwünschten und ins Land geholten Ausländer weitgehend als Randgruppe existieren, ist die Bereitschaft zur Hilfe bei den unerwünschten Asylanten erst recht gering.
Daß es auch anders ginge, zeigt die Eingliederung von „Millionen von Ostblockflüchtlingen" (FR, 18.10.79) und Spätaussiedlern nach dem 2. Weltkrieg. Damals zählte die BRD noch nicht zu den reichsten Ländern der Welt. Dennoch wurden diese Menschen integriert. Obwohl es zahlenmäßig heute um viel weniger geht, wird die Situation dramatisiert.
Bislang hat die BRD nur 83.000 Menschen als Asylbewerber anerkannt. Frankreich und England nahmen 1978 je 145.000 Flüchtlinge auf (FR, 3.7.). Arme Länder, wie z.B. Somalia oder Thailand, beherbergen jeweils über 1 Million Flüchtlinge.
Sich mit dem liberalsten Asylrecht zu schmücken ist eines, es aber einzulösen, wenn mehr als nur 5.000 Menschen im Jahr es für sich beanspruchen, ist ein anderes.
Sollte es die Liberalität tatsächlich einmal gegeben haben, trat an ihre Stelle die Menschenverachtung führender Behördenvertreter: in Kreisen der hessischen Landesregierung wurde allen Ernstes diskutiert, für in Frankfurt ankommende Asylsuchende auf dem Flughafengelände innerhalb der Lärmzone 1 eine Gemeinschaftsunterkunft einzurichten (FR, 12.7.).

Aufnahme außerhalb des Asylrechts?
Der Deutsche Bundestag forderte 1978 in einem Entschließungsantrag (Bundestagsdrucksache 8/1945), auch Menschen, die in Folge von Revolutionen, Bürgerkriegen, Umstürzen usw. geflohen sind, ohne politisch verfolgt zu sein, Aufnahme in der BRD zu gewähren.
Die Verantwortlichen sollten sich an ihren eigenen Entschluß erinnern.
Dennoch sehen auch wir als internationalistische Gruppe, daß die Probleme der Dritten Welt sich nicht mit der Aufnahme von Menschen aus diesen Ländern lösen lassen. Weder das Asylrecht noch ein sonstiges Aufenthaltsrecht können die immer weiter werdende Kluft zwischen reichen und armen Ländern schließen. Andererseits ist es schwer, den einzelnen Menschen auf die 'schlechte Weltlage' hinzuweisen und ihn sich selbst zu überlassen.

Als internationalistische Gruppe haben wir keine eindeutige und abgeschlossene Position in der Frage der „Wirtschaftsflüchtlinge". Wir sehen die Grundrechtsaushöhlung mit allen Begleiterscheinungen. Deshalb ist es einfach, einen Konsens *gegen* Sammellager, Grenzrichter, Rechtswegbeschneidung, Arbeitsverbot und sofortige Abschiebung usw. herzustellen. *Wir fordern die Beibehaltung des Grundrechts auf Asyl*, nicht nur auf dem Papier, sondern auch bei der praktischen Verwirklichung.
Dazu gehört auch, daß die Behörden und Gerichte bei ihrer Entscheidung nicht nur auf Material der deutschen Botschaften zurückgreifen (müssen), sondern daß auch Informationen von Organisationen (z.B. auch Befreiungsbewegungen) aus der Dritten Welt und antiimperialistischer Gruppen in der BRD als Entscheidungsgrundlage herangezogen werden.
Bisher behelfen sich die Richter an den neu eingerichteten Asylkammern (z.B. in Karlsruhe) mit 'Privatarchiven'.
Eine spezielle Bibliothek gibt es nicht. Dabei müssen diese Richter über monatlich etwa 300 Schicksale entscheiden, ohne jemals zuvor auf diese Aufgabe vorbereitet worden zu sein.
Es hieße aber das Problem verkennen, wollten wir nur eine 'juristische Lösung' anstreben. Die Ursachen der wachsenden Flüchtlingszahlen liegen in politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung. Mit unserer Arbeit an deren Beseitigung mitzuwirken, sind wir gefordert.
Wir sehen aber auch, daß die 'Wirtschaftsflüchtlinge' bei der Entwicklung ihres eigenen Landes benötigt werden. Häufig sind es nämlich besser ausgebildete Arbeiter, Angehörige der Mittelschicht und Wissenschaftler, die den Sprung in die BRD wagen und schaffen. Entzieht sich ein solcher Flüchtling nicht selbst dem eigenen Land?
Und wird der Asylbewerber bei uns nicht einer besonderen Ausbeutung ausgesetzt?
Durch eine ihm völlig fremde Umgebung und ungewisse Zukunft geprägt, fällt er üblen Vermittlerfirmen in die Hände, wird zu Wucherpreisen in menschenunwürdige Unterkünfte gesteckt oder arbeitet oft ohne Schutz schwarz.
Können wir das ignorieren?



Viele haben dabei zuvor ihre ganze Habe und die der Verwandtschaft verkauft, um hierher ins vermeintlich gelobte Land zu kommen. Sehr viele Hoffnungen in der Heimat begleiten ihn: der Verwandte in der BRD soll zum Ernährer ganzer Familien werden.
Wird hier nicht eine Erwartungshaltung bestärkt, die ein 'Vertrauen in die eigene Kraft' nicht aufkommen läßt?
Solche Fragen sind es sicherlich nicht, die manchen in der jetzigen öffentlichen Diskussion sagen lassen: Ausländer, bleibt wo ihr herkommt! Wir müssen sie aber diskutieren, um den Grundrechtseinschränkungen beim Asylrecht unsere eigenen Vorstellungen gegenüberstellen zu können.

rb

...und lebe in dauernder Furcht

Bericht eines türkischen Asylbewerbers

Was veranlaßt einen Türken, in der BRD politisches Asyl zu beantragen? Wie erlebt er die deutsche Gesellschaft? Unter welchen Bedingungen arbeitet er? Der folgende Bericht eines politischen Flüchtlings aus der Türkei soll den Fall eines vom Asylverfahren Betroffenen darstellen, der bei restriktiver Auslegung der Asylgesetze keine Aussicht hätte, daß sein Antrag angenommen wird. Angesichts der Vielfalt von Einzelschicksalen kann dies kein repräsentativer Bericht sein; aber er ist typisch für die Situation eines Asylsuchenden von der „undogmatischen Linken".
Seinen Bericht gab Selim Dağ im Verlauf eines Interviews, das am Anfang etwas steif verlief und später zu einem persönlicheren Gespräch wurde. Fragen wurden hier im Bericht fortgelassen, Zwischenüberschriften eingefügt. Da das Gespräch auf türkisch verlief, und sich grammatische Konstruktionen im Türkischen z.T. erheblich vom Deutschen unterscheiden, kann die Sprache des Berichtes nicht genau die von Selim Dağ sein.

ebe/Red.

Mein Leben in der Türkei

Ich bin 24 Jahre alt und komme aus einer zentralanatolischen Kleinstadt von etwa 10.000 Einwohnern. Nach meinem Abitur habe ich eine Lehrerausbildung begonnen und anschließend abgebrochen. Ich war in der Gruppe „Kurtulus", das heißt zu deutsch Befreiung, organisiert, um die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die bürgerliche Demokratie und gegen die Ausbeutung zu unterstützen. Außerdem arbeitete ich mit bei der fortschrittlichen Lehrerorganisation TÖB-DER.

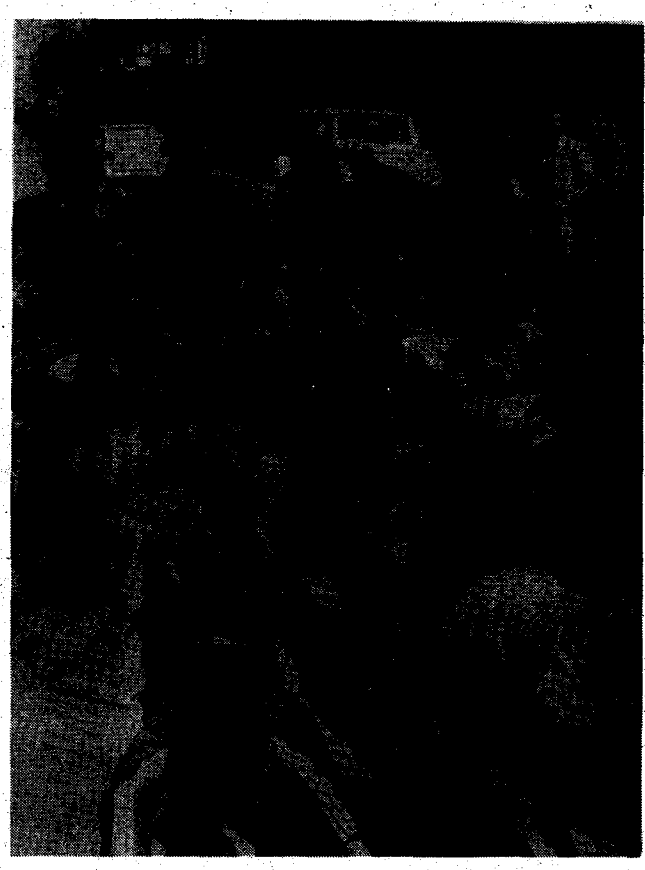
In meiner Heimatstadt gibt es keine Industrie. Es gibt dort etwa 75 Arbeiter, die in der Zinkgrube beschäftigt sind, außerdem rund 35 bei der Stadt angestellte Arbeiter, für Müllabfuhr und Straßenreinigung usw. Der Bürgermeister ist von der Gerechtigkeitspartei. Die Zinkarbeiter sind überwiegend Kurden, die 1975 aus den Erdbebengebieten zugewandert sind. Ich habe damals einigen bei der Wohnungssuche geholfen.

Den Hintergrund, der mich zur Asylsuche veranlaßt hat, würde ich in drei Punkten zusammenfassen: 1. die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der Türkei von den westlichen Ländern und dem IMF (Weltwährungsfonds), 2. die Zunahme des Widerstandes des türkischen Volkes dagegen, und daran habe ich auch mitgearbeitet, damit das Bewußtsein des Volkes gebildet wird. 3. haben sich Militär und Polizei gegen das Volk gestellt und mit allen Mitteln die Aktivitäten des Volkes zu verhindern versucht.

Der Anlaß meiner Ausreise

Ende letzten Jahres wollten wir eine Demonstration zum 1. Jahrestag des Massakers in Kahraman Maras und auch gegen den IMF organisieren. Ersteres wurde erlaubt, das zweite nicht. Nach der Demonstration gegen den Völkermord in Kahraman Maras haben wir in unserem Vereinslokal beschlossen, daß wir in der folgenden Nacht Parolen an die Wände schreiben, d.h. solche Slogans, die die Abhängigkeit der Türkei zum Auseruck bringen.

Ich habe etwa 15 Leute ausgewählt, die die Parolen schreiben sollten. Mehmet, ein guter Freund von mir, der auch bei TÖB-DER arbeitete, bestand darauf, auch eingeteilt zu werden, und so wies ich ihn auch einer Gruppe zu. Als ich dann mit meiner Gruppe die beschlossenen Parolen gemalt hatte und zum Lokal zurückkehrte, trafen wir einen Polizisten, der der große Bruder von Mehmet war. Als er uns



Am 1. Mai 1979 in Istanbul.
Die Regierung Ecevit hatte eine 29-stündige völlige Ausgangssperre verhängt, um Kundgebungen zu vermeiden.

mit farbverschmierten Kleidern sah, habe ich ihm die Wahrheit gesagt, woraufhin er sagte, er habe nichts gesehen, und weiterging. Im Lokal dann wurden wir benachrichtigt, daß die Gruppe von Mehmet von zwei Polizisten entdeckt worden war, die dem Polizeikommissar Meldung erstatteten. Der Kommissar benachrichtigte die Faschisten, und diese sammelten etwa 25 Leute zusammen und überfielen die 5 Mann starke Gruppe von Mehmet. Ein Freund wurde leicht verletzt und Mehmet erhielt einen tiefen Messerstich. Wir haben ihn sofort mit einem Taxi in die nächste Großstadt ins Krankenhaus gefahren. Während der Fahrt fragte er: „Wo fahren wir hin? Ich will zu meiner Mutter gehen. Ich bin nicht so schwer verletzt, ich will nicht sterben." Als wir im Krankenhaus ankamen, sagte der Arzt, er müsse sofort operiert werden. Die Operation hat zweieinhalb Stunden gedauert, dann kam der Arzt heraus und sagte nur, er hätte sich viel Mühe gegeben; ich konnte es kaum aushalten und verstand, daß mein Freund gestorben ist, und packte in meiner Verzweiflung den Arzt am Kragen und fragte, warum hast du ihn getötet. Aber es war nichts mehr zu machen, er war tot. Als wir ihn beerdigt haben, haben wir in unserer Gruppe ge-

schworen, ihn zu rächen.
Einen Monat später wurde der Kommissar erschossen. Von den Faschisten erhielt ich deswegen Drohbriefe, mit denen ich zur Polizeistation ging. Dort warfen sie mich einfach heraus und zerrissen den Brief. Am Tage der Beerdigung des Kommissars kamen viele Faschisten aus anderen Orten in unsere Stadt, viele Gesichter, die ich noch nie gesehen hatte. Als ich zum Einkaufen ging, wurde ich von Fremden, die ich noch nie in dieser Stadt gesehen hatte, bedroht. Ich war ja derjenige, der am meisten auffiel, denn ich war ohne Arbeit und hatte schon einige politische Sachen organisiert. Wegen dieser verschärften Situation in meiner Heimatstadt, wo es bis dahin keine politischen Morde gegeben hatte, und wegen der verstärkten Verfolgung der Linken von staatlicher Seite war mein Leben in Gefahr. Meine Eltern und Verwandten nannten mir in dieser Lage zwei Alternativen: entweder ich bleibe in der Stadt und gebe meine politischen Aktivitäten auf, oder aber ich bleibe und mache weiter wie bisher, dann wird mich das gleiche Schicksal ereilen wie Mehmet, das heißt ich werde getötet von der Polizei oder von den Faschisten.
Ich wollte keine von diesen beiden Alternativen annehmen, aber ins Ausland zu gehen und dort politisches Asyl zu beantragen, war mir auch eine sehr schwere Entscheidung, aber mir blieb nichts anderes übrig. Ich konnte auch nicht in eine andere türkische Stadt gehen, weil alle Viertel und sogar die einzelnen Straßen von Haus zu Haus von Rechten oder Linken besetzt sind, d.h. alles ist genau aufgeteilt. Wenn ich also in eine andere Stadt gehe, wo ich ja dann auch kaum eine Arbeit und einen Lebensunterhalt finden kann, bin ich den gleichen Gefahren ausgesetzt wie in meiner Heimatstadt. Die Faschisten sind sehr gut organisiert und würden mich gleich ausfindig machen.

Erste Eindrücke in der Bundesrepublik
Ich fuhr mit dem Zug in die Bundesrepublik und kam in München an, wo auch viele Türken waren. Es war eine türkische Familie da, die eigentlich hatte nach Zürich fahren wollen, aber in den falschen Zug gestiegen war. Sie trugen die Kleidung, die bei uns auf dem Land üblich ist. Es hat mich ganz schwer getroffen, daß ganz viele Deutsche sie schamlos fotografierten und filmten. Ich hätte es am liebsten verhindert, aber es war mir in diesem fremden Bahnhof nicht möglich. Ein Türke hat mir dann geholfen, meinen Freund in S. anzurufen, weil ich nicht wußte, wie man das macht. Im Zug habe ich dann mit einem türkischen Studenten, der Faschist war, diskutiert; er wollte mir nicht weiterhelfen, weil ich ein Kommunist bin, hat dann aber doch noch seine Meinung geändert.



Der Asylantrag
In S. konnte ich dann bei meinem Freund im Zimmer wohnen. Nach ein paar Tagen stellte ich den Asylantrag. Die Behörde öffnete um 8.30 Uhr, aber man mußte schon etwa eine Stunde vorher anstehen, weil man sonst an diesem Tag nicht mehr abgefertigt würde. Als ich hinkam waren schon etwa 30 vor mir dort, viele Türken und Afrikaner. Ich wußte, daß man nachweisen können muß, daß man namentlich und von staatlichen Behörden verfolgt wird, was so genau nicht bei mir zutraf. Allerdings habe ich bei der Antragsbegründung zu erklären versucht, daß in der Türkei mein Leben eben von den faschistischen Schlägerbanden bedroht ist. Von meinem Asylantrag, den ich nun schon vor acht Monaten stellte, habe ich seitdem nichts mehr gehört. Ich mußte nur vor zwei Monaten meine „Duldung" verlängern lassen, was reibungslos ging.

Der erste Arbeitstag
Nachdem ich Asyl beantragt hatte, mußte ich Arbeit und Wohnung finden. Weil mein Freund mich nicht auf Dauer beherbergen konnte, mußte ich selbst mein Leben bestreiten. Es war nicht leicht, weil ich ja die Sprache nicht konnte. Ich habe ein paar türkische Kollegen kennengelernt, die mit mir gesucht haben. Eines Tages haben wir gehört, daß ein Hotel Leute suchte. Wir haben uns vorgestellt, und sie haben mich genommen. Sie boten mir auch ein kleines Zimmer und regelten alles mit der Arbeitserlaubnis.
Am ersten Tag mußte ich um halb sieben mit der Arbeit anfangen. Ich möchte aber vorher noch einen wichtigen Aspekt hervorheben: Während ich in der Türkei war, war ich nie als Arbeiter irgendwo tätig gewesen, weil es in meiner Heimatstadt praktisch keine Industrie gab, und außerdem habe ich immer von der Ausbeutung geredet, aber nie selber erfahren, wie es ist, wenn man am Arbeitsplatz ausgebeutet wird. Ich habe mich also darauf gefreut, Arbeiter zu sein, hatte aber gleichzeitig Bedenken, wie es wohl laufen würde. Ich habe mich auch darauf gefreut, Arbeiter aus anderen Nationen kennenzulernen und dadurch meinen Horizont zu erweitern.
Der erste Tag fiel mir sehr schwer, weil ich alle Arbeiten machen mußte, die der Chef mir befahl, z.B. putzen, Geschirr spülen, Essenspakete machen usw., alles mögliche, was dort im Hotel zu machen war. Ich mußte sogar auch das Fenster putzen, und der Chef hat nachgeschaut und gesagt, es ist nicht alles in Ordnung, ich solle es nochmals putzen. Danach war es aber noch nicht in Ordnung, und das hat sich fünfmal so wiederholt und war danach immer noch nicht gut genug. Da habe ich mich unheimlich über den Typ geärgert, er ging mir auf die Nerven und ich hätte am liebsten geweint, weil ich mich nicht ausdrücken konnte und nicht sagen konnte, daß es einfach nicht geht. Ich war aber in einer Stimmung, wo ich mir sagte, ich muß diesen Arbeitsplatz auf jeden Fall behalten, wie sollte ich denn sonst leben, wenn ich ihn verliere? Dann hätte ich keine Wohnung, keine Arbeit, kein Geld, wäre von anderen abhängig. Ich wußte ja, ich hatte schon 6 Wochen lang hier nicht gearbeitet, deswegen habe ich alles hingenommen und wollte alles machen, was man mir sagt. Man hat mich sogar Klos putzen lassen. Als die Arbeit abends fertig war, war ich total kaputt.

Die Arbeitsbedingungen
Während der ersten Tage hat der Chef mich und meine Kollegen, Inder und Jugoslawen usw., angeschnauzt, wenn wir Pause machten, wir sollten nicht faulenzen. Und als die Arbeitszeit zu Ende ging, hat der Chef uns gezwungen, noch eine halbe Stunde umsonst zu arbeiten. Ich konnte

es nicht verweigern, weil ich sonst meinen Arbeitsplatz verlieren würde und das für mich eine furchtbar schwierige Situation ergeben würde. Deshalb arbeite ich auch heute noch jeden Tag eine halbe Stunde mehr.
Die ersten anderthalb Monate habe ich kein Geld bekommen, danach bekam ich 1.500 DM ausgezahlt, das war verhältnismäßig wenig, denn ich habe dann mit den Arbeitern aus den anderen Nationen geredet und wir haben festgestellt, daß wir mehr arbeiten und weniger kriegen als andere. Einer hat mir empfohlen, ich solle das nirgendwo sagen, sonst würde ich die Arbeit verlieren. Wie hoch unser Stundenlohn ist, weiß ich nicht. Wir haben auch schon diskutiert, in die Gewerkschaft einzutreten und hatten uns Antragsformulare besorgt, aber dann meinten einige, daß die Gewerkschaft sichdoch nicht um die Asylanten kümmern wird.
Also es drehte sich darum, ich mußte alles hinnehmen und tun, sogar mit besseren Leistungen, sonst würde ich die Arbeit verlieren und damit auch mein Zimmer. Das hat mich verrückt gemacht, ich habe mich schon nach einem anderen Zimmer umgeschaut, um den Arbeitsplatz wechseln zu können, aber es gibt einfach nichts für unsereins. Das alles hat mich verrückt gemacht, und jetzt arbeite ich noch dort, aber es gibt viele Probleme, die mich krank machen.
Vor drei Wochen habe ich mit meinem Chef gesprochen und ihm gesagt, daß ich diesen Monat kein „frei" nehmen will. Er sagte, das ist ganz schön schwer für dich, du mußt das aber vorher schon selber wissen. Ich sagte, ich mache das schon. Da sagte der Chef plötzlich: ja, was machen wir, wenn du dabei krank wirst? Ich habe gesagt, keine Sorge, ich werde schon nicht krank. Und dann habe ich mir selbst die Frage gestellt: warum wird mir Geld für die Krankenversicherung abgezogen? Wenn ich krank werde, da kann man ja nichts machen, aber er will, daß ich ohne Unterbrechung hier arbeite.

Meine Freizeitbeschäftigung
Ich verbringe meine Freizeit folgendermaßen: ein Drittel der Zeit sitze ich mit den anderen Asylanten, den türkischen Kollegen oder mit den anderen Ausländern zusammen und unterhalte mich. Zu Deutschen hätten wir gerne Kontakt, aber die wenigen, die wir kennen, haben meistens keine Zeit für uns. Zwei Drittel der Zeit lese ich Bücher und Zeitungen, insbesondere die Artikel, die meine Situation betreffen, d.h. was die Deutschen über uns denken und was sich in dieser Hinsicht tut. Ich würde auch gerne zu kulturellen Veranstaltungen gehen, aber hier am Ort ist da nichts los, und ich darf die Stadt nicht verlassen. Ich würde auch gerne Freunde besuchen, die an einem anderen Ort wohnen, aber es ist mir gesetzlich nicht erlaubt, ich bin hier praktisch ein Gefangener und muß hier arbeiten, hier Wohnen, hier spazieren und mein Leben hier verbringen. Als ein deutscher Freund sah, wie ich hier völlig depressiv war, hat er mich gefragt, ob ich denn erwartet hätte, daß hier die Welt ganz in Ordnung wäre; er dachte, ich sei zum Geldverdienen hierhergekommen. Aber ich habe ihm nur sagen können: wo hätte ich denn sonst hingehen sollen, du weißt doch, daß ich sonst im Ausland keine Freunde habe, und in der Türkei konnte ich doch auch nicht bleiben.

Die Menschen hier
Die Gesellschaft hier ist schon völlig anders: hier herschen andere Erziehungsformen, als ich sie von der Türkei her gewohnt bin. Mir gefällt zum Beispiel das Verhalten der Arbeiter und der Jugendlichen nicht, weil es nicht menschlich ist, sie gehen in Tanzveranstaltungen und ich beobachte sie an den Straßenecken, wie sie miteinander herumknutschen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit sagen, daß ich die Frau nicht als Ware betrachte, die Frau hat auch eine Arbeitskraft, mit der sie ihr Leben verdienen kann, sie ist auch ein Mensch und nicht nur für die Befriedigung des Mannes geschaffen, sie ist kein Objekt. Das Erziehungssystem ist so strukturiert, daß die Jugendlichen von den Eltern eine Erziehung erhalten, die vom Staat aus bestimmt wird, damit sie die Ausbeutung nicht durchschauen können. Mit 18 Jahren können sie ihr Elternhaus verlassen, in Diskotheken gehen und so leben wie sie wollen und die Ausbeutung vergessen.
Als ich hierher kam, stellte ich fest, daß jeder ein Auto hat, ob Mercedes oder VW, ich habe sie gleich abgestempelt und gesagt, das sind alles Kapitalisten, weil sie sich alle ein Auto leisten können. Aber das war nicht richtig, hinterher habe ich festgestellt, hier ist es viel leichter, sich ein Auto zu beschaffen als in der Türkei. Aber ich glaube, auch hier kommt eine Krise: wie meine türkischen Kollegen mir erzählen, die schon viele Jahre hier sind, konnte man früher mit 10 DM für den Wochenendeinkauf auskommen, heute muß man schon 50 DM ausgeben. Wenn so eine Krise aufkommt, dann werden die Leute, gerade die Jugendlichen dastehen und nicht wissen, woher das kommt.

Die drohende Ausweisung
Angenommen, daß mein Asylantrag abgelehnt wird, dann werde ich versuchen, in die Schweiz oder nach Italien zu gehen, wenn das alles nicht geht, dann muß ich vielleicht zurück in die Türkei. Das bedeutet, daß ich dort wieder in die politischen Auseinandersetzungen einbezogen bin und entweder von staatlicher Seite oder von Faschisten getötet werde. Das bedeutet, ich bin mir bewußt, was es hieße, in die Türkei zurückzugehen, ich befürchte, dort sterben zu müssen. Das habe ich jeden Tag in mir, daran denke ich dauernd und das macht mich stutzig, ich höre die Nachrichten aus der Türkei und lebe in einer dauernden Furcht.

Sind wir „Wirtschaftsasylanten"?
Ich kenne hier am Ort viele politische Flüchtlinge, 8 aus dem Sudan, 30 aus Erithrea, 20 aus Indien, zwischen 50 und 60 aus der Türkei, dazu noch etwa 15 bis 20 Arbeiter aus der Türkei. Wir politischen Flüchtlinge werden auch außerhalb der Arbeit oft ausgenützt: zum Beispiel hat jemand meine Unterschrift gefälscht bei einer Bank, ich habe eine Urkunde über einen abgeschlossenen Bausparvertrag zugeschickt bekommen. Wenn jemand z.B. einen Anmeldebogen ausfüllen muß und dafür einen Dolmetscher braucht, dann verlangt der Dolmetscher dafür schon 20 DM. Wenn die Asylverhandlung ansteht oder wenn man gegen eine Ablehnung Einspruch erheben will, dann geht man zu einem Rechtsanwalt und muß ihm wöchentlich, monatlich ein paar hundert Mark zahlen. Viele Rechtsanwälte wissen, daß wir Asylsuchenden uns in einer schwierigen Lage befinden, und sie versuchen unsere Lage auszunützen.
Wenn ich den Vorwurf höre, die politischen Flüchtlinge hier seien ja Wirtschaftsasylanten, dann kann ich nur sagen: ja, es stimmt, daß einige überwiegend aus wirtschaftlichen Gründen hierher gekommen sind. Aber was ist den Wirtschaft? Steckt da denn keine Politik drin?

Selim Dağ



Leserbrief

Zum Beitrag „Putsch in Bolivien – 20 Jahre Militärdiktatur?", in Nr. 87

Liebe Redaktionsmitglieder,
in seiner Presseerklärung vom 18.7.1980 (und nicht, wie Sie berichten, vom 28.7.1980) hat der DED den Militärputsch in Bolivien vom 17.7.1980 verurteilt und u.a. auch die Bundesregierung aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen zur Wiederherstellung der Demokratie und Menschenrechte in Bolivien beizutragen.
Trotz dieser klaren grundsätzlichen Position hielten wir es gerade in dieser für die benachteiligten Bevölkerungsgruppen schwierigen Situation für wichtig, die Partner da nicht im Stich zu lassen, wo es möglich ist, die Arbeit im Rahmen der bisherigen Zielsetzungen mit den benachteiligten Bevölkerungsgruppen uneingeschränkt weiterzuführen. Wir haben uns nach direkten Gesprächen mit den in Bolivien tätigen Entwicklungshelfern und der Mehrzahl unserer Projektpartner der mit großer Mehrheit ausgesprochenen Empfehlung auf vorläufige Fortsetzung der Arbeit bei gleichzeitiger Beobachtung von Veränderungen auf der Ebene der einzelnen Projekte ausgesprochen.
In Verbindung mit dieser vorläufigen Entscheidung stand auch die sorgfältige Prüfung der möglichen Sicherheitsgefährdung für die Mitarbeiter des DED in Bolivien.
Zwei Drittel der Entwicklungshelfer des DED arbeiten bei privaten Partnern (Kirchen und Genossenschaften). Gerade diese Partner haben größtes Interesse an einem Verbleiben der Entwicklungshelfer gezeigt, u.a. um die ökonomisch-organisatorische und fachliche Überlebensfähigkeit von Maßnahmen nicht zu gefährden, die benachteiligten Bevölkerungsgruppen zugute kommen.
Wir teilen nicht die Einschätzung der Verfasser des oben genannten Artikels, daß „die Mehrheit der Projekte ohne die Anwesenheit seines Entwicklungshelfers nicht lebensfähig sei, d.h. die Projekte spätestens mit der Rückkehr der Entwicklungshelfer sowieso als Ruinen endeten", sind aber in Übereinstimmung mit den im Lande tätigen Entwicklungshelfern und insbesondere unseren privaten Projektpartnern davon überzeugt, daß die Entwicklungshelfer des DED in vielen Projekten gerade in einer so schwierigen Zeit wichtige Funktionen übernehmen können, die zur Stärkung benachteiligter Gruppen beitragen.
Solidarität durch die Einstellung unserer Arbeit in Bolivien wäre eine Möglichkeit gewesen, auf den Putsch zu reagieren. Das Fortführen der solidarischen Arbeit vor Ort ist eine Alternative, die von den vor Ort tätigen Entwicklungshelfern deshalb geleistet werden kann, weil sie das Vertrauen der Zielgruppen und Partner besitzen.
Diese Position wird übrigens auch von der Mehrheit aller in Bolivien tätigen europäischen Freiwilligendienste vertreten.
Mit freundlichen Grüßen
DEUTSCHER ENTWICKLUNGSDIENST
Gemeinnützige Gesellschaft mbH
(Renate Michalski)



SOLIDARITÄTSARBEIT

Der mühsame Weg politischer Bewußtwerdung und Organisierung

10 Jahre „blätter des iz3w": Versuch eines kritischen Rückblicks

Im November 1970 erschien die erste Nummer unserer Zeitschrift, zehn Jahre kontinuierlicher Arbeit liegen hinter uns. Dies soll zum Anlaß genommen werden, über die Entstehung unserer Arbeit, über den Wandel unserer politischen Vorstellungen, über unsere Arbeitsstrukturen zu berichten und einen kritischen Rückblick zu versuchen.

Massive Hilfe gegen die Hungerkatastrophe

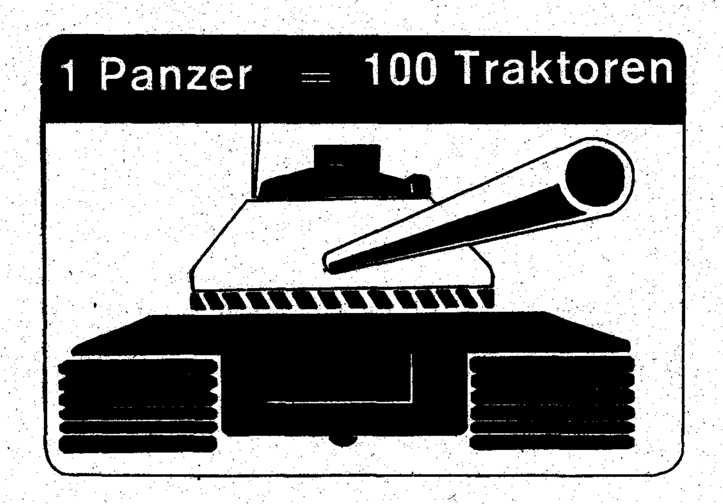
Die Gründung der Zeitschrift war nicht der Beginn der Arbeit unserer Gruppe. Diese begann 1968: Erschreckt durch Meldungen und Berichte über Hungerkatastrophen in der Dritten Welt wollten die Initiatoren der Gruppe durch breit angelegte Öffentlichkeitsaktionen die Bereitschaft zu einer massiven Steigerung der Entwicklungshilfe schaffen. Durch Flugblattaktionen, Großveranstaltungen, Vorträge in Schulen und auf dem Land, Presseberichte und Rundfunktinterviews sollte das Ausmaß des Elends in der Dritten Welt bekannt gemacht werden. Wir erwarteten eine breite Resonanz unserer Arbeit; eine erhebliche Ausweitung der Entwicklungshilfe erschien uns als die einzig denkbare Konsequenz, der sich einfach niemand, dem das in der Dritten Welt herrschende Elend bekannt wird, entziehen könnte. Die beginnende Auseinandersetzung mit der Situation in der Dritten Welt und mit der Entwicklungshilfe offenbarte sich als ein Mittel der Deutschlandpolitik; durch Gewährung und Verweigerung von Entwicklungshilfe sollten die Länder der Dritten Welt von einer Anerkennung der DDR abgehalten werden. Die Vergabe der Entwicklungshilfe war mit Lieferbindungen versehen, die die Empfängerländer zwangen, bei bundesdeutschen Firmen einzukaufen, auch wenn andere Lieferländer günstiger wären.
Ein hoher Anteil der Entwicklungshilfe wurde in Form von Krediten vergeben, somit wurde das Verschuldungsproblem der Entwicklungsländer verschärft. Entwicklungshilfe wurde auch entwicklungsfeindlichen, konservativen und faschistischen Regierungen gewährt.



Aufkleber der Kampagne für mehr Entwicklungshilfe

„Lobby für die Dritte Welt"

Somit wurde die ursprüngliche Forderung nach einer massiven Steigerung der Hilfe sehr bald verbunden mit Forderungen nach qualitativen Verbesserungen der Entwicklungshilfe. Hierbei spielte die Forderung nach einer drastischen Kompetenz-Umverteilung innerhalb der Entwicklungspolitik zugunsten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und damit einer Beschneidung der (damals umfangreicheren) Kompetenzen von Auswärtigem Amt und Wirtschaftsministerium eine besondere Rolle, da wir damals in der Kompetenzverteilung innerhalb der Bundesregierung den wesentlichen Grund für die von uns kritisierte außen- und wirtschaftspolitische Indienstnahme der Entwicklungshilfe sahen.
Ein zweiter Problembereich zwang uns in noch stärkerem Maße, unsere Vorstellung zu überprüfen, der Schlüssel für die Beseitigung des massenhaften Elends in der Dritten Welt läge in der Steigerung der Entwicklungshilfe der Industrieländer. Einige Rohstoffe waren in den sechziger Jahren von einem Preisverfall betroffen, der drastische Einnahmenverluste für viele Entwicklungsländer verursachte. Im Widerspruch zu der von allen politischen Amtsträgern in den Industrieländern geäußerten Forderung nach einer Industrialisierung der Entwicklungsländer wurden (und werden) diese durch Einfuhrbeschränkungen daran gehindert, verarbeitete Produkte in die Industrieländer zu exportieren. Die Stabilisierung der Rohstoffpreise und die Gewährung einseitiger Exportpräferenzen war bald eine



der wichtigsten Forderungen von uns und anderen Dritte Welt-Gruppen. Die Beschäftigung mit der Benachteiligung der Entwicklungsländer im Welthandel führte uns zum ersten Mal zu Faktoren der Unterentwicklung, die im Wirtschaftsverhalten der Industrieländer liegen, sie führte weg von Erklärungen wie der „Bevölkerungsexplosion", die in der damaligen Diskussion eine dominierende Rolle spielten.
Mit unserem Engagement ernteten wir zwar viel wohlwollendes Schulterklopfen, es zeichnete sich aber nicht die geringste Bereitschaft ab, den Forderungen der Dritte Welt-

Gruppen entgegenzukommen. Wir führten unsere Erfolglosigkeit auf das Fehlen einer Lobby zurück, die die Regierungspolitik im Interesse der Entwicklungsländer beeinflußt. Es wurde unser Ziel, eine *„Lobby für die Dritte Welt"* aufzubauen, die – der Vergleich war uns ernst – ähnlich der Industrie-, Rüstungs- oder Landwirtschaftslobby Einfluß auf die Politik der Bundesregierung gewinnen sollte, indem sie konkrete Einzelforderungen zur Verbesserung der Entwicklungshilfe und ihrer Rahmenbedingungen durchzusetzen versucht. Die unter dieser Zielvorstellung durchgeführte größte Aktion begleitete den Bundestagswahlkampf 1969 unter dem Motto: „Wahlkampf für die Dritte Welt: Der Hunger muß zum Wahlkampfthema werden." Unter den Forderungen nach mehr Entwicklungshilfe zu Lasten des Militäretats, nach Abbau der Handelsschranken, nach Stabilisierung der Rohstoffpreise und nach Stop der Waffenlieferungen in die Dritte Welt wurde versucht, die „Lobby für die Dritte Welt" als Wählergruppe in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken.

Der Wahlkampf will nichts wissen vom Hunger und vom schlechten Leben in der Dritten Welt.



Die Zielbeschreibung der Lobby-Strategie galt *im Prinzip* noch 1970 bei Gründung unserer Zeitschrift, allerdings bereits mit einigen Veränderungen. Der Begriff der Lobby wurde wegen der falschen Assoziationen mit dem Verband der deutschen Industrie durch den der „entwicklungspolitischen Opposition" ersetzt, die einstmals hohen Erwartungen waren aufgrund der Folgenlosigkeit der bis dahin durchgeführten Kampagnen bereits deutlich reduziert, die Forderungen sollten „hautnaher", konkreter werden, um zu konkreten Stellungnahmen zu zwingen.

SDS-Kampagne „Zerschlagt die Aktion Dritte Welt" oder: Wird man als Sozialist geboren?

Mit den hier skizzierten Positionen ihrer Anfangsjahre stand die Aktion Dritte Welt bzw. das iz3w in Widerspruch zum politischen Kern der Studentenbewegung, dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Der SDS sah in der Zerschlagung des kapitalistischen Systems den einzig möglichen Beitrag aus den Industrieländern zur Befreiung der Dritten Welt, die Entwicklungshilfe war in seiner Position *ausschließlich* ein Instrument zur Ausbeutung der Dritten Welt, folglich führte er eine Kampagne unter dem Motto „Zerschlagt die Entwicklungshilfe". In unseren Forderungen nach einer Ausweitung und Reformierung der Entwicklungshilfe sah der SDS den reaktionären Versuch, zur Verlängerung der Ausbeutung der Dritten Welt beizutragen. Bei dieser Sicht unserer Gruppe als Vereinigung von Reaktionären zur Unterstützung des BRD-Imperialismus erstaunt es nicht, daß im Freiburger SDS zeitweise das Kampagnenmotto „Zerschlagt die Aktion Dritte Welt" aktuell war.

Wir haben heute sicherlich in vielemPositionen, die dem SDS nahe kommen, wenn auch durch die zehnjährige Diskussion zu Fragen der Dritten Welt deutlich differenzierter, als dies Ende der sechziger Jahre möglich war. Bei der Analyse der Folgen der kapitalistischen Durchdringung der Dritten Welt, der Einbindung der Entwicklungsländer in den Weltmarkt, auch bei der Analyse vieler Entwicklungsprojekte, die diese Einbindung verstärken, stehen wir in den Grundaussagen dem damaligen SDS näher als den Positionen, die den Beginn unserer Arbeit bestimmten. Das gilt auch für die Rolle, die wir heute den Befreiungsbewegungen zumessen – auch wenn uns das Che Guevara-Wort „Schafft eins, zwei, drei, viele Vietnams" nie so locker über die Lippen ging, wie damals vielen SDS-Anhängern. Die Frage ist nicht, ob die Kritik an unserer Arbeit und unseren Vorstellungen inhaltlich berechtigt war. Das war sie zu einem guten Teil sicherlich. Die Frage aber ist, ob der SDS und damit die damalige Linke nicht reichlich falsche Vorstellungen davon hatten, wie der Prozeß der Politisierung abläuft – Vorstellungen, die Isolationstendenzen der Linken wohl verstärkt haben.

Unsere Arbeit entstand aus dem Erschrecken über das Elend in der Dritten Welt. Wir wußten sehr wenig über die Zusammenhänge zwischen dem kapitalistischen System der Industrieländer und diesem Elend. Wir betrachteten die elenden Zustände als einen Mißstand und wir forderten von der Bundesregierung, alles zu tun, um diesen Mißstand zu beseitigen. Wir mußten selbst enttäuschende Erfahrungen mit unseren Forderungen machen. Nur durch einige solcher Erfahrungen, die unser bisheriges politisches Selbstverständnis ins Wanken brachten, wurden die Analysen über die uns bis dahin verborgenen Zusammenhänge nachvollziehbar, nur zusammen mit diesen Erfahrungen konnten solche Analysen unseren Lernprozeß unterstützen. Wer diejenigen, die in diesem Lernprozeß stehen, als Reaktionäre ansieht, deren Aktionen er entlarven und zerschlagen muß, kann Angst auslösen, den notwendigen Lernprozeß unterstützen kann er kaum. Zu fragen ist, ob wir, ob die Linke heute realistischere Vorstellungen über den Politisierungsprozeß haben oder ob wir auf jüngere Ansätze politischer Aktivitäten ebenfalls arrogant reagieren und dabei den langwierigen, widersprüchlichen, keineswegs abgeschlossenen Prozeß unserer eigenen politischen Bewußtwerdung vergessen.

Portugals Krieg in Afrika

Den eindeutigen Schwerpunkt der „blätter des iz3w" in den ersten Jahren bildeten der Krieg zwischen Portugal und den Befreiungsbewegungen in seinen Kolonien sowie die Unterdrückung in den Apartheidsstaaten Rhodesien und Südafrika. Diese Schwerpunktsetzung ergab sich aus den aktuellen Ereignissen, nicht aus den bisherigen Überlegungen zum Aufbau einer entwicklungspolitischen Opposition, in deren Rahmen dieser Schwerpunkt nur ein Thema neben Entwicklungshilfe, Zollpolitik, Preisstabilisierung usw. gewesen wäre. Die Aktionen zum portugiesischen Kolonialkrieg eröffneten neue Handlungsmöglichkeiten und ein breites Lernfeld.

Portugals Krieg, geführt, um den Völkern seiner Kolonien die Unabhängigkeit zu verweigern, war abhängig von massiven Waffenlieferungen, die seine NATO-Partner bereit stellten. Auch die Bundesrepublik lieferte Kampf- und Transportflugzeuge, Kriegsschiffe, Mercedes-Unimogs und anderes Gerät und erteilte Lizenzen für die Gewehrproduktion in Portugal. Dies alles wurde mühsam mit der – mehrfach widerlegten – Endverbleibsklausel kaschiert, die Glauben machen sollte, eine kriegsführende Macht

würde ihre massiven Rüstungskäufe nicht in diesem Krieg einsetzen, sondern zu Hause auf Halde legen. Auch die wirtschaftlichen Interessen, die diese Waffenbrüderschaft erklärlich machten, rückten in den Fordergrund: So erwarb Krupp umfangreiche Schürfrechte in Angola, die Urangesellschaft mbH unterzeichnete ein Prospektionsabkommen für Angola und Mozambique, die BRD wurde zum wichtigsten Lieferanten Portugals. Gegen den erklärten Willen der Befreiungsbewegung, gegen das Votum der UNO und der schwarzafrikanischen Staaten beteiligten sich die westdeutschen Konzerne Siemens, AEG, Hochtief am Bau des Cabora-Bassa-Staudammes in Mozambique. Nach seiner Fertigstellung hätte dieser Damm Portugal dringend für den Krieg benötigte Devisen durch den Export von Energie nach Südafrika verschafft, er vergrößerte die Interessen Südafrikas und der westlichen Länder in Mozambique und er sollte die Voraussetzungen dafür schaffen, durch die Ansiedlung von weißen Siedlern – portugiesische Zeitungsberichte sprachen von einer Million – die gefährdete Kolonialherrschaft abzusichern.
Das Cabora-Bassa-Geschäft, das einer der größten Exportaufträge der Nachkriegsgeschichte zu werden versprach, wurde durch Bürgschaften der Bundesregierung erst möglich gemacht. Gegen die militärische und wirtschaftliche Unterstützung Portugals, insbesondere die Beteiligung am Bau des Cabora-Bassa-Damms richteten sich zahlreiche von vielen Gruppen getragene Kampagnen: Der Protest auf den Hauptversammlungen der Konzerne, zu denen wir uns durch den Kauf einzelner Aktien Zugang verschafften, eine Boykott-Aktion gegen die an Cabora-Bassa beteiligten Konzerne, die Durchführung des Kongresses „Freiheit für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique" und, in Zusammenarbeit mit kirchlichen Jugendgruppen, ein Angola-Sonntag. Diese Kampagnen waren sicherlich nicht ohne Resonanz, ihre Ziele haben sie nicht erreicht. Bis zum Sturz der Diktatur in Portugal, der dem Kolonialkrieg ein für Portugals Verbündete überraschendes Ende bereitete, wurde die direkte und indirekte Unterstützung Portugals von Seiten der BRD fortgesetzt – unter einer SPD-geführten Regierung, auf deren Regierungsübernahme 1969 auch wir große Hoffnungen gesetzt hatten.
Die Auseinandersetzungen und Erfahrungen in diesen Kampagnen hatten nun einige Konsequenzen für unsere politischen Positionen: Zum ersten Mal wurde für die Bewegung der Dritte-Welt-Gruppen in einer breiten Kampagne der prägende Einfluß deutlich, den Kapitalinteressen, Interessen der Exportindustrie einschließlich der Rüstungsindustrie, Interessen an der Sicherung getätigter Investitionen, Rohstoffinteressen ausüben und daß diese Interessen entgegen allen proklamierten liberalen Werten auch durch Unterstützung eines Krieges wahrgenommen werden. Entgegen einer Lobby, die Kapital und Macht besitzt und deswegen die Regierungspolitik mitbestimmen kann, mußten wir uns an einer sehr langfristigen Perspektive orientieren: nur durch breitenwirksame Bewußtseinsarbeit, die vermutlich Jahrzehnte beanspruchen kann, und die den Zusammenhang zwischen den Interessen des westdeutschen Kapitals und dem Elend in der Dritten Welt vermittelt, kann die Voraussetzung geschaffen werden, in der BRD wirksam einer Politik entgegenzuwirken, die die Abhängigkeit der Dritten Welt aufrechterhält. Die „blätter des iz3w" sahen sich in verstärktem Maße als ein Organ, das Multiplikatoren wie fortschrittliche Lehrer, Pfarrer, Jugendgruppenleiter, Journalisten bei dieser langfristigen Bildungsarbeit unterstützt.
Sahen wir bei Beginn unserer Arbeit in der Regierung der BRD und anderer westlicher Länder Instanzen, die mittels Entwicklungshilfe wesentliche Träger des Entwicklungsprozesses werden sollten, so unterstützten wir nun Bewegungen, die beim Kampf um die Befreiung vom Kolonialismus und damit um die unabdingbare Voraussetzung für jede Entwicklung ihrer Länder gerade diese Regierungen als Verbündete der Kolonialmacht zum Gegner hatten. Die materielle Unterstützung dieser Unabhängigkeitsbewegungen, damals wesentlich die Hilfe für den sozialen Aufbau in den befreiten Gebieten innerhalb der Kolonien, wurde eine der praktischen Konsequenzen unserer Arbeit. Wir haben auch später den Anspruch gehabt, unsere Bewußtseinsarbeit mit einer direkten Unterstützung von Unabhängigkeits- und Selbsthilfebewegungen zu verbinden.
Wir unterstützten Befreiungsbewegungen in den Kolonien, die auch militärisch kämpften. Wir hatten uns somit – ebenfalls eine Konsequenz der Auseinandersetzung mit dem portugiesischen Kolonialkrieg – mit den Bedingungen auseinanderzusetzen, die die Anwendung militärischer Gewalt rechtfertigen. Die allermeisten von uns damals waren, zum Teil als Kriegsdienstverweigerer oder aus antimilitaristischen Zusammenhängen heraus, Pazifisten und lehnten jede Gewalt in jeder historischen Situation ab. Die Befassung mit der in den Kolonien herrschenden Unterdrückung

BBC: Anlagenbau ist keine Politik

Aktionärsgruppe opponiert gegen die Beteiligung am Cabora-Bassa-Projekt

Das Hauptversammlungs-Stenogramm

Plettner: „Wir sind um Argumente nicht verlegen"

Aber politische Cabora-Bassa-Eiferer sprengten schließlich die Siemens-Hauptversammlung

Polizei-Einsatz bei der Siemens-Hauptversammlung

Wieder Aktion der Cabora-Bassa-Gegner / Aktionäre kritisieren Dividendensenkung

Cabora-Bassa-Gegner verurteilt

Geldstrafen wegen Störung der Siemens-Hauptversammlung

Presse-Schlagzeilen zu unserem Besuch bei den Hauptversammlungen der an Cabora-Bassa beteiligen Konzerne

der Zerschlagung aller Versuche, mit Mitteln des Protestes und des Streiks die Unabhängigkeit zu erreichen, rückte bei der Beurteilung der Gewalt die konkrete historische Situation in unser Blickfeld und zwang uns zu akzeptieren, daß solche Situationen die Anwendung militärischer Gewalt als notwendiges Übel rechtfertigen. Beim Wandel unserer Haltung zur Gewalt war der Kontakt zu einzelnen Vertretern der Befreiungsbewegungen und die Unterstützung dieser Bewegungen durch den Weltkirchenrat von Bedeutung.



Plakat 1971

In dem Maße, wie der Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur in den Industrieländern und dem Elend, der Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt in das Bewußtsein unserer Gruppe rückte, wandelte sich auch unsere Haltung zum Gesellschaftssystem der BRD. Wir verstanden uns in zunehmendem Maße als Teil der Linken in der BRD, zu deren Verbreiterung beizutragen eines der Ziele wurde, die unsere langfristige Bildungsarbeit begründet.

Relativ ausführlich wurde die Auseinandersetzung mit dem portugiesischen Kolonialkrieg dargestellt, da sie beispielhaft über unsere politische Entwicklung Aufschluß gibt. Die Öffentlichkeitsarbeit zu Zimbabwe, die Unterstützung der ZANU bekam nach der Unabhängigkeit von Angola, Guinea-Bissao und Mozambique eine ähnliche Bedeutung. Aber auch andere Schwerpunkte unserer redaktionellen Arbeit waren für unsere weitere Arbeit prägend.

Privatinvestitionen, Entwicklungshilfe, Welthandel

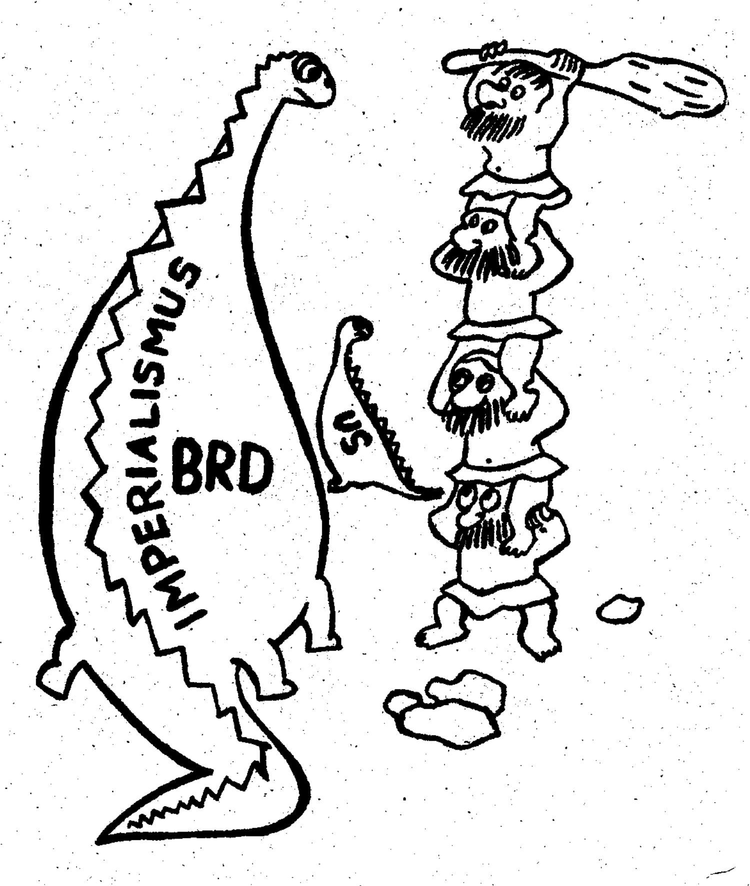
Die Analyse der Auswirkungen der Tätigkeit deutscher Firmen und Konzerne in der Dritten Welt war besonders in den ersten Jahren ein weiterer wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit. Die Privatinvestitionen wurden Anfang der siebziger Jahre in den offiziellen Statistiken ohne viel Federlesen der Entwicklungshilfe zugerechnet. Gegen diese Zurechnung wandten wir uns, weil die damit errechnete scheinbare Höhe westdeutscher Hilfe unserer Forderung nach einer Steigerung der öffentlichen Hilfe entgegenstand. Die auch heute noch proklamierten positiven Folgen der Privatinvestitionen für den Entwicklungsprozeß – Industrialisierung, Ausbildung, Abbau der Arbeitslosigkeit, Kapitalzufluß – wurden damals noch weit unkritischer akzeptiert, als dies heute der Fall ist. Die Niederkonkurrierung einheimischer Produktionsansätze, der Einsatz kapitalintensiver, arbeitssparender Technologien, die Ausrichtung der Produktion auf Güter des gehobenen Bedarfs sowie die Stützung entwicklungsfeindlicher Regierungen durch die Konzerne rückten mehr und mehr in das Blickfeld der Dritte-Welt-Gruppen. Dies gilt auch für den Kapitalverlust, der den Entwicklungsländern durch Gewinnrücküberweisungen und sonstige Rückflüsse in die deutsche Privatwirtschaft entsteht.

In der weiteren Befassung mit Entwicklungshilfe verschob sich die Diskussion weg von globalen Forderungen wie denen nach einer Erhöhung der Entwicklungshilfe, eines höheren Anteils der Zuwendungen, verbesserter Bedingungen für die Kreditrückzahlung etc., Forderungen also, die unhinterfragt davon ausgehen, daß die (erhöhte) Entwicklungshilfe erwünschte Auswirkungen hat. Für uns sichtbar wurden die mit der Vergabe von Entwicklungshilfe verbundenen Interessen der Exportförderung und Rohstoffsicherung sowie die außenpolitischen Interessen. Nach Epplers Rücktritt, der zeitlich zusammenfiel mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise in der BRD, wurde der Verweis auf diese Interessen wieder zum wesentlichen Bestandteil offizieller Werbung für Entwicklungshilfe; übrigens trotz der mittlerweile zugunsten des BMZs erfolgten drastischen Kompetenzumverteilung, die auch wir ursprünglich als Garant gegen die wirtschaftspolitische „Indienstnahme" der Entwicklungshilfe gefordert hatten.

Die Analyse einzelner Entwicklungsprojekte wies zum einen die Wirkung der genannten außen- und wirtschaftspolitischen Interessen bei der Vergabe von Entwicklungshilfe nach; sie rückte zugleich die Macht- und Besitzverhältnisse des jeweiligen Entwicklungslandes, die entwicklungshemmenden Strukturen, in denen das jeweilige Projekt stattfindet, in den Blick. In dem Maße, wie die Entwicklungshilfe gesehen wurde vor dem Hintergrund weiterbestehender wirtschaftlicher Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industrieländern und der extremen sozialen Ungleichheit in den Entwicklungsländern selbst, wurde die Bedeutung der Entwicklungshilfe stark relativiert; Ergebnis der – gemessen an den offiziell proklamierten Zielen – Erfolglosigkeit von 20 Jahren Entwicklungshilfe. Damit waren gleichzeitig die Träger des Entwicklungsprozesses – außerhalb der offiziellen Strukturen der Entwicklungshilfe – in den sozialen und politischen Bewegungen zu suchen, die für die Unabhängigkeit ihrer Länder und gegen die Ausbeutung durch die herrschenden Klassen ihrer Länder kämpfen.

Die verstärkte Sicht der Klassenstrukturen in den Ländern der Dritten Welt veränderte auch die Einschätzung der Welthandelsbeziehungen. Mit den früher vertretenen Forderungen nach stabilen Rohstoffpreisen und nach Absatzmöglichkeiten für die Dritte Welt in den Industrieländern wurde eine Verbesserung der Bedingungen angestrebt, unter denen sich die Entwicklungsländer am Welthandel beteiligen. Von den dadurch erhöhten Deviseneinnahmen wurde ein wesentlicher Betrag zur Überwindung der Unterentwicklung erwartet, ohne daß wir kritisch hinterfragt hätten, auf wessen Kosten diese erhöhten Einnahmen verdient werden und wem der Nutzen ihrer Verwendung zufällt. Diese Frage, auf die wir durch zahlreiche Länderanalysen, die Diskussion um die Welthandelskonferenzen und durch

einen Teil der wissenschaftlichen Literatur gestoßen wurden, veränderte unsere Position. Die entwicklungshemmenden Folgen der verstärkten Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel und der damit verbundenen Ausrichtung ihrer Wirtschaften auf die Bedürfnisse der Industrieländer, beispielsweise die Hemmung der Nahrungsmittelproduktion für den einheimischen Makrt durch den Anbau von Exportprodukten, rückten deutlicher in unser Bewußtsein.
Den drei hier angesprochenen Bereichen unserer Diskussion – Privatinvestitionen, Entwicklungshilfe, Welthandel – ist eines gemeinsam: Meßlatte ihrer Beurteilung war die Frage, ob die Möglichkeiten der breiten Massen, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, erhöht oder gesenkt werden und ob die Entstehung einer Wirtschaft und eines politischen Systems, das an den Bedürfnissen der breiten Massen orientiert ist, gefördert oder behindert wird.



Verteidigung der demokratischen Rechte in der Bundesrepublik
In einem Themenbereich haben wir das „eigentliche" Gebiet einer Dritte-Welt-Zeitschrift regelmäßig verlassen.
Wir haben kontinuierlich über Gefährdungen der demokratischen Rechte in der Bundesrepublik berichtet und zur Solidarität mit den Betroffenen aufgerufen, da wir zur Verteidigung dessen beitragen wollten, was die unmittelbare Voraussetzung unserer politischen Arbeit in der BRD ist. So nahmen wir Stellung gegen die Berufsverbote, gegen den Gummiparagraphen 90a des Strafgesetzbuches, mit dessen Hilfe zahlreiche Autoren und Herausgeber kommunistischer Publikationen wegen „Verächtlichmachung des Staates" strafrechtlich belangt wurden. Wir wandten uns gegen den auf dem Höhepunkt der Sympathisantenjagd verabschiedenen § 88 a, dessen völlig unbestimmten Formulierungen auch die Möglichkeit schufen, die publizistische und materielle Unterstützung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, aber auch das Eintreten für die Besetzung eines Bauplatzes für ein Atomkraftwerk als „Billigung von Gewalt" zu kriminalisieren.
Auch berichteten wir über verschiedene Versuche, auf Grundlage dieses Paragraphen Publikationen zu verbieten.
Als in der CDU/CSU Überlegungen angestellt wurden, gegen maoistische Organisationen ein Parteienverbot zu beantragen, riefen wir in Freiburg eine „Aktionsgemeinschaft zur Verteidigung der Organisationsfreiheit" ins Leben, an der sich allerdings die vom Verbot bedrohten Organisationen nicht beteiligten, da wir und die anderen beteiligten Gruppen nicht bereit waren, sie als die führende Macht anzuerkennen.
Wir selbst fanden ehrenhafte Erwähnung auf jenen Listen, die der Verfassungsschutz über „linksextremistische und linksextremistisch beeinflußte" Organisationen und Publikationen erstellte und die bei den Grenzbehörden als Grundlage dienten für die Registrierung derjenigen Personen, bei deren Grenzübertritt entsprechende Publikationen gesichtet wurden. Eine baden-württembergische Schulbehörde hielt einem Lehramtsbewerber unter anderem den Besuch einer unserer Veranstaltungen als Erkenntnis vor, die Zweifel an seiner Treue zur Verfassung begründe. Da nicht anzunehmen ist, daß diese Veranstaltung die einzige ist, die von einem Verfassungsschützer besucht wurde, haben wir folglich mit unserer Informationsarbeit eine Zielgruppe erreicht, mit der wir – naiverweise – ursprünglich gar nicht gerechnet hatten.

Unsere Arbeitsstrukturen
Alle wichtigen Entscheidungen fallen auf unseren wöchentlichen, etwa vierstündigen Sitzungen. Dort werden alle Artikel besprochen und eventuelle Änderungen beschlossen, die Schwerpunkte der kommenden Nummern bestimmt, entschieden, welche auswärtigen Autoren beauftragt werden, für welche Solidaritätsprojekte wir aufrufen. Dort muß auch viel Arbeit verteilt werden: Wer kommt zum Lay-Out? Die Verschickung ist noch nicht fertig! Das Chaos im Lager muß unbedingt beseitigt werden! Kann nicht endlich mal jemand wieder putzen? Auf diesen Sitzungen werden auch die nicht mit der Redaktion zusammenhängenden Bereiche unserer Arbeit besprochen; Veranstaltungen in Freiburg, Beteiligung an Aktionseinheiten, Finanzprobleme, die Führung des Archivs, die Einstellung von Hauptamtlichen. Auch dort muß viel Arbeit verteilt werden. Eine Redaktionsgruppe, meist bestehend aus zwei, manchmal aus drei Leuten, bereitet den redaktionellen Teil dieser Sitzungen vor, führt Protokoll, macht Termine mit der Druckerei fest, regelt den Satz der Artikel, bekniet die Autoren, ihr Manuskript pünktlich abzuliefern, und bereitet den Umbruch der Zeitschrift vor. Der Anspruch, den wir an die Sitzungen stellen, ist, die Arbeit unserer Gruppe für uns alle transparent werden zu lassen. Es gibt keine Referate oder Abteilungen, innerhalb derer Referenten mehr oder weniger unabhängig von der Gruppe schalten und walten können. Allerdings bezahlen wir diese Transparenz mit einem Nachteil, der uns andauernde Probleme bereitet. Unsere Sitzungen sind von Diskussions- und Entscheidungspunkten – eine Tagesordnung kann leicht 30 oder 40 Punkte umfassen – so überfrachtet, daß die Transparenz droht, fiktiv zu werden: Im Zeitdruck werden die Entscheidungsgrundlagen nicht allen sichtbar und insbesondere neue Mitarbeiter finden sich im Gewirr aus Namen, Abkürzungen, Organisationen, Verweisen auf frühere Entscheidungen und gewissen Wortschöpfungen einer gruppeninternen Sprache nur schwer zurecht. Das Problem, am Anspruch dieser umfassenden Transparenz festzuhalten und gleichzeitig die Sitzung mit Hilfe eines kontrollierbaren

Verfahrens von nebensächlichen Punkten zu entlasten, ist weiterhin ungelöst.
Oft bleibt in unserem Termin- und Entscheidungsdruck die gründliche Diskussion grundsätzlicher und aktueller Fragen auf der Strecke; ein Problem, das regelmäßig Unmut auslöst. Schließlich ist diese Diskussion das Interessanteste unserer Arbeit und eine wesentliche Motivation für die Mitarbeit. An vier Wochenenden im Jahr diskutieren wir auf einer Hütte im Schwarzwald entlastet vom Termindruck. Diese Wochenenden sind meist – nicht immer – auch für das Arbeitsklima und die persönlichen Kontakte innerhalb der Gruppe förderlich. Eine gründlichere Diskussion ist auch in den Arbeitsgruppen möglich, die sich gelegentlich zu einzelnen wichtigen Themen – Frauen in der Dritten Welt, Landwirtschaft, Entwicklungshilfe, Tourismus – bildeten. Auch hier ist der persönliche Kontakt eher möglich als in der mittlerweile doch recht großen Gruppe.



Unsere Gruppe hat sich nicht als Zeitschriftenverlag zusammengefunden, der mit einem begrenzten Personenkreis ein Publikationsobjekt ins Leben ruft und dabei diesem Kreis eine Berufsperspektive schafft. Sie verstand sich und sie versteht sich als offene politische Gruppe, die zur Fortführung ihrer politischen Arbeit darauf angewiesen ist, neue Mitarbeiter zu gewinnen. Jeder, der mitarbeiten will, kommt zu unseren wöchentlichen Sitzungen, ist damit „Mitglied" der Redaktion und nimmt an den – allerdings äußerst seltenen – Abstimmungen teil. Unsere Arbeit beruhte früher ausschließlich, sie beruht heute überwiegend auf unbezahlter, freiwilliger Arbeit. Sicherlich ist die Arbeit in einer solchen offenen Gruppe einerseits schwieriger: Eine relativ große Gruppe muß sich bei gemeinsamer Arbeit zusammenraufen, eine verbindliche und kontinuierliche Arbeit ist schwerer zu organisieren als in einem professionellen Team, da jeder seine Arbeit in der Gruppe mit den Verpflichtungen in Studium und Beruf in Einklang bringen muß. Andererseits überwiegen die Vorteile einer solchen Gruppenstruktur bei weitem: Ein weit größerer Kreis schafft sich in einer solchen Gruppe eine Möglichkeit zu politischer Arbeit, vielfältigere frühere Erfahrungen, ganz unterschiedliche politische Sozialisationen, bei einer katholischen Jugendgruppe, bei den JUSOs oder bei einer mittlerweile zerfallenen ML-Gruppe, unterschiedliche Berufserfahrungen gehen in die gemeinsame Arbeit ein. Die Chance zu ständigen Kritik- und Lernprozessen ist größer. Vielleicht hilft uns diese Struktur auch ein bißchen, bei der redaktionellen Arbeit nicht völlig abzuheben, da eine Vermittlung der politischen Positionen auch innerhalb der Gruppe nötig ist. Nur eine solche für ehrenamtliche Mitarbeit, für neue Mitarbeiter offene Gruppe kann überhaupt versuchen, ihre redaktionelle Arbeit mit direkter Vermittlungsarbeit, mit direkter Beteiligung an Aktionen zu verbinden. Und ein ganz praktischer Vorteil: Ohne den großen Anteil freiwilliger, unbezahlter Arbeit wäre es für die Zeitschrift gar nicht möglich gewesen, finanziell unabhängig zu werden.
Eine gewisse Professionalisierung war auch bei uns nötig. Derzeit arbeiten sechs Hauptamtliche in unserem Büro. Die kontinuierlich wachsende Arbeit, heute mehr als 5.000 Abonnenten, eine Vervielfachung der Bestellungen und der Anfragen, aber auch die geänderte Zusammensetzung der Gruppe, in der heute mehr Berufstätige als Studenten arbeiten, zwang dazu, von der ausschließlich ehrenamtlichen Arbeit abzurücken. Wir möchten aber alles tun, um zu verhindern, daß wir uns langsam aber stetig von einer offenen Gruppe zu einem professionellen Team verwandeln. Wir wollen versuchen, diese Verbindung von offener Organisation und professioneller Arbeit beizubehalten. Der Erfolg dieses Versuchs ist durchaus gefährdet: Zu leicht verlassen sich die ehrenamtlichen Mitarbeiter darauf, daß „der Laden auch ohne sie klappt". Die Gefahr, daß um die Hauptamtlichen als Skelett der Organisation unserer Gruppe das ehrenamtliche Fleisch reichlich mager wird, muß immer wieder diskutiert werden. Betroffene einer solchen Entwicklung wären – zum Teil muß man sagen sind – gerade die Hauptamtlichen, die der ständigen Gefahr ausgesetzt sind, von Bestellungen, Buchungen, Versand, Adressenänderungen, Mahnungen etc. aufgefressen zu werden und somit die Möglichkeit zu inhaltlicher Arbeit zu verlieren.
Auch das hiermit bereits angesprochene Prinzip, Kopf- und Handarbeit, inhaltliche und organisatorische Arbeit nicht zu trennen, muß immer wieder mit mehr oder minder großem Erfolg verteidigt werden. Es macht schließlich mehr Spaß, einen Artikel zu schreiben, als die dafür benötigten Zeitungsausschnitte ins Archiv einzuordnen, Mahnungen zu schreiben oder das Klo zu putzen, und sich damit an den Arbeiten zu beteiligen, die die inhaltliche und redaktionelle Arbeit erst ermöglichen. Wer sich in einer solchen Gruppe nur nach dem Lustprinzip verhält, beutet im Grunde genommen diejenigen aus, die den nötigen Apparat auch für ihn schaffen und erhalten.
Dieser Apparat – das soll doch als Erfolg vermerkt werden – hat sich aus reichlich dilletantischen Anfängen heraus zu einer wirksamen und unverzichtbaren Hilfe entwickelt: es gibt ein Zeitungs- und Zeitschriftenarchiv, in dem man sich mittlerweile recht gut zurechtfinden kann, elektrische Schreibmaschinen, technische Hilfsmittel für den Umbruch, eine elektrische Adressiermaschine etc., im großen und ganzen recht gute Voraussetzungen für unsere Arbeit. Verbesserungen, die den Streß in unserem Büro senken und Reibungsverluste vermeiden helfen, sind sicherlich auch weiterhin nötig. Das Verhältnis der offenen Gruppe zum organisatorischen Apparat ist durchaus nicht unkompliziert: Es ist eine gehörige Portion Disziplin nötig, wenn ein vier Räume umfassendes Büro von sechs Hauptamtlichen und etwa 20 Ehrenamtlichen genutzt werden soll, ohne daß unaufgeräumte Schreibtische, falsch abgelegte Briefe, verschwundenes Büromaterial etc. die gemeinsame Arbeit zu sehr belasten. Auch um diese Disziplin muß immer wieder gerungen werden.

Autonomie

Wir haben uns immer als autonome Gruppe verstanden. Zum einen bedeutet dies schlicht organisatorische Unabhängigkeit, wir sind von Parteien, Stiftungen oder Kirchen unabhängig. Als es uns von der Größe der organisatorischen und finanziellen Verpflichtungen her nötig schien, unsere Arbeit juristisch abzusichern, wählten wir die Rechtsform des eingetragenen Vereins. Ihm gehören alle haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter an, neue Mitarbeiter werden in regelmäßigem Turnus aufgenommen, nicht mehr aktive zum Austritt aufgefordert. Somit ist sichergestellt, daß der Kreis der juristischen Träger mit dem Kreis derer übereinstimmt, die die Arbeit faktisch tragen. Auch im Falle schwerer Konflikte —und gerade dann muß eine Rechtsform taugen— ist es der Kreis der aktiven Mitarbeiter allein, der alle Entscheidungen zu treffen hat.



Nun nützt die schönste organisatorische Unabhängigkeit nichts, wenn man finanziell abhängig ist. Am Anfang waren wir das in einem gehörigen Maße. Unsere Ausgaben wurden zu mehr als der Hälfte aus Geldern des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit gedeckt. Je mehr wir uns von unseren anfänglichen Ansichten wegentwickelten, desto bedrohter war eine finanzielle Unterstützung von offizieller Seite. So bemühten wir uns intensiv um Finanzquellen, die unabhängig vom Wohlwollen ministerieller oder anderer Entscheidungsgremien wenn auch nicht sprudeln so doch wenigstens bescheiden fließen. Heute können wir uns durch die Abonnementeinnahmen, durch Materialverkauf, durch die regelmäßigen Spenden der Leser bescheiden finanzieren. Die Zuwendungen des BMZs decken heute keine 2 % unserer Gesamtausgaben, der Anteil, den die Evangelische Kirche deckt, liegt etwas höher. Der Wegfall von Zuwendungen auch in dieser Höhe wäre sicherlich schmerzlich, aber zu irgendwelchen Zugeständnissen aus finanziellen Gründen zwingt eine solche Lage nicht.

Ein weiterer Bereich unserer Autonomie ist weit schwerer zu fassen als die beiden erstgenannten. Wir verstehen uns auch als ideologisch unabhängig, das heißt, wir sind nicht auf eines der linken Weltzentren, sei es nun Moskau oder China oder ein anderes, hin ausgerichtet. Wir versuchen, auch die Politik dieser Zentren daran zu messen, wie weit sie den Kampf der Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen, den Kampf der unterdrückten Klassen der Länder der Dritten Welt unterstützen oder behindern. Bei Kritik der UdSSR hat uns dies von Seiten DKP-orientierter Leser oft den Vorwurf des Antikommunismus eingebracht, für jemand, der sich fest an China orientiert, war es schlicht unverständlich, wie wir einerseits etwa die chinesische Entwicklungspolitik in Tanzania positiv, aber gleichzeitig die Außenpolitik Chinas gegenüber Iran oder Chile negativ beurteilen konnten.

Immer dann, wenn diese Autonomie bedroht war oder bedroht schien, waren die Konflikte in unserer Gruppe besonders intensiv und hart. So im „Gründungsfieber" nach dem Zerfall der Studentenbewegung, als studentische „Arbeiterparteien" wie Pilze aus dem Boden sprossen und eine Minderheit in der Gruppe uns gerne als „Internationalismusreferat" einer dieser Parteiansätze gesehen hätte. Dieser Konflikt lähmte unsere Arbeit über mehrere Monate. Als einige Jahre später drei Mitarbeiter, die dem KBW bzw. seinen "Massenorganisationen" angehörten, begannen, ihre Arbeit in unserer Gruppe als Fraktion zu organisieren, das heißt, sich zu geheimen Sitzungen trafen und auch die Absicht nicht leugneten, uns nicht bekannte Berichte über unsere Arbeit an den KBW zu schicken, haben wir diese drei aus unserer Gruppe ausgeschlossen, da wir eine solche Arbeitsweise für unvereinbar mit einer autonomen Gruppe hielten. Der Ausschluß richtete sich nicht gegen die Mitarbeit von Kommunisten generell; entscheidend war ausschließlich die Frage, ob unsere Arbeitsstrukturen akzeptiert werden. Wir haben auch in anderen Zusammenhängen, etwa Aktionseinheiten oder überregionalen Bündnissen, jede Art von Unvereinbarkeitsbeschlüssen abgelehnt und dort vertreten, daß die Frage der Zusammenarbeit ausschließlich davon abhängig gemacht wird, ob eine Einigung über inhaltliche Fragen und über die gemeinsamen Arbeitsstrukturen möglich ist. Der Ausschluß erfolgte nach zermürbenden, sich über zahlreiche Wochen hinziehenden Diskussionen. Er fiel schwer, da uns mit den Ausgeschlossenen eine lange und, solange die Vorstellungen über die Arbeitsstrukturen unserer Gruppe einheitlich waren, produktive Zusammenarbeit verband.

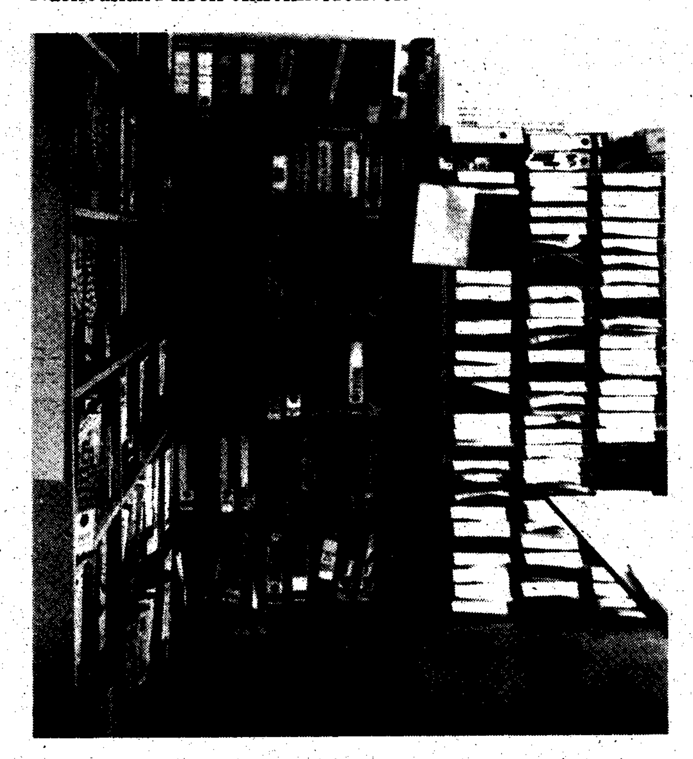
Kein Hort der Harmonie

Überhaupt wäre es falsch, sich unsere Arbeit als ständiges „Friede, Freude, Eierkuchen" vorzustellen. Was sich im Rückblick über die Entwicklung der politischen Positionen unserer Gruppe vielleicht recht gradlinig anhört, ist in Wirklichkeit ein konfliktreicher Prozeß mit zahlreichen Brüchen. Es ist schließlich schwer, eine politische Sackgasse zu verlassen, in deren Erkundung man mehrere Jahre Arbeit gesteckt hat und mit denen viele Hoffnungen verbunden waren. In jedem grundlegenden Konflikt über die weitere Arbeit kann es von seinem Ausgang her offen sein, ob man weiterhin in der Gruppe eine Art „politische Heimat" sieht oder ob sich die Gruppe in einer Weise verändert, die einem den Boden für die weitere Mitarbeit entzieht. Gerade weil es um die Existenz eines mühevoll mitaufgebauten Arbeitsfeldes ging, waren die Konflikte, die die Autonomie der Gruppe betrafen, so hart. Ein so grundsätzlicher Positionswandel, wie er sich in der Unterstützung auch zu militärischer Gewalt gezwungener Befreiungsbewegungen ausdrückt, erfolgt unter Konflikten und Brüchen in einer langen Auseinandersetzung innerhalb der Gruppe und mit Außenstehenden. Positionsänderungen wie diese haben unmittelbare praktische Konsequenzen und zwingen somit dazu, bei öffentlicher Vermittlungsarbeit, etwa bei Solidaritätsaktionen zugunsten der Befreiungsbewegungen, zu den geänderten Positionen zu stehen. Die produktive Verarbeitung solcher Konflikte ist stark davon abhängig, wie

früh und wie kontinuierlich Konflikte offengelegt werden und damit offen ausgetragen werden. Der oft herrschende Produktions- und Zeitdruck ist hier oft hinderlich. Wir haben den Anspruch, inhaltliche Konflikte zwischen uns auch in unserer Zeitschrift zum Ausdruck zu bringen und nicht mittels Kampfabstimmungen ein nach außen hin einheitliches Bild vorzutäuschen.



Politische Gruppe oder Nur-Zeitung?
Auf den ersten Blick klingt die Alternative „Politische Gruppe oder Nur-Zeitung" sicherlich erstaunlich. Schließlich ist auch eine Zeitung das Produkt einer politischen Gruppe. Aber dahinter verbirgt sich ein wesentlicher Konflikt über den Anspruch an unsere Arbeit. Wir sind heute weit mehr als etwa während den Kampagnen zum portugiesischen Kolonialkrieg auf die redaktionelle Seite unserer Arbeit beschränkt. Sicherlich ist hierfür einerseits die Arbeitsbelastung verantwortlich, die die Herausgabe einer Zeitschrift mit sich bringt. Ein solches Projekt entwickelt eine Eigendynamik aufgrund regelmäßiger Termine, aufgrund der Ansprüche, die andere und wir selbst an die Zeitschrift richten. Für dieses Übergewicht redaktioneller Arbeit gegenüber allen Formen direkter Vermittlungsarbeit, etwa in Veranstaltungen, auf Tagungen oder bei Straßenaktionen, sind aber auch andere Gründe verantwortlich: Direkte Vermittlungsarbeit zwingt, den bekannten und relativ geschützten Kreis der eigenen Gruppe zu verlassen und sich mit den eigenen Positionen einem meist unbekannten Publikum zu stellen. Verschärfend wirkt sich wohl auch aus, daß auf den Universitäten heute weit weniger Erfahrungen in direkten politischen Auseinandersetzungen gemacht werden.
Entgegen diesem in den letzten Jahren feststellbaren Trend zur weitgehenden Reduzierung unserer Arbeit auf den redaktionellen Bereich ist die Verbindung der redaktionellen Arbeit mit der direkten Vermittlungsarbeit und mit der Beteiligung an direkten politischen Auseinandersetzungen dringend erforderlich: Schließlich erheben wir mit unserer Zeitschrift den Anspruch, diese direkte Vermittlungsarbeit, die Arbeit von Lehrern, Pfarrern, Erwachsenenbildnern, die Vermittlungsarbeit bei politischen Kampagnen zu unterstützen. Um diesen Anspruch einzulösen, sind eigene Erfahrungen in dieser Arbeit unverzichtbar, um die Überzeugungskraft der eigenen Argumentationen zu überprüfen, um sich der Kritik zu stellen, um zu erfahren, welche Themen dringend zur Unterstützung der Vermittlungsarbeit zu bearbeiten sind. Um diese Verbindung von redaktioneller Arbeit und direkter Vermittlung gehen viele Konflikte in unserer Gruppe. Oft beteiligen sich nur sehr wenige an der Vorbereitung von Veranstaltungen, Kampagnen oder an der Betreuung von Anfragen von Lehrern und Schülern.
Im Zusammenhang mit der Frage der Verbindung der redaktionellen Arbeit mit der direkten Vermittlung steht die von uns wieder verstärkt zu führende Diskussion darüber, welchen Beitrag die „blätter des iz3w" in der Internationalismus-Arbeit leisten können. Über lange Zeit war die politische und materielle Unterstützung der Befreiungsbewegungen die wesentliche praktische Seite unserer Arbeit; sicherlich während dem Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus oder dem Befreiungskampf in Zimbabwe eine sinnvolle Schwerpunktsetzung, die durch die Unterstützung von Aufbauprojekten in den befreiten Ländern fortzusetzen ist. Verloren gegangen ist aber die hohe Identifikation mit diesen Befreiungsbewegungen: Gerade die befreiten Gebiete in Angola, Guinea-Bissao und Mozambique waren nicht selten in der Gefahr, zum hoffnungsvollen Märchenpark der Dritte-Welt-Gruppen zu werden, wo Sozialismus und Basisdemokratie zur Verwirklichung anzustehen schienen, ohne daß untersucht wurde, welche Klasseninteressen oder ökonomischen Zwänge dem entgegenstehen. Die zwangsläufige Enttäuschung nach der Erlangung der Unabhängigkeit hat viele Gruppen entmutigt und in den gegensätzlichen Fehler fallen lassen, die im Vergleich zur bisherigen Realität oder zur Realität in anderen Ländern positiven Entwicklungen in den befreiten Ländern nicht mehr zu sehen, weil sie im Vergleich zu den früheren Utopien so klein schienen. Für diesen Prozeß der Ernüchterung waren wohl die Unterdrückung in Kampuchea und der Überfall Vietnams auf sein Nachbarland noch einschneidender.



Wir sind heute weit stärker auf die BRD zurückverwiesen. Wir müssen deshalb die Verflechtungen der BRD und der Dritten Welt wieder stärker zu unserem Schwerpunkt machen und damit für unsere Internationalismus-Arbeit Perspektiven entwickeln, die wieder stärker in der BRD ansetzen. Diese bei uns begonnene Diskussion wird sich hoffentlich auch in den „blättern des iz3w" niederschlagen.

gc

AKTIONEN

Unterstützt die Hungerstreiks entlassener Arbeiter in Peru

„Que vamos a hacer si no tenemos trabajo, si levantamos la huelga nuestros hijos la van a continuar sin quererlo porque ya no nos alcanza la plata para comprar alimentos."

„Was werden wir tun, wenn wir keine Arbeit haben; wenn wir den (Hunger-)Streik beenden, werden ihn unsere Kinder fortsetzen ohne es zu wollen, weil wir ja kein Geld haben, um Lebensmittel zu kaufen."

Liebe Freunde,
wir schreiben Euch mit der Bitte um Solidarität mit den Hungerstreikenden in Peru: Viele Gruppen entlassener Arbeiter in verschiedenen Städten des Landes haben dieses äußerste Mittel des Drucks auf die Regierung in den letzten Wochen ergriffen, um wieder in ihren früheren Firmen angestellt zu werden.

Zu *Vorgeschichte* und *Hintergrund* dieser Hungerstreiks: Von 1968 bis zum Sommer dieses Jahres wurde Peru von den Militärs regiert. Vor allem die zuletzt amtierende Regierung des General Morales Bermudes erließ einige Gesetze, die die Entlassung aktiver Gewerkschaftler und Streikführer durch die Firmen ermöglichte. Die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit in Peru und die Existenz schwarzer Listen bewirkten, daß die meisten dieser Arbeiter keine (feste) Wiedereinstellung fanden.

Eine langandauernde oder – wie in diesen Fällen – mehrjährige Arbeitslosigkeit bedeutet eine Gefährdung der physischen Existenz der betroffenen Familien. Es gibt keine Arbeitslosenunterstützung. Die Entlassenen sind also gezwungen, in kurzfristigen Zeit-Jobs zu arbeiten, die keine Sicherheit bieten und in denen die Arbeiter noch wesentlich rechtloser sind als in den festen Stellen. Der staatlich festgelegte Mindestlohn reicht für den Unterhalt einer Familie bei weitem nicht aus – und in den Zeit-Jobs verdienen die Arbeiter oft auch weniger als den Mindestlohn. Aber auch diese Arbeiten gibt es nicht für alle: Oft müssen alle Familienmitglieder, auch die Kinder, durch Gelegenheitsarbeiten (z.B. Straßenverkauf) zum Lebensunterhalt beitragen. Verschärfend kommt hinzu, daß die Preise für Grundnahrungsmittel und andere lebensnotwendige Güter laufend erhöht wurden, gerade in den letzten Wochen besonders drastisch: die Fahrpreise der Busse in Lima um 40 %, in Arequipa um fast 50 %, Milch (einige Produkte um 50 %), Reis, Öl, Brot ... Die kürzliche Erhöhung des Mindestlohns um weniger als 30 % kann diese Preissteigerungen nicht auffangen.

Schon 1978 gab es aufgrund dieser Umstände einen großen Hungerstreik, nach dem ca. die Hälfte der bis dahin entlassenen Arbeiter wiedereingestellt wurden. Seit Juli dieses Jahres gibt es nun in Peru wieder eine Zivilregierung, Belaunde, der zum Präsidenten gewählt worden ist, hat im Wahlkampf große Versprechungen gemacht, für die Wiedereinstellung der Entlassenen zu sorgen. Diesem Versprechen ist er bisher nur in wenigen Bereichen nachgekommen: Noch immer stehen 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter, die in den letzten Jahren aus politischen Gründen entlassen worden sind, auf der Straße. Die Entlassenen haben eine eigene Organisation gegründet, da sich die Gewerkschaften zuwenig für ihre Forderungen einsetzten, die „Frente Unico de Despedidos" (Einheitsfront der Entlassenen-FUD). Nachdem in den letzten Jahren und auch nun in den ersten Monaten der Zivilregierung alle Forderun-

---

Lima, Polizeihospiatal, 28.9.1980

An die Vertreter von internationalen, demokratischen, religiösen, fortschrittlichen, gewerkschaftlichen, politischen und Frauenorganisationen

Lima, Peru

Sehr geehrte Damen und Herren!
Wir grüßen Sie im Namen aller entlassenen Arbeiter, die sich wie wir hier in unserem Land in besetzten Botschaften, Kirchen, Gewerkschaftsbüros, usw. im Hungerstreik befinden – in Lima, Arequipa, Huancayo, Paramonga, Chimbote und Ilo.
Wir, die als erste diese extreme Form des Kampfes gewählt haben, – anfangs 12 entlassene Arbeiter – wurden am Morgen des 14. 9. von mehr als 200 Polizisten in Zivil auf gewalttätige und brutale Art und Weise aus der venezuelanischen Botschaft herausgeholt und in das Polizeihospital von Lima gebracht, wo wir uns seit 18 Tagen im Hungerstreik befinden.
Wir sehen uns dazu veranlaßt, uns an Sie zu wenden, nachdem wir sowohl dem gewählten Präsidenten unserer Regierung, als auch verschiedenen anderen Stellen – dem Arbeitsministerium, der Deputiertenkammer, den Senatoren, religiösen und demokratischen Organisationen, der Kommission für Menschenrechte – eine ganze Reihe von Dokumenten vorgelegt haben, in denen wir das Recht fordern, wieder an unseren Arbeitsplätzen eingestellt zu werden, von denen wir – tausende von Arbeitern – während der 12 Jahre der Militärregierung ungerechterweise und gegen bestehende Gesetze entlassen wurden.
Diese Entlassungen verspotten jede Gesetzgebung und verstoßen grundsätzlich gegen die Menschenrechte.
Wir wenden uns als entlassene Arbeiter an Sie mit der Bitte, sich über Ihre Organisation an die peruanische Regierung und an andere internationale Organisationen zu wenden und unsere Forderungen zu unterstützen:

1. Wiedereinstellung aller entlassenen Arbeiter
2. Erfüllung des Gesetzes DS 003-78, (das die Wiedereinstellung vorschreibt)
3. Abschaffung des Gesetzes 22126 (über die „instabilidad laboral") und der anderen arbeiterfeindlichen Gesetze.

Wir bitten Sie um Ihre moralische und ökonomische Solidarität, da wir nur so die Ziele unseres gerechten Kampfes erreichen können.

gen und Wege, die Wiedereinstellung zu erreichen, erfolglos blieben, haben in den letzten Wochen einige Gruppen von Arbeitern zum Mittel des *Hungerstreiks* gegriffen, um ihre Forderungen durchzusetzen.

- Als erste Gruppe haben 10 Arbeiter und eine Arbeiterin, die in verschiedenen Firmen verschiedener Sektoren gearbeitet haben, am 10.9. mit dem Hungerstreik begonnen. Sie wurden alle wegen politischer Aktivitäten (Gewerkschaft, Streikorganisation) von mehreren (durchschnittlich 5) Jahren entlassen. Sie besetzten zur Durchführung des Streiks zunächst die Botschaft Venezuelas in Lima, wurden dort aber nach 3 Tagen von der Polizei unter Schlägen und Mißhandlungen herausgeholt und ins Polizeihospital gebracht. Dort sind sie seitdem im Hungerstreik (42 Tage bis zum 22.10.); ihr Gesundheitszustand ist sehr schlecht: Die Streikenden haben im Durchschnitt 15 kg verloren, einige sind krank (Asthma, Magen). Einer (oder mehrere?) von ihnen mußte vor einigen Tagen in eine Spezialklinik gebracht werden. Sie drohen mit dem Beginn eines Durststreiks und haben die tägliche Flüssigkeitsmenge, die sie zu sich nehmen, schon von 4 auf 2 l reduziert.
  Die Regierung und andere zuständige Stellen haben bisher noch nicht auf die Forderungen-Wiedereinstellung *aller* unter der Militärregierung entlassenen Arbeiter, Abschaffung verschiedener arbeiterfeindlicher Gesetze – reagiert. Die bürgerliche Presse hat lediglich von der Botschaftsbesetzung berichtet, seither schweigt sie die Aktion tot. Linke Gruppen und einige Gewerkschaften unterstützen den Hungerstreik, die Minenarbeiter haben am 28./29.9. einen zweitägigen landesweiten Solidaritätsstreik gemacht.
- Am 2. Oktober traten 350 Arbeiter von „Candados Peruanos" (metallverarbeitender Betrieb) in Lima in ihrem Unternehmen in den Hungerstreik. Sie forderten u.a. die Wiedereinstellung der entlassenen Gewerkschaftsführer und Lohnerhöhungen. Dieser Hungerstreik wurde inzwischen beendet, da die Arbeiter einen Teil ihrer Forderungen, darunter die beiden obenstehenden, durchsetzen konnten.
- Am 7. Oktober traten 11 Dozenten verschiedener Universitäten des Landes in den Hungerstreik. Sie fordern die sofortige Wiedereinstellung der Entlassenen ihres Sektors, die Anerkennung ihrer Gewerkschaft FENTUP und Lohnerhöhungen.
- Am 8. Oktober begannen in der Pfarrei Jesus Obrero in Lima-Surquillo 5 Gewerkschaftsführer der Gewerkschaft der „Laboratorios" (Pharmaindustrie z.B.) einen Hungerstreik, um ihre Wiedereinstellung und die aller entlassenen Arbeiter der „Laboratorios" durchzusetzen. Die Gewerkschaftler wurden im Zusammenhang mit dem historischen Nationalstreik vom Juli 1977 entlassen, dessen Ziele unter anderem das völlige Streikrecht und die Wiedereinführung der Demokratie in Peru waren.

Das sind nur einige *Beispiele,* sie ließen sich fortsetzen. Auch Minenarbeiter begannen einen Hungerstreik, auch in Arequipa und Chimbote gibt es streikende Gruppen.
Ich hatte auf meiner vor wenigen Tagen beendeten Peru-Reise Gelegenheit, mit zwei dieser Gruppen zu sprechen. Sie haben erzählt, daß sie bisher praktisch keine internationalen Solidaritätsbeweise erhalten hätten (kein Wunder: die Hungerstreiks werden ja auch bei uns von der bürgerlichen Presse totgeschwiegen). Diese internationale Solidarität wäre aber sehr hilfreich, da die neue Zivilregierung sehr auf die Wahrung ihres internationalen Ansehens als „demokratische" Regierung bedacht ist.

Deshalb unsere Bitte:

– Schickt die beiligenden *Briefe* (von Gruppen oder auch Einzelpersonen unterschrieben) *sofort* los!
– Schickt *Kopien* all dieser Briefe ***unbedingt*** an:
Alejandro Cussianovich, Parroquia Jesus Obrero, San Felipe 1050, Surquillo, Lima 34, Peru
(Kontaktadresse zu den Streikenden)
„El Diario" (Marka), Camilo Carillo 465, Lima, Peru
(linke Tageszeitung)
Peruanische Botschaft, Mozartstraße 34, 5300 Bonn 1

und *eventuell* an:

Conferencia Episcopal Peruana, Av. Rio de Janeiro 488, Jesus Maria Lima, Peru
(Peruanische Bischofskonferenz)
Ministerio de Trabajo, Av. Salaverry, Lima, Peru
(Arbeitsminister)
Ministerio de Integracion, Av. Corpac, Lima, Peru
(Industrieminister)

Señor
Fernando Belaúnde Terry
Presidente de la República del Perú
Palacio Presidencial
Lima, Perú

Señoras y Señores
Dipútados del Perú
Palacio Congreso
Lima, Perú

A su conocimiento

Señor
Fernando Belaúnde Terry
Presidente de la Republica del Perú

Estimado Señor Presidente,
Expreso mi profunda solidaridad con todos los grupos de obreros y trbajadores despedidos quienes se encuentran en huelga de hambre.
Quiero dar todo apoyo a la legitima reinvindicación de los despedidos para la reposicion en sus empleos y pido que se les concede sus derechos garantizados por el gobierno.

Atentamente

Remitente/Absender:

. . . .

. . . .

Übersetzung des Textes des beiliegenden Briefes:

Verehrter Herr Präsident! Ich drücke meine tiefe Solidarität mit all den Gruppen von entlassenen Arbeitern aus, die sich im Hungerstreik befinden. Ich unterstütze die legitime Forderung der Entlassenen nach Wiedereinstellung an ihren Arbeitsplätzen und fordere, daß ihnen die von der Regierung versprochenen Rechte gewährt werden.

– Die Streikenden bekommen (für Plakate, Flugblätter etc.) kaum finanzielle Unterstützung, deshalb ist auch die *materielle Solidarität* wichtig. Spendet bitte deshalb auf das
Sonderkonto Bambamarca
Stichwort „Hungerstreik"
Kreissparkasse Tübingen, Konto-Nr. 202 640
Kontaktadressen wegen *Information:*
Thomas Lösche, Eugenstr. 8, 7400 Tübingen
Hiltrud Klewes, Sibylle Rehmet, Düppelstr. 34, 5100 Aachen, Tel. 0241 – 541124
Johannes Nießen, Hamberger Str. 13, 5090 Leverkusen 3, 02171 – 81151 (in Bonn z.Zt. erreichbar unter 0228 – 234289).
Jimi Merk, c/o iz3w, Kronenstr. 16, Pf. 5328, 7800 Freiburg, Tel. 0761 – 74003

Bitte kopiert die beiliegenden Briefe auch, um sie an Euch bekannte Gruppen/Einzelpersonen weiterzugeben, damit auch die nach Peru schreiben. Und denkt bitte auch daran, daß die Aktion *sehr eilt!*

Auseinandersetzungen in der GEW um die Unterstützung der SUTEP

Die peruanische Lehrergewerkschaft SUTEP, in der die überwiegende Mehrheit der peruanischen Lehrer organisiert ist, wurde in den letzten Jahren durch ihre kämpferischen und langandauernden Streiks bekannt, mit der sie die elende Situation der Lehrer in Peru zu verbessern suchte (siehe den Bericht in den „blättern" Nr. 80 vom September 1979). Um die Frage der Unterstützung dieser Gewerkschaft gibt es nun eine Auseinandersetzung in der GEW. Wir dokumentieren nachstehend einen Brief von Bremer GEWlern an den Hauptvorstand der GEW. Red.

Offener Brief an die Mitglieder des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Liebe Kollegeinnen und Kollegen,
vor Wochen erhielten sie vom Koll. Frister ein Schreiben, das sich auf die peruanische Lehrergewerkschaft SUTEP bezog und das in unserer Verbandszeitschrift sowie auch der Bremer Lehrerzeitung abgedruckt wurde.
Das was dort geschrieben stand, hat uns tief betroffen gemacht und zeugt von weitreichender Unkenntnis der wirklichen Lage der Lehrerbewegung in Peru.
Anders ist es uns nicht erklärlich,

– warum die formale Mitgliedschaft der SUTEP im IVFL als Voraussetzung für solidarische Unterstützung herhalten muß – es sei nur daran erinnert, daß Gewerkschaften anderer Länder und anderer politischer Orientierung (z.B. aktuell in Polen) in kritischen Situationen auch von uns unterstützt werden.
– warum die gewerkschaftliche Struktur in Peru, ihre Organisierung und unterschiedliche polit. Ausrichtung nicht anerkannt wird und demgegenüber nur von „dem peruanischen Gewerkschaftsbund (CTP)" gesprochen wird, der nur einer von vier Dachverbänden ist und zudem nur etwa 15 % aller organisierten Arbeiter, Bauern und Lehrer unter sich vereinigt. Darüber hinaus gibt es eine Reihe mächtiger Gewerkschaften, die zu keinem der bestehenden Dachverbände gehören, für sich aber jeweils mehr Mitglieder auf sich vereinigen als die drei Dachverbände CTP, CNT und CTRP. Zu ihnen zählen neben der SUTEP die Gewerkschaften der Bauern und Landarbeiter (CCP) und die der Minen- und Metallarbeiter (FNTMMP).
– warum von der GEW „mehrere dreitägige Seminare auf städtischer und regionaler Ebene" vorbereitet werde (in Zusammenarbeit mit der CTP), obwohl die SUTEP seit Jahren auf allen Ebenen des Landes Seminare, Kurse, Veranstaltungen etc. durchführt.
– warum „Kolleginnen und Kollegen für den Aufbau einer permanent arbeitenden Lehrergewerkschaft zu schulen" sind, obwohl die SUTEP seit 1972 besteht und in ihr von

Peru

SUTEP

In den letzten Wochen sind wiederholt Anfragen und Forderungen aus GEW-Gliederungen an uns wegen einer Unterstützung der peruanischen Lehrergewerkschaft SUTEP gerichtet worden. Häufig in Verbindung mit dem Vorwurf, die GEW ließe es an solidarischer Unterstützung der SUTEP ermangeln.

Hierzu ist mitzuteilen, daß diese peruanische Lehrergewerkschaft nicht zur Internationalen Vereinigung Freier Lehrergewerkschaften (IVFL), der auch die GEW angehört und deren Präsident der GEW-Vorsitzende ist, angehört. Bis heute hat die SUTEP auch keinen Aufnahmeantrag an die IVFL gerichtet.
Die IVFL bemüht sich seit Jahren darum, die Gewerkschaftsrechte der Lehrer in Peru zu schützen. In diesem Zusammenhang hat die IVFL auch das Internationale Arbeitsamt eingeschaltet und dabei auch mit dem peruanischen Gewerkschaftsbund (CTP), der Mitglied des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) ist, zusammengearbeitet. Das letzte Ergebnis dieser Bemühungen ist die Vorbereitung von mehreren dreitägigen Seminaren auf städtischer und regionaler Ebene, um Kolleginnen und Kollegen für den Aufbau einer permanent arbeitenden Lehrergewerkschaft in Peru zu schulen.
Es ist klar, daß wir unsere Hilfsbemühungen in Peru und in anderen Ländern über die dortigen Gewerkschaftsbünde bzw. die der IVFL angehörenden Lehrergewerkschaften leiten müssen. SUTEP gehört weder dem peruanischen Gewerkschaftsbund an noch der IVFL, so daß eine Zusammenarbeit aus Gründen, die allein die SUTEP zu vertreten hat, bisher nicht zustande kommen konnte.

Aus: Erziehung und Wissenschaft 9/80

140.000 Lehrern mehr als 100.000 organisiert sind, die seit langem permanent arbeiten.
– warum der Koll. Frister zu der Aussage kommt, wonach „eine Zusammenarbeit aus Gründen, die allein die SUTEP zu vertreten hat, bisher nicht zustande gekommen ist.

Wir sehen diese Art der Auseinandersetzung mit einer unterdrückten, bislang von Militärs verbotenen und verfolgten Lehrergewerkschaft eines unterentwickelt gehaltenen Landes als einen beschämenden Tatbestand an.
Hinter dem Schreiben des Koll. Frister steht die Forderung nach gewerkschaftlichem „Wohlverhalten", nach Anpassung und Aufgabe polit. Prämissen als Voraussetzung für „Solidarität" der GEW bzw. des IVFL.
Ohne die Bedingungen zu berücksichtigen, unter denen oppositionelle Gewerkschaften wie die SUTEP in Peru existieren und arbeiten müssen, wird mit den 'Vorbedingungen für solidarische Unterstützung' ein unverantwortlicher Einfluß auf eine Lehrergewerkschaft der Dritten Welt ausgeübt.
Eine derartige Einflußnahme würde sich wohl umgekehrt kaum einer in der GEW gefallen lassen, auch der Koll. Frister nicht.
Demgegenüber begrüßen wir alle in der Vergangenheit durchgeführten Solidaritätsveranstaltungen und Aktionen in den Gliederungen der GEW, insbesondere
– die gemeinsame Veranstaltung des Landesverbandes Bremen der GEW mit der örtlichen Peru-Gruppe am 7.6.1980,
– die Aktionen des Bundesfachgruppenausschuß Gymnasien,
– die Sammelaktionen an Unterschriften und Geld in vielen Schulen und Betriebsgruppen,
– sowie die Aktivitäten verschiedenster Art der zahllosen Kreis- und Bezirksgruppen im gesamten Bundesgebiet.

Wir möchten sie alle im Namen der peruanischen Lehrer und des peruanischen Volkes auffordern, weiterhin in kritischen Situationen der SUTEP ihre Untersützung nicht zu versagen.



Demonstration peruanischer Lehrer im Juni 1979

Für uns stellt sich nämlich nach dem veröffentlichten Schreiben die Frage: Will sich der Kollege Frister damit von allen bisherigen und teilweise recht wirkungsvollen Maßnahmen praktischer Solidarität mit einer Schwestergewerkschaft der Dritten Welt distanzieren und die Aktivitäten örtlicher und regionaler Gewerkschaftsgliederungen verunglimpfen?
Wir hoffen, daß dies im Sinne eines gemeinsamen Kampfes gegen schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen und gegen die Behinderungen gewerkschaftlicher Freiheitsrechte zwischen allen Völkern dieser Welt auch *von Ihnen so nicht akzeptiert* wird.

Mit freundlichen Grüßen

(Es folgen 10 Unterschriften, darunter einiger Delegierter für die Bezirksdelegiertenversammlung).
BDV-Süd am 14.10.1980 bei einer Enthaltung angenommen.

Kontaktadresse: Wolfgang Reiche,
Friedrich-Karl-Straße 61, 2800 Bremen 1

Das ID-Heft „INDIANER" geht eher darauf ein, was für ein Verhältnis zu den „Indianern" wir selbst haben. Indianer sind „in", die Indianer werden mystifiziert.

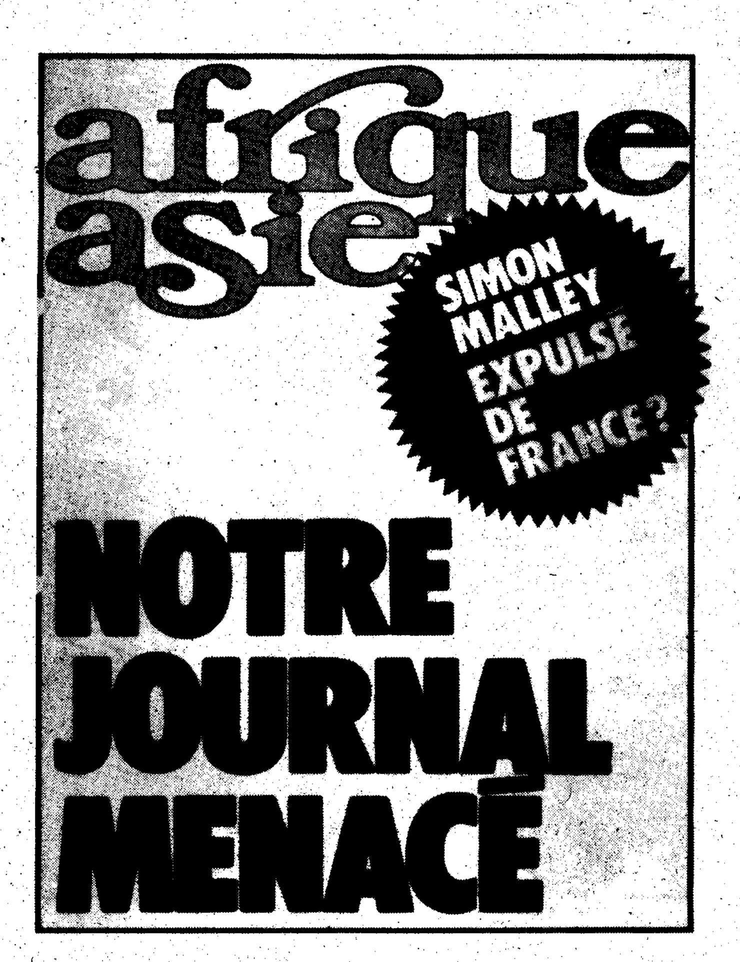
Der Mythos „Indianer" existiert bei uns in verschiedenen Formen: in der traditionellen von Karl-May und Wild-West-Filmen, oder in der „alternativen" in den Vorstellungen von den „reinen", autochthonen Indianerkulturen, die ein harmonisches Verhältnis zur Natur, zur Mutter Erde haben – ein Verhältnis, das wir uns auch gerne wünschen.
Intakte Indiokulturen mag es noch hin und wieder geben – wir haben sie bei unseren Reisen nach Mittel- und Südamerika nicht mehr gefunden. Die Indianer, die wir dort getroffen haben, waren keine Heiligen, auch keine sakrosankten Vorbilder in Sachen Umgang mit der Natur, sondern Menschen, die von ihrem Land vertrieben wurden, die sich unter miserablen Bedingungen als Landarbeiter verdingen, die aus Hunger aus ihren alten Gebieten auf dem Land in die Slums der Großstädte gegangen sind und in Zukunft nicht mehr als Indianer angesehen werden, sondern als – Slumbewohner. Und wir haben Indianer getroffen, die – aus naheliegenden Gründen – ganz und gar nicht schonend mit ihrer Umwelt umgingen, die den Urwald Mexicos verbrannten, um dafür von der Regierung Besitzansprüche zugewiesen zu bekommen. Wir haben aber auch einige wenige getroffen – oft die größten Schlitzohren des Dorfes – die es im Handel mit indianischem Kunsthandwerk geschafft haben, und jetzt prestigebewußt im Chevrolet über ungepflasterte und staubige Wege holpern.
Nach wie vor stellt sich die Frage, ob die „communidad" der Indianer als soziale, ökonomische, kulturelle Einheit noch eine Zukunft hat, oder ob die Durchdringung der indianischen Gesellschaften nicht schon zu weit fortgeschritten ist, ob also eine Konservierung der indianischen Kulturen und Lebensweisen überhaupt noch denkbar ist. Es könnte sein, daß nicht „die Stämme überleben", sondern die – traurige – Zukunft der Indianer in den Randgebieten der lateinamerikanischen Millionenstädte liegt. Vielleicht wär's angebracht, auch darüber mal zu reden – und nicht nur von der Mutter Erde und indianischen Folkloregewändern zu schwärmen: deren Farben neuerdings sowieso von Hoechst und BASF stammen.
Das Heft (32 Seiten zweifarbig, zwei Mark fünfzig/ Wiederverkäufer 2,10 DM) kann durch Vorauszahlung auf das Postscheckkonto Frankfurt 52 52 28 - 602 bestellt werden (bitte angeben: deutliche Anschrift und „ID 353"!). Probehefte anderer Ausgaben gibt es kostenlos.

Infodienst, 6 Frankfurt 90, Postfach 900343

FRANKREICH

„Realpolitik" und Pressefreiheit – die Affäre um die französische Dritte-Welt-Zeitschrift

Die Hintergründe der kürzlich erfolgten Ausweisung von Simon Malley, dem Herausgeber der progressiven französischen Dritte Welt-Zeitschrift „Afrique-Asie", offenbaren ein Ausmaß an staatlicher Arroganz, das vor allem diejenigen verblüffen muß, für die Frankreich auch heute noch gleichbedeutend ist mit bürgerlichem Liberalismus im positiven Sinne. Tatsächlich aber setzt sich die Französische Regierung, und das heißt vor allem Präsident Giscard d'Estaing, nicht nur innenpolitisch über die elementarsten Bürgerrechte hinweg, sondern auch gegenüber ihren ehemaligen französischen Kolonien verhält sie sich in einer Weise, als seien zwanzig Jahre Entkolonisierung spurlos an ihr vorübergegangen.



Titelbild:
Unsere Zeitschrift ist bedroht, Simon Malley aus Frankreich ausgewiesen?

Am 3.10.1980 wurde Simon Malley, der aus Ägypten stammende Gründer und Herausgeber der bekannten Dritte-Welt-Zeitschrift „Afrique-Asie", von der Straße weg verhaftet und unverzüglich per Flugzeug nach Amerika abgeschoben. Die Abschiebung beruhte auf einer im Juni dieses Jahres von der Pariser Polizei mündlich gegebenen Anordnung („blätter des iz3w", Nr. 87), die näher und vor allem schriftlich zu begründen die Regierung bis zum heutigen Tage nicht für nötig befunden hat. Mit diesem ihrem Schweigen setzt die Regierung sich aber nicht nur über die eigenen Gesetze hinweg, die Malley aufgrund seines elfjährigen Aufenthalts in Frankreich zumindest eine schriftliche Begründung seiner Ausweisung zugestehen (Loi Bonnet vom Januar dieses Jahres), sondern sie ignoriert damit auch die Proteste eines Großteils der französischen Presse gegen diesen unverhohlenen Angriff auf die Pressefreiheit, ebenso wie das Befremden, das inzwischen schon über 25 Regierungen aus der Dritten Welt offiziell ausgedrückt haben.
Das hartnäckige Schweigen der Regierung ist indessen nicht nur ein Ausdruck einer absolutistischen Selbstherrlichkeit und Arroganz, sondern es hat durchaus Methode. Denn wollte sie die Ausweisung Malleys schriftlich begründen, müßte sie die bislang lediglich vorgebrachten vagen Andeutungen, Malley habe sich nicht die für einen Ausländer gebotene Zurückhaltung auferlegt und habe der Zusammenarbeit mit „gewissen" Ländern geschadet, präzisieren und klarlegen, welche Länder das denn sind und vor allem, um was für eine Zusammenarbeit es sich da eigentlich handelt, der Malley mit seiner Zeitschrift so geschadet haben soll. Mit anderen Worten, die Regierung müßte ihre gesamte Afrikapolitik, denn darum handelt es sich hier letztlich, in der Öffentlichkeit ausbreiten, woran sie aber kaum ein Interesse haben dürfte.
Daß „Afrique-Asie" aufgrund seiner kritischen Berichterstattung Frankreichs Kreise in Afrika empfindlich gestört haben muß, wird deutlich nicht nur durch die Tatsache, daß die Regierung glaubte, sich über alle Spielregeln bürgerlichen Rechts hinwegsetzen zu müssen (und zu können!) und daß der Ausweisungsbefehl von „ganz oben", also von Giscard selbst kam (LM, 18.7.1980), sondern auch durch die gangsterhafte Art, mit der die Abschiebung am 3.10. durchgeführt wurde: unter Aufbietung zweier Polizeiwagen und bei abgesperrter Straße wurde Malley vor dem Parlamentsgebäude in Paris, wo er mit einem sozialistischen Abgeordneten verabredet war, in eins der Autos gezerrt, zum Flughafen gebracht und ohne irgendwelche Ausweispapiere in das nächste Flugzeug nach New York gesetzt. Freunde, die Malley im Taxi folgen wollten, wurden von einem halben Dutzend Polizisten auf Motorrädern abgedrängt (LM, 6.10.1980). Das ist allerdings nun nicht mehr der freine Stil, den man von dem kultivierten Aristokraten Giscard sonst gewohnt ist, sondern das erinnert schon

mehr an die Allüren eines Syndikatschefs, dem jemand seine Geschäfte verdorben hat!

In der Tat ist Frankreichs Afrikapolitik nicht von der Art, wie man sie heute im Zeitalter der „Emanzipation" der Dritten Welt gerne öffentlich ausbreitet und das Wort von Giscards „Geschäften" ist hier nicht nur als bildlicher Vergleich gemeint. Eine Zeitschrift wie „Afrique-Asie" konnte da schon recht lästig werden, besonders dann, wenn die Geschäfte in der letzten Zeit in ein etwas schiefes Licht geraten waren...

Frankreichs Afrikapolitik

Wenn es früher von Lateinamerika hieß, es sei der Hinterhof der USA, dann gilt dieser Vergleich mindestens ebenso gut für das heutige Verhältnis Frankreichs zu seinen ehemaligen afrikanischen Kolonien, dem „frankophonen" Afrika. „La présence française" – wie es in vornehmer Umschreibung heißt – ist hier noch derart unangefochten, daß die Unabhängigkeit der meisten dieser Staaten weitgehend auf dem Papier blieb. Das gilt nicht nur für den wirtschaftlichen Bereich, sondern genauso, wenn nicht sogar noch mehr, auch für den politisch-militärischen und den kulturellen Bereich.

So ist die Währung dieser Länder, der CFA-Franc (Communauté Financière Africaine) immer noch an den französischen Franc gebunden. Das bringt zwar den Vorteil eines festen Wechselkurses und einer unbegrenzten Konvertierbarkeit gegenüber dem französischen Franc mit sich, bedeutet aber gleichzeitig die Aufgabe einer nationalen Währungspolitik; denn alle Auf- oder Abwertungen des französischen Franc werden automatisch nachvollzogen, Geschäfte mit Ländern außerhalb der Franc-Zone müssen über Paris abgewickelt werden und der unbeschränkte Geld- und Kapitalverkehr innerhalb der Franc-Zone hat zur Folge, daß Profite ohne Schwierigkeiten ins Ausland transferiert werden können.

Dominierender Bezugspunkt der Wirtschaft der francophonen Länder ist auch heute der französische Markt, was nicht zuletzt auch auf den immer noch ungebrochenen Einfluß der großen französischen Handels- und Palantagenfirmen zurückzuführen ist (z.B. die SCOA: Société Commerciale de l'Ouest Africain, die CFAO: Compagnie Française de l'Afrique de l'Ouest, die SAFA: Société Africaine Forestière et Agricole oder die SOFFO: Société Financière pour la France et les pays d'Outre-Mer, um nur einige zu nennen).

Aufgrund des Mangels an qualifiziertem Personal – eine Folge des kolonialen Erziehungssystems – sitzen in den Schlüsselpositionen privater wie auch staatlicher Unternehmen nach wie vor vorwiegend Franzosen. In der Elfenbeinküste leben heute 50.000 von ihnen, nahezu dreimal soviel wie vor der Unabhängigkeit, während es im gesamten frankophonen Afrika etwa 200.000 sind – gerechnet ohne Entwicklungshelfer und Militär. Fast noch größer als die wirtschaftliche dürfte aber die kulturelle und politisch-militärische Dominanz Frankreichs in seinen ehemaligen Kolonien sein. Die politischen Eliten dort sind in der Regel derart durch ihre französische Erziehung geprägt, daß sie oft französischer denken als die Franzosen selbst (SZ, 27.12.1979). Zudem monopolisiert Frankreich durch die Entsendung von Tausenden von Lehrern, die sich oft auf diese Art den Militärdienst sparen, das Bildungswesen, so daß der kulturelle Einfluß auch auf die zukünftigen Generationen von Politikern und Beamten als gesichert gelten dürfte.

Unter dem Schlagwort „coopération", d.h. der Zusammenarbeit im weitesten Sinne, schloß Frankreich mit seinen ehemaligen Kolonien nach 1960 über 200 verschiedene Abkommen, die ihm vor allem auch auf der politischen Ebene einen beträchtlichen Einfluß einräumen. So hat im Rahmen der „coopération" fast jeder Minister im frankophonen Afrika seinen französischen Berater, den „conseiller technique", der faktisch oft mehr Macht ausübt als sein Chef, ganz zu schweigen von den unzähligen Beratern auf der mittleren Ebene, ohne die in manchen Staaten die Verwaltung wahrscheinlich einfach zusammenbrechen würde. Für die kleineren Länder übernimmt Frankreich in vielen Fällen immer noch deren dipolomatische und konsularische Vertretung im Ausland, während in den frankophonen Hauptstädten Afrikas der jeweilige französische Botschafter bis in die siebziger Jahre automatisch Doyen, also rangältester Botschafter, des diplomatischen Korps war. Aber auch heute noch spielen die Botschafter oftmals eine Rolle, die weit über die eines bloßen Repräsentanten Frankreichs hinausgeht.

So wie früher der amerikanische Botschafter in Saigon, so ist es in vielen afrikanischen Hauptstädten der französische Botschafter, der nach dem Präsidenten faktisch der zweitwichtigste Mann auf der politischen Bühne ist. Die Schlüsselposition, die der französische Botschafter häufig an der Schnittstelle zwischen politischen, ökonomischen, ja sogar geheimpolizeilichen Interessen hat, läßt sich am Beispiel Gabuns gut illustrieren: der bis 1979 amtierende französische Botschafter wurde anschließend zum Präsidenten der staatlichen französisch-gabunesischen Urangesellschaft ernannt, während sein Nachfolger zuvor Offizier des französischen Geheimdienstes gewesen war, danach Sicherheitsbereater des gabunesischen Präsidenten Bongo und schließlich Sicherheitschef des französischen Ölmultis Elf-Aquitaine, der die Ölproduktion Gabuns kontrolliert. Beide Botschafter waren wiederum enge Mitarbeiter des damaligen offiziellen Afrikaberaters von Präsident Giscard, Jacques Foccart, gewesen, der selbst wiederum ursprünglich aus dem Export-Import-Geschäft kam (Afrique-Asie, 7.1.1980).

Die größte Relevanz innerhalb der „coopération" haben jedoch die Militärverträge. Sechs afrikanische Staaten haben mit Frankreich sogenannte Verteidigungsabkommen getroffen (Zentralafrika, Gabun, Elfenbeinküste, Togo, Senegal und die Komoren), die die Möglichkeit vorsehen, daß die afrikanischen Vertragspartner französische Truppen zur Verteidigung nach außen und nach innen anfordern können, also auch, bzw. gerade in innenpolitischen Krisensituationen. Frankreich hat zu diesem Zweck nicht nur eine ständige mobile Eingreifdivision in Südfrankreich aufgestellt, die „Forces d'intervention extérieuses", sondern verfügt daneben auch über Truppenstützpunkte im Senegal, der Elfenbeinküste, Gabun und Djibuti. Seit 1960 hat Frankreich denn auch wiederholt militärisch in Afrika eingegriffen: 1964 in Gabun, 1967 und 1979 in Zentralafrika, 1978 in Mauretanien, 1977 in Zaire und seit Anfang der siebziger Jahre quasi ununterbrochen bis Ende 1979 im Tschad. In den drei letzten Fällen bestand im übrigen noch nicht einmal ein Verteidigungsabkommen, sondern der Truppeneinsatz erfolgte aufgrund kurzfristiger Abmachungen.

Neben diesen Verteidigungsabkommen – die nebenbei gesagt natürlich nicht vorsehen, daß afrikanische Truppen in Frankreich eingreifen können – hat Frankreich mit 20 afrikanischen Ländern Verträge abgeschlossen, die sich auf Zusammenarbeit bei der Truppenausbildung und der Ausstattung mit Material beziehen. Das bedeutet, daß sich zur Zeit nicht nur etwa 2.500 Afrikaner zur militärischen Ausbildung in Frankreich befinden, sondern auch, daß Frankreich in verschiedenen afrikanischen Ländern militärische Beraterkorps unterhält, deren Stärke je nach Land 20 bis 200 Mann beträgt. Alles in allem dürften sich zur Zeit damit ungefähr 9.000 französische Soldaten in Afrika aufhal-

ten. Diese Zahl mag auf den ersten Blick vielleicht nicht als besonders hoch erscheinen, sie erhält aber einen ganz anderen Stellenwert, wenn man bedenkt, daß die Armeen in den frankophonen Ländern – mit der Ausnahme Zaires – gewöhnlich kaum mehr als 2.000 bis 3.000 Mann umfassen und was Ausbildung und Material betrifft, den französischen Truppen eindeutig unterlegen sind.

Die „Präsenz" Frankreichs in Afrika ist also heute noch gut zwanzig Jahre nach der Dekolonisation beachtlich und, wenn man daran denkt, daß Frankreich in einigen Ländern wie etwa Obervolta für einen großen Teil der Staatsausgaben aufkommt und in Zentralafrika nach dem Sturz Bokassas praktisch sogar die Regierungsgewalt übernommen hat, kann man ohne zu übertreiben sagen, daß sie nahezu genau so vollständig ist wie in der Kolonialzeit.

Welchen Stellenwert Afrika für die französische Politik besitzt, zeigt sich nicht nur allein darin daß sich der französische Präsident jedes Jahr mit seinen frankophonen Kollegen zu einem „französisch-afrikanischen Gipfel" zusammenfindet, sondern auch darin, daß die gesamte Afrikapolitik nicht Sache des Außenministers ist, sondern die des Präsidenten selbst, bzw. die seines persönlichen Beraters, des „Secrétaire général aux affaires africaines et malgaches à la présidence de la République Française".

Allerdings haben längst nicht alle frankophonen Länder in Afrika die gleiche Bedeutung für die französische Politik und die Interventionen z.B. im Tschad oder in Zentralafrika bedeuten noch lange nicht, daß diese Länder etwa ökonomisch gesehen besonders wichtig für Frankreich wären. Wenn es hier eingreift, dann geschieht das wohl eher aus grundsätzlichen strategischen Erwägungen: Frankreich scheint einer Art von afrikanischen „Dominostein"-Theorie anzuhängen, die nicht erlaubt, daß eins dieser Länder in einen „fremden" Einflußbereich gerät (Lybien!), weil das langfristig unvorhersehbare Folgen für die Stabilität der für Frankreich eigentlich interessanten Länder Marokko, Senegal, Kamerun vor allem aber Elfenbeinküste, Gabun und Zaire haben könnte. Die Sicherung dieser rohstoffreichen Bastionen, die politisch allesamt auf schwachen Füßen stehen – bei einigen wie Gabun, Kamerun oder Zaire handelt es sich um ausgesprochene Diktaturen – ist es offenbar, die im Mittelpunkt von Frankreichs Afrikapolitik steht.

Giscards persönliche Beziehungen zu Afrika

Was die derzeitige Afrikapolitik allerdings von der früherer Präsidenten unterscheidet ist die Tatsache, daß Giscard bzw. dessen Familie in hohem Maße persönlich in Afrika engagiert ist: so war nicht nur Giscards Vater Edmond jahrzehntelang Generaldirektor eines multinationalen Konzerns mit Plantagen- und Industrieanteilen in Äquatorialafrika, sondern auch sein Vetter François, früher Präsident der „Zentralbank der Staaten Äquatorialafrikas und Kameruns" ist heute Chef einer ähnlichen Gesellschaft, während ein anderer Vetter, Jacques, als ehemaliger Vorsitzender der „Zentralkasse für wirtschaftliche Zusammenarbeit" auch jetzt noch beste Beziehungen zu verschiedenen westafrikanischen Regierungen unterhält (Der Spiegel, Nr. 42, 1979). Einer der besten Freunde Giscars, Marc Pechenard, ist wiederum Pächter umfangreicher Ländereien in Zentralafrika (Le Canard enchaîné, 17.9.80).

Was Giscard selbst und seine Beziehungen zu Afrika angeht, so ist sein gutes persönliches Verhältnis zu König Hassan II von Marokko notorisch und die früher jährlich fälligen Großwildjagden auf Kaiser Bokassa zentralafrikanischen Landsitzen werden nach dessen Sturz bei seinem neuen Freund, dem gabunesischen Präsidenten Bongo, absolviert (Témoignage Chrétien, 4.8.1980). Daß aber in Hassans Gefängnissen brutal gefoltert wird, daß Bongo wie auch Präsident Mobutu von Zaire, ein anderer guter „Bekannter" Giscards, ihre Länder quasi als ihren Privatbesitz betrachten (Afrique-Asie, 7.1.1980) und politische Gegner kaltblütig umbringen lassen (LM, 5.8.1980; Afrique-Asie, 7.1.1980) – von Bokassas bekannten Brutalitäten ganz zu schweigen – stört Giscard dabei keineswegs. Im Gegenteil, Hassan ist sein „lieber Cousin" (Témoignage Chrétien, 4.8.1980), Mobutu das „Modell eines afrikanischen Staatsmannes" (LM, 5.8.1980) und Bongo wird als ein Mann gepriesen, dessen Politik von „weiser Zurückhaltung" zeugt (Afrique-Asie, 7.1.1980).



Giscard, Bokassa

Dabei sind nicht nur die jeweiligen, durch regelmäßige Telefongespräche immer wieder gefestigten Einzelbeziehungen zwischen Giscard und den Genannten ausgezeichnet (LM, 5.8.1980), sondern auch untereinander scheint die Zusammenarbeit bestens zu klappen: als Frankreich 1977 in Zaire intervenierte, um Mobutus bedrohte Herrschaft zu retten, geschah das unter Zuhilfenahme marokkanischer Truppen und gabunesischer Luftstützpunkte, und Gabun war es auch, von wo der mysteriöse Putschversuch vom April 1977 in der Volksrepublik Benin seinen Ausgang nahm – wieder, wenn auch diesmal in geheimer Zusammenarbeit zwischen Marokko und Frankreich (LM, 5.8.1980; Afrique-Asie, 7.1.1980).

Wenn also schon Frankreichs Afrikapolitik insgesamt kein demokratisches Schaustück ist, so sind es die Beziehungen der Familie Giscards zu Afrika und dessen persönlicher Umgang dort noch weitaus weniger. Kein Wunder daher, daß Malleys „Afrique-Asie", die all das immer wieder schonungslos beleuchtet hatte, Giscard und seinen afrikanischen Freunden – in deren Ländern „Afrique-Asie" übrigens verboten ist – schon lange ein Dorn im Auge sein mußte. Von Daher gibt es auch keinen Grund, die Mutmaßungen in der französischen Presse anzuzweifeln, denen zufolge es die persönlichen Interventionen dieser Männer auf dem letzten französisch-afrikanischen Gipfel in Nizza im Mai 1980 bei Giscard waren, die dann schließlich zum Ausweisungsbefehl gegenüber Malley geführt hatten. (Libération, 1.8.80; Le Matin, 31.7.80; Témoignage Chréetien, 5.7.80).

Immerhin wäre es ja nicht das erste Mal, daß sich Giscard seinen Freunden dienstbereit zeigt – man denke nur an das Anfang dieses Jahres ergangene Verbot eines Buches, das sich kritisch mit Mobutu befaßte! (blätter des iz3w, Nr. 85)

Bestärkt wird der Verdacht der freundschaftlichen Hilfestellung schließlich noch dadurch, daß Martin Kirsch, der derzeitige Afrikaberate Giscards, sich nach seinem letzten Besuch bei Bongo vom französischen Geheimdienst einen Bericht über „Afrique-Asie" zusammenstellen ließ. (Le Canard enchaîné, 13.8.1980).

Ein peinlicher Anruf vom Ex-Kaiser Bokassa

Malleys Kaltstellung war also gewissermaßen überfällig. Daß seine Abschiebung dann aber so überstürzt erfolgte, läßt sich möglicherweise aus einem Vorfall erklären, der sich Anfang September ereignet hatte und der für Giscards äußerst peinlich sein mußte. Am 9. September war es nämlich dem zentralafrikanischen Ex-Kaiser Bokassa, der sich seit seinem Sturz unter streng bewachtem Hausarrest in Abidjan befindet, gelungen, telefonisch Kontakt zum „Canard enchaîné", der bekannten Pariser satirischen Zeitschrift, aufzunehmen. In seinem einstündigen Gespräch mit der Redaktion bestätigte er eine Anschuldigung, die der „Canard" bereits im letzten Herbst gegen Giscard erhoben hatte, und zwar, daß sowohl dieser als auch seine beiden Cousins bei ihren zahlreichen Jagdbesuchen in Zentralafrika von Bokassa Diamantengeschenke im Werte von etlichen Millionen Francs erhalten hätten (Canard enchaîné, 17.9.1980). Damit war plötzlich eine Affäre wiederaufgelebt, die Giscard inzwischen wohl schon überstanden zu haben glaubte, von der er nun aber annehmen mußte, daß sie gerade jetzt „Afrique-Asie" Munition zu erneuten Angriffen auf ihn und seine Afrikabeziehungen liefern würde. Was hat es mit dieser „Diamanten-Affäre", dem französischen „Waterdiam", wie sie im letzten Herbst von der französischen Presse genannt wurde, auf sich? Zur kurzen Rekapitulation: nachdem im letzten Sommer Bokassa wegen seiner Massaker auch von der abgebrühten französischen Regierung nicht mehr länger zu halten war und er deshalb von französischen Fallschirmjägern in der sog. „operation barracuda" entthront wurde („blätter des iz3w", Nr. 81), tauchten beim „Canard enchaîné" Dokumente auf, die Giscard schwer belasteten. Es handelte sich um mehrere Schreiben Bokassas an seine staatliche Diamantenschleiferei, in denen er Anweisungen gegeben hatte, wertvolle Diamantenkollektionen für Giscard, seine Vettern und verschiedene Minister zusammenzustellen.



Giscard hatte damals zuerst versucht, über die Angelegenheit mit vornehmem Schweigen hinwegzugehen. Als ihm das aber – trotz massiver Selbstzensur des staatlichen Rundfunks und der halbstaatlichen Presseagentur AFP in dieser Sache – nicht gelingen wollte, ließ er sich schließlich zu dem halbherzigen Eingeständnis herab, daß er von Bokassa nie Geschenke erhalten habe, die den behaupteten Wert gehabt hätten und daß der Austausch von Geschenken unter Staatsmännern im übrigen normal sei (SZ. 7.12.1979). Was Giscard allerdings nicht erwähnte, war, daß solche Staatsgeschenke normalerweise nicht im Privatbesitz des Beschenkten bleiben – laut „Libération" wurden erst kurz vor diesem Eingeständnis sämtliche Staatsgeschenke aus Giscards Privatschlössern wieder an seinen Amtssitz gebracht (Libération, 5.12.1979) – und daß Bokassa Diamanten, selbst wenn sie nur die Hälfte oder auch nur ein Viertel des vom „Canard" vermuteten Wertes haben, immer noch ein Vermögen darstellen würden.
Auch die von der rechten Presse für Giscard unternommenen Entlastungsversuche konnten dessen Glaubwürdigkeit kaum wiederherstellen. So meldete etwa der „Figaro", Bokassa habe die Diamanten zwar von der staatlichen Diamantenschleiferei für Giscard angefordert, dies aber nur als Vorwand benutzt, um sie dann selbst einzustecken. Angesichts der Tatsache jedoch, daß Bokassa in aller Offenheit ohnehin schon das halbe Land zu seinem Privatbesitz gemacht hatte (LM, 5.10.1979), ist es kaum anzunehmen, daß er solche umständlichen Tricks noch nötig gehabt hätte. Überdies berichtete ein früherer Botschafter in Zentralafrika, daß er häufig französische Minister und hohe Beamte mit wertvollen Diamantengeschenken von Bokassa habe weggehen sehen (LM, 21.9.1979).
Nun wird zwar kaum jemand annehmen, daß die französische Afrikapolitik ohne diese Geschenke wesentlich anders verlaufen wäre. Was das Ganze so zwielichtig macht ist vielmehr die Tatsache, daß hier ein französischer Präsident jahrelang mit einem Mann wie Bokassa vertrauten Umgang gepflegt und wertvolle Geschenke erhalten hatte, die er glaubte, lange Zeit verschweigen zu müssen. Es drängt sich daher die Frage auf, ob diese Geschenke nicht vielleicht doch etwas damit zu tun hatten, daß Bokassa von Giscard nahezu bis zum Schluß gehalten worden war. Immerhin hatte Giscards Entwicklungsminister Galley die von Bokassa angeordneten Massaker lange Zeit nur als „Pseudo-Ereignisse" bezeichnet (LM, 2.6.1979) und Bokassas Krönungszirkus mit dem Krönungsjubiläum von Elisabeth II. von England verglichen (LM, 24.5.1979). Ließ Giscard Bokassa vielleicht nur deswegen endgültig fallen, weil dieser im September 1979 versucht hatte, sich Lybien anzunähern?

Der Präsident der Republik – ein Mafioso?

Was den ganzen Komplex Diamanten-Bokassa-Giscard aber vollends undurchsichtig und nur als Spitze eines Eisbergs erscheinen läßt, sind seine merkwürdigen Begleitumstände, die darauf hindeuten, daß hier etliches vertuscht werden soll: so durchkämmten noch in der Nacht nach Bokassas Sturz französische Geheimdienstleute seinen Palast und schafften kistenweise Dokumente und Archivmaterial mit unbekanntem Ziel außer Landes. Obwohl die Zeugenaussagen mehrerer Journalisten vorlagen, stritt die Regierung den Vorfall hartnäckig ab (LM, 15.10.1979). Den gleichen Journalisten wurde auch von französischen Botschaftsangehörigen der Zutritt zu verschiedenen Räumen des Palastes verwehrt (LM, 2.10.1979) und einige Tage darauf soll die Botschaft ein verschlüsseltes Regierungstelegramm aus Paris erhalten haben, demzufolge unverzüglich auch die Archive der zentralafrikanischen staatlichen Diamantenschleiferei in Sicherheit zu bringen seien! (Libération vom 7.10.1979, unter Berufung auf den „Canard").
Bokassa selbst, der von seiner Militärzeit her immer noch französischer Staatsbürger ist und der sich auf der Suche

nach einem politischen Asyl auch etliche Stunden auf einem Militärflughafen bei Paris aufgehalten hatte, wurde wegen seiner Verbrechen weder vor ein französisches Gericht gestellt, noch an Zentralafrika ausgeliefert, sondern in die Elfenbeinküste abgeschoben, wo er jetzt in einer Villa von Agenten des französischen Abwehrdienstes unter Verschluß gehalten wird. Die gleichen Agenten waren es auch, die – auf dem Territorium der Republik Elfenbeinküste – französische Journalisten mit Drohungen und Verhaftungen darin hinderten, sich Zutritt zu Bokassa zu verschaffen (Tagesanzeiger, 19.9.1980, Le canard enchaîné, 17.9.1980). Und schließlich wurde bekannt, daß Giscards Cousins versucht hatten, Druck auf Bokassa auszuüben, um von ihm eine schriftliche Bestätigung zu erhalten, daß er nie Geschenke irgendwelcher Art an die Familie Giscard verteilt habe (Libération, 23.9.1980).

Dieses ganze, schon nahezu „mafiose" Gemisch von Korruptionsverdacht, Politik, persönlichen Beziehungen und offensichtlichen Vertuschungsversuchen, wurde nun am 9. September durch den überraschenden Anruf von Bokassa wieder aufgerührt. Wen verwundert da noch die plötzliche Hast, mit der Giscard sich wenigstens einen seiner heftigsten Kritiker, koste es was es wolle, vom Hals schaffen wollte! Zumal Bokassa auch noch eine weitere Affäre ins Gedächtnis zurückgerufen hat, die vollends geeignet ist, Giscards Verhalten ins Gangster-Milieu zu verweisen. Im Mittelpunkt dieser Affäre steht der französische Journalist Roger Delpey, der am 10. Mai dieses Jahres von der französischen Spionageabwehr DST in Paris verhaftet worden ist (LM, 9.7.1980). Gegen Delpey, der ein persönlicher Vertrauter Bokassas ist, läuft seither vor dem Staatssicherheitshof (Cour de sûreté de l'État") – eine Art von Gericht, die es sonst nirgendwo in Westeuropa gibt – ein geheimes Verfahren wegen Spionage, obwohl es bis jetzt nicht den geringsten Anhaltspunkt für ein solches Vergehen gibt. In Wirklichkeit scheint Delpey in Haft zu sein, weil er im Besitz von brisanten Dokumenten ist, die Bokassa ihm zukommen lassen konnte, bevor sein Palast von den Agenten Giscards durchsucht wurde. Bokassa bestätigte in seinem Telefonat denn auch, daß Delpey, mit dem er zusammen in Indochina gekämpft hatte, alle Einzelheiten seines Lebens kenne und tatsächlich im Besitz von 187 Giscard belastenden Dokumenten sei (Tagesanzeiger, 19.9.1980). Hinter diesen Dokumenten ist die französische Abwehr, die inzwischen Delpeys Wohnung vollständig ausgeräumt hat (LM, 9.7. 1980), offensichtlich her. Daraus, daß es um diese Dokumente geht und nicht um einen nebulösen Spionagevorwurf, macht der Staatssicherheitshof im übrigen auch keinen Hehl: laut „Libération" soll der zuständige Untersuchungsrichter Delpey angedeutet haben, daß er jederzeit auf freien Fuß gesetzt werden könne, wenn er nur sage, wo die Dokumente versteckt seien! (Libération, 16.9.1980).

Vor dem Inhalt dieser Dokumente soll Giscard von Togos Präsident Eyadema, der auf verschlungenen Wegen davon erfahren hatte, gewarnt worden sein und zwar auf dem letzten französisch-afrikanischen Gipfel von Nizza (Libération, 16.9.1980), also derselben Konferenz, auf der wahrscheinlich die Beschwerden gegen „Afrique-Asie" vorgebracht wurden. Eyadema war übrigens auch kein Freund von „Afrique-Asie" ...

Die Hintergründe der Affäre „Afrique-Asie" zeichnen ein Frankreichbild, das kaum noch etwas zu tun hat mit der auch bei uns immer noch verbreiteten Vorstellung von Frankreich als dem Mutterland der bürgerlichen Freiheiten. Da werden wie zu Zeiten der absolutistischen Könige Leute vertrieben, weil sie unbequeme Wahrheiten aussprechen, während andere aus dem Verkehr gezogen werden, weil sie über den Monarchen offenbar Dinge wissen, die dieser lieber alleine für sich behalten will. Zwar gibt es da eine Verfassung, die solche Willkür verhindern soll, aber die scheint nicht zu gelten, wenn es um die Interessen von Giscard I geht. Die Arroganz der Macht offenbart sich indessen nicht nur in Frankreich: in Afrika schaltet und waltet Giscard, als stünde das Kolonialreich noch in voller Blüte. Regierungen werden fast nach Belieben eingesetzt und gestürzt, während der französische Geheimdienst sich auf dem Territorium afrikanischer Staaten so ungezwungen bewegt, als wäre er in Frankreich. Wen wundert es bei soviel Unverfrorenheit nach außen da noch, wenn man sich



zu Hause überhaupt keinen Zwang mehr auferlegt und ein Staatssekretär marrokanischen Bergarbeitern, die in Lothringen für die gleichen Rechte streiken, wie sie ihre französischen Kollegen haben, kaltschnäuzig erklären kann, daß sie ja nach Hause gehen könnten, wenn es ihnen in Frankreich nicht passe! (LM, 16.10.1980).

Als es bei uns 1977 Herbst wurde, da sprach so mancher von Auswanderung. Auswandern, wohin? Nach Frankreich vielleicht?

Frank Ballot

Abkürzungen:
LM: Le Monde
SZ: Süddeutsche Zeitung

IRAN-IRAK

Stellvertreterkrieg oder die Kehrseite des Nationalismus?

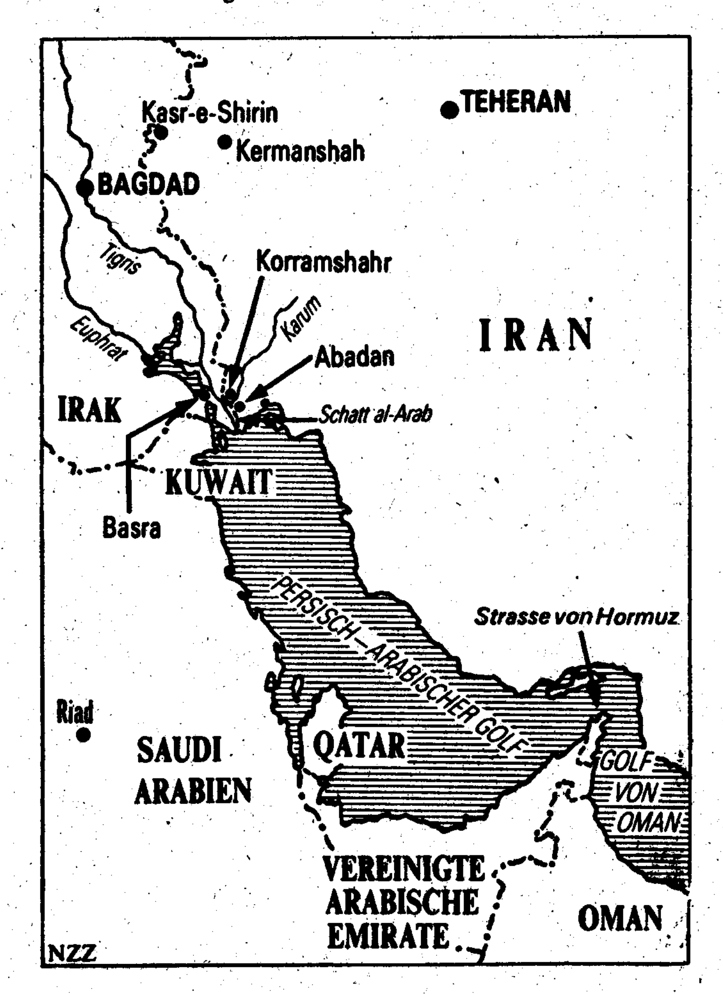
Der jüngste Konflikt in der Dritten Welt und die Aufgaben der Solidaritätsbewegung

Indien und China, Vietnam und Kampuchea, China und Vietnam, Äthiopien und Somalia, Tansania und Uganda. Nun also auch noch Iran und der Irak: Wieder fallen zwei Nachbarstaaten der Dritten Welt mit Waffengewalt übereinander her. Dabei kommt so ziemlich alles zum Einsatz, was die moderne Zerstörungstechnologie zu bieten hat: Panzer, Raketenwerfer, Düsenflugzeuge schießen und bomben auf Wohnviertel, Industrieanlagen und sogar ein Nuklearzentrum.
Hinter meinem Versuch, diesen verheerenden Vorgang zu erklären, stecken eine Reihe von Vorverständnissen, von denen ich einige erwähnen will: Erstens bin ich davon überzeugt, daß die große Rüstungsindustrie um jeden Preis noch weiter wachsen möchte, und daß Vernichtungskriege in der Dritten Welt nur vor diesem Hintergrund möglich sind. Zweitens glaube ich, daß der Mehrheit der Menschen in der Dritten Welt langfristig am besten damit gedient wäre, daß ihre Staaten, Gesellschaften und Wirtschaftskreisläufe möglichst bald weitgehend unabhängig von den Industrieländern werden.
Drittens habe ich mich in den letzten Jahren intensiv mit Iran beschäftigt. Inzwischen meine ich, daß die jüngste Entwicklung dort besonders eindrucksvoll die Widersprüche zeigt, mit denen viele Völker fertig werden müssen, die sich um Unabhängigkeit bemühen. Und viertens habe ich mich endlich auch ein wenig mit der Politik der UdSSR gegenüber der Dritten Welt befaßt, die ich für nicht weniger verhängnisvoll halte als z.B. die us-amerikanische: noch mehr als der westlichen „Entwicklungspolitik"gelingt es ihr, militärische und wirtschaftliche Abhängigkeit als „Hilfe", „internationale Solidarität" oder „zweckmäßige Arbeitsteilung" erscheinen zu lassen.
Im folgenden habe ich mich um Sachlichkeit bemüht und hoffe, daß die Tatsachen richtig wiedergegeben sind. Dennoch ist es wichtig, sich über solche – übrigens unvermeidlichen – Vorverständnisse klar zu werden, weil sie die Auswahl der Tatsachen bestimmen, die man erkennt und mehr oder weniger richtig wiedergibt, während andere verborgen bleiben.

Vorgeplänkel
Seitdem der Schah dem Ayatollah Khomeiny weichen mußte, sind zwischen Iran und dem Irak Grenzzwischenfälle und wechselseitige Beschimpfungen ihrer Spitzenpolitiker an der Tagesordnung. Diese Spannungen haben folgende Hintergründe: Das Regime des General Saddam Hussein im Irak fürchtet nicht ohne Grund, daß sich die benachteiligte schiitische Bevölkerungsmehrheit seines Landes durch die Erfolge und die Propaganda des „Imam" Khomeiny zum Widerstand aufstacheln läßt. Außerdem strebt der ehrgeizige Saddam Hussein für den Irak die Rolle der Führungsmacht im arabischen Lager an, für die er sich offenbar vermittels einer besonders aggressiven Haltung gegenüber nicht-arabischen Nachbarn zu qualifizieren hofft. Die Motive auf seiten der klerikalen Zentralisten in Teheran und Ghom sind spiegelbildlich: Ihre Sorge ist, daß der Irak die arabische Bevölkerung Irans (in der Erdölregion Khusistan 90 %) in ihrem Kampf um die bedrohte eigene Kultur und mehr politische Selbstbestimmungsrechte unterstützt. Und auch die Ayatollahs sehen sich gern als Speerspitze einer weltweiten Bewegung – der (schiitischen) Moslems.[1])
Im Frühsommer '80 schob der Irak scharenweise iranische Staatsbürger in ihre Heimat ab, was dort zu einem erheblichen Flüchtlingsproblem führte. Im Hochsommer kam es immer häufiger zu Schießereien an der Grenze. Dabei spielte der Irak sowohl politisch als auch militärisch die aggressivere Rolle. In dieser Phase der Aufheizung des Klimas, die offenbar der Vorbereitung der großen Offensive galt, begnügte sich Saddam Hussein noch mit vergleichsweise bescheidenen und – zumindest formal – nicht unbegründeten Forderungen: Rückverlegung der Grenze am Schatt el Arab („Strom der Araber") von der Tallinie auf das linke Ufer des Gewässers, so daß die Schiffahrt zu den iranischen Häfen Khorramschahr und Abadan wieder ganz unter irakische Kontrolle kommt. Außerdem Rückgabe dreier kleiner, aber strategisch wichtiger Inseln im Golf (Groß- und Klein-Thumeb, Abu Musa) an die Vereinigten Emirate und damit an das arabische Lager.
Über die Berechtigung dieser Forderungen läßt sich streiten: dafür spricht, daß die Verhältnisse, auf deren Rückveränderung Saddam Hussein pocht, vom expansionistischen Schah-Regime erzwungen wurden (Besetzung der Golf-Inseln im Handstreich 1971, als die Engländer von dort abzogen; Grenzziehung in der Mitte des Schatt el Arab durch den Vertrag von Algier 1975, den der Irak eingehen mußte, um den Schah von der Unterstützung der aufständischen Barzani-Kurden im Norden abzubringen). Dagegen spricht, daß die Verhältnisse, die Saddam Hussein wieder herstellen möchte, insbesondere die international unübliche Grenzziehung am linken Ufer des Schatt el Arab, vom britischen Imperialismus geschaffen worden sind. Die Engländer konnten in ihren Kolonial- und Mandatsgebieten, zu denen seit dem Weltkrieg I. auch der Irak gehörte, ihre strategischen und wirtschaftlichen Interessen mit Leichtigkeit durchsetzen; besonders gegenüber einem Land wie Persien, dessen formale Unabhängigkeit damals ebenfalls von britischen Gnaden war. Jedenfalls reicht keine der Forderungen Saddam Husseins aus, um einen militärischen Überfall auf Iran zu rechtfertigen.

Vernichtungskrieg mit expansionistischen Zielen
Seit der letzten Septemberwoche fühlt sich das Regime Saddam Hussein zu mehr berufen, als nur den Grenzverlauf aus der Kolonialzeit wiederherzustellen. Seitdem sind die erklärten Kriegsziele, „die rassistische Regierung des Ayatollah Khomeiny zu zerbrechen"[2]) und „arabische Erde zu befreien"[3]), womit trotz aller früheren gegenteiligen Beteuerungen die Annektion der Erdölprovinz Khusistan gemeint sein dürfte, die von irakischer Seite immer nur „Arabistan" genannt wird. Gleichzeitig beginnt eine massive

militärische Offensive der Iraker zu Lande und aus der Luft, auf die die nicht unvorbereitete iranische Armee wenig später mit denselben vernichtenden Mitteln antwortet. Aus dem Geplänkel an der Grenze ist ein totaler Krieg mit – jedenfalls auf irakischer Seite – expansionistischen Zielen geworden.



Irakische Bodentruppen – Panzer, Infanterie, Artillerie – sind mittlerweile tief nach Khusistan eingedrungen und versuchen, die wichtigen Städte Khorramschahr (Hafen), Abadan (Großraffinerie), Desful (Knotenpunkt der Pipelines) und Ahwaz (Provinzhauptstadt) zu erobern. Aufgrund hartnäckigen iranischen Widerstands ist das – jedenfalls bis Mitte Oktober – noch immer nicht gelungen. Der Angriff der Iraker geht in einen langwierigen Stellungs- und Abnützungskrieg mit kompliziertem Frontverlauf über. Saddam Husseins Hoffnung, die arabische Bevölkerung Khusistans werde sich auf die Seite der irakischen „Befreier" schlagen, hat sich nicht erfüllt: sie unterstützt die iranische Armee im Kampf gegen die Eindringlinge.[4]) Auch eine andere Rechnung der irakischen Generale istnicht aufgegangen: sie wollten die iranische Luftwaffe gleich zu Beginn des Krieges durch einen überraschenden Schlag gegen ihre Flughäfen am Boden ausschalten, wie es die Israelis 1967 mit der ägyptischen Luftwaffe gemacht haben. Die Iraner zogen ihre Phantom-Jäger jedoch rechtzeitig auf geheime Plätze im Innern ihres großen Landes zurück und setzen sie nun ihrerseits für permanente Luftangriffe gegen zivile und militärische Ziele im Iran ein.[5])

Es gibt Länder im Nahen Osten, die ganz offen für eine der beiden kriegsführenden Seiten Partei ergreifen: Ägypten[6]) und Jordanien für den Irak, während auch Iran bemerkenswerterweise von zwei arabischen Staaten Unterstützung erhält: Libyen und Syrien, die einen Staatenbund miteinander eingehen wollen. Syrien ist seit langem der innerarabische Erzfeind Iraks, und sein Präsident Assad hat Anfang Oktober überraschenderweise einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR abgeschlossen. Der Irak hat offiziell die diplomatischen Beziehungen zu Libyen, Syrien und Nordkorea wegen deren Unterstützung für Iran abgebrochen.[7])

Es besteht die Gefahr, daß diese und noch mehr Länder des Nahen Ostens – insbesondere die arabischen Anrainerstaaten des Golfs, die sich bisher vorsichtig verhalten haben – in den Krieg hineingezogen werden. Von dem Konflikt profitiert bisher vor allem Israel, weil das Palästina-Problem vorläufig an die zweite Stelle des Interesses der Araber, aber auch der USA und anderer UNO-Mitglieder rückt. Begins aggressive Siedlungspolitik ist zur Zeit kein Thema, das Aufmerksamkeit erregt.[8])

Militärisches Kräfteverhältnis

Über die Stärke des iranischen Militärs heute lassen sich nur Vermutungen anstellen. Entscheidend für den mit Panzern, Düsenjägern und Raketen geführten Krieg ist die reguläre Armee, da weder die khomeinytreuen islamischen Milizen noch die bewaffneten linken Gruppen über schweres Kriegsgerät verfügen. Die größte der linken Gruppen, die Volksmujahedin, will sich übrigens „tatkräftig für die Verteidigung der Landesgrenzen" einsetzen, „sobald ihr das die Staatsorgane gestatten".[9])

Nach dem Sturz des Schah-Regimes befand sich die Armee zunächst in Auflösung, weil viele Soldaten sich nun von der Last eines als sinnlos empfundenen Militärdienstes befreit vorkamen und einfach nach Hause gingen. Außerdem verließen die us-amerikanischen „Berater" fluchtartig das Land, die zum sachgemäßen Umgang mit dem modernen, hochempfindlichen Kriegsgerät gebraucht werden, das der Schah angeschafft hat. Der Auflösung des herkömmlichen Militärs wirkt Khomeiny seit Sommer '79 mit allen Mitteln entgegen: er läßt zahlreiche Manöver durchführen und setzt die Armee immer wieder zur Unterdrückung des inneren Widerstands ein – vor allem gegen die um Autonomierechte kämpfenden Kurden und Araber. Damit wird auch bezweckt, die hierarchische Struktur des Militärs zu stärken, seine technische Bereitschaft zu erhöhen sowie die Soldaten für ihren „Beruf" zu motivieren. Das Soldatsein um des Soldatseins willen war ja während des Volksaufstandes teilweise einer echten Moral gewichen, als viele Truppenteile sich weigerten, auf ihre demonstrierenden Landsleute zu schießen.

Die Aufgabe, die Armee zu reorganisieren, bekam Mustafa Chamran übertragen, der damit von den schiitischen Kämpfern im Libanon her Erfahrung hat und seine technokratischen Fähigkeiten bereits bei der Organisation des neuen iranischen Geheimdienstes SAVAMA unter Beweis stellen konnte. Man muß davon ausgehen, daß die iranischen Soldaten heute bereit sind, für die islamische Republik und den Ayatollah Khomeiny zu sterben, und daß die hierarchische Struktur wieder so weit gefestigt ist, daß Befehle widerstandslos befolgt werden. In dieser Hinsicht ist die Armee funktionsfähig.[10])

Was die Ausrüstung der iranischen Truppen angeht, sind die meisten Waffen (mit Ausnahme der Lastwagen, die aus der UdSSR stammen) westlicher, vor allem us-amerikanischer Herkunft. Auf die Geiselnahme ihres Botschaftspersonals im November '79 haben die USA mit einem Handelsembargo gegen Iran reagiert, das auch einen Lieferstop für militärische Ersatzteile einschließt. Da die Geiseln immer noch nicht frei sind, ist auch das Embargo weiterhin in Kraft, wobei sich natürlich nicht mit Sicherheit sagen

läßt, ob es tatsächlich strikt eingehalten wird. Immerhin liegen keine Pressemeldungen vor, die das Gegenteil behaupten und im Fernsehen werden Rüstungsgüter gezeigt, die für Iran bestimmt waren und jetzt wegen des Embargos in New Jersey lagern.[11]) Fest steht auch, daß die Iraner sich heute Ersatzteile für ihre amerikanischen Waffen auf zwei anderen Wegen besorgen: über Drittländer, wo die US-Regierung keine Kontrolle ausüben kann oder will[12]), und durch Ausschlachten des im Lande vorhandenen, nicht mehr funktionsfähigen Materials, das der Schah der westlichen Rüstungsindustrie in so überaus reichlichem Maße abgekauft hat.[13]) Leichte Waffen und Munition werden in Iran selbst hergestellt.

Es erscheint unwahrscheinlich, daß sich die Ayatollahs wegen der Geiselaffäre und eines dadurch bedingten Ersatzteilmangels militärisch besiegen lassen. Wenn die Lage für das Khomeiny-Regime wirklich bedrohlich werden sollte, hat es immer noch die Möglichkeit, die Geiseln freizulassen und damit den USA offiziell Waffenlieferungen zu ermöglichen. Das profithungrige nordamerikanische Rüstungskapital brennt natürlich darauf, seine todbringenden Produkte überall in der Welt in höchstmöglicher Stückzahl abzusetzen. Da kommt ihm ein Krieg wie der zwischen Iran und Irak gerade recht, und es mag sich das Geschäft auch nicht durch Maßnahmen der eigenen Regierung verderben lassen, selbst wenn sie das Leben von 50 amerikanischen Staatsbürgern schützen sollen. Was naheliegt, ist ein Kuhhandel Geiseln gegen Waffen. Als der iranische Ministerpräsident Radschai Mitte Oktober nach New York zur UNO reiste, wurde allenthalben über diese Tauschgeschäft spekuliert, das freilich vorerst noch nicht zustandegekommen zu sein scheint.[14])

Auf der anderen Seite scheint es noch weniger Sorgen mit dem Nachschub von Ersatzteilen zu geben. Die irakische Armee, die früher kleiner war als die des Schah, ist zwar mittlerweile auch mit französischem, italienischem, brasilianischem und britischem Material ausgerüstet, die Hauptmasse der Waffen stammt aber immer noch aus der UdSSR. Nach Angaben des „Instituts für Strategische Forschung" in London verfügt sie über 2.750 sowjetische Tanks und 100 französische Panzer AMX 30, die Marine ist ausschließlich mit russischen Schiffen ausgerüstet, ihre Flugzeuge stammen – außer 15 alten britischen Jägern – fast alle aus der UdSSR. Bestellt sind in Moskau weitere 150 MIGs der Typen 23, 25 und 27 sowie in Paris 6 Mirage F 1 C/1B.[15])

Kurz vor Beginn der irakischen Offensive war Tarek Aziz, ein Berater von Saddam Hussein, nach Moskau gefahren, um über die Lieferung von Ersatzteilen und möglicherweise auch neuen Waffen zu sprechen.[16]) Wie diese Gespräche ausgegangen sind, ist offiziell nicht bekannt. Es ist aber unwahrscheinlich, daß der Irak den Einmarsch nach Iran gewagt hätte, wenn die sowjetische Seite keinerlei Zusicherungen gegeben hätte. Nach den Worten des iranischen Botschafters in Moskau, Mokri, setzt die UdSSR ihre Rüstungsexporte in den Irak fort, allerdings in etwas reduziertem Umfang. Die sowjetische Diplomatie berufe sich darauf, dazu nach den Bestimmungen des Freundschaftsvertrags mit Irak von 1972 verpflichtet zu sein.[17]) Als die iranische Diplomatie vor einiger Zeit in Moskau eine Einstellung der Waffenlieferungen an Bagdad erwirken wollte, lehnte die UdSSR dies ab, machte aber das Angebot, bei Bedarf auch Waffen an Iran zu liefern, damit ein Ausgleich geschaffen sei.[18])

Woher kommen die Waffen?

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die wichtigsten Waffengeschäfte der beiden Konfliktpartner während der vergangenen zwei Jahre. Erfaßt sind auch die Aufträge, die vor dieser Zwei-Jahres-Frist bestellt, jedoch erst in den letzten 24 Monaten bzw. überhaupt noch nicht ausgeliefert wurden. Nicht erwähnt sind Bestellungen, deren Auslieferung vor 1978 erfolgte.

Waffen an den IRAK

Herkunftsland	Material und Typenbezeichnung	Bestellte Stückzahl	Auslieferung
Brasilien	gepanzerte Fahrzeuge Typ Engessa EE-9 u. EE-11	200	im Gange
Frankreich	Abfangjäger Mirage F-1C	36 (unbestätigt)	
	Helikopter SA-330 Puma	40 (unbestätigt)	
	Infanteriegefechtsfahrzeuge AMX-10	50 (unbestätigt)	
	Kampfpanzer AMX-30	100 (unbestätigt)	
	Boden-Boden-Raketen Exocet AM-39	?	
	Panzerabwehrraketen HOT	360 (unbestätigt)	
	Luft-Luft-Raketen Matra R-550 Magic	?	
	Helikopter SA-342 Gazelle	60	40
Schweiz	Schulungsflugzeuge FFA AS-202 Bravo	48	
UdSSR	Transportflugzeuge Antonov An-26	?	2
	Transportflugzeuge Iliouchin Il-76	?	
	Kampfflugzeuge Mig 23-S	138	70 (geschätzt)
	Boden-Luft-Raketen SA-6	500	500 (geschätzt)
	Boden-Boden-Raketen SSN-2 Styx	60	12 (geschätzt)
	Raketenabschuß-Patroullienboote OSA-2	10	2

Waffen an den IRAN

Herkunftsland	Material und Typenbezeichung	Bestellte Stückzahl	Auslieferung
USA	Helikopter Bell 214-C	39	39
	Transportflugzeuge Boing 707 320-C	1	1
	Transportflugzeuge Boing 747 200-F	4	4
	AWACS Frühwarnsystem E-2C Hawkeye	10	
	AWACS Frühwarnsystem E-3A Sentry	10	
	Kampfflugzeuge F-14A Tomcat	70	
	Kampfflugzeuge F-16A	300	
	Kampfflugzeuge F-18L Cobra	250	
	Aufklärungsflugzeuge RF-4E Phantom	16	
	Infanteriegefechtsfahrzeuge M-113, A-1	100	100
	Anti-Radar-Raketen AGM-45A Shrike	1000	
	Luft-Luft-Raketen AIM-54A Phoenix	480	480
	Luft-Luft-Raketen AIM-7E Sparrow (für F-16)	516	
	Luft-Luft-Raketen AIM-9H (für F-16)	186	
	Raketen AIM-9L (je 5 Mio. Dollar!)	1500	1500
	mobile Boden-Luft-Raketen FGM-77A Dragon	10000	10000
	Boden-Luft-Raketen Mim-23B Hawk	?	200
	Boden-Boden-Raketen RGM-84H Harpoon	222	
	Zerstörer Spruance (total: 796 Mio. Dollar)	4	
	Patroullienboote Craft (je: 39 Mio. Dollar)	2	
	Unterseeboot Tang (je: 54 Mio. Dollar)	3	3
Frankreich	Raketenwerfer-Schnellboote Kaman	12	2
Großbritannien	Kampfpanzer Vickers Chieftain	175	
	Kampfpanzer Vickers Chieftain 5	1200	
Italien	Helikopter SH-3D Sea King	3	
	Helikopter CH-47C	50	20
Niederlande	Fregatten Kortenaer	8	
Bundesrepublik	Fregatten Typ 122	4	
	Unterseeboote Typ 209	6	
UdSSR	selbstfahrende Kanonen AZU-85	200	200 (geschätzt)
	gepanzerte Truppentransporter BMP	500	250 (geschätzt)
	selbstfahrende Luftabwehrkanonen ZSU-23	200	200 (geschätzt)

Quelle: Annuaire de l'Afrique et du Moyen-Orient 1980: Les Armees et la Defense (Edition jeune afrique, Paris)

Was steckt dahinter, wenn die UdSSR an beide Seiten eines Konflikts in der Dritten Welt Panzer und Flugzeuge verkaufen will? Auch die russische Rüstungsindustrie ist an einem weltweiten Höchstabsatz ihrer Erzeugnisse interessiert, die nicht weniger Verderben bringen als die westlichen Waffen. Denn die Stückkosten für jeden Panzer, jedes Flugzeug sinken mit der zunehmenden Länge des Produktionslaufs eine Modells, und die sowjetischen Panzer- und Flugzeugfabriken sind von vornherein für lange Produktionsläufe, also exportorientiert, gebaut.[19])
Alles in allem ist die irakische Armee heute wohl etwas stärker einzuschätzen als die iranische, wobei – vor allem auf iranischer Seite – mancherlei Unsicherheitsfaktoren im Spiele sind, die für militärische Überraschungen in diesem Krieg sorgen könnten.

Ein Stellvertreterkrieg?
Das übliche Schema, Kriege in der Dritten Welt zu erklären, ist die Annahme, Supermächte wie die USA, die UdSSR oder die VR China würden von ihnen abhängige Staaten das Nachbarland angreifen lassen, so daß die betreffende Großmacht ihren Einflußbereich ausweiten kann. Stehen sich zwei solche abhängigen, von ihrem jeweiligen großen „Beschützer" und „Freund" zum Krieg gezwungenen oder verleiteten Staaten gegenüber, handelt es sich um eine bewaffnete Konkurrenz um Einflußsphären, in der nicht die Völker der Supermächte selbst, sollen stellvertretend die beteiligten Völker der Dritten Welt ihr Blut lassen. So ist der Krieg zwischen Vietnam und Kampuchea als Stellvertreterkrieg zwischen UdSSR und der VR China, der Krieg zwischen Somalia und Äthiopien als Stellvertreterkrieg zwischen den USA und der UdSSR begriffen worden. Sicherlich haben zumindest diese beiden Auseinandersetzungen auch den Charakter von Stellvertreterkriegen gehabt, wenn darüber auch andere Ursachen übersehen worden sind, auf die später zurückgekommen werden soll.
Ist auch der Krieg zwischen Iran und dem Irak ein Stellvertreterkrieg? Zunächst könnte man das annehmen, denn beide Seiten behaupten in ihrer Propaganda, der Gegner habe als Marionette einer imperialistischen Supermacht an-

gegriffen. Merkwürdig ist dabei allerdings, daß diese Supermacht dieselbe sein soll, nämlich die USA. Radio Bagdad nennt die iranischen Soldaten „amerikanische Söldner"[20]) umgekehrt behauptet z.B. der führende iranische Parlamentarier Fakhroddin Hejazi, der Irak wolle die Ölprovinz Khusistan „für die Vereinigten Staaten in Besitz nehmen".[21]) Nimmt man das gleichermaßen ernst, ergibt es wenig Sinn, weil ja der Krieg zur Ausweitung der amerikanischen Einflußsphäre überflüssig wäre, wenn bereits beide Länder sich in Abhängigkeit von Washington befänden. Immerhin wäre es aber auch dann noch möglich, daß der CIA oder eine andere Agentur des US-Kapitals die zwei Staaten am Golf aufeinanderhetzt, um die Rüstungsverkäufe wieder in Schwung zu bringen und die Region zu einer Zone der Unruhe und Schwäche zu machen, die die USA militärisch „befrieden" und danach wieder ungestört ihrer Bodenschätze berauben könnten.

Bei näherem Betrachten erscheint es jedoch unwahrscheinlich, daß die USA und ihre Verbündeten derart an diesem Krieg interessiert sind, daß sie ihn von sich aus angezettelt haben. Zwei Gründe sprechen dagegen:

Erstens hätte die amerikanische Regierung in den letzten Jahren Anlässe genug gehabt, massiv in der Region einzugreifen, wenn sie das gekonnt und gewollt hätte. Daß sie es nicht getan hat, liegt auch kaum an der aktuellen Stärke des iranischen oder arabischen Militärs. Es liegt vielmehr an der strategischen Schwäche der USA in der Region im Vergleich zur Konkurrenzmacht Sowjetunion, die klargemacht hat, daß sie jeden ernsthaften militärischen Schritt des Westens zur Wiedereroberung Irans als Verletzung ihrer eigenen Interessen verstehen und ohne Zögern mit denselben Mitteln beantworten würde. Die USA haben nicht einmal feste Stützpunkte, von denen aus ihre Flugzeuge den arabisch-persischen Golf ohne Zwischentanken erreichen können, während die UdSSR mit Iran eine lange gemeinsame Grenze hat und allein aufgrund dieser geographischen Lage ununterbrochen einen militärischen Druck auf die ganze Region ausübt. Wie schwach die USA im Vergleich dazu hier sind, hat ihr kläglicher Versuch zur Geiselbefreiung im April 1980 gezeigt.

Mit dem Sturz des Schah-Regimes haben die USA ihren einzigen „Stellvertreter" und damit ihre militärische Präsenz in der Golf-Region verloren. Sie können hier deshalb gar keinen militärischen Druck wie die Sowjetunion ausüben. An dieser strategischen Schwäche ändert der Krieg zwischen Iran und dem Irak nicht das geringste. Er erleichtert deshalb den USA „Befriedungsaktionen" nicht, im Gegenteil, er erhöht die Risikobarriere für militärisches Eingreifen, weil er auch der Sowjetunion reichlich Anlässe und Vorwände für ein Eingreifen bietet.

Die USA sind heute darauf angewiesen, wieder Verbündete und „Stellvertreter" wie früher den Schah zu finden; trotz aller Pläne für Eingreiftruppen stehen nicht militärische Abenteuer, sondern eine langfristige politische Strategie des Werbens mit „Entwicklungshilfe" auf ihrem Programm. Möglich allerdings, daß ihnen dabei der Krieg zwischen Iran und dem Irak entgegenkommt.

Bedrohung für die westliche Ölversorgung?

Zweitens bringt der Krieg den westlichen Industrieländern auch wirtschaftlich kaum etwas ein, eher im Gegenteil. Ihre Rüstungsindustrie mag sich zwar neue Geschäfte ausrechnen, obwohl ja eine der beiden kriegführenden Parteien (der Irak) vorwiegend bei der Sowjetunion die Waffen kauft und die andere (Iran) vor dem Staatsbankrott steht, weil der Rohölexport als Haupteinnahmequelle infolge des Krieges zum Erliegen gekommen ist. Aber hier liegen denn auch die schwerwiegenden wirtschaftlichen Nachteile, die der Krieg für den Westen mit sich bringen kann:

Auf beiden Seiten werden Ölförderanlagen, – Raffinierien und Verladeeinrichtungen – zerstört (bis Mitte Oktober im Wert von etwa 15 Milliarden Mark)[22]); auch der Erdölexport des Irak, der teilweise durch Pipelines ans Mittelmeer geht, ist stark zurückgegangen; es droht trotz einer iranischen Durchfahrtsgarantie über kurz oder lang die Schließung der Straße von Hormuz, in der nur ein paar der großen, im Durchschnitt alle halbe Stunde durchfahrenden Tankschiffe versenkt zu werden brauchten, um den Abtransport des Öls von beiden Ufern des Golfs vorläufig unmöglich zu machen.[23]



Harakiri auf arabisch

Wie diese Lage sich für die Wirtschaft des Westens tatsächlich auswirken wird, von dessen Ölimporten bisher immerhin 20 % aus dem Krisengebiet stammten [24]) und bis zu 40 % durch die Straße von Hormuz gingen[25]), läßt sich bis jetzt noch nicht sagen. Die Ölvorräte Japans und der BRD sind relativ groß, Saudi-Arabien, Kuweit und andere OPEC-Länder mit überschüssigen Förderkapazitäten springen in die entstehende Versorgungslücke ein. Eins aber ist jetzt schon abzusehen: Der Krieg wird wahrscheinlich zu einer neuen drastischen Erhöhung der Rohölpreise auf dem Weltmarkt führen, die die Leistungsbilanzen der meisten westlichen Industrieländer noch stärker strapazieren wird, als sie bisher schon durch die steigenden Kosten für den Hauptenergieträger Öl strapaziert worden sind.

Es ist nicht anzunehmen, daß der Krieg zwischen Iran und dem Irak auf imperialistische Machenschaften der USA und ihrer Verbündeten zurückgeht, da er ihnen nur vage Vorteile bietet, stattdessen aber große Risiken in sich birgt. Fast kann die umgekehrte These gewagt werden: Nicht der Einfluß der USA in der Region hat den Krieg verursacht, sondern der Rückgang dieses Einflusses hat den Ausbruch des Krieges begünstigt. Saddam Hussein hätte jedenfalls nicht gewagt, das bis an die Zähne bewaffnete Kompradoren-Regime des Schah in der Hochblüte seiner Macht anzugreifen, die für das iranische Volk eine Zeit des Elends und Schreckens war.

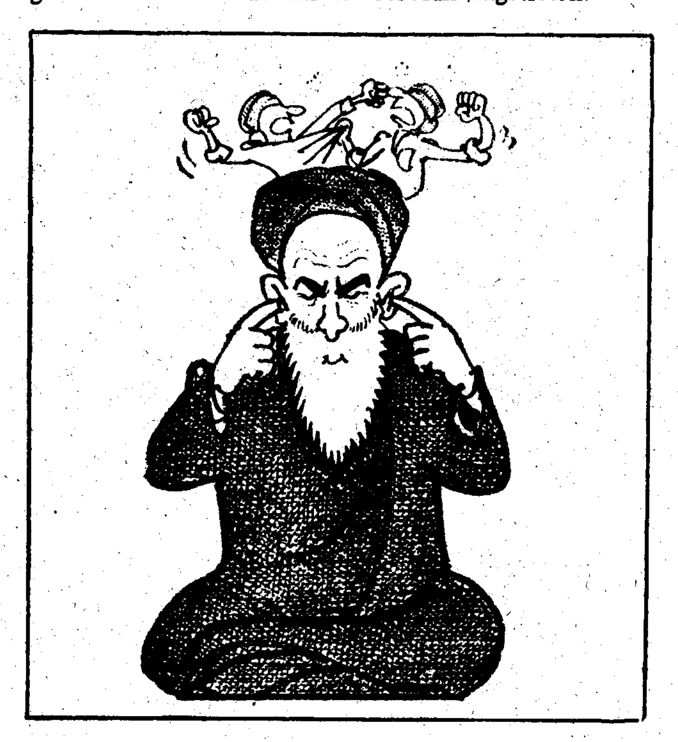
Brüchige Neutralität der Supermächte

Trotzdem werden die USA versuchen, den Krieg für ihre Zwecke auszunutzen, nachdem er nun einmal ausgebrochen ist. Offensichtlich sehen sie eine gewisse Chance, ein militärisch bedrängtes Iran, das aufgrund seiner westlichen

Kriegstechnologie auf amerikanischen Nachschub angewiesen ist, allmählich wieder in die Rolle des abhängigen Verbündeten zu bringen, der der US-Industrie profitbringend Waffen abkauft und gleichzeitig der strategische „Stellvertreter" in der Region ist. Zunächst gab sich die US-Regierung völlig neutral und distanziert, wie übrigens auch die UdSSR. Aber schon drei Wochen nach Kriegsbeginn tönte Carter in einer Wahlkampfrede, die USA würden es nicht zulassen, daß Iran zerstückelt wird: Bei Carters feindseliger Haltung gegenüber Khomeiny immerhin bemerkenswert. Gleichzeitig bekundeten die USA ihr Interesse am Tauschgeschäft Waffen gegen Geiseln. Die Verzögerung und Zaghaftigkeit dieser Reaktion zeigt, daß die Carter-Regierung einerseits nicht auf den Krieg vorbereitet war und infolgedessen auch nicht für seinen Ausbruch verantwortlich ist. Daß die Reaktion überhaupt erfolgt ist und Carter nun offenbar doch Partei ergreifen will, ist ein deutliches Zeichen dafür, daß der US-Imperialismus keine Chance zur Einmischung und Profitmacherei ungenutzt verstreichen läßt, und wenn sie sich auch noch so schwach von ferne abzeichnet.
Außerdem wird der iranisch-irakische Krieg in den westlichen Industrieländern natürlich auch innenpolitisch ausgeschlachtet werden: er liefert neue Argumente für die technischen und ideologischen „Errungenschaften", die die gegenwärtige Phase der Kapitalanhäufung hervorbringt: Atomkraftwerke, verstärkte Rüstung, Eingreiftruppen, Ausländerhaß.

Für die Sowjetunion birgt der Krieg auf Grund ihrer günstigeren strategischen und wirtschaftlichen Lage mehr Chancen und weniger Risiken als für den Westen. Ihre unmittelbare Präsenz am Krisenherd erlaubt es ihr, jede Gunst der Stunde sofort auszunutzen, um den eigenen Einfluß durch militärischen Druck zu verstärken. Russische Panzerarmeen an der iranischen Grenze müssen von Khomeiny ernster genommen werden als ein paar amerikanische Flugzeugträger im Indischen Ozean, vor allem nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan und dem blamablen Scheitern des dilettantischen Landeunternehmens der US-Air-Force in der Wüste bei Teheran.
Außerdem hat die UdSSR auch einen wirtschaftlichen Vorteil: Sie ist nicht wie der Westen auf Rohölimporte aus dem Nahen Osten angewiesen. Ebensowenig wie die USA hat die UdSSR den Krieg zwischen Iran und dem Irak durch imperialistische Machenschaften in Gang gesetzt, ebenso wie die Amerikaner gibt sie sich vorläufig neutral und desinteressiert. Aber schon die Art, wie sie die Frage ihrer Rüstungsexporte behandelt (Waffenlieferungen möglichst an beide Seiten), zeigt, daß sie auch ebensowenig wie der US-Imperialismus die Absicht hat, Chancen ungenutzt verstreichen zu lassen, um ihren Einfluß im Nahen Osten zu verstärken. Und diese Chancen sind für die UdSSR gegenwärtig besser als für den Westen.
Kein Stellvertreterkrieg also, aber ein Krieg, den die Supermächte vermittels ihrer Rüstungsexporte auf lange Sicht in einen Stellvertreterkrieg zu verwandeln trachten. Nur wenn Iran und der Irak diese Gefahr erkennen und rechtzeitig miteinander Frieden schließen, werden sie das Stück Unabhängigkeit bewahren können, das ihre Völker sich in der Vergangenheit erkämpft haben. Ein jugoslawischer Kommentator hatte diese Situation sofort richtig erfaßt: „Sollte dieser Konflikt fortgesetzt werden, dann muß man logischerweise davon ausgehen, daß beide Seiten mehr und mehr in die Abhängigkeit von denjenigen geraten werden, die ihnen die Waffen geliefert haben, und zwar Irak von der Sowjetunion und Iran von den Vereinigten Staaten.[26])

Nationalismus als Ursache für Kriege in der Dritten Welt
Wenn es kein Stellvertreterkrieg ist, wie ist der Krieg zwischen Iran und dem Irak dann zu erklären?
Auffällig ist an der Liste der Länder, die Kriege gegeneinander geführt haben, daß gerade die Staaten und Völker dort besonders zahlreich erscheinen, die auch große oder zumindest spektakuläre Anstrengungen unternommen haben, sich vom (neo)-kolonialen Joch zu befreien. Einige von ihnen wie die VR China, Vietnam, Kampuchea oder Iran haben dabei großartige Erfolge erzielt, bei anderen wie Tansania, Uganda, Äthiopien oder Irak (hat)te die Unabhängigkeit zumindest in der Propaganda und im Gebaren der Regierungen einen auffälligen Stellenwert.
Natürlich formuliert kein politisches Programm einer Unabhängigkeitspartei oder Befreiungsbewegung offiziell Aggressionen gegen Nachbarländer, im Gegenteil: dort pflegt die Solidarität mit den anderen Völkern der Dritten Welt betont zu werden, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz usw. Solchen Absichtserklärungen zum Trotz hat die Pol Pot-Regierung vietnamesisches Territorium für Kampuchea „zurück"-erobern wollen, hat die erfolgreiche vietnamesische Befreiungsbewegung FNL das Nachbarland Kampuchea überfallen und besetzt, hat die regierende Kommunistische Partei Chinas einen verheerenden Straffeldzug gegen die VR Vietnam unternommen, ist das iranische Volk, das den Schah gestürzt und die US-Amerikaner vertrieben hat, jetzt in einen Kampf auf Leben und Tod gegen das islamische Nachbarvolk des Irak eingetreten.



Es ist kaum anzunehmen, daß das alles Zufälle sind. Es muß im Kampf der Völker gegen internationale Ausbeutung und Unterdrückung einen wichtigen Faktor geben, der auch die Bereitschaft zum Krieg untereinander fördert, die wiederum dem Imperialismus langfristig neue Zugangsmöglichkeiten eröffnet.
Dieser Faktor ist der Nationalismus. Seine weite Verbreitung in der Dritten Welt verdankt er der Tatsache, daß die Menschen dort nicht nur in materiellem Elend leben, weil sie ökonomisch ausgebeutet und politisch unterdrückt werden, sondern daß ihnen aufgrund neokolonialer Abhängigkeit und kapitalistischer Durchdringung noch etwas anderes angetan wird, was für viele vielleicht ebenso schlimm ist:

sie werden gezwungen, eine völlig neue, fremde Lebensweise anzunehmen, in der sie nicht mehr ihrer selbst inne werden können. Nicht zuletzt darin besteht das Elend des Bauern, den die Verhältnisse treiben, sein Dorf zu verlassen und in den Slums von Teheran, Nairobi oder Caracas auf Arbeit zu hoffen, von deren Lohn er sich dann westliche Kleidung oder ein Fernsehgerät kauft, das ihm Coca-Cola-Reklame und amerikanische Western zeigt. In dieser Situation der Entfremdung sehnt er sich nach der traditionellen Kultur zurück, deren Elemente zu Symbolen des Eigenen werden, das es zu verteidigen oder wiederherzustellen gilt: die Sprache der Vorfahren (wie das Arabische), die hergebrachte Religion mit ihren strengen Normen (wie der Islam), möglicherweise – vor allem in Afrika – auch die Stammeszugehörigkeit.
Die durch den Imperialismus hervorgerufene Entfremdung ist ein fruchtbarer Nährboden für nationalistische und tribalistische Ideologien, wozu auch die Unabhängigkeitsparteien und Befreiungsbewegungen das ihre tun: sie erinnern z.B. mit Vorliebe an die Macht und Größe ihres Staates in der Vergangenheit (wie die Roten Khmer in Kampuchea an das versunkene Ankor-Reich).
Auf diese Weise bildet sich ein Ethnozentrismus heraus, der sich scharf gegenüber anderen Kulturen abgrenzt und oft in Fremdenhaß übergeht. Die emphatische Betonung der nationalen Identität, der Nationalstolz, wird dabei zu einer Quelle für Opfermut und solidarische Einigkeit im Kampf gegen ausländische Geschäftemacher und ihre einheimischen Komplizen.


Iran-Führer Chomeini

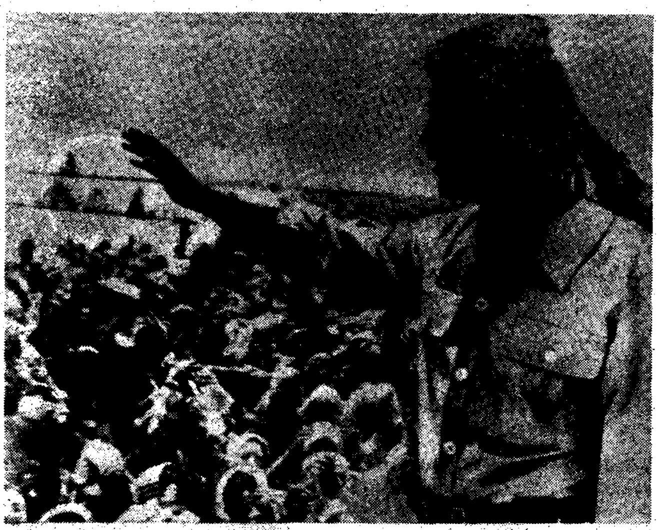
Fehleinschätzung des Nationalismus in der Solidaritätsbewegung

Daß Nationalgefühl nicht nur ein Stimulans, sondern oft sogar zentrales Motiv für den antiimperialistischen Kampf der Völker ist, wurde von der linken Solidaritätsbewegung zumal in der Bundesrepublik kaum wahrgenommen. Dabei gibt es auch in unserer nächsten Umgebung zahlreiche Beispiele dafür, daß Identitätsverlust aufgrund von Überfremdung eine starke politische Antriebskraft sein kann: z.B., wenn Bewohner der Ferieninsel Sylt sich mit allen Mitteln dagegen wehren, daß noch mehr Bauland an Fremde verkauft wird, oder wenn die französisch-sprachigen Jurassier mit Bombengewalt die Lösung des Jura vom Kanton Bern erzwingen.
Ausgangspunkt der Linken war und ist immer noch, daß der antiimperialistische Kampf ausschließlich geführt wird, um den Hunger, die Krankheiten, die Wohnungsnot zu beseitigen, das ganze materielle Elend, das die Profitgier des internationalen Kapitals über die Bevölkerung der abhängigen Länder bringt. Dabei übersieht sie, daß auch die Verletzung der nationalen Identität durch den Imperialismus ein starker Beweggrund für Widerstand ist: eine Fehleinschätzung, die spezifische gesellschaftliche Ursachen und Folgen hat.
Zu den Ursachen gehört, daß nationalistisches Denken nach den leidvollen Erfahrungen mit dem faschistischen Ethnozentrismus in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr sehr stark zur Geltung kam, jedenfalls nicht offiziell und schon gar nicht bei der Linken. Wir können uns daher kaum vorstellen, welch wichtige Bedeutung – auch in der offiziellen Politik – der Nationalismus anderswo hat (übrigens auch in westlichen Industrieländern wie Frankreich oder England). Eine andere Ursache liegt in der „materialistischen Methode", die von vielen Linken ökonomistisch verdreht und schematisch angewendet wird, so daß „Überbauerscheinungen" wie Nationalismus oder Tribalismus kaum jemals zu eigenständigen Objekten einer intensiven Analyse gemacht werden.
Weiterhin dürfte ein Hang der Linken zum projektiven Wunschdenken mitspielen, der sich darin ausdrückt, daß die eigenen, vernünftigerweise internationalistischen Utopien von besseren Verhältnissen auch den Völkern in der Dritten Welt unterstellt werden.
Eine ähnliche Fehleinschätzung von der Kraft des Nationalismus in der Dritten Welt hat übrigens auch das große Kapital, das freilich nicht aufgrund projektiven Wunschdenkens internationalistisch handelt, sondern aufgrund seiner Profitinteressen, die es nur auf diese Weise weltweit vertreten kann. Es ist daher kein Wunder, daß die Solidaritätsbewegung nicht selten dieselben Informationsdefizite und Theorielücken wie das internationale Kapital hat. Das ist am iranischen Volksaufstand besonders deutlich geworden: beide, die Linke und das Kapital, sind von den Ereignissen völlig überrascht worden; beide konnten sich nämlich nicht vorstellen, daß der Islam als national-religiöse Ideologie eine derartige Sprengkraft entwickeln würde, daß die durch ihn geeinigte und angetriebene Bevölkerung das materiell übermächtige Schah-Regime binnen weniger Monate hinwegfegen konnte.
Die Blindheit gegenüber dem Nationalismus in der Dritten Welt hat allerdings seltener zur Unter- als zur Überschätzung der Unabhängigkeitsbewegungen geführt. An militärisch und politisch zunächst erfolgreiche Unabhängigkeitskämpfe wie in Indochina, in den portugiesischen Kolonien, in Iran, in Nicaragua wurden stets große Erwartungen in Richtung endgültiger Befreiung und sozialem Fortschritt geknüpft. Diese hohen Ansprüche sind noch stets enttäuscht worden, die Solidarität flaute ab oder brach plötzlich in sich zusammen, die Bewegung flackerte.
Denn es stellte sich bald heraus, daß die Befreiungsbewegungen als Regierungsparteien eher eine nationalistische als eine sozialistische Politik betrieben, daß sie sich z.B. mit Kapitalisten aus dem eigenen Land verbündeten, daß Stammesrivalitäten trotz aller gegenteiligen Beteuerungen eine Rolle spielten, ja daß im schlimmsten Fall sogar bald nach der Unabhängigkeit Kriege zwischen den befreiten Ländern ausbrachen. Das verweist auf die regressive Kehrseite des Nationalismus in der Dritten Welt und wieder auf den iranisch-irakischen Krieg.

Nationalismus als regressives Herrschaftsinstrument

Nationalismus oder Ethnozentrismus heißt Abgrenzung nach außen, gegenüber anderen Nationen, Ethnien, Kulturen. Die Konfrontationslinien werden an den Rand der eigenen Gesellschaft verlegt; in deren Innern es in einem Land der Dritten Welt noch mehr Klassen und Schichten mit gegensätzlichen Interessen gibt als in einem Industrie-

land: die großen und kleinen Händler, die Großgrundbesitzer, die Industrieunternehmer, die Beamten und Angestellten, die Subsistenzbauern, die mittleren und kleineren Bauern, welche für den Parkt produzieren, die Landarbeiter, die Industriearbeiter, die Arbeitslosen in den Slums.
Indem der Nationalismus äußere Fronten betont, behindert er die Konflikte der verschiedenen Klassen und Schichten um die Verteilung des Reichtums und der politischen Macht. Jeder soziale Fortschritt ist aber daran gebunden, daß solche Klassenkämpfe stattfinden, da die Herrschenden niemals freiwillig von ihren Privilegien ablassen oder abgehen. Je nationalistischer eine Regierung sich gebärdet, desto rückschrittlichr wird sie in der Regel nach innen sein. Nationalistische Ideologien helfen also nicht nur, internationale Abhängigkeiten abzubauen und Regimes wie das des Schah zu vertreiben. Sondern sie sind gleichzeitig auch Barrieren für sozialen Fortschritt, mit denen eine herrschende Klasse oder Gruppe ihre Privilegien nach innen verteidigt und ihre Interessen durchsetzt.
Diese Funktion erfüllen sie auch und gerade, wenn das Feindbild sich nicht mehr gegen den Imperialismus, sondern gegen das Nachbarvolk richtet.
Im Extremfall lassen im Befreiungskampf an die Macht gelangte Klassen oder Volksgruppen ein Nachbarland überfallen, um die bestehenden Verhältnisse und Privilegien zu verteidigen, wenn diese von benachteiligten Teilen der Bevölkerung nachhaltig in Frage gestellt werden. Die schon im Befreiungskampf geltenden nationalistischen Ideologien eignen sich hervorragend, um solche Überfälle zu rechtfertigen. Ideologische Konfrontationslinien verwandeln sich dann in militärische, wobei es im übrigen immer weniger gefährlich ist, gegen das Nachbarland Krieg zu führen als gegen eine imperialistische Supermacht.
Der Krieg zwischen Iran und Irak ist ein typisches Beispiel für solches Aufeinanderprallen zweier eigenständiger Nationalismen in der Dritten Welt. In beiden Ländern gibt es große benachteiligte Bevölkerungsgruppen – die Schiiten im Irak, die Kurden und Araber in Iran – die nach mehr Macht verlangen und die Privilegien der herrschenden Clique in Frage stellen. In beiden Ländern ist es ein besonderer Nationalismus, der diesen Cliquen im Kampf gegen ausländische Abhängigkeit zur Macht verholfen hat und den sie jetzt benutzen, um ihre Herrschaft zu verteidigen: die Ayatollahs berufen sich, wie schon der Prophet Mohammed, auf die Verteidigung und Ausbreitung des rechten Glaubens, die alle Ungläubigen, zu denen auch modernistische oder nicht-schiitische Moslems gehören können, zu Feinden macht; Saddam Hussein und sein Clan beruft sich auf die panarabische Idee, die alles zum Feind stempelt, was nicht von arabischer Sprache und Kultur ist. Daß dabei ursprünglich antiimperialistische Bestrebungen für die jeweiligen Herrschaftszwecke mißbraucht werden, zeigt sich daran, daß beide Seiten mit Vorliebe die USA zum Hauptfeind und Hauptschuldigen machen, auch wenn das – wie im jetzt ausgebrochenen Krieg – einer plausiblen Grundlage entbehrt.
Daß der Irak den Krieg jetzt vom Zaum gebrochen hat, mag damit zusammenhängen, daß Khomein y nie vorhatte, die Armee als Instrument seines islamischen Nationalismus einzusetzen. Er will durch Propaganda, Streikaufrufe an die schiitische Bevölkerung Iraks u.s.w. seine Interessen verfolgen.[27])
Saddam Hussein hat die historische Stunde für günstig gehalten, um zuzuschlagen: Iran ist international (z.B. in der UNO) isolierter denn je, seine Armee erschien geschwächt, ihr Nachschub gefährdet, und die Unterdrückung der Araber in Khusistan ließ auf deren Sympathie für die irakischen „Befreier" hoffen.
Sicherlich läßt sich nicht jeder Konflikt in der Dritten Welt durch den dort vorherrschenden Nationalismus zureichend erklären. Es hat in der Vergangenheit Kriege gegeben, und man muß auch in Zukunft mit ihnen rechnen, die weit mehr als der zwischen Iran und dem Irak den Charakter von Stellvertreterkriegen zwischen den Supermächten haben. Aber auch die Kriege zwischen Vietnam und Kampuchea oder zwischen Äthiopien und Somalia hatten eine Komponente des eigenständigen Nationalismus, die nicht unterschätzt werden darf.
Diese Komponente spielt auch dort (z.B. im südlichen Afrika) eine wichtige Rolle, wo Befreiungsbewegungen ihr Programm in einer betont marxistischen, internationalistischen, sozialrevolutionären Terminologie formulieren. Auch dort sollte das, was über Chancen und Gefahren des Nationalismus in der Dritten Welot gesagt worden ist, in Zukunft mehr beachtet werden als bisher, um neue Fehleinschätzungen und Enttäuschungen zu vermeiden und der internationalen Solidarität eine zwar ruhigere, aber auch kontinuierlichere Bewegung zu geben.


Irak-Führer Saddam Hussein

Aufgaben der Solidaritätsbewegung
Den Nationalismus in der Dritten Welt von einem abstrakten internationalistischen Standpunkt aus zu bekämpfen, steht uns als unfreiwilligen Mitgliedern und Nutznießern der imperialistischen Systeme nicht an, und es wäre auch nicht aussichtsreich. Nationalismus ist offenbar ein unvermeidlicher Faktor, der die ganze Epoche des Kampfs der Dritten Welt gegen den Imperialismus prägt, weil er die logische Antwort der Völker auf den Internationalismus des großen Kapitals ist, das mit Coca-Cola, Pornographie und Wohnsilos aus Beton in die Landeskulturen einbricht. Solange es der Linken in Europa und Nordamerika nicht gelingt, wirksame Antworten auf den Internationalismus des Kapitals im eigenen Lande zu geben, hat sie kein Recht, sich über den Nationalismus der Völker in der Dritten Welt zu erheben, der immerhin eine wirksame Antwort ist. Linker Internationalismus, der den arabischen oder islamischen Nationalismus von sich aus bekämpfte, hätte mit dem Internationalismus des Kapitals unweigerlich die Arroganz gemeinsam, den Völkern vorschreiben zu wollen, wie sie zu leben haben. Das wäre nicht nur moralisch zweifelhaft, sondern, eben wegen der Ähnlichkeit mit dem Internationalismus des Kapitals, politisch zum Scheitern verurteilt.
Aufgabe der linken Solidaritätsbewegung ist es, die Völker der Dritten Welt in ihrem Kampf um Unabhängigkeit von eben jenen Ländern zu unterstützen, in denen die

Solidaritätsbewegung arbeitet. Unabhängigkeit heißt, daß die Klassen und Schichten eines Landes im Konflikt miteinander unter sich selbst ausmachen können, welche Entwicklung das Land nehmen wird. Von außen aufgezwungene Lösungen dieser Frage führen, selbst wenn sie sozialistisch sein sollten, zu brüchigen Verhältnissen, unter denen gerade der Nationalismus gedeiht wie im Treibhaus. Dafür ist die jüngste Entwicklung in Afghanistan ein eindrucksvolles Beispiel.

So sehr wir uns von Einmischungen fernhalten sollten, so sehr benötigen wir allerdings eine kritische Einschätzung, zumal was die widersprüchliche Funktion nationalistischer Ideologien im Befreiungsprozeß anbelangt. Kritische Einschätzungen sind notwendige Voraussetzungen, um die nächsten praktischen Aufgaben bestimmen zu können. Hinsichtlich des Krieges zwischen Iran und dem Irak stellt sich die konrete Aufgabe, die waffenexportierenden Staaten bei Rüstungslieferungen in die Golfregion zu behindern. Solche Bemühungen wären nicht nur unglaubwürdig, sondern auch zum Mißerfolg verdammt, wenn wir nur von einer der beiden um weltweiten Einfluß konkurrierenden Seiten die Einstellung der Waffenlieferungen fordern würden. Je länger die UdSSR Panzer, Flugzeuge und Munition an den Irak liefert, der dadurch militärisch allmählich die Oberhand gewinnt, desto leichter wird das in die Enge getriebene Khomeiny-Regime seine Vorbehalte aufgeben, sich von den USA mit Waffen eindecken zu lassen, worauf deren Rüstungsindustrie nur wartet. Gegebenenfalls gilt dies auch in der umgekehrten Richtung. Die Forderung nach Einstellung der Waffenlieferungen hat also nur dann Sinn, wenn sie sich an beide Machtblöcke gleichzeitig wendet.

Auf diesem Gebiet zeichnen sich für die Solidaritätsbewegungen wichtige Aufgaben ab. Internationalismus, der sich seiner Grenzen zur Einmischung hin bewußt ist, sollte nicht nur in der Längsrichtung mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt geübt werden, sondern mindestens ebenso stark in der Querrichtung mit dem Widerstand in anderen Industrieländern. Also z.B. zwischen der französischen und der deutschen Bewegung gegen das jeweilige Atomprogramm oder zwischen den Antimilitaristen in Ost und West.

Auch im Warschauer Pakt regen sich nämlich trotz aller politischen Unterdrückung Kräfte gegen Militarismus und Rüstungsexporte, zu denen wir Kontakt halten und über die wir verstärkt berichten sollten. Ganz falsch ist es, nichts dagegen zu unternehmen, daß Leute wie der aus der DDR abgeschobene Wehrdienstverweigerer Nico Hübner von den reaktionären Kräften in der Bundesrepublik in Beschlag genommen und für reaktionäre Interesse ausgenutzt werden. Auch sollte die Linke es nicht wieder der CDU überlassen, sich mit der Opposition in Polen zu verständigen, welbst wnn diese teilweise christlich inspiriert ist. Solche Kontakte zu scheuen, um ein sozialistisches System nicht zu gefährden, ist falsche Solidarität, weil die Länder des Warschauer Paktes nicht sozialistisch sind, mit ihrem Anspruch darauf aber der reaktionären, antikommunistischen Propaganda die Arbeit erleichtern.

Auf jeden Fall sollten anläßlich des Kriegs zwischen Iran und Irak in der Bundesrepublik Aktionen gegen den Rüstungsexport in die Dritte Welt durchgeführt werden. Wirklich erfolgreich können wir damit aber erst dann werden, wenn es uns gelingt, uns mit dem antimilitaristischen Widerstand in anderen Industrieländern – einschließlich des Warschauer Paktes – zu koordinieren.

hpö

Quellen:

1) Vgl. blätter des iz3w, Nr. 85, S. 3 ff.
2) NZZ, 24.9.1980; SZ, 24.9.1980
3) NZZ, 23.9.1980
4) Die Zeit, 17.10.1980
5) Der Spiegel, 13.10.1980
6) TAZ, 26.9.1980
7) FR, 13.10.1980
8) Die Zeit, 17.10.1980
9) Erklärung der Volksmujahedin vom 11.9.1980
10) Vgl. Kayser, C. und H. Pöttker: Wohin steuert der Iran? In: ESG-Nachrichten, November 1979
11) Tagesschau, 17.10.1980
12) TAZ, 9.10.1980
13) NZZ, 23.9.1980
14) FR, 20.10.1980
15) TAZ, 23.9.1980
16) SZ, 23.9.1980
17) NZZ, 28.9.1980; TAZ, 25.9.1980
18) FR, 18.9.1980
19) Vgl. Albrecht, U.: Der Handel mit Waffen. München 1971
20) DWMD, 25.9.1980
21) NZZ, 21.9.1980
22) Tagesschau, 17.10.1980
23) NZZ, 28.9.1980
24) Hb, 24.9.1980
25) NZZ, 28.9.1980
26) Radio Zagreb, 23.9.1980; zitiert nach DWMD, 25.9.1980
27) TAZ, 30.9.1980





Neuerscheinungen: Vietnam und Kampuchea

In der letzten Zeit sind eine Reihe von Publikationen (Bücher, Zeitschriften, Dokumentationen) zur Entwicklung in Süd-Ost-Asien, insbesondere in Vietnam und Kampuchea erschienen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit soll auf einige dieser Neuerscheinungen eingegangen werden.

Peter Scholl-Latour, Der Tod im Reisfeld, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1979; 32,00 DM
Dieses Buch enthält entlang einer chronologischen Gliederung Erlebnisberichte und Einschätzungen des bekannten Fernsehjournalisten. Es handelt sich um eine Berichterstattung aus „subjektiver Sicht" (Scholl-Latour), die versucht die Frage nach den Ereignissen seit 1945 zu beantworten. Die Antworten sind jedoch enttäuschend, und dies gesteht sich der Autor selbst ein, wenn er schreibt: „Wie ist dieser Sieg (Vietnams über die USA) möglich gewesen? ... Wie ist es diesem ausgemergelten, mittellosen Zwerg Nordvietnam gelungen, die amerikanische Kolossalmacht schachmatt zu setzen? Bei jedem Schritt durch die Straßen von Hanoi drängen sich diese Fragen auf, und es gibt keine Antwort. Alles ist hier (in Hanoi) heruntergekommen, abgenutzt, verschlampt." (S. 250)
Die „subjektive" Berichterstattung ist mehr die Schilderung der Erlebnisse eines Kriegsberichterstatters, der das Leben der Kolonialisten und Besatzungstruppen schildert, einschließlich einer detaillierten Beschreibung ihrer Bordelle und Heroinhöhlen. An das Leben des Volkes denkt Scholl-Latour erst nach der Vertreibung der USA, in seinen Kapiteln über den „Dritten Indochinakrieg").



Hierbei handelt es sich dennoch um den informativsten Abschnitt, weil ausführliche Berichte über Gespräche mit Sihanouk, den Chinesen und Thailändern wieder gegeben werden.
Unter einem Aspekt ist dieses Buch jedoch sehr lesenswert: Hier lernt man besser als anderswo die Mentalität derjenigen Reporter kennen, die maßgeblich die Dritte-Welt-Berichterstattung in unseren Medien mitverantworten.

William Shaucross, Schattenkrieg. Kissinger, Nixon und die Zerstörung Kambodschas, Ullstein Verlag, Berlin/Frankfurt-M./Wien 1980, 36,00 DM
Von ganz anderer Qualität ist dieses Buch, ebenfalls von einem Journalisten geschrieben, der lange Jahre für die Londoner „Sunday Times" in Südostasien tätig war. Er analysiert ausführlich die Politik der USA, die zur Zerstörung Kampucheas führte und zeigt auf, mit welcher Brutalität und Gewissenlosigkeit die Amerikaner dieses Land vernichteten. Mit diesem Beitrag, der die „Mafiamethoden" der Watergate-Zeit lebendig vor den Augen des Lesers führt, wurde Kissinger dazu gezwungen, seine Memoiren mehrfach umzuschreiben. Gleichzeitig leistet dieses Buch einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Situation, unter der die Roten Khmer 1975 gezwungen waren, ihre Politik zu formulieren. Durch umfassende Informationen auch zur Entwicklung des Befreiungskampfes in Kampuchea selbst, ist dieses Buch für jeden, der sich mit den Entwicklungen in dieser Region befaßt, unverzichtbar.

Norodom Sihanouk, Kambodscha – Chronik des Krieges und der Hoffnung, das aktuelle Ullstein Buch, Berlin/Frankfurt-M./Wien 1980, 6,80 DM
Mit diesem Buch, bereits 1979 geschrieben, begründet Sihanouk seine augenblickliche Position und seine Vorstellungen für die Zukunft seines Landes. Nach einem Abriß über die Geschichte Kambodschas bis 1978 – deren Widersprüchlichkeit zu anderen Aussagen Sihanouks ins Auge springt –, kommt er zu dem schluß, daß der „Hauptfeind" seines Volkes die Roten Khmer seien. Die Verhinderung ihrer Rückkehr an die Macht ist z.Z. das Hauptziel seiner Politik, zu dessen Erreichung er auch die Zusammenarbeit mit den vietnamesischen Besatzern nicht ablehnt.
Auch wenn dieses Buch neuere Entwicklungen der Position Sihanouks nicht enthalten kann, ist seine Lektüre zu empfehlen, um die Denkweise des Mannes kennenzulernen, der nicht nur international ein großes Ansehen genießt, sondern der auch eine wichtige Rolle spielen kann, um die Souveränität Kampucheas wieder herzustellen.

Doan Van Toai, Der vietnamesische Gulag, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1980, 34,00 DM
Der Verfasser, der selbst am anti-amerikanischen Befreiungskampf teilgenommen hat, beschreibt seine Erlebnisse in den Gefängnissen Südvietnams und vergleicht

sie mit seinen Erfahrungen in den Kerkern Thieus. Er wurde im Juni 1975 verhaftet und über 2 Jahre ohne Angaben von Gründen festgehalten, bis er nach seiner Entlassung 1977 nach Frankreich ausreisen durfte.
Er schildert ausführlich die Behandlung, die er selbst mitgemacht hat und die Begegnungen mit vielen südvietnamesischen Kommunisten und Patrioten, die er in den Gefängnissen wieder begegnete, obwohl diese auch ihr Leben im Kampf gegen die USA eingesetzt hatten. Der Verfasser spricht davon, daß die Gefängnisse heute voller sind als unter Thieu und gibt eine Schätzung von 1 Million politischer Gefangener in Vietnam.
Ein Buch, das viele Fragen aufwirft, und das nicht einfach als pro-amerikanisches Machwerk abgetan werden kann, wie es die Vietnamesen versuchen. Der im Anhang abgedruckte Appell von bekannten Inhaftierten widerspricht dem. Es fordert eine erneute Auseinandersetzung mit der Entwicklung in Vietnam und stellt die Aufgabe, die dortigen politischen Gefangenen zu unterstützen und ihre Freilassung zu fordern. Eine neugebildete Gruppe von Amnestie International at sich dieser Aufgabe schon angenommen.

Rupert Neudeck (Hrsg.), Wie helfen wir Asien? oder „Ein Schiff für Vietnam", rororo aktuell 4633, Reinbek 1980, 6,80 DM
Einer Einführung von Heinrich Böll über „Das Jahrhundert der Flüchtlinge" folgen vier Abschnitte. Nach 19 Protokollen von sog. „boat-people", die Beweggründe und Verlauf der Flucht aus Vietnam darlegen, schildert R. Neudeck seine Erfahrungen beim Aufbau der Initiative „Ein Schiff für Vietnam", das in den letzten Monaten eine erfolgreiche Arbeit durchführt. Von besonderem Interesse ist hierbei die Haltung und Politik der Bundesregierung gegenüber dieser Basis-Initiative, ihr Mißtrauen und ihre Versuche, diese Initiative in die offiziellen Kanäle zu lenken oder möglichst klein zu halten.
Ein Abschnitt über Kambodscha wie eine Dokumentation über „Die Linke und Vietnam", in dem u.a. Stellungnahmen von André Glucksmann, Hellmut Gollwitzer, Peter Weiß und Heinrich Böll enthalten sind, schließen das Buch ab. Lesenwert nicht nur für diejenigen, die sich mit Südostasien befassen, sondern auch für das Studium der Frage, wie und mit welchen Methoden eine solche Initiative zum Erfolg kommen kann.

Entwicklungspolitische Korrespondenz Nr. 6/79-1/80, Hamburg 1980, Thema: Kampuchea, 5,00 DM zu bestellen bei: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19
Eine lesenswerte Einführung in das Problem der Entwicklung Kampucheas und seine Besetzung durch Vietnam.
In verschiedenen Artikeln wird die Geschichte Kampucheas, der Konflikt mit Vietnam, die Entwicklung von 1975 – 1979 unter den Roten Khmer und die Reaktionen des Auslands dargestellt.
Die verschiedenen Autoren bemühen sich, eine verständliche Einführung in das komplizierte Thema zu geben. Berichte über Solidaritätsaktivitäten, eine Chronologie und eine Materialliste runden das Heft ab.
„Wir sehen die Aufgabe ... nicht darin, ... ein fertiges Urteil über den Konflikt zu liefern, sondern ... die Hintergründe und Ursachen des Konflikts zu analysieren." Diesen, im Editorial formulierten Anspruch, hat die Redaktion eingelöst.

Kampuchea-Informationen, Hrsg. Kampuchea-Komitee Köln, erscheint regelmäßig, 2,50 DM. Bestellungen an: R. Heinrichs, Kasparstraße 43, 5000 Köln 1
Diese regelmäßig erscheinende Zeitschrift enthält auf durchschnittlich 34 Seiten verschiedene Analysen über die Entwicklung in Kampuchea und Vietnam, die zumeist aus ausländischen Quellen übersetzt sind. Eine sehr hilfreiche Zeitschrift, weil damit Texte auf deutsch verfügbar werden, die sonst nur schwer erhältlich sind.

Terre des hommes, Heft 1/80, Schwerpunktthema Flüchtlinge, Osnabrück 1980, sowie: Dokumentation der kampucheanischen Flüchtlingsproblematik. Beides zu beziehen bei: Terres des hommes, Postfach 4126, 4500 Osnabrück
Innerhalb des Themas „Flüchtlinge" nimmt das Schicksal der Vietnamesen und Kampucheaner eine besondere Rolle ein. Beiträge schildern die Rettung und Übersiedlung von Vietnamesen in die Bundesrepublik, die Entwicklung Kampucheas, sowie eines Reiseberichts nach Vietnam. Ein Streitgespräch zwischen schwedischen Journalisten (Jan Myrdal, Erik Eriksson etc.), sowie eine Sammlung von Zeitungsausschnitten in der „Dokumentation" ergänzt die Informationen.
Im kampucheanisch-vietnamesischen Konflikt übernimmt die Berichterstattung z.T. stark die vietnamesische Position und plädiert für die Weiterführung der Hilfe für Vietnam. Die OXFAM-Hilfsaktionen an die provietnamesische Heng-Samrin-Regierung in Phnom Pen wird unterstützt, Bedenken wegen der Verteilung der Güter, wie sie u.U. vom Internationalen Roten Kreuz geübt werden, kommen nicht zur Sprache.
Positiv zu erwähnen bleibt noch ein Artikel, der zurecht darauf hinweist, daß auch andere Flüchtlinge eine ähnlich positive Behandlung nötig hätten, wie sie die „Indochina-Flüchtlinge" erfahren. Der Verweis z.B. auf die lateinamerikanischen Flüchtlinge trifft ins Schwarze.

Kambodscha, Eine Dokumentation der Deutschen Welthungerhilfe, März 1980, kostenlos zu beziehen bei: Deutsche Welthungerhilfe, 5300 Bonn 1, Adenauerallee 134
Diese gut aufgemachte Broschüre, die zudem reich bebildert ist, ist eine Werbung für die Kambodscha-Hilfe des OXFAM-Konsortiums, das an die Heng-Samrin-Regierung geht. Die o.g. Bedenken kommen auch hier nicht zur Sprache. Im Gegenteil: Offensiv wird die Behauptung vertreten, daß alle Hilfsgüter an die kampucheanische Bevölkerung verteilt werden.

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Amt des Vertreters in der Bundesrepublik Deutschland, „Zur Information", zu beziehen über: „Rheinallee 18, 5300 Bonn 2.
Dieses Bulletin wendet sich an alle „an den Hauptflüchtlingsproblemen Interessierten und an deren Lösung Beteiligten mit Informationen über die zahlreichen Flüchtlingssituationen und die Tätigkeiten des Hohen Flüchtlingskommissars in diesem Feld". Daraus wird deutlich, daß hieraus nicht nur Informationen über die „Indochina-Flüchtlinge" zu entnehmen sind. Ihnen wird aber natürlich ein breiter Platz eingeräumt.

Kampuchea-Pressespiegel, Hrsg. Kampuchea-Arbeitskreis Stuttgart, zu bestellen bei: K. Seifert, Schönbühlstr. 7, 7000 Stuttgart 1
Dieser Pressespiegel erscheint in unregelmäßigen Abständen und faßt wichtige Artikel der in- und ausländischen Presse zusammen. Der Arbeitskreis in Stuttgart hat die Herausgabe in Zusammenarbeit mit einer Reihe von weiteren Kampuchea-Solidaritätsgruppen übernommen.

Klaus Fritsche

Entwicklung muß von unten kommen

Rezension: Joachim Dennhardt / Siegfried Pater (Hg): entwicklung muß von unten kommen, perspektiven autonomer entwicklung und exemplarische projekte in der dritten welt, das buch zur fernsehserie „götter, gräber und experten" – rororo Nr. 7412, Reinbek bei Hamburg, Oktober 1980, 505 Seiten, DM 12,80.

Das vorliegende Buch ist als Ergänzung und Vertiefung gedacht zu der Fernsehserie „Götter, Gräber und Experten". Hinter diesem merkwürdigen und unglücklich gewählten Titel verbergen sich acht Filme von verschiedenen entwicklungspolitischen Filmemachern, die der Westdeutsche Rundfunk in Auftrag gegeben hat. Diese Filmserie wird in diesem Herbst im Dritten Fernsehprogramm des WDR und HR ausgestrahlt (genaue Sendetermine siehe am Schluß dieser Rezension). Die anderen Sender der ARD übernehmen die Sendereihe (bisher?) nicht, obwohl dies keinerlei Kosten für diese Anstalten bedeuten würde, da die Serie vom WDR bereits finanziert ist.
Die Filme sind jedoch bei der Landeszentrale für Politische Bildung NRW, Postfach 1103, 4000 Düsseldorf, bzw. den jeweiligen Landesbildstellen ausleihbar. Sie eignen sich gut dafür, von Aktionsgruppen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt zu werden. Mit Hilfe des Begleitbuches ist jede Aktionsgruppe in der Lage, sich auf die in den einzelnen Filmen gezeigten Entwicklungshilfeprojekte und deren Problematik vorzubereiten.
Das erste Kapitel des Sachbuches „entwicklung muß von unten kommen" hat eine Autorengruppe des iz3w verfaßt: „Unterentwicklung kommt von oben – Abhängigkeit und Ungleichheit hemmen die Entwicklung". Hier wird eingeleitet in die Entwicklungshilfeproblematik. Dieses Kapitel ist der theoretische Background des weiteren Buches und der einzelnen Filme, die jeweils Ausschnitte, Teilaspekte der Unterentwicklung aufzeigen. Jeder/m, die/der es bisher nicht geschafft hat, das Buch „Entwicklungspolitik – Hilfe oder Ausbeutung?" zu lesen, sei dieses erste Kapitel als eine gelungene Kurzfassung zu empfehlen, ja, es ist eine notwendige Voraussetzung, um die Kritik an den in den nachfolgenden sieben Kapiteln vorgestellten Entwicklungshilfeprojekten im Zusammenhang von Entwicklung und Unterentwicklung zu verstehen. Wem die Fragen: „Was ist Entwicklung? Warum konnte die Entwicklungshilfe die Unterentwicklung nicht beseitigen? Wem nützt die Entwicklungshilfe? Was können wir zur Veränderung der Situation in der Dritten Welt beitragen?" vertraute Fragen und Diskussionsthemen sind, mag das erste Kapitel des Buches getrost überblättern.
Die folgenden acht Kapitel des Buches beziehen sich jeweils auf einen Film. Zunächst wird auf die Problematik der Projektart eingegangen, es schließen sich Informationen über das jeweilige Land an. Zum Abschluß wird der betreffende Film vorgestellt, weniger durch eine Inhaltsangabe, als vielmehr dadurch, daß die in einem 30-Minuten-Film zwangsläufig nur angesprochenen Themen durch Interviews, längere Ausführungen und Literaturhinweise der Filmemacher ergänzt werden.
Der Sobradinho-Stausee in Brasilien – ein großtechnisches Entwicklungsprojekt hat Gegenstand des Filmes „Terra Roubada – Geraubte Erde" von Peter von Gunten. Die „blätter des iz3w" haben dieses „Entwicklungs"projekt in der letzten Ausgabe (Nr. 88, S. 39 ff) ausführlich dargestellt. Daher hier nur eine kurze Inhaltsangabe des Films:

In Zusammenarbeit mit der Weltbank und deutschen Großunternehmen läßt die Regierung Brasiliens ein gewaltiges Staudammprojekt in ländlicher Region errichten. Der Film nimmt sich die Probleme einer wahnwitzigen Wachstumsideologie zum Thema. Die Hintergründe und Auswirkungen einer verordneten Planung, die gewachsene Strukturen zerstört und die Existenz der Landbevölkerung in aller Vermessenheit vernichtet. Über 100 000 Menschen mußten ohne angemessene Entschädigung dem Großprojekt der Bürokraten weichen. Die Menschen stehen am Rande des Ruins, viele von ihnen sind ohne Arbeit und Haus der Verelendung preisgegeben.

Das Projekt ist ein trauriges Beispiel dafür, wie technische Großprojekte zur weiteren Verelendung der Armen in den Entwicklungsländern führen.

Kirchliche Entwicklungshilfe auf den Philippinen zeigt der Film: **Projekt 329-80/021 – Rural Missionaries** von Marietta Peitz.

In der Vergangenheit war die europäische Mission an der Herausbildung von bürgerlichen Eliten in der Armen Welt beteiligt. Der Film will neue Ansätze der Mission vorstellen: Die Rural Missionaries auf den Philippinen sind einheimische Ordensschwestern, die sich vorgenommen haben durch Basisdienste eine zunehmend verarmende Mehrheit vor den Folgen der machtbesessenen, herrschenden Minderheit im Lande zu schützen. Durch ihr Engagement in Unterricht, Feldarbeit und Krankenpflege versuchen die Schwestern das Volk auf dem Lande vor Überfremdung zu schützen und es seine Identität wieder gewinnen zu lassen. Der sozialpolitische Einsatz der Missionarinnen bringt sie in das konfliktreiche Spannungsfeld der Macht im Land – sie sind persönlich gefährdet und werden oftmals verfolgt. Die Rural Missionaries werden durch Spenden der Kirche aus der Bundesrepublik unterstützt.

Soweit die Fernsehankündigung des WDR. Ich selbst habe den Film nicht gesehen. Das Buchkapitel zu den Rural Missionaires lebt vom Widerspruch in sich selbst. Auf der einen Seite nimmt B. Merk die Arbeit der Kirchen in der Dritten Welt, ihre entwicklungspolitischen Theorien, die Projektpolitik und die Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik kritisch unter die Lupe. Andererseits wird das im Film gezeigte Projekt im Buch von den Projektträgern Misserior und Missio selbst vorgestellt.
„Die christliche Verkündigung vom Heil zielt nicht mehr allein auf die Bekehrung des einzelnen oder die Verwurzelung der Kirche in nichtchristlichen Gebieten, sondern fordert ebenso nachdrücklich die Befreiung aus Armut, Abhängigkeit und jeder Form von Unterdrückung. Nur so können einzelne oder gesellschaftliche Gruppen den Vollsinn der biblischen Botschaft von der Erlösung des Menschen erfahren. Die Rural Missionaires handeln aus dieser Motivation. In ihrer Tätigkeit unter der philippinischen Landbevölkerung verbinden sie religiöse Unterweisung wie selbstverständlich mit ihrem Einsatz für eine adäquate medizinische Versorgung oder die Verbesserung der Nahrungsmittelproduktion bis hin zur Rechtsberatung gegenüber staatlicher und privater Willkür, der die kleinen Bauern vielfach ausgesetzt sind." (Missio, S. 108) „Die Arbeit der Schwestern umfaßt neben der Sozialarbeit auch Erwachsenen- und Kinderkatechese, Bibelkreise, Familienberatung, Einkehrtage, Exerzitien, Bewußtseinsbildung. Die Teams arbeiten vorwiegend in politisch gefährdeten Gebieten; es gehört zum Grundsatz der Schwestern, das Leben des Volkes bis in seine Unsicherheit und Gefährdung hinein zu teilen" (Missio, S. 112).
Auch an dieses kirchliche Entwicklungsporjekt, welches dem Ziel „Hilfe zur Selbsthilfe" zu sein sehr nahekommt, sei die Frage gestellt: Verhindert hierdurch nicht die Kirche die sozialen Umwälzungen? Gräbt sie nicht mit ihrem vorbildlichen Einsatz in den „politisch gefährdeten Gebieten" den Befreiungsbewegungen das Wasser ab und dient dadurch zur Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse auf den Philippinen? Dazu B. Merk:

„Das Gesundheitsprojekt verbessert die medizinische Versorgung in dem betroffenen Dorf, die landwirtschaftliche Genossenschaft trägt durch Beratung, Ausbildung und finanzielle Hilfen zur Hebung der Ernteergebnisse und Verkaufserlöse der Bauern bei. Entscheidend ist aber (langfristig), welches Bewußtsein durch das Projekt entsteht, ob die Nutznießer mit der Verbesserung ihrer eigenen Situation zufrieden sind und nicht mehr nach den (gesamtgesellschaftlichen) Ursachen der mangelhaften Gesundheitsversorgung, den ungenügenden landwirtschaftlichen Erträgen etc. fragen. Tun sie das nicht mehr, so bewirkt das Projekt Integration privilegierter Einzelpersonen oder Gruppen in ein ungerechtes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, das durch solche punktuelle Veränderungen nicht grundlegend verändert oder auch nur gefährdet sein wird. Solche integrativen Projekte, etwa im Genossenschaftsbereich, werden oft als strategisches Mittel zur Beruhigung unterprivilegierter Klassen von den Herrschern gegen eine strukturelle Veränderung und zur Erhaltung ihrer Privilegien eingesetzt." (S. 97)

„... Aber Bananen können wir nicht verkaufen"

Medienhilfe für Jamaika ist das Projekt, welches W. Landgräber und F. Zimmermann in dem Film **... Aber Bananen können wir nicht verkaufen** vorstellen.

Eine halbe Milliarde DM hat sich die Bundesrepublik bislang die Förderung von Medienprojekten in der Dritten Welt kosten lassen – selten ohne Eigennutz. Daß Medien-Entwicklungshilfe nicht nur deutscher Technologie – sondern fast immer auch Ideologietransfer ist, will der Film am Wirken der Friedrich Ebert-Stiftung in Jamaica zeigen. Einem Land, das stärker als andere von postkolonialen Krisen erschüttert wird. Die Stiftung liefert hochfeines Kommunikationsgerät und wohlfeile Ausbildung für die bürgerlichen Eliten – doch Bananen, eines der Hauptausfuhrgüter des Landes, von dessen Anbau ein Großteil der armen Bevölkerung lebt, lassen sich damit nicht verkaufen.

Drei Aspekte haben mich an diesem Film am meisten beeindruckt: die kulturelle Entfremdung, die Eliteproblematik und der Technologietransfer.

Die kulturelle Entfremdung durch die westlichen Medienprodukte, die in der Dritten Welt verbreitet werden, setzt sich auch fort in den Eigenproduktionen nationaler Fernsehanstalten in den Dritt-Welt-Ländern. So wird im Film eine vom jamaikanischen Fernsehen produzierte Show gezeigt, die nicht mehr oder weniger als einen Abklatsch einer Hollywoodproduktion darstellt und dies in einem Land, das voll traditioneller Kunst und Musik ist, beispielsweise des Raggae.

Die im Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgebildeten Film- und Fernsehstudenten gehören der Elite Jamaikas an. Ihr Institut könnte genausogut in Berkeley/Kalifornien oder in Konstanz am Bodensee stehen! „Der Lehrbetrieb erinnert mich an die Filmhochschule in München. Es herrscht der gleiche Geist. Hier darf man unbelastet von den Realitäten draußen vor der Tür, spielen, experimentieren. Das Institut ist dank der Friedrich-Ebert-Stiftung technisch ebensogut, in manchen Bereichen sogar besser ausgestattet als die Medienbildungsstätten in Deutschland." (S. 158, W. Landgräber, einer der beiden Filmemacher dieses Films). Nur wenige Hundert Meter neben dem Institut beginnen die Slums von Kingston.

Der Technologietransfer orientiert sich auch im Medienbereich noch immer meist an den Interessen der „Geberländer" und in den seltensten Fällen an dem, was in der 3. Welt gebraucht wird und verwendet werden kann. Der Leiter der Filmabteilung des Projekts berichtet:

„Die Schwierigkeiten, die wir haben, liegen im System, das man uns gegeben hat. Obwohl wir, die wir vom Filmen in den Tropen etwas verstehen, immer der Meinung waren, daß Negativmaterial für uns das beste ist, haben uns die Berater vom deutschen Fernsehen das Umkehrsystem im Labor installiert – ein System, das in Deutschland sicherlich sinnvoll ist, bei uns jedoch eine Katastrophe. Betrachten wir zum Beispiel den Magnetstreifen am Rande des Films: in den Tropen löst sich die Schicht entweder schon beim Einlegen des Films oder spätestens nach dem Entwickeln. Zu diesem Thema allerdings fanden wir bei den deutschen Beratern kein Gehör – man glaubte uns einfach nicht. Wenn man diesen Film dann einige Monate oder gar ein Jahr lagert, dann hat man echte Probleme, denn unsere hohe Luftfeuchtigkeit erschwert die Lagerhaltung." (S. 160/61).

Die Wärme, die aus dem Mist kommt

H. Herbst und K. Dzuck stellen in diesem Film eine Biogasanlage in Kamerun vor:

Die Gewinnung von Energie zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen rund um den Erdball ist in den gegenwärtigen Verhältnissen zum Problem geworden. Vor allem arme Länder sind deshalb auf der Suche nach adäquaten Lösungen. Der Film stellt ein Projekt angepaßter Technologie im afrikanischen Kamerun vor: Ein Bauer hat es geschafft, mit den vorhandenen, einfachsten und billigen Mitteln, eine Anlage zur Herstellung von vielseitig nutzbarem Biogas aus Stallmist zu errichten. Unterstützung und Anleitung fand er bei einem deutschen Entwicklungsexperten.

Dieser Film fällt aus der sonst guten Reihe heraus. Er ist einfach schlecht. Zum einen versäumt er es, die Funktionsweise einer Biogasanlage zu erläutern, das Wissen darüber wird bereits vorausgesetzt. Zum anderen wird der Begriff „Angepaßte Technologie" diskreditiert, wenn darunter – wie im Film – nur die technische Angepaßtheit verstanden wird, jedoch die soziale Komponente völlig ausgeklammert bleibt. Diese Biogasanlagen wie sie von der GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) in Kamerun gefördert werden, sind eine soziale Fehlentwicklung, weil sie ausschließlich von den reicheren Bauern betrieben werden können, da die Tiere armer Bauern nicht genügend Dung zum Betreiben einer Biogasanlage liefern. Losgelöst von einem ländlichen Entwicklungskonzept, in dem arme Bauern, sich in Kooperativen zusammenschließend, gemeinsam Biogasanlagen betreiben, führt „angepaßte" Technologie zu einer weiteren Differenzierung der Sozialstruktur auf dem Lande, nur relativ reiche Bauern können sich die Technologie der Biogasanlagen leisten. Dieses Problem wird in dem Film überhaupt nicht zur Sprache gebracht. Es gibt bessere Beispiele von Projekten angepaßter Technologie, in Tansania oder Indien oder die Biogasanlagen, die in der VR China betrieben werden, deren Vorstellung in einem Film lohnender gewesen wäre, als das gezeigte Beispiel aus Kamerun. Dieser Film hat mit seiner unkritischen Darstellung eines angepaßten Technologie- und alternativen Energieprojektes weder der Ökologie noch der Dritten-Welt-Bewegung einen Dienst erwiesen.

„UZIMA NI HAKI – GESUNDHEIT EIN MENSCHENRECHT"
von Fritz Puhl
Moderne Krankenhäuser, die einen großen Teil des Gesundheitsetats der armen Welt verschlingen, kommen nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute. Der Film stellt ein neues Konzept aus Kenia vor: Den Basisgesundheitsdienst. Man geht von der Annahme aus, daß, wenn sich eine Dorfgemeinschaft auf sozialem Gebiet entwickelt, dann auch die Bedrohung der Menschen durch Krankheiten zurückgehen wird. Der Film verfolgt eine Gruppe von einfachen Barfußsanitätern bei ihrer Arbeit und ihren Problemen auf dem Land.

„NUSA DUA – DEN FREMDEN DIENEN"
von Hans Beller
Mit der Zunahme des Ferntourismus haben die Sonnenhungrigen aus Europa in der „Idylle" der armen Welt neue Hoffnungen, aber auch Probleme geschaffen. Der Tourismus ist zu einem Industriezweig der Dritten Welt gewachsen, die damit von Konjunktur und Vorlieben in Europa abhängig wurde. Der Film beschreibt ein

großes Tourismusprojekt der Weltbank auf der Insel Bali. Er will den Strukturwandel der Umwelt durch die wohlhabenden Gäste und ihre importierten Bedürfnisse verfolgen. Er hinterfragt die Erwartungen der Landbevölkerung, die auf Arbeit im Tourismusgewerbe hofft.

„... JETZT SPÜREN SIE UNSERE EINHEIT"
von Peter Krieg
Im süddindischen Bundesstaat Andhra Pradesh wird ein Entwicklungsprojekt von Indern selbst geleitet und durchgeführt mit der finanziellen Hilfe deutscher kirchlicher Organisationen. Die freiwilligen Entwicklungshelfer im eigenen Land, versuchen mit armen Bauern zusammen ein Projekt ländlicher Selbsthilfe zu realisieren. Dabei will man die Entwicklung als einen Prozeß sozialer Befreiung verstanden wissen. Es geht um die Bewußtwerdung der Menschen im Elend, um die aktive Wahrnehmung der den Landlosen zustehenden Rechte. Die Inder haben Besuch von süddeutschen Bauern bekommen. Die Deutschen lernen und arbeiten mit. Der Film nimmt sich den Lernprozeß unserer Bauern zum Thema. Er fragt auch nach Konsequenzen daheim in der Bundesrepublik.

„GUTEN TAG DEUTSCHLAND"
von Peter Heller
Das filmische Porträt eines ehemaligen deutschen Entwicklungshelfers, der in Übersee nach kurzer Zeit zu seinem Auftrag fremde Menschen zu entwickeln in Widerspruch gerät. Er bleibt dennoch in Lateinamerika, aber dann um von den Einheimischen zu lernen. Nach drei Jahren in die BRD zurückgekehrt will er Konsequenzen aus dem Aufenthalt in der Dritten Welt ziehen. Mit anderen Handwerkern zusammen gründet er ein Zimmereikollektiv. Die Gruppe versucht sich gegen gesellschaftliche und ökonomische Zwänge zu behaupten. Man will bewußter mit der Umwelt und ihren Strukturen umgehen, sich verändern. Diese Arbeit in einer Deutschen Kleinstadt versteht der ehemalige Entwicklungshelfer als Entwicklungshilfe im eigentlichen, relevanten Sinne.

Wo

Sendetermine

... Aber Bananen können wir nicht verkaufen
(Medienhilfe/Jamaika)
WDR III: So. 9.11.80, 20.15 Uhr
HR III: Do. 13.11.80, 19.15 Uhr

Die Wärme, die aus dem Mist kommt
(Biogasanlagen/Kamerun)
WDR III: So. 16.11.80, 20.15 Uhr
HR III: Do. 20.11.80, 19.15 Uhr

Uzima Ni Haki – Gesundheit ein Menschenrecht
(Basisgesundheitswesen/Kenia)
WDR III: So. 23.11.80, 20.15 Uhr
HR III: Do. 27.11.80, 19.15 Uhr

Nusa Dua – Den Fremden dienen
(Ferntourismus/Bali)
WDR III: So. 30.11.80, 20.15 Uhr
HR III: Do. 4.12.80, 19.15 Uhr

Jetzt spüren sie unsere Einheit
(Selbsthilfe/Indien)
WDR III: So. 7.12.80, 20.15 Uhr
HR III: Do. 11.12.80, 19.15 Uhr

Guten Tag Deutschland
(Zimmereikollektiv eines ehemaligen Entwicklungshelfers)
WDR III: So. 14.12.80, 20.15 Uhr
HR III: Do. 18.12.80, 19.15 Uhr



„Zweifelhafte Segnungen"

Die Politik des Internationalen Währungsfonds in der Dritten Welt

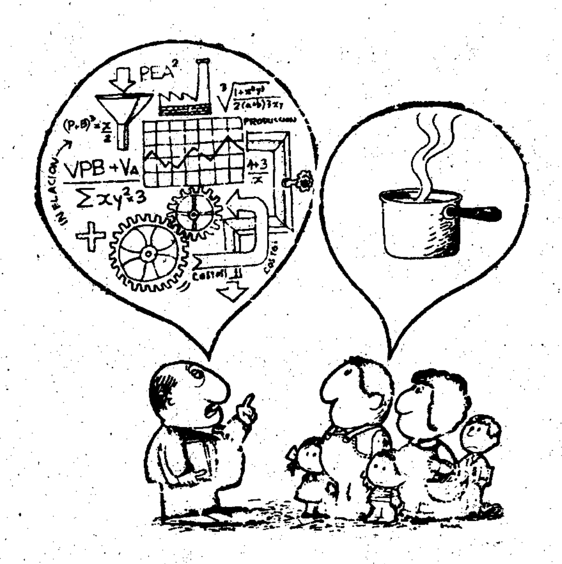
Der internationale Währungsfonds (IWF) dient als eines der wichtigsten Instrumente zur Durchsetzung westlicher Herrschaftsinteressen in der Dritten Welt. Da aber die Presse seine Aktionen fast nur im selten gelesenen Wirtschaftsteil – und dort im mystifizierenden Volkswirte-Chinesisch – abhandelt, ist der Öffentlichkeit noch viel zu wenig über diesen modernen Kanonenboot-Ersatz bekannt. In einem Artikel der Zeitschrift „New African" vom Februar 1980 hat Hariskhan Bhagat die Auswirkungen der Politik des IWF aus afrikanischer Sicht untersucht. Eine überarbeitete und gekürzte Übersetzung dieses Beitrags drucken wir im folgenden ab.

sth/Red.

Die Herausbildung der Ölwaffe und die damit verbundenen Preissteigerungen bei gleichzeitig sehr geringen Wachstumsraten der Exporteinnahmen hat objektiv zu größeren Einflußmöglichkeiten des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf die Länder der Dritten Welt ohne eigene Ölquellen geführt. Die Schuldenlast dieser Länder ist in den letzten drei Jahren jeweils um alarmierende 15 Prozent gewachsen und droht bis zum Ende dieses Jahres 274 Milliarden Dollar zu erreichen (1977: 205 Milliarden Dollar).
Mit dem Wachstum der Schuldenlast sind natürlich auch die Schuldendienstzahlungen angestiegen. Dieses Jahr werden es fast 40 Milliarden Dollar sein gegenüber 29 Milliarden 1977. Nach Angaben der Weltbank betrugen die Kredite privater Banken an Entwicklungsländer ohne Öl im Jahr 1974 fast 34 Milliarden Dollar, heute sind es schätzungsweise 120 Milliarden. Für eine große Zahl von Nicht-Öl-Ländern wird es immer schwieriger, den Schuldendienstverpflichtungen nachzukommen. Zwischen 1974 und 1978 wuchs die Zahl der Länder, die mit Zahlungen nicht nachkamen oder Umschuldungsverhandlungen beantragen mußten, von 3 auf 18.
Wenn nun ein Land in eine Zahlungsbilanzkrise gerät und über seine Umschuldung in Verhandlungen treten muß, tritt der IWF auf die Bühne.
Der IWF, 1944 auf dem Höhepunkt der US-Machtentfaltung gegründet, auf freien Handel, Verbot von Devisen-Kontrollen und ein gesundes Klima für ausländische Investitionen eingeschworen, empfiehlt normalerweise folgendes Stabilisierungs-Paket: Abwertung der Währung, Abschaffung der Devisen- und Import-Kontrollen, Kreditverknappung durch Anhebung der Zinssätze, erhebliche Verminderung der Staatsausgaben, Abschaffung der Konsum-Subventionen und höhere Steuern. Außerdem wird ein Lohnstop bei Abbau von Preiskontrollen gefordert und schließlich die Herstellung von Bedingungen, die den freien Zufluß von ausländischen Investitionen erlauben sollen.

Die Abwertung

Abwertung der Währung soll in der Theorie erstens die Importe verringern, weil sie im Preis steigen, und zweitens die Exporte fördern, weil ihr Preis auf den Weltmärkten sinkt. Bei der Struktur afrikanischer Volkswirtschaften funktioniert aber häufig weder das eine noch das andere. Was wir industriell produzieren, sind Konsumgüter, die in Fabriken „hergestellt" werden, die praktisch alle Teile importieren. Wenn in einer Phillips-Fabrik Transitorradios hergestellt werden, kann man sicher sein, daß im Lande höchstens importierte Teile zusammengelötet oder ein paar Schrauben eingedreht werden. Offensichtlich müssen solche Industrien importieren, egal wie teuer die eingeführten Teile nach einer Abwertung werden. Die Abwertung fördert wohl die Exporte, aber nur wenn ein großer exportfähiger Überschuß vorhanden ist und wenn auf den Weltmärkten gerade Nachfrage nach den jeweiligen Exportprodukten besteht.
Aber auch wenn durch Abwertung die Sanierung der Handelsbilanz gelingt, tritt ein anderer, langfristig schädlicher, aber vom IWF durchaus gewünschter Effekt auf: Die Exportorientierung der Volkswirtschaft nimmt zu. Die einheimische Produktion richtet sich also nicht auf die Herstellung nützlicher Güter für den eigenen Bedarf aus, sondern beliefert den anonymen, schwankungsreichen „Weltmarkt". Tomaten-Exporte aus dem Sahel-Hunger-Gebiet mögen als abschreckendes Beispiel dienen. (1)
Bevor ein Land einen IWF-Kredit bekommt, muß es der Abschaffung von Devisenverkehrs- und Importkontrollen zustimmen. Anstatt für eine Schonung der Devisenreserven durch Beschränkung der Importe auf das Notwendigste zu sorgen, fordert der IWF das exakte Gegenteil. Die Liberalisierung von Devisen- und Importkontrollen dient vor allem den Interessen ausländischer Zulieferer und ihrer örtlichen Partner und soll gleichzeitig ausländische Privatinvestitionen anlocken.



Die Multis freuen sich

Ausländische Investitionen in Ländern der Dritten Welt sind mehr als zweifelhafte Segnungen. Während sie anfänglich Kapital hereinbringen, entziehen sie es langfristig der einheimischen Volkswirtschaft. Je größer die Anzahl der Investitionen der Multis, desto größer der Devisenabfluß aus dem Gastland in Form von Gewinn-Transfers, Management-Gebühren, Lizenz-Zahlungen, Überweisungen von Angestellten-Gehältern, und wie seit einiger Zeit allgemein bekannt, durch überhöhte Rechnungen für Einfuhren von der Muttergesellschaft und zu niedrige Rechnungen für Verkäufe an die Muttergesellschaft. Für die Multis mit ihrem riesenhaften Zweigstellennetz auf der ganzen Welt sind das Buchhaltungs-Tricks. Für das Land der Dritten Welt aber handelt es sich um Devisenverluste.

Wenn unsere Länder also miteinander um das rivalisieren, was im IWF-Jargon im allgemeinen ein "gesundes Investitions-Klima" genannt wird (Steuerbefreiungen, zollfreie Einfuhren von Zwischenprodukten, Rücküberweisung von Profiten und Gebühren, Bereitstellung von Infrastruktur, keinerlei Bevorzugung einheimischer Firmen, ... und vor allem die Garantie von politischer Stabilität), so stimmen wir in Wirklichkeit unserer langsamen aber sicheren Erdrosselung zu.

Der angebliche Zweck der Zinsanhebung liegt in der Bekämpfung der Inflation . Die einheimischen Unternehmen müssen infolgedessen ihre Kreditaufnahme einschränken oder höhere Kosten in Kauf nehmen. (2) Aber dies sind nicht die einzigen Kalamitäten für den einheimischen Unternehmer. Denn durch die Abwertung werden seine Importe teurer und seine Auslandsschulden schwerer abzutragen.

Binnenwirtschaftlich bedeutet die Abwertung zusammen mit Lohnstop und Reduzierung der Konsumenten-Subventionen einen plötzlichen Rückgang der Kaufkraft der Verbraucher, besonders der Ärmeren. Der einheimische Unternehmer sieht sich also höheren Kosten und einem schrumpfenden Markt gegenüber – ein gutes Pleite-Rezept. Die Kreditverknappung läutet häufig das Sterbestündchen für das nationale Unternehmertum ein. Die Firmen sind nun reif, zu Schleuderpreisen von den Multis aufgekauft zu werden. Und die Abwertung spielt hier noch einen letzten Streich: Der Multi bekommt für die gleiche Anzahl Dollar mehr Einheiten der nationalen Währung. Der Aufkaufpreis wird für ihn also billiger.

Das IWF-Paket entnationalisiert die einheimische Volkswirtschaft und schafft fruchtbaren Grund für die totale Kontrolle der Multis über die afrikanischen Länder.

Verheerende soziale Folgen

Der letzte Teil des IWF-Pakets – massive Kürzung der Staatsausgaben, Lohnstop, Abschaffung von Subventionen für Verbrauchs-Güter, Rückgängigmachung von Preiskontrollen und Steuererhöhungen – soll der Inflationsbekämpfung dienen. Dieser Teil des Maßnahme-Paketes führt regelmäßig zu sozialen Explosionen in den „stabilisierten" Ländern. Während alle anderen „Empfehlungen" einige Zeit brauchen, bis sich ihre nachteiligen Wirkungen bemerkbar machen, fordert dieser Abschnitt unmittelbar den Widerstand des Volkes heraus. Verringerung der Staatsausgaben führt zu Arbeitslosigkeit; Abschaffung der Subventionen und Preiskontrollen treibt die Verbraucherpreise in die Höhe. Zusammen mit einem Lohnstop kann das der Funken im Pulverfaß sein. In einem Land der Dritten Welt bedeutet das entweder Zurücknahme der Maßnahme oder Staatsstreich. Einige Regierungen haben versucht, das IWF-Paket in toto durchzuführen, aber nicht viele haben das ohne Repression geschafft. Einer der spektakulärsten Fälle war Ägypten 1977.



Seit Sadats Regierungsantritt verfolgt Ägypten eine „Politik der offenen Tür". Im Jahre 1974 wurde eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die nach den Worten des damaligen Premierministers Mamud Salem „den freien Fluß der Investitionen erleichtern" sollten. Das war das Ende von Nassers Vermächtnis. Als Folge der Politik der offenen Tür stieg die Schuldenlast. Während zwischen 1972 und 1976 die laufenden Zahlungsbilanzdefizite 510 Millionen Dollar pro Jahr nicht überstiegen, belief sich Ägyptens private Auslandsverschuldung 1975 bereits auf 6.940 Millionen Dollar. Bis zum Ende 1976 hat die Lage gefährliche Ausmaße angenommen. Praktisch war ganz Ägypten verpfändet worden, und die Zeit der Abrechnung war gekommen.

Der IWF, wie immer in solchen Fällen stets bereit, verkündete seine Bedingungen für eine fortgesetzte Unterstützung – Abwertung und Streichung der Verbraucher-Subventionen. Da in Ägypten der größte Teil des Getreides importiert werden muß, mußte eine Abwertung den Preis des Getreides erhöhen. Die Regierungs-Subventionen für Nahrungsmittel beliefen sich auf eine Milliarde Dollar pro Jahr. Kairo wurde von einem politischen Erdbeben erschüttert – die von der Regierung erlassenen Maßnahmen führten zu den schwersten Unruhen in Ägypten seit 25 Jahren. Am zweiten Tag der Unruhen mußte Sadat die Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln und Konsumgütern zurücknehmen, die sich auf 50 % bis 100 % beliefen.

Der IWF fand das gar nicht gut. Aber die USA sahen ein, daß sie ein stabiles Ägypten brauchten, wenn ihr neugewonnener Einfluß im mittleren Osten erhalten bleiben sollte. Das US-Entwicklungshilfe-Ministerium nahm 190 Millionen für Kapitalhilfe-Projekte vorgesehene Mittel und genehmigte sie Sadat für seine Subventionen. Nur die weitergehenden Interessen der USA retteten Sadat vor dem Zorn des IWF; sonst wäre er verloren gewesen.

Numeiris Pech

Andere waren nicht so glücklich, hauptsächlich weil sie für die USA weniger strategischen Wert haben. Zum Beispiel der Sudan.

Nach dem Oktoberkrieg stellten die mit Petrodollars vollgesogenen arabischen Regime fest, daß sie zur Sicherheit alternative Getreide-Quellen brauchten. Die USA, Hauptgetreide-Lieferant der Region, hatten vornehm klargemacht, daß sie der Ölwaffe das Arsenal eines Getreideboykotts entgegen setzen würden. Die Scheichs machten den Sudan als ihre zukünftige Kornkammer aus. Präsident Numeiri seinerseits hatte sich gerade mit der Sowjetunion überworfen, die kommunistische Partei Sudans unterdrückt und suchte nach neuen Freunden.

Er schuf die übliche Infrastruktur für ausländische Privatinvestitionen. Das Landwirtschaftliche Investitionsgesetz von 1975 garantierte Land Konzessionen für 25 Jahre, versprach Steuerfreiheit für fünf Jahre und gestattete Rücküberweisungen von Profiten und Zollbefreiungen.



Seine Belohnung konnte sich Numeiri sofort abholen. Die arabische Entwicklungs- und Agrarinvestitionsbehörde genehmigte sechs Milliarden Dollar für den Sudan für die nächsten 25 Jahre. Im Jahre 1976 vergab der saudische König Khalid einen Kredit von vier Milliarden Dollar, um Sudans Schuldendienst sicherzustellen und Maschinenimporte für Entwicklungsprojekte zu ermöglichen. Der Saudi-Prinz Mohamed Faisal kaufte ein 200-Tausend-Hektar-Gut in Damazin.
Aufgenommene Kredite und Darlehen müssen natürlich eines Tages zurückgezahlt werden. Für Numeiri kam die böse Überraschung letztes Jahr.
Bei einer Inflationsrate von etwa 50 Prozent, einem Anteil der Schuldendienstzahlungen an den Exporterlösen von über 30 Prozent und einem Schuldenberg von 1,8 Milliarden Dollar war der Sudan reif für eine IWF-Stabilisierungs-Kur. Und die kam Schlag auf Schlag.
Zuerst unternahm Numeiri Schritte, um der Geldmengenausweitung von zuletzt 44 Prozent Herr zu werden. Der IWF war damit zunächst zufrieden und gewährte einen Kredit von 265 Millionen Dollar, die Saudis folgten mit 300 Millionen und Westdeutschland strich Schulden im Betrag von 220 Millionen. Dann ließ Numeiri den Benzinpreis gleich um 66 Prozent anheben, was die öffentlichen Verkehrsmittel um ein drittel verteuerte. Gleichzeitig mußten die Bauern eine kräftige Anhebung der Wasserpreise für die Bewässerung von Baumwoll- und Reisfeldern über sich ergehen lassen. Das reichte den Sudanesen: Sie gingen auf die Straße. Zusammen mit Studenten und Bauern demonstrierten Eisenbahn-Arbeiter für höhere Löhne.
Numeiri nahm daraufhin die Maßnahmen ein wenig zurück, aber nicht ganz. Die Verteuerung von Benzin wurde von 66 Prozent auf 25 Prozent zurückgeschraubt und Preiskontrollen für Grundnahrungsmittel versprochen. Numeiri forderte die Sudanesen auf, „weniger Fleisch zu essen anstatt sich über die Preise zu beklagen." Der durchschnittliche Sudanesische Arbeiter kann sich allerdings sowieso kein Fleisch leisten und muß diese Aufforderung reichlich merkwürdig gefunden haben.
Trotz Streiks und Demonstrationen setzte sich der IWF durch. Während Numeiri dem Volk teilweise nachgab, erklärte sein Finanzminister die Annahme des IWF-Pakets. Er versprach, daß der Sudan die meisten Devisen-Kontrollen aufheben und Importbeschränkungen abschaffen würde.

Vom Regen in die Traufe

Der IWF war damit durchaus zufrieden und gab grünes Licht für Umschuldungsverhandlungen mit den großen Banken und Industrieländern.
Kann Umschuldung die Probleme des Sudan lösen? Wenn die Erfahrung Ghanas unter Busia irgend etwas aussagt, hat Numeiri die Probleme bestenfalls hinausgezögert. Dort beliefen sich nämlich die zusätzlichen Zinsen nach zwei Umschuldungsrunden auf vierzig Prozent der ursprünglichen Schuldenlast. Als 1969 zum dritten Mal umgeschuldet werden sollte, sagte Ghanas Finanzminister Mensah, mit Sicherheit kein Gegner der Marktwirtschaft: „Das Prinzip, die Schuldenlast zu 'lindern', indem man sie vergrößert, wird in diesem Abkommen nicht nur bestätigt, sondern in besonders scharfer Form angewandt."
In Zaire mit der westlichen Marionette Mobuto an der Spitze ging der IWF ganz unverblümt auf eine härtere Tour vor. Bei einem Schuldenberg von 9 Milliarden Dollar, davon 3,5 Milliarden schon überfällig, erschien der IWF mit einem Stabilisierungspaket. Er lieh 215 Millionen Dollar und schickte den westdeutschen Finanz-Fachmann Blumenthal, um die Politik der Zentralbank strikt zu überwachen. Der IWF hatte praktisch Zaires Wirtschaft übernommen, was Mobutos Sippschaft sehr ärgerte. Obwohl die IWF-Charta ausdrücklich bestimmt, daß er keinen Einfluß auf die Innenpolitik von kreditnehmenden Ländern nehmen darf, ist, wie wir gesehen haben, in der Realität genau das Gegenteil der Fall.
Die USA ist heute international das größte Schuldnerland, mußte sich aber noch nie Stabilisierungs-Vorschriften machen lassen.
Die Hauptrolle des IWF ist es, Länder der Dritten Welt und wirtschaftlich schwächere europäische Länder zu disziplinieren. Was er erreichen will, ist, ein Klima zu erzeugen und aufrecht zu erhalten, das westlichen Regierungen und multinationalen Konzernen alle Vorteile bietet. Von seiner Politik – vor allem der Handelsliberalisierung – profitieren hauptsächlich die Multis. Sobald ein Land der Dritten Welt versucht, die eigene Volkswirtschaft zu schützen, übt der Iwf massiven Druck aus. Wenn die USA aber Importzölle für verarbeitete Rohstoffe oder Fertigprodukte wie Textilien erhebt, tut er nichts. Anstatt die USA zu disziplinieren, schaut er ruhig zu, wenn auf GATT-Konferenzen oder Weltwirtschaftsgipfeln „Gentleman's Agreements" zu Lasten der Dritten Welt geschlossen werden. Die USA dürfen ihre Monopole schützen. Wenn die Dritte Welt das gleiche versucht, wird sie „stabilisiert".
Der IWF betet am Altar des freien Handels, zeigt aber wenig Verehrung für die Freiheit der Länder, die er „stabilisiert".

BEGRIFFSERKLÄRUNGEN ZUM BESSEREN VERSTÄNDNIS

Zahlungsbilanz nennt man die Gegenüberstellung aller Geldströme, die sich zwischen Inland und Ausland bewegen. Sie beschreibt also, wieviel ausländisches Geld (Devisen) eine Volkswirtschaft verdient und wieviel sie ausgibt. In unterentwickelten Ländern mit ungenügend ausgebildeten und vermaschten Wirtschaftskreisläufen, also abhängigen Ländern, sind die Devisen für das tägliche Überleben entscheidend. Neigen sich die Devisenreserven dem Ende zu, spricht man von einer Zahlungsbilanzkrise, und der IWF tritt auf den Plan. Positiv auf die Zahlungsbilanz (Zunahme der Devisenreserven) wirken: Exporte aller Art, Entwicklungshilfe, Kredite und Investitionen von Multis. Negativ (Abnahme der Devisenreserven) sind: Importe (Öl), Schuldendienst, Gewinnüberweisungen der Multis.

Schuldendienst sind die Tilgunen (Rückzahlungen) von früher erhaltenen Krediten **plus** der fälligen Verzinsung. Dieses Geld muß in Devisen (Dollar) bezahlt werden und frißt heute in vielen Entwicklungsländern ein Drittel bis die Hälfte der Exporteinnahmen auf.

Umschuldung. Wenn ein Land pleite ist, muß es die Gläubiger bitten, auf fällige Schuldendienstzahlungen zu verzichten. Dazu kommen häufig große Konferenzen unter Beteiligung von IWF, Großbanken und Regierungen zusammen, wo die Stundung von Zahlungen vereinbart wird. Rückzahlungen werden also um ein paar Jahre verschoben, während der Schuldenberg durch Zins und Zinseszins weiterwächst.

Anmerkung des Bearbeiters:
Zur Diskussion der weitergehenden Frage, welche Rolle der IWF im heutigen Weltsystem genau spielt bzw. ob und wie die Länder der Dritten Welt das Joch des IWF abschütteln können oder wollen, verweisen wir auf das in der Nummer 87 der „blätter" besprochene Buch von Rainer Tetzlaff über die Weltbank.

Anmerkungen der Redaktion
1) „Blätter des iz3w", Heft Nr. 66, S. 33 und Heft Nr. 76, S. 29

Anmerkung 2) zum IWF Artikel

2) Zinsanhebungen mit dem Ziel der Inflationsbekämpfung werden in der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft im Rahmen der sogenannten *„Nachfragesog-Inflationstheorie"* begründet. Vereinfacht erklärt diese Theorie Inflationsprozesse dadurch, daß die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern größer ist, als ein bestehendes Warenangebot. Durch diesen Nachfrageüberhang werden nun solange Preissteigerungen ausgelöst, bis sich über eine Verringerung der Nachfrage die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage wieder geschlossen hat.
Nimmt man an, daß die Investitionsentscheidungen wesentlich von der Entwicklung des Zinssatzes abhängig sind, so führt eine staatliche Anhebung des Zinssatzes zu einem Ausfall von Investitionen und damit zu einer Verringerung des Nachfrageüberhanges. Theoretisch lassen sich also durch diese Maßnahme Inflationsprozesse stoppen.
Tatsächlich bleibt der Einsatz dieses Instruments in der Regel wirkungslos. Denn bei den meisten Investitionsentscheidungen spielt die Höhe des Zinssatzes nur eine unwesentliche Rolle. Die marktbeherrschenden multinationalen Konzerne sind eh in der Lage, entweder auf eigene Mittel zurückzugreifen oder sich mit Krediten auf dem internationalen Markt zu versorgen.
Unwirksam bleibt eine Kreditverteuerung aber auch deswesen, weil Nachfrageüberhänge hauptsächlich im Bereich der Konsumgüternachfrage auftreten. Diese sind unter anderem eine Folge der Vernachlässigung der Landwirtschaft oder aber der einseitigen Förderung landwirtschaftlicher Exportprodukte, so daß in der Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln ständig Engpässe auftreten.
Inflation wird aber nicht nur durch Nachfrageüberhänge ausgelöst, sondern auch durch einen Anstieg der *Kosten*. Nehmen die einheimischen Unternehmen gestiegene Kosten, bzw. durch eine Kreditverteuerung in Kauf, so in der Hoffnung, diese über steigende Preise auf die Nachfrager abwälzen zu können. Daher kann eine Anhebung des Zinssatzes sogar zu einer Verschärfung der Inflation beitragen.
Untauglich ist diese Maßnahme auch schon deswegen, weil eine wichtige Inflationsursache in Entwicklungsländern, die ständig steigenden Preise der Importwaren aus den Industriestaaten sowie der Ölpreisanstieg, überhaupt nicht von den Entwicklungsländern kontrolliert werden kann.

„Solidarität mit den Völkern Südostasiens in der BRD"

Wie bei der ersten Tagung am 10.2.1980 in Heed beschlossen, soll Ende dieses Jahres die zweite dieser Art in Frankfurt am Main stattfinden. Festgelegter Termin ist nun das Wochenende vom 21. – 23. November 1980. Tagungsort ist das Haus der Jugend in Frankfurt am Main.
Alle an der Tagung interessierten Gruppen und Einzelpersonen können sich an die untenangegebene Kontaktadresse wenden, um Informationen über Tagungsablauf und Themenschwerpunkte sowie *Anmeldungsformulare* zu erhalten.
Wir (die Südostasiengruppe Frankfurt und alle, die an der Vorbereitung der Tagung mitarbeiten) werden voraussichtlich Ende Oktober 1980 allen uns bis dahin bekannten Interessierten Thesenpapiere zusenden, um noch vor Beginn der Tagung Kritik und Ergänzungn austauschen zu können.
Jeder Tagungsteilnehmer wird einen Eigenanteil von ca. 20 – 30 DM entrichten müssen.
Fahrkosten können *zum Teil* ersetzt werden.

Kontaktadresse:
Rolf Schlömer
Postfach: 700 930, 6000 Frankfurt/Main 70



Geschenk Abo

Auch in diesem Jahr haben wir uns (für Sie) wieder den Kopf darüber zerbrochen, wie wir Ihnen aus der all-weihnachtlichen Geschenkverlegenheit heraushelfen können; und wieder kamen wir auf den vortrefflichen Einfall, Ihnen als Geschenk für politisch noch belehrbare Onkel, Tanten, Omas, Opas, Väter, Mütter usw. ein Jahresabonnement der „blätter des iz3w" zu empfehlen.

Solch ein Geschenk könnte sich freilich als politische Provokation oder Bombe mit Zeitzündung erweisen.

Sie riskieren also 'was: Sie zeigen damit aber **persönlichen Mut** und Sinn für **„individuelles Schenken"**.

Doch im Ernst: so abwegig wäre es eigentlich nicht, sich einer (oder auch mehrerer ...) der vielen lästigen Geschenkverpflichtungen zu Weihnachten durch ein Abonnement der „blätter" zu entledigen.

Sicher, wir raten Ihnen dazu, um unseren Abonnentenstamm (zur Zeit 5.000) zu vergrößern. Überlegen Sie jedoch, daß die „blätter des iz3w" sich zu 60 bis 70 % aus den Abonnent-Gebühren tragen müssen (Rest: aus Spenden des Förderkreises der Aktion Dritte Welt). Wenn Sie also auf diese Weise für uns „werben", stellt das für uns eine Hilfe dar.

Bestellschein für Geschenkabonnement

Ich bestelle für

. . . .
Name des Beschenkten

. . . .
Postleitzahl und Ort

. . . .
Straße und Hausnummer

ein Jahresabonnement der „blätter des iz3w" zum

☐ Normalpreis DM 35,00

☐ ermäßigten Preis DM 25,00

Bitte senden Sie mir die Rechnung, das Jahresabonnement wird von mir bezahlt.
Der Beschenkte erhält rechtzeitig ein Exemplar der „blätter" und eine Benachrichtigung.

. . . .
Name des Schenkers

. . . .
Postleitzahl und Ort

. . . .
Straße und Hausnummer

. . . .
Unterschrift des Schenkers

Gabi Meier

Eschhotzstr. 41

78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg